Donnerstag, 3. Oktober 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 230 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Ausschreitungen: Der DKP-Vorstand hat den Frankfurter Straßenterror der vergangenen Tage als „antifaschistischen Widerstand" eingestuft. Damit gab die DKP die bisher bei solchen Krawallen zur Schau getragene Zurückhaltung auf. Die veränderte Haltung wird von deutschen Sicherheitsexperten auf eine Weisung aus Moskau zurückgeführt. (S. 3 und 4)

Chemische Waffen: Bundeskanzler Kohl hat jetzt auf die Einladungen aus Prag und Ost-Berlin zu Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone geantwortet. In gleichlautenden Briefen schlägt Kohl den beiden Regierungen Delegationsgespräche im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz vor, die ein weltweites Verbot von C-Waffen anstrebt.

Neue Heimat: Die Hansestadt Bremen will jetzt von der BG-Immobiliengesellschaft die von der Neuen Heimat (NH) in Bremen veräußerten 8000 Sozialwohnungen kaufen, kündigte Bürgermeister Wedemeier (SPD) an.

Großbritannien: Labour-Chef Neil Kinnock erlitt gestern gegen den Vorsitzenden der Bergarbeiter-Gewerkschaft NUM, Arthur Scargill, eine Abstimmungsniederlage. Auf dem Jahresparteitag stimmten die Delegierten für den Vorschlag Scargills, die während des einjährigen Streiks gegen die Gewerkschaft verhängten Bußgelder zu erstatten. Im Fall einer Regierungsübernahme ist dieser Beschluß allerdings nicht bindend, da keine Zweidrittelmehrheit erreicht wurde. (S. 6)

Nachrüstung: Falls sich die niederländische Koalitionsregierung am 1. November für eine Stationierung der vorgesehenen 48 amerikanischen Cruise Missiles entscheiden sollte, wird dies in der Form einer Übereinkunft und nicht vertraglich festgelegt. (S. 12)

Krügerrand: US-Präsident Reagan hat mit Wirkung vom 11. Oktober die Einfuhr der südafrikanischen Goldmünze verboten. Er will die Regierung in Pretoria damit zu einer Änderung ihrer Apartheidpolitik bewegen.

ZITAT DES TAGES



»Im Grunde meines Sängerherzens bin ich Idealist genug zu hoffen, in einem atmosphärisch intakten Theaterklima könne man von Grund auf versuchen, den Menschen wieder zum Mittelpunkt der musikdramatischen Darstellung zu machen«

Opernsänger René Kollo in einem WELT-Interview (S. 25) FOTO: DPA

WIRTSCHAFT

Japan: Die Parität des japanischen Yen zum amerikanischen Dollar erreichte am Mittwoch 213 Yen. Das war der höchste Stand der japanischen Währung seit viereinhalb Jahren. In Tokio rechnet man damit, daß sich der Höhenflug des Yen in der nächsten Zeit bis zu einer Parität von etwa 200 zu eins fortsetzen wird. (S. 13)

Handwerk: Auch 1985 sind die deutschen Handwerksbetriebe gezwungen, Mitarbeiter abzubauen, um einen erneuten Ertragsrückgang zu vermeiden. Wie das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsforschungs-Institut in einer Analyse feststellt, mußte sich das Handwerk bereits im 1. Halbjahr 1985 von 66 000 Mitarbeitern trennen, womit sich die Gesamtzahl der Beschäftigten um zwei Prozent vermindert hat. (S. 13)

Mexiko: Ein internationales Bankenkonsortium hat Mexiko für Tilgungszahlungen in Höhe von 950 Millionen Dollar einen Aufschub von sechs Monaten gewährt. Die Zahlungen waren in diesem und im nächsten Monat fällig. Mexiko ist mit 97 Milliarden Dollar Auslandsschulden (262 Milliarden DM) der Welt zweitgrößter Schuldner hinter Brasilien.

Börse: Auslandsaufträge sorgten an den Aktienmärkten weiter für steigende Kurse, wenngleich Gewinnmitnahmen den Auftrieb bremsten. Der Rentenmarkt war erholt. WELT-Aktienindex 225,09 (223,43). BHF-Rentenindex 105,534 (105,503). Performance Index 108,330 (108,268). Dollarmittelkurs 2,6410 (2,6778) Mark. Goldpreis pro Feinunze 324,95 (322,25) Dollar.

KULTUR

Holzstöcke: In zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonderausstellungen zeigt das Berliner Brücke-Museum die Holzstöcke für 207 Holzschnitte von Karl Schmidt-Rottluff, etwa die Hälfte des gesamten xylographischen Werkes. Eine besondere Überraschung sind Holzstöcke, von denen ein Druck bisher gar nicht bekannt war. (S. 25)

Film: Vor drei Jahren hielten sie mit ihrem Song „Da Da Da" Einzug in die Hitlisten. Jetzt versucht die Popgruppe „Trio" den verwelkten Hitparaden-Lorbeer mit dem Streifen „Drei gegen drei" im Kino aufzufrischen. Die Geschichte von drei Doppelgängern garantiert zwar einige Verwechslungen, doch noch lange keine gelungene Komödie. (S. 25)

SPORT

Tennis: Der 20 Jahre alte Hamburger Michael Westphal bestreitet neben Boris Becker die beiden Einzel beim Davispokal-Halbfinale gegen die CSSR in Frankfurt, das morgen um 14 Uhr (live im ZDF) beginnt. (S. 10)

Fußball: Borussia Mönchengladbach steht in der zweiten Runde des UEFA-Pokals. Es besiegte Lech Posen mit 2:0 (Treffer von Lienen und ein Eigentor), nachdem es im Heimspiel nur ein 1:1 erreicht hatte.

AUS ALLER WELT

Männer: Ihre Einstellung gegenüber Frauen haben sie zwar verändert, aber als wirkliche Partner der Frauen können die deutschen Männer noch nicht bezeichnet werden. Dies ist das wichtigste Ergebnis der Untersuchung „Der Mann", die von den beiden Dortmunder Soziologinnen Sigrid Metz-Göckel und Ursula Müller durchgeführt wurde. (S. 26)

Treueprämie: Die Bundesbahn will bei der Neugestaltung ihrer Fahrpreise eine „Treueprämie" für Kunden im Nahverkehr einführen. Alle Fahrgäste sollen bei Abnahme von zehn Monatskarten innerhalb eines Jahres eine weitere Monatskarte gratis erhalten.

Wetter: Heiter bis wolkig. 20 bis 25 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Wirklich nichts Neues vom Arbeitsmarkt? – Leitartikel von Peter Gillies S. 2

Moskau: Die Fenster sind verkleistert, der Winter kann kommen – Von R.-M. Borngäßer S. 3

Bayern: Am schlechten Beispiel Rau will die CSU beweisen, wie gut sie ist S. 4

Grüne: Der unerwartete Reichtum bringt auch das Finanzamt auf den Plan S. 5

China-Japan: Harte Kritik an Tokios Handelspraktiken und Importen – Von J. Hehn S. 6

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 7

Umwelt-Forschung-Technik: Bericht vom Arteriosklerose-Seminar in Münster S. 8

WELT-Report Kehl: Selbstbewußt den Schatten der Vergangenheit vergessen S. 21 bis 23

Fernsehen: Wechsel in der Nachrichtenredaktion des ZDF – Hoffen auf den „Neuen" S. 24

Tagung in Kiel: Kinglieder der Komponisten – Angst vor dem Roboter – Von Lutz Lesle S. 25

Kompromiß beim Zivildienst. Wehrpflicht wird verlängert

Wörner: Mehr Gerechtigkeit bei Einberufungen / Diskussion geht weiter

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Bundesregierung und Koalitionsfraktionen haben den Weg für die Erhaltung der Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr trotz geburtenschwacher Jahrgänge freigemacht. Das Kabinett verabschiedete einen Gesetzentwurf zur Verlängerung des Grundwehrdienstes und zur nachhaltigen Ausschöpfung der Wehrpflichtigenjahrgänge. Gleichzeitig beschloß es nach Einwänden aus der FDP, das Gesetz über den zivilen Ersatzdienst in seiner heutigen Form bis zum Jahresende 1991 zu erhalten.

Das bedeutet, daß Wehrpflichtige, die am 1. Juli 1989 zur Bundeswehr gerufen werden, eineinhalb Jahre werden dienen müssen. Gleichzeitig verlängert sich dann der zivile Ersatzdienst „um ein Drittel" auf zwei Jahre. Mit der Verabschiedung dieser Bestimmungen wird nach eingehenden Beratungen in den gesetzgebenden Gremien etwa Mitte nächsten Jahres gerechnet. In einem WELT-Interview hatte Verteidigungsminister Wörner klargestellt, daß vor der Realisierung der beschlossenen Wehrdienstverlängerung das Problem der Wehrgerechtigkeit befriedigend gelöst werden müßte.

Das Ziel des Vorhabens ist es nach Darstellung Wörners vor dem Bundestag, die Friedensstärke der Bundeswehr von 495 000 Mann und ihre Mobilisierungsfähigkeit auf einen Verteidigungsumfang von 1,34 Millionen Mann auch in den neunziger Jahren trotz sinkender Jahrgangsstärken zu halten. Parallel dazu beschloß das Kabinett, das gültige und bis zum 30. Juni nächsten Jahres befristete Gesetz über den Zivildienst über diesen Termin hinaus zu verlängern. Der FDP-Abgeordnete Uwe Ronneburger kündigte allerdings schon gestern vor dem Bundestag eine Novelle dieses Gesetzes in der nächsten Legislaturperiode an. Darin soll den Bedenken aus den Reihen der Liberalen Rechnung getragen werden, die die „Automatik" der Zivildienstverlängerung in der Bindung an den Grundwehrdienst ablehnen.

SEITE 2: Standfestigkeit
SEITE 12: Das Wörner-Interview

Die Regierung hat den Fraktionen von CDU/CSU und FDP zugesagt, vor der Verlängerung des Grundwehrdienstes alle Möglichkeiten zur Beseitigung noch vorhandener Wehrungerechtigkeit voll zu nutzen. Das bedeutet im einzelnen:

- Jeder gesundheitlich nur eingeschränkt Taugliche wird mit seiner Einberufung rechnen müssen. Bis 1988 sollen so 82 Prozent eines Jahrgangs ausgeschöpft werden.
- Von 1988 an sollen auch Verheiratete gezogen werden.
- Nur noch 10 000 Mann sollen für den Dienst beim Zivil- und Katastrophenschutz freigestellt werden. Bisher waren es 17 000. Dienst bei der Polizei wird nicht mehr von der Bundeswehr befreien.
- Die Altersgrenze für die Einberufung zum Wehrdienst wird für solche Wehrpflichtige von 28 auf 32 Jahre heraufgesetzt, die sich ohne Genehmigung des Wehrersatzamtes für länger als drei Monate ins Ausland begeben. Auch wer rechtmäßig im Ausland lebt, aber für mehr als drei Monate etwa für eine Ausbildung in die Bundesrepublik kommt, soll künftig zum Wehrdienst herangezogen werden.
- Freistellung vom Wehrdienst soll nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Wer vorzeitig bei Polizei, Entwicklungsdienst oder Zivil- und Katastrophenschutz ausscheidet, wird zum Wehrdienst geholt. Eine Verpflichtung zum Dienst bei Zivil- oder Katastrophenschutz wird nur noch dann zur Befreiung vom Wehrdienst führen, wenn sie vor der Vollendung des 22. Lebensjahres eingegangen wird.

DER KOMMENTAR

Zweimal unabhängig

AUGUST GRAF KAGENECK

Mit einem brüskierenden Eklat hat Frankreich wieder einmal seinen „Willen zur Unabhängigkeit" bekundet. Mitterrand sagte die Einladung Reagans zur Teilnahme an einem Sondergipfel der sieben großen Wirtschaftsnationen in Washington zur Vorbereitung des Genfer Reagan-Gorbatschow-Gesprächs ab. Dasselbe hätte ein de Gaulle getan. Frankreich wünscht zu zeigen, daß es sich nicht herumkommandieren läßt und nicht ein Musterschüler ist, der beliebig vom Lehrer zum Rapport bestellt werden kann.

Noch dazu erfolgte die Einladung am Vortage des Gorbatschow-Besuchs in Paris. Der Sowjetführer hatte die Reagan-Initiative im französischen Fernsehen verurteilt. Mitterrands Zögern mit einer Antwort auf Reagan hätte von Gorbatschow als Schwäche gegenüber dem großen Protektor in Washington ausgelegt werden können, wo Mitterrand gerade Moskau gegenüber als selbstbewußter und ebenbürtiger Partner der Vereinigten Staaten auftreten will.

Ob das alles letztlich sehr souverän war oder ob nicht eher der Eindruck erweckt wird, daß der Kleine sich auf die Zehenspitzen stellt, mag dahinstehen – Mitterrand konnte jedenfalls mit Genugtuung verbuchen, daß Reagan ihm nun ein Zweiergespräch über die Ost-West-Fragen vorschlägt.

Frankreich wünscht im übrigen nicht, daß Reagan etwa auf Grund einer Absprache mit den Europäern vor Gorbatschow in Genf als deren Fürsprecher auftritt. Es mißbilligt ferner, daß nicht auch die kleineren europäischen Staaten, deren Sicherheit nicht weniger von dem Gespräch in Genf abhängt als die Japans oder Kanadas, nach Washington gebeten wurden. Hier ist es Frankreich, das sich als Fürsprecher fühlt.

Bei alledem läßt Mitterrand kein Mißverständnis entstehen. Frankreich gehört zum Westen und zur atlantischen Allianz. Die Sowjets wünschten sich von Paris eine gemeinsame schriftlich fixierte Verdammung des SDI-Programms. Mitterrand ist „auch" gegen SDI. Aber was er dagegen zu sagen hat, teilt er Reagan unter vier Augen mit; eine gemeinsame ost-westliche Kritik an der amerikanischen Politik ist für ihn ausgeschlossen. Ein Beispiel für seine deutschen Genossen.

Gorbatschow in Paris kühl empfangen

Unzensiertes Interview mit französischen Journalisten ohne neue politische Aspekte

A. GRAF KAGENECK, Paris

Michail Gorbatschow wurde zwar gestern von Präsident Mitterrand wie ein Staatsgast bei Sonnenschein und unter einem Meer von roten Fahnen in Paris empfangen, aber Frankreich zeigte ihm die kalte Schulter. Die wenigen Menschen, die Fähnchen schwenkend zu seinem Empfang auf dem Flughafen Orly oder dem großen Platz vor dem Invalidendom, auf dem sein Hubschrauber landete, marschiert waren, gehörten offensichtlich der Kommunistischen Partei an. 5200 Polizisten, die zur Sicherheit des Staatsgastes aufgeboten waren, hatten es selten so leicht mit der Absperrung.

Vor allem aber schallte dem Gast aus der Presse und aus den Reihen der zahlreichen Menschenrechtsorganisationen ein Ton entgegen, der in seiner eisigen Distanz nicht recht zu dem Vorhaben der französischen Regierung paßte, den französisch-sowjetischen Beziehungen einen etwas wärmeren Ton zu geben als bisher.

So überschrieb eine Zeitung das auf der Innenseite präsentierte Porträt des Gastes mit „GULag-Chef". Sowjetfeindliche Parolen überschwemmen die Hauswände und Parks. Alle großen Menschenrechtsorganisationen veranstalten während des Besuches Protestkundgebungen.

SEITE 2: Was nützlich sein könnte

Auf einer von ihnen wurde gestern abend der scharf anklagende amerikanische Film über Sacharow gezeigt. Ein Sacharow-Plakat allerdings, das die Republikanische Partei bereits in mehreren Vierteln der Hauptstadt verteilt hatte, wurde im letzten Moment beschlagnahmt. Demonstrationen gegen Gorbatschow auf der Straße bleiben nach wie vor verboten.

Das Besuchsklima war außerdem deutlich verdunkelt von den am Mittwoch in Paris bekannt gewordenen Morden schiitischer Moslems an sowjetischen Diplomaten in Beirut. Eine Zeitlang glaubte man, der Besuch könnte deswegen abgekürzt oder gar ganz abgesagt werden. Zu dem Zeitpunkt aber, zu dem zumindest einer der beiden Morde zur Gewißheit geworden war, befand sich das Flugzeug des Kreml-Führers bereits in der Luft. Gorbatschow und seine Begleiter werden sich laufend über die Lage im Nahen Osten unterrichtet halten.

Von den insgesamt fünf Stunden in Anspruch nehmenden politischen Gesprächen unter vier Augen zwischen Mitterrand und seinem Gast erwartet man sich auch nach Beginn des Besuches in Paris wenig. In einem langen Fernseh-Interview am Vorabend hatte Gorbatschow nicht

● Fortsetzung Seite 12

Weißes Haus spricht von legitimer Reaktion Israels

Shultz und Weinberger äußern sich reservierter und kritischer

FRITZ WIRTH, Washington

Der israelische Vergeltungsschlag gegen das PLO-Hauptquartier Yassir Arafats in Tunis hat in Washington unterschiedliche und zum Teil überraschende Reaktionen ausgelöst. Während Präsident Reagan die Aktion der Israelis billigte, äußerten sich das State Department und das amerikanische Verteidigungsministerium deutlich reservierter und kritischer über diese Attacke.

Reagan sagte vor der Presse, Nationen hätten heute das Recht, auf Terroristen-Angriffe mit Vergeltungsmaßnahmen zu antworten, solange dabei die verantwortlichen Leute getroffen würden. Auf die Frage, ob er sicher sei, daß die Israelis die richtigen Leute attackiert hätten, antwortete Reagan: „Ich hatte stets großes Vertrauen zu den Geheimdienstfähigkeiten der Israelis."

Reagan hatte sich prinzipiell auch für Vergeltungsmaßnahmen gegen Terroristen ausgesprochen, als im Juni 39 Amerikaner in Libanon entführt worden waren, hatte jedoch einschränkend hinzugefügt: Wenn man bei derartigen Vergeltungsmaßnahmen nur in die allgemeine Richtung ziele und dabei unschuldige Leute töte, dann käme das einem Terrorangriff gleich.

Wesentlich resoluter und militanter hatte in der Vergangenheit Außenminister Shultz auf Terroranschläge reagiert. Er hat lange vor der letzten Flugzeugentführung in Libanon wiederholt in öffentlichen Reden militärische Aktionen gegen Terroristen gefordert und stieß mit dieser Einstellung auf deutliche Skepsis bei Verteidigungsminister Weinberger und dessen Generalstab.

Um so erstaunlicher ist deshalb seine Reaktion auf den israelischen Vergeltungsanschlag in Tunis: „Wir sollten uns klar sein über unsere Opposition gegen Gewaltakte. Aus welcher Ecke sie auch kommen und ohne Rücksicht auf ihre Begründung."

Diese Reaktion erklärt sich wahrscheinlich aus der Umgebung, in der sie gesprochen wurde. Shultz gab sie in New York bei den Vereinten Nationen, wo er kurz zuvor an einem Mittagessen mit Außenministern von

LEITARTIKEL SEITE 2: Der Seeräuberhafen Von Herbert Kremp
SEITE 6: Weitere Beiträge

Staaten am Persischen Golf teilnahm, die die israelische Aktion scharf verurteilten.

Das State Department erklärte später, Shultz habe mit seinem Kommentar den arabischen Außenministern versichern wollen, daß eine Friedenslösung im Nahen Osten weiterhin die Priorität der amerikanischen Nahostpolitik sei.

Verglichen damit sind die Reaktionen des Weißen Hauses klar und direkt: „Vergeltungsschläge gegen Terrorangriffe sind eine legitime Reaktion und eine Form der Selbstverteidigung. Nach allen uns bisher vorliegenden Berichten scheint das hier der Fall gewesen zu sein", erklärte der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes.

IG Metall will zuerst mehr Lohn

DW. Wernau/Stuttgart

Die IG Metall wird sich in ihrem bundesweit größten Bezirk Baden-Württemberg in den nächsten Tarifverhandlungen auf Lohn- und Gehaltserhöhungen konzentrieren. Um eine weitere Arbeitszeitverkürzung solle es in der Tarifrunde 1986 dagegen nicht gehen. Das beschloß die Große Tarifkommission des für ganz Baden-Württemberg zuständigen IG-Metall-Bezirks Stuttgart in Wernau. Der Lohn- und Gehaltstarifvertrag in der Metallindustrie läuft zum 31. März 1986 aus. Mit einem „guten Lohnabschluß", im kommenden Jahr, so Bezirksleiter Ernst Eisenmann, sollten die Metallbeschäftigten auf die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich vorbereitet werden.

Mit dieser Abstimmung unterlag das für Tariffragen zuständige Vorstandsmitglied Hans Janssen. Er hatte dafür plädiert, den Kampf um die weitere Wochenarbeitszeitverkürzung zum frühestmöglichen Zeitpunkt fortzusetzen.

Sowjetische Geisel in Beirut ermordet

DW. Beirut

Die Entführer von vier sowjetischen Diplomaten in Libanon haben eine erste Geisel ermordet. Die Leiche wurde gestern in Südbeirut nach einem anonymen telefonischen Hinweis, der bei einer westlichen Nachrichtenagentur einging, gefunden. Nur kurze Zeit nach der Identifizierung des Ermordeten hat ein Unbekannter telefonisch beim libanesischen Rundfunk die Ermordung eines zweiten Sowjetdiplomaten bekanntgegeben und die eines dritten angekündigt. In einem weiteren Anruf wurde für morgen die Sprengung der sowjetischen Botschaft angekündigt. Nach Angaben einer westlichen Presseagentur erklärte die sunnitische Islamische Befreiungsorganisation, die sich zu der Entführung der vier Diplomaten bekannte: „Wir haben das Urteil Gottes an einer der Geiseln vollstreckt und werden die anderen hinrichten, wenn der atheistische Feldzug gegen das islamische Tripoli nicht abgebrochen wird."

Seite 5: Weitere Beiträge

NATO-Sitzung vor Genf?

DW. Bonn/Brüssel

Belgien und die Niederlande haben eine Sondersitzung des NATO-Außenministerrates zur Vorbereitung des Gipfeltreffens zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow beantragt. Die Außenminister Tindemans und van den Broeck machten mit ihrer Initiative die Verstimmung beider Regierungen darüber deutlich, daß US-Präsident Reagan nur die Regierungschefs der sechs wichtigsten US-Verbündeten – Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik, Kanada, Italien und Japan – zu einem Treffen am 23. und 24. Oktober zur Konzertation über den amerikanisch-sowjetischen Gipfel eingeladen hat. Frankreichs Präsident Francois Mitterrand hat diese Einladung bereits abgelehnt.

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan hält trotz seiner Einladung an die Mitglieder des Weltwirtschaftsgipfels den Wunsch nach einem gesonderten Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Kohl aufrecht.

Mit Aufwind in den Windkanal

LUDWIG KÜRTEN, Bonn

Wenige Wochen vor Beginn der Spacelab-Mission D-1, die überwiegend von deutschen Wissenschaftlern genutzt und kontrolliert wird, scheint das Selbstbewußtsein der hiesigen Raumfahrtforschung einen Höhepunkt zu erreichen. Dies wurde jetzt auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt in Bonn-Bad Godesberg deutlich, an der auch Vertreter von Raumfahrtbehörden aus den Vereinigten Staaten, Frankreich, Italien und Großbritannien teilnehmen.

Professor Bernd Feuerbach von der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) erklärte dazu in einem Interview des Deutschlandfunks, die Bundesrepublik habe auf dem Sektor Materialforschung im Weltraum inzwischen eine Führungsrolle in der Welt übernommen. Feuerbach sprach von einer ausgezeichneten Kooperation mit der Nasa, gab allerdings zu, daß die Amerikaner sich in manchen Bereichen, wie bei neuen Materialien für den Flugzeugbau, noch abschotten. So würden europäische Wissenschaftler nicht zu bestimmten Kongressen in die USA eingeladen.

Neben der Spacelab-Mission sieht Feuerbach die größten Aussichten in dem internationalen Projekt einer Raumstation, die in den 90er Jahren fest im All stationiert werden soll. Darüber hinaus sei ein weiteres, für die Bundesrepublik bedeutsames Projekt beschlossen worden: Es handelt sich um den sogenannten Europäischen Transozeanischen Windkanal, der in Köln-Porz auf dem Gelände der DFVLR errichtet werden soll. Dieses Forschungsgerät soll die europäische Luftfahrt bis über das Jahr 2000 hinaus konkurrenzfähig halten.

Der große Optimismus der Wissenschaftler hinsichtlich der Ergebnisse von Materialforschungen im Weltall wurde allerdings am Rande der Tagung von Vertretern der Industrie gedämpft. Die großtechnische Anwendung solcher Untersuchungen müsse langfristig gesehen werden. In nächster Zeit seien keine Erfolge zu erwarten, außerdem fehle in der Bundesrepublik – im Gegensatz zu den USA – ein Markt, der neue Technologien schnell aufgreifen und umsetzen könne. Vertreter des Forschungsministeriums sahen denn auch im Weltraum mehr einen Platz zur Entwicklung von Produktionsverfahren als zur Herstellung der neuen Materialien. In größeren Mengen sei dies nur auf der Erde lohnenswert.

Um die Eintrittsschwelle für die Industrie zu senken, ist nach Ansicht des Ministeriums eine breite Palette von Raumfahrtträgern notwendig. Für die Experimente müßten kostengünstige Flüge mit unterschiedlicher Länge im All möglich sein. In diesem Zusammenhang habe die europäische Trägerrakete Ariane, aber auch die geplante Raumstation eine große Bedeutung.

Urban schwächt Aussagen General Jaruzelskis ab

Kein Junktim zwischen Amnestie und Wahlbeteiligung

DW. Warschau

Der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban versucht offenbar den Eindruck abzuschwächen, daß die Warschauer Regierung mit dem Versprechen einer Amnestie für politische Gefangene das Volk am 13. Oktober an die Wahlurnen locken will. Auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz antwortete Urban auf Fragen nach Äußerungen des polnischen Regierungschefs General Jaruzelski in einem Interview der „Washington Post". Darin hatte Jaruzelski gesagt, eine Wahlbeteiligung von 75 bis 80 Prozent bedeute einen hohen Stand sozialistischer Stabilität und könne zu einer neuen Amnestie führen.

Der Regierungssprecher schwächte diese Ausführungen ab und erklärte: „General Jaruzelski hat nur gesagt, daß die Beteiligung bei den Wahlen ein so wichtiges Maß für den Stand der Stabilisierung des Landes ist, daß auch eine Amnestie erwogen werden kann." Urban wies den Vorwurf von Arbeiterführer Lech Walesa zurück, die Regierung wolle die polnischen Wähler mit diesem Angebot „erpressen". Er wolle keine Angaben darüber machen, ob bereits ein Amnestie-Gesetz entworfen worden sei und ob von der Begnadigung alle der derzeit 280 politischen Gefangenen betroffen sind, sagte der Sprecher.

Die Untergrundführung und namhafte Aktivisten der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" hatten die polnischen Bürger zu einem Wahlboykott aufgerufen, um damit gegen politische Unterdrückung und sinkenden Lebensstandard zu protestieren. Die katholische Kirche ihrerseits hat dem Regime signalisiert, daß das Schweigen der Bischöfe zu dem Urnengang nicht als stillschweigende Billigung der „Wahlen" verstanden werden dürfe.

Der Mitbegründer des Komitees zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter, Jacek Kuron, äußerte die Vermutung, daß die Regierung in jedem Fall eine Wahlbeteiligung von 85 Prozent bekanntgeben werde. Die wirkliche Höhe werde jedoch von der „Solidarität" veröffentlicht werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Vorsitzender Jahn

Von Manfred Schell

Die Warnungen, der Untersuchungsausschuß des Bundestages zu den jüngsten Spionagefällen werde der Sicherheit des Landes womöglich mehr schaden als nützen, sind nicht unberechtigt. Das Risiko ist groß. Das liegt zunächst in der Natur der „aufzuklärenden" Sache. Diese Aufklärung ist nur dann möglich, wenn alle Fakten der Spionageabwehr auf den Tisch kommen, wenn Personen auftreten und Zusammenhänge und Abläufe offenlegen. Da müssen also geheimste Sachverhalte offenbart werden.

Auf der anderen Seite sind Untersuchungsausschüsse immer mehr zu politischen Kampfinstrumenten geworden mit dem Ziel, dem Gegner möglichst viel am Zeug zu flicken. Der gängige Spruch, ein Untersuchungsausschuß sei die beste Überlebensgarantie für attackierte Minister, hat hier seinen Sinn. Die Wahrscheinlichkeit, daß es auch diesmal, wenn es um die Aufhellung von Spionagehintergründen geht, Informationen nach außen getragen und im politischen Tageskampf eingesetzt werden, ist gegeben. Den politischen Akzent haben die Sozialdemokraten, die diesen Ausschuß wollen, ohnehin schon gesetzt. Ihr erklärtes Ziel ist es, den Bundesinnenminister zu demontieren.

Der SPD-Abgeordnete Gerhard Jahn wird der Vorsitzende des Untersuchungsgremiums sein. Er gehört der Parlamentarischen Kontrollkommission des Bundestages zur Kontrolle der Geheimdienste an, die sich in stundenlangen Sitzungen mit diesen Vorgängen bereits befaßt hat. Jahn weiß von daher längst, daß an dem Minister kaum etwas hängenbleiben wird. Aus den eigenen Reihen der Sozialdemokraten hat es deshalb den Rat gegeben, auf das Unternehmen zu verzichten. Dieser Rat ist nicht befolgt worden.

So ist der Druck auf Gerhard Jahn groß. Er ist ein honoriger Mann und wird wissen, welch große, parteiübergreifende Verantwortung auf ihm lastet. Zumal da er nicht ohne Erfahrung ist. Er selbst geriet nämlich vor über zwanzig Jahren einmal in die Schußlinie auch der eigenen Partei, als er ein Protokoll des Verteidigungsausschusses an den „Spiegel"-Redakteur Schmelz weitergab.

Was nützlich sein könnte

Von Enno v. Loewenstern

Gorbatschow zeigte wieder einmal, daß er einigermaßen frei – wenn auch nicht ohne Spickzettel – antworten kann; einmal war er geradezu schlagfertig: Auf die Frage, ob er sich in Paris, hätte er eine freie Minute, gern die Oper oder das Picasso-Musuem anschauen würde, versicherte er, er würde sich etwas ansehen, „was meinen Mitbürgern nützlich sein könnte". Womit jeder taktlose Hinweis darauf, daß er sich in London die Kronjuwelen statt des Grabes von Karl Marx anschaute, taktvoll abgebogen war.

Ansonsten aber war Gorbatschow ganz der Charmeur mit eingebauter Vereisungsmaschine, der hier wie damals in London die Frage nach den Menschenrechten abwies: „Lassen Sie uns in der Sowjetunion unsere Angelegenheiten selbst verwalten, und verwalten Sie Ihre Angelegenheiten in Frankreich selbst." Und als der Interviewer Mourousi nachstieß: „Das ist absurd ... Das erinnert ja an die Propaganda von Goebbels!"

Woran es die Franzosen erinnert, ist klar. Sie wissen, wie es heute in Rußland aussieht, und sie wissen, in was für eine Lage Frankreich geriete, falls dieser liebenswürdige Gast eines Tages mehr als ein Gast in ihrem Lande wäre. Gorbatschow hat viel riskiert mit dem Interview; die geringe Einschaltquote und die sarkastischen Reaktionen in der französischen Presse zeigen, daß der Zauber nicht sonderlich wirksam war.

Aber das Risiko könnte weiterreichen. Wie, wenn die westlichen Staatsmänner – endlich! – auf den Einfall der Reziprozität kämen? Wie, wenn sie Gorbatschow aufforderten, Reagan, Mitterrand und anderen (also nicht Brandt oder Bahr, sondern solchen, die den Sowjets entgegenzutreten, aber an die Russen heranzutreten wissen) die Gelegenheit zu Interviews und Erklärungen zu geben? So, daß die Russen sich selbst ein Bild machen können, wie dieser angeblich so böse Reagan wirklich ist, und daß die Russen erstmals auf ihrem Fernsehschirm ernsthaft die Frage der Menschenrechte erörtert hören – und: welches Vertrauen in Friedensfragen diejenigen verdienen, die Krieg gegen ihre eigenen Landsleute führen. Da könnte wohl einiges in Bewegung kommen. Man dürfte von einer vertrauensbildenden Maßnahme sprechen.

Standfestigkeit

Von Rüdiger Moniac

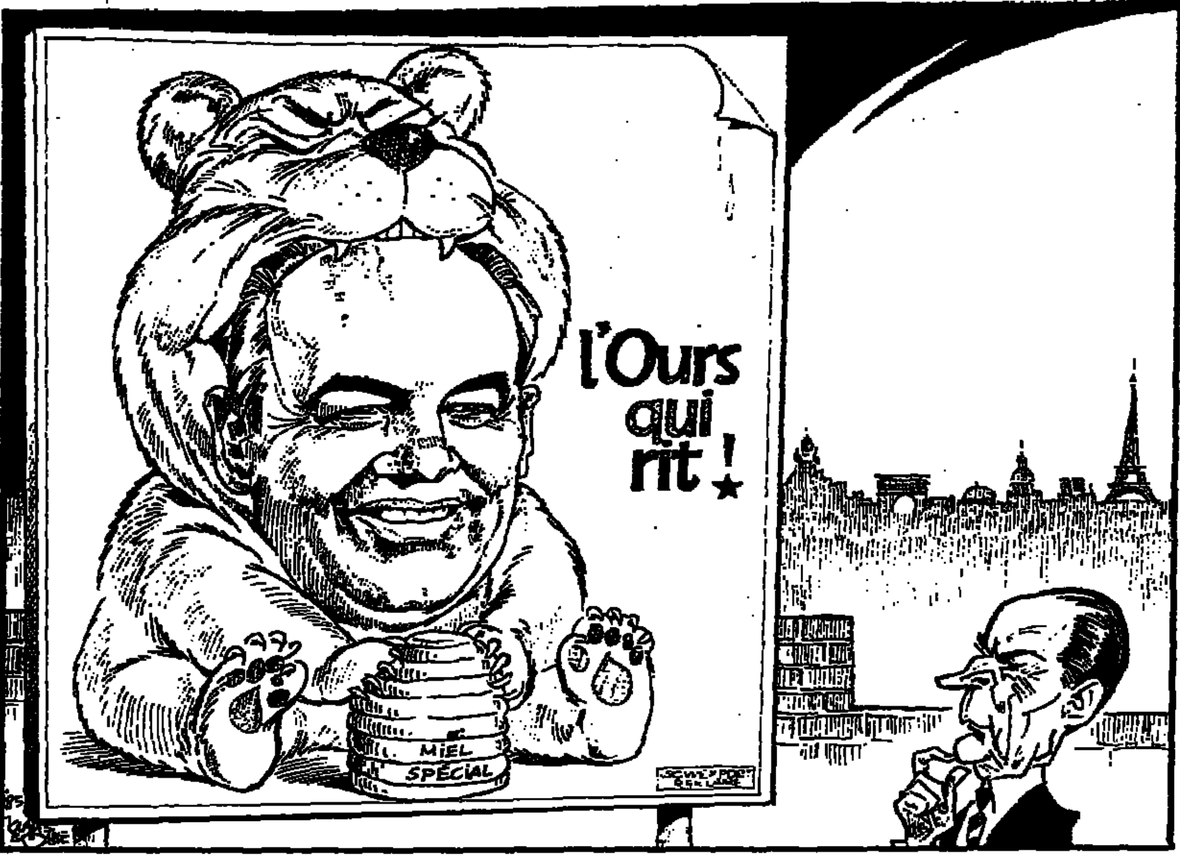
Die Entscheidung der Koalition zur Verlängerung des Wehrdienstes weist in die Zukunft. Sie zeigt den Willen, unser Land weiterhin fest in der NATO verankert zu halten. Und sie dokumentiert die Zuversicht in der Koalition, daß die große Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit einsehen und hinnehmen wird, den jungen Männern in nicht allzu ferner Zukunft zur Sicherung unserer Verteidigungsfähigkeit noch mehr persönliche Belastungen und Opfer abverlangen zu müssen.

Diese Einsicht und die ihr zugrunde liegende demokratische Tugend hat leider nicht mehr allerorten eine Heimstatt. Die Sozialdemokratie begibt sich, im Fahrwasser der Grünen oder auf Parallelkurs mit ihnen, auf einen Weg phantastischer Verheißungen. Sie tut so, als sei die auch viele Jahre lang von sozialdemokratischen Verteidigungsministern beschriebene militärische Angriffsfähigkeit des Warschauer Paktes plötzlich nur noch ein Papiertiger.

So kann sie sich dazu hergeben, der Jugend vorzugaukeln, nicht steigende Belastungen im Bundeswehrdienst seien erforderlich, sondern man könne mit weniger Dienstzeit auskommen. Was die Bundesrepublik als Bündnispartner für die USA und die anderen Staaten in der NATO unglaubwürdig und unzuverlässig erscheinen ließe.

Demgegenüber müßte das Bonner Signal der Standfestigkeit die anderen Verbündeten veranlassen, ihre Verteidigungsverpflichtungen gleichfalls nicht schleifen zu lassen. 1949 hatte Adenauer den Mut, die Bundesrepublik auf den Weg der Wiederbewaffnung zu führen und ihr damit den gleichberechtigten Eintritt in die westliche Gemeinschaft zu öffnen. 1985 beweist Kohl Mut, indem er den damals eingeleiteten Kurs unbeirrt fortsetzt.

Es ist erfreulich, daß die Koalition sich auch nicht auf dem Nebengebiet des Zivildienstes auf populistische Versuchungen einließ. Das Drittel Dienstzeit mehr entspricht dem, was die Soldaten mit Reserveübungen zu leisten haben – und es hat mit dem deutlichen Rückgang der Verweigererzahlen um ein Drittel bereits einige Spreu vom Weizen geschieden.



Der Bär, der lacht KLAUS BÖHLE

Der Seeräuberhafen

Von Herbert Kremp

Glatte Zufälle gibt es in der Außenpolitik selten, in der israelischen überhaupt nicht. Der Luftangriff auf das Hauptquartier der PLO in Tunis fällt mit dem Besuch des jordanischen Königs Hussein in Washington zusammen. Der Monarch verhandelt dort wegen Waffenlieferungen, die der amerikanische Kongreß an die Bedingung geknüpft hat (Auslandshilfegesetz), daß Jordanien sich öffentlich verpflichtet, Israel anzuerkennen und direkte Verhandlungen mit Jerusalem aufzunehmen. Hussein ist dazu bedingt bereit, bezieht aber eine doppelte Deckung: Er fordert die „Lösung des Palästinenserproblems" und eine internationale Nahostkonferenz, an der Israel nicht interessiert sein kann, weil die Internationalisierung der Nahost-Frage erfahrungsgemäß zu seinen Lasten geht.

Es wäre übertrieben zu behaupten, daß Israel durch eine Militäraktion den sogenannten Friedensprozeß, in dem die USA dem jordanischen König eine diplomatische Rolle zugedacht haben, zersprengen wollte. Dazu bestand kein Anlaß. Arafat weigert sich, mit Israel direkt zu verhandeln (und umgekehrt). Die Internationalisierung stößt auf den Widerstand auch der Amerikaner, die kein Interesse daran haben, der Sowjetunion den roten Teppich auszurollen. Eine Aussicht auf Einigung über die gemischte jordanisch-palästinensische Delegation, die im Kreise der Israelis und Amerikaner mitsprechen soll, besteht nicht. Die PLO ist offensichtlich gespalten, doch bestimmt die waffenstarke terroristische Fraktion das Gesetz des Handelns. Die Organisation wird mit vorgehaltener Pistole immer wieder zu der Selbstverpflichtung gezwungen, die staatliche Existenz Israels zu vernichten. Die Kommandos für eine nicht abreißende Kette terroristischer Aktionen gehen vom Hauptquartier aus, das seit Arafats Abgang aus dem Libanon 1982 Unterschlupf in Tunis gefunden hat.

Der Schlag des Davidsterns hat Hintergründe, die mit dem internationalen Terrorismus mehr zu tun haben als mit Weltdiplomatie. Sein Nachteil besteht darin, daß er ein Land traf, das sich seit der Unabhängigkeit, genauer seit Bourguibas Präsidentschaft 1957, nach Westen orientiert. Die Beziehungen besonders zu den USA sind (oder waren) sehr gut. Der „heilige Krieg" des islamischen Landes (98 Prozent der Bevölkerung sind Sunniten) *richtet* sich nicht gegen Ungläubige, auch nicht gegen Israel, sondern gegen die Unterentwicklung. Der achtzigjährige Patriarch im weißen Palast von Karthago ist einer der maßvollen und klugen Führer der Dritten Welt. Den unberechenbaren libyschen Nachbarn grenzte Bourguiba bisher souverän ab. Bourguiba gehört zu den achtenswerten Geronten der Zeitgeschichte. Leider gibt es für ihn als Staatschef und Parteichef der Parti Socialiste Destourien keinen Ersatz. Es liegt auf der Hand, daß der israelische Luftangriff Prestige und Politik des Präsidenten getroffen hat. Dies können die Verantwortlichen in Jerusalem nicht beabsichtigt haben.

Der internationale Terrorismus bringt alle Regierungen in eine Zwangslage. Die amerikanische Trompete gab gestern einen doppelten Ton von sich. Der Sprecher Reagans hält die israelische Vergeltung für legitim, Außenminister Shultz hält sich zurück. Die Außenminister der EG verurteilen aus dem sicheren Port wie immer schnell und scharf, weil sie es für risikolos und medienfreundlich halten, der Empörung über Israel Luft zu machen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Möllemann, bezeichnet das Bombardement als völkerrechtswidrig, die deutsch-arabische Gesellschaft, deren Vizepräsident er ist, spricht von „menschenverachtender Politik". Die Kritik an Israel ist überwiegend bitter, doch läßt sich aus ihr keine Handreichung gegen den Terrorismus ableiten, der gegen Israel wahllos und ziellos ausholt. Welches Mittel gibt es, die modernen Seeräuberhäfen auszuheben, die sich mit Bedacht in ziviler, also von der Humanität geschützter Umgebung einrichten?



David zeigte die Macht der Schleuder: Verteidigungsminister Rabin, Luftwaffenchef Lapidot FOTO: AFP

Seit der Entführung von vierzig amerikanischen Fluggästen im Juni dieses Jahres in Beirut denkt Washington über Möglichkeiten zur Beseitigung terroristischer Abszesse nach, ohne bisher eine wirksame Medizin gefunden zu haben. In diesen Tagen kommt hinzu – vielleicht ist es lehrreich –, daß sich die Sowjets nach der Entführung von vier Diplomaten im Libanon die gleiche Frage zu stellen haben. Die zivilisierte Welt, für die Verhandlungen und Kompromiß die Kriterien der Veränderung bilden, ist seit Jahren einer Kriegsform ausgesetzt, dem terroristischen Krieg, der heute zwar auf den Begriff, aber nicht unter Kontrolle gebracht ist. Die Israelis sind die einzigen, die mit Präventiv- und Vergeltungsstrategien operieren, da der Terrorismus ihre nationale Substanz unmittelbar berührt. In den USA und in anderen Ländern ist dieser Notstandsfall nicht gegeben. Deshalb wenden die Länder diese Mittel nicht an. Sie entwickelten lediglich Befreiungsstrategien, die mal funktionieren (Mogadischu), mal nicht (Teheran). Diese Strategien setzen aber voraus, daß schon etwas passiert ist.

Dieser Zustand ist nicht nur unbefriedigend, er ist unannehmbar. Die Vereinten Nationen bringen zur regellosen Gewalt ein gebrochenes Votum ein, es ist nicht konsensfähig. Die Amerikaner sind weniger erfolgreich als beispielsweise die deutsche Terroristenabwehr. Die Reaktion auf die israelische Aktion ist im Westen gespalten, weil die Bomben in einem noch intakten Teil der politischen Landkarte einschlugen. David zeigte die Macht der Schleuder. Der zivilisierten Welt insgesamt fehlt jedoch eine Konvention, die eine Kriegsdoktrin nach Maßgabe der terroristischen Herausforderung enthält. Ihr Hauptproblem ist die grenzüberschreitende Intervention, die der Westen im Prinzip ablehnt. Wer die Sache scharf durchdenkt, steht vor einem berühmten Gebilde: dem Gordischen Knoten.

IM GESPRÄCH Eric Arturo Delv

Wurzeln in Spanien

Von Günter Friedländer

Als Panamas „Nationale Demokratische Front" sich auf die Wahlen des vergangenen Jahres vorbereitete, wollte sie möglichst viele Parteien in die Front einbeziehen, um die Torrijos-Revolution vor einer drohenden Wahlniederlage zu bewahren. Die „Revolution" fühlte sich auf der Straße dann stark genug, um an der Spitze auf charismatische Menschen zu verzichten und die Staatsführung Technokraten anvertrauen zu können. Man vergaß, daß auch Politikmachen gelernt sein will. Präsident Nicolas Ardito Barletta stürzte nicht, weil seine Staatsführung falsch war, sondern weil er niemand für sie gewinnen konnte. Es fehlte ihm an jeglicher politischer Erfahrung.

Der Nachfolger Eric Arturo Delvalle (48), verheiratet mit Mariela Diaz, drei Kinder, ist sogar, gemessen an seinem Vorgänger, ein politischer Neuling. Er unternahm nur ein einziges Mal, vor siebzehn Jahren, einen Ausflug in die Politik, als er seine Wahl in Panamas Parlament gewann und genau elf Tage Abgeordneter war. Dann unternahm Torrijos seinen Staatsstreich und fegte das Parlament fort. Eric Arturo, der von 1953 bis 1958 Wirtschaftskunde an der Universität von Louisiana in Baton Rouge studierte, tat nun wieder, was er am besten versteht: Großunternehmen zu verwalten. Er ist Präsident von einem Dutzend solcher Unternehmen, darunter einer Zuckerraffinerie.

In der Republik Panama leben viele ethnische Gruppen friedlich miteinander. Ein Mittagessen im Rotary Club zeigt dieses freundschaftliche Zusammenleben von Spaniern, Deutschen, Griechen, Chinesen, Indern und anderen. Einer der am längsten ansässigen Gruppen entstammt Delvalle. Sie ist überall auf den Inseln der Karibik und dem anliegenden Festland Nord-, Süd- und Mittelamerikas anzutreffen: Die Nachkommen der spanischen Juden, die der Inquisition entfliehen konnten und in die Karibik strömten, ein Prozeß, den der Deutsche Werner Sombart zum er-



Auf dem Ball tanzen: Panam
satzpräsident Arturo

sten Mal wissenschaftlich unt
te. Die Familienzugehörigk
den Nachkommen ihrer Schi
genossen in Europa haben v
bis zum heutigen Tag gepfle
z. B. mit dem spärlichen Rest d
nischen Juden in Hamburg.

Präsidiale Ehren treffen di
valles in Panama nicht zum
mal. Eric Arturos Onkel, Ma
valle, war zweimal (1960–68) V
sident des Landes, und bei dies
legenheit auch interimistischer
dent. Eric Arturo kommt zur
dentschaft dank des politisch
kommens der kleinen „Repub
schen Partei" panamaischer
nehmer, die nur zwei der siebe
sechzig Sitze im Parlament hi
den Torrijistas. Zu seiner Wah
Vizepräsidenten trug er wenig
sprach kaum auf Wahlversam
gen, vielleicht, weil er nach
Bypass-Operation, über die alle
niemand reden will, Sch
brauchte.

Die Lateinamerikaner sagen
auf einen Ball geht, muß auch t
Delvalle, der sich nun plötzl
Landesvater sieht, muß vom S
sal seines Vorgängers lernen, d
litische Spiel nach seinen Reg
betreiben. Davon hängt sein
kunft in der Staatsführung ab.

DIE MEINUNG DER ANDERE

Der Besuch Michail Gorbatschows in Frankreich ist Gegenstand vieler Zeitungskommentare:

LIBERATION

Der Besuch des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der UdSSR ruft bei den verantwortlichen Franzosen ein merkwürdiges Unbehagen hervor. Einen Elefanten in seinem Porzellanladen zu empfangen hat dennoch nicht nur Nachteile.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

François Mitterrand ist heute nicht mehr der, der er bei seiner Reise nach Moskau war. Aus den bekannten Gründen in seiner nationalen Autorität geschwächt, hat er in gleicher Weise an internationalem Ansehen eingebüßt. Es ist ein gehandikapter Staatschef, der den sowjetischen Führer empfängt.

LE MATIN

Natürlich ist die Charme-Offensive keine Garantie für die Substanz. Natürlich will Gorbatschow den Westen spalten, um zu herrschen. Natürlich ist sein letztes Angebot an Reagan unausgewogen. Mitterrand weiß das. Die eigentliche Frage ist, ob Übereinkünfte möglich sind, auch wenn die Sowjets immer nur Zugeständnisse ohne eigene Gegenleistungen erreichen wollen. Dies erfährt man nur, wenn man den Dialog fortsetzt.

LE PROVENÇAL

Die Behauptung, mit Michail Gorbatschow werde es auch einen grundsätzlichen Wechsel der politischen Linie der UdSSR geben, ist sehr gewagt. Mit seinem Besuch will G
tschow auch Europa prüfen, v
nem Treffen mit Reagan seine
mungen messen.

LE FIGARO

Gorbatschow ist nie so naiv
sen, die großen Probleme der S
mit einem ausgelaugten fr
schen Präsidenten behandel
schweige denn lösen zu wollen

THE TIM

Falls Gorbatschow gewillt i
Freitag auf einer echten Presse
renz Fragen zu beantworten, v
feststellen, daß dies schwerer z
trollieren ist als sein jüngstes
view im Magazin Time ... Er
damit rechnen, daß er sich
nach wichtigen kontroverse
men wie Sacharow, Afghanista
Polen gegenübersieht ... G
tschow wird bei der Beantw
von Fragen seine Worte sor
wählen, aber es sollte ihm ni
stattet werden, auch die Frage
zusuchen.

Saarbrücker Zeitu

Seit vier Jahren, als er das P
alamt einzog, zeigt ihm jede A
daß die sowjetische Außenpoli
nen Zoll zurückweicht oder fl
geworden ist. Mitterrand ist d
auf Gorbatschows Versuch vo
tet, Frankreich aus dem wes
Block lösen zu wollen, beson
der umstrittenen Frage einer
stützung der amerikanischen
für eine auf den Weltraum orie
Verteidigung.

Die Kaufkraft stieg um zweistellige Milliardensummen

Wirklich nichts Neues vom Arbeitsmarkt? / Von Peter Gillies

Gewiß, die Wirtschaft wächst, und ein gewisser Aufschwung ist nicht zu verkennen; aber das alles reicht nicht aus, um das drängende Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen." Resignative Einschätzungen dieser Art machen seit Jahren die Runde und erfreuen sich bereitwilliger, manchmal liebevoller medialer Verstärkung. Sie leiden an der Unkenntnis ihrer Adepten, sie verkennen wirtschaftliche Zusammenhänge und sind perspektiv- und phantasielos – auch aus dem Blickwinkel der Arbeitslosen.

Eine Meldung von gestern: Seit Juni 1984, dem Wendepunkt der Beschäftigungsentwicklung, hat eine wichtige Branche (die Metallindustrie) fast 160 000 neue Leute eingestellt. Allein im Juni 1985 ist nach Angaben des Verbandes Gesamtmetall mit 36 700 Einstellungen ein „Spitzenergebnis" in einem Monat erreicht worden. Gleichzeitig sei die Zahl der Kurzarbeiter von 135 000 auf 18 000 geschrumpft. Wirklich nichts Neues vom Arbeitsmarkt?

Diese erfreuliche Entwicklung kommt nicht schicksalhaft über uns, wie auch das Gegenteil (beispielsweise die noch immer kränkelnde Bauwirtschaft, die freilich langsam wieder Land sieht) keine Zwangsläufigkeit darstellt. Die Zunahme der Beschäftigtenzahlen ist die Folge der Lohnpolitik, der Preisstabilität und der Konjunkturbelebung. Maßvolle Tarifabschlüsse haben nicht nur mehr Beschäftigung, sondern auch wieder höhere Reallöhne bewirkt.

Die Metallindustrie unterfüttert dies mit folgenden Zahlen: 1981 kletterten die tariflichen Jahresverdienste in dieser Branche um 5,8 Prozent; die Inflationsrate knabberte jedoch 6,3 Prozent der Kaufkraft ab, so daß unter dem Strich eine Reallohneinbuße von einem halben Prozent verblieb. 1983 hatte sich die Rechnung bereits umgekehrt; zwar kletterten die Verdienste nur um 4,1 Prozent, aber die Preissteigerungsrate blieb mit 3,3 Prozent darunter, so daß die Kaufkraft des Arbeitnehmers erstmals wieder zunahm.

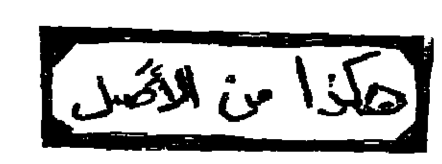
Kaum ein Vergleich verdeutlicht es besser wie dieser, daß weniger oft mehr sein kann und eine wirklich arbeitnehmerfreundliche Politik schlecht beraten ist, der Jagd nach der jeweils größten Zahl zu erliegen. Hätte der Staat die Last von Steuern und Abgaben schon früher erleichtert, könnte der Kaufkraftzuwachs noch deutlicher ausfallen. Vor diesem Hintergund ist es schon verwegen, die angebotsorientierte sowie kosten- und steuersenkende Politik als arbeitnehmerfeindlich zu verkaufen, wie Gewerkschaftsfunktionäre es auf ihren bevorstehenden Oktoberfesten wieder zu tun versuchen werden.

Und die Aussichten? Alle gesicherten Daten sprechen dafür, daß sich weitere Erfolge auf diesem Wege einstellen könnten, wenn man nicht von ihm abweicht. Nicht nur wird das reale Wirtschaftswachstum dieses Jahres bei rund oder gut 2,5 Prozent liegen, sondern der Trend dürfte sich auch 1986 fortsetzen und sich eher der Drei nähern. Das wäre seit dem Minusergebnis von 1982 das vierte Jahr ununterbrochener Aufwärtsbewegung.

Den Löwenanteil an dieser erfreulichen Stetigkeit steuerte die Stabilitätspolitik bei. Die Inflationsrate – falls man bei zwei Prozent überhaupt noch von „Inflation" reden sollte – hat nicht nur die Kaufkraft auf stillem Wege um zweistellige Milliardensummen erhöht, sondern schafft auch gute Voraussetzungen für die erwünschte Belebung der Binnennachfrage. Der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik kommt die Aufgabe zu, durch Marktöffnung und bessere Abstimmung die Wachstumsbedingungen zu verbessern. So ungeduldig von manchen ein schäumender Boom herbeigesehnt wird – wünschenswert wäre er nicht, weil ihm eine um so schmerzlichere Stabilisierungskrise folgte.

Kein noch so feurig inszeniertes gewerkschaftliches Oktoberfest vermag darüber hinwegzutäuschen, daß die Bundesrepublik Deutschland sich auf einem guten Weg befindet. Seine Länge ändert an dieser Aussage nichts. Die Gründe, warum d
beitslosigkeit nicht so rasch
wie die Zahl der Beschäftigten
– in den Jahren zwischen 198
1986 um schätzungsweise 450
sind bekannt. Aber so unred
wäre schönzufärben, so schäd
eine bewußte Verdüsterung a
heliegenden politischen Absich

Auch den „lohnabhängigen
sen", wie die Arbeitnehmer
gern diffamierend genannt
dürfte nicht verborgen bleibe
an den Werkstoren zunehmen
der Mitarbeiter gesucht (und of
gefunden) werden. Eine andere
von gestern hat damit eige
nichts zu tun, ist aber dennoc
schlußreich: Schon 1983 ver
rund 46 Prozent aller privaten
halte über Haus- und Grund
tum, Arbeiterhaushalte erreicht
die 50-Prozent-Marke. Diese u
dere Indikatoren des (wachse
Wohlstandes belegen, daß die
chung „Massenarbeitslosigkeit
Massenelend" für Funktionärs
reserviert bleibt. Mit der Wirkli
hat sie wenig gemein.



Die Grünen luden ein, und die Chaoten schlugen zu

Angemeldet war eine friedliche Demonstration in Frankfurt. Es wurde geredet, es wurde protestiert, und es wurde aufgehetzt. Das Ergebnis: eine blutige Straßenschlacht.

Von D. GURATZSCH

Frankfurt am 1. Oktober 1985 nachmittags. Der Altweibersommer beschert der Stadt milden Sonnenschein und Temperaturen um 20 Grad. Die Türen der Geschäfte stehen offen, die Menschen gehen in Blusen und offenen Hemden über die Straßen. In den Straßencafés der Freßgass' herrscht Hochbetrieb.

Plötzlich mischt sich in den Nachmittagsbetrieb der beginnenden Rush-Hour ein aufstörender Ton. Martinshörner heulen endlos durch die Stadt. Auf der Mainzer Landstraße rast eine Kolonne von Mannschaftswagen der Polizei in Richtung Alte Oper. Sie fahren zweispurig bis auf die Mitte der breiten Ausfallstraße, nehmen den Fahrzeugverkehr in die Mitte. Hinter den grüngekleideten jungen Polizisten in Reih und Glied liegen die weißen Schutzhelme. Auf den Dächern dreht sich das Blaulicht.

Einige Geschäftsleute treten kopfschüttelnd auf die Straße und sagen: „Jetzt geht es wieder los." Es ist der dritte Tag nach dem Tod des 36jährigen Günther Sare bei einer Straßenschlacht im Anschluß an eine NPD-Kundgebung.

Aber es geht noch lange nicht los. Bis zum angekündigten Beginn der Trauerkundgebung auf dem Paulsplatz um 17 Uhr sind es noch anderthalb Stunden. Die Polizei erwartet an die 2000 Demonstranten aus dem ganzen Bundesgebiet. Frankfurts „Abendpost/Nachtausgabe" hat in großen Lettern gewarnt: „Chaoten im Anmarsch auf Frankfurt. Unglaubliche Parole: ‚Feuer und Flamme über diese Stadt'."

Um 17 Uhr ist der Paulsplatz mit seinen kurzgeschnittenen, buschigen Platanen, die jeden Überblick verwehren, noch ein friedliches Heerlager von erst einigen hundert Jugendlichen. Leute mit roten, grünen, gelben, blauen Haaren, Schwarzgekleidete, Punker stehen in Gruppen zusammen, lagern am Boden. Der kommunistische Jugendverband SDAJ hat drei rote Fahnen und einige Spruchbänder mitgebracht: „Wallmann, Kohl, Zimmermann – Hände weg vom Demonstrationsrecht".

Dazwischen überall alte und neue Stadtverordnete der grünen Römer-Fraktion. Die Grünen haben diese Kundgebung angemeldet, gemeinsam mit der Startbahninitiative Mörfelden-Walldorf, der Bunten Hilfe und den im „Gallus-Bündnis" vereinten kommunistischen Organisationen SDAJ, DKP und VVN. Eine solche Einheitsfront über das ganze linke Protestspektrum hinweg war jahrelang der Traum der hessischen DKP-Vorsitzenden Ellen Weber gewesen. Auch Startbahn-Kämpe Alexander Schubart („Aschu") und der SPD-Abtrünnige Manfred Coppik aus Offenbach hatten sich mit heißem Herzen in den Dienst dieser Vision gestellt, waren aber bei den hessischen Grünen immer abgeblitzt.

Erst jetzt, wo die Parlamentarier der Ökopartei ihre Felle davonschwimmen sehen (in Hessen geben Meinungsforscher den Grünen nur noch knapp fünf Prozent), suchen sie den Schulterschluß mit der von Schubart einst beschworenen angeblich „massenhaften Bewegung".

Aber die Massen bleiben aus. Als die Aktivisten von der „Startbahn-BI" endlich ihre Lautsprecher montiert haben und die Stimme von Michael Wilk über den Platz dröhnt, sind rund 1500 unter dem Blätterdach versammelt. Eine klägliche, orientierungslose Schar gegen jene 100 000 bei den Protestkundgebungen nach dem Tod von Benno Ohnesorg 1967 und jene immer noch 10 000 bis 12 000, die am 22. September vor drei Jahren mit einem Schweigemarsch in Berlin gegen den Tod von Klaus-Jürgen Rattay demonstrierten.



Ende einer „friedlichen Demonstration": vermummte Chaoten, Barrikaden und verletzte Demonstranten

FOTOS: DPA / AP

Die Luft ist offenbar raus aus den „neuen sozialen Bewegungen", die einmal der Blutspender der Grünen waren und die doch den Weg der Grünen in den Parlamentarismus, so wie der frühere Hausbesetzer, Häuserkämpfer, Chile-, Spanien- und Südafrika-Demonstrant Günther Sare, nicht geschlossen mitgehen wollten.

Keiner beherrscht die Kunst so gut, die Massen in Stimmung zu bringen, wie der Medizinstudent Wilk. Mit langen Haaren, schwarzem Kinnbart und der großen spitzen Nase steht er lässig auf dem Lautsprecherwagen, die Hände in den Taschen und bringt die Jugendlichen unter den Platanen zum Johlen, Klatschen, Kreischen.

„Am starken Arm des Staates klebt Blut", ruft er über die Köpfe, und sieht „in diesem Land" eine „Politik der Hetze und Isolierung von Minderheiten". Frankfurt sei an diesem Abend in einen „Belagerungszustand" versetzt. Dann zitiert er ein Telegramm aus Brixton: „Lang lebe die internationale Solidarität!" Das Publikum ist vor Begeisterung über den alten kommunistischen Schlachtruf schier aus dem Häuschen.

Lothar Reininger von der SDAJ bescheinigt anschließend dem Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann unter Gegröle, daß „dieser Saubermann Blut fließen sehen will". Dann sprechen Grüne und Leute der Bunten Hilfe. Aber nur ein Vertreter des Jugendzentrums Bockenheim und Tom Koenigs von der Fraktion der Grünen im Römer finden Worte für den toten Günther Sare.

„Er war ein Häuserkämpfer wie wir und hat sich dabei sogar ein Bein gebrochen", sagt Koenigs, der diese Veranstaltung angemeldet und vom Frankfurter Oberbürgermeister genehmigt bekommen hat. Aber während er bleich im fahlen Licht einer Neonlampe seine gedruckte Rede aufsagt und die 1500 auf dem Platz ermahnt: „Der effektivste Protest ist der friedliche!", wird schlagartig klar, daß ihm und den Grünen die Kontrolle über diese Art von „Bewegung" längst entglitten ist.

Sprechchöre kommen auf, die den „Realpolitiker" Koenigs und Hessens Innenminister Horst Winterstein (SPD), beide engagierte Vorkämpfer des rot-grünen Bündnisses, verhöhnen: „Koenigs, Winterstein – eins ist wie das andre Schwein" oder: „Aufruhr, Widerstand!" oder: „Feuer und Flamme für diese Stadt!"

Als Koenigs die Kundgebung geschlossen hat, sammeln sich 600 zu einem Aufmarsch gegen die Polizei, die den Platz von allen Seiten umstellt hat. Einige ziehen sich schwarze Masken vors Gesicht, haken sich ein. Unter der Jacke führen sie Steine mit, die sie aus dem Pflaster gerissen haben, und leergetrunkene Bierflaschen – sie liegen zu Hunderten auf dem Platz herum.

Bis gegen ein Uhr in der Nacht liefern sie sich mit der Polizei Gefechte. Wieder gibt es zehn Verletzte. Fensterscheiben werden eingeworfen, 101 Demonstranten vorübergehend festgenommen. Die meisten von ihnen kamen von außerhalb.

Zur gleichen Stunde folgten rund 3000 Zuschauer den Vorstellungen des Festivals „Theater der Welt" auf den Bühnen der Stadt. Auf dem Heimweg fahren die Zuschauer an den sich noch immer prügelnden Demonstranten vorbei. Ein Schuljunge auf dem Fahrrad hält an und blickt zornig hinüber. Er sei im Gallusviertel dabei gewesen, als Günther Sare starb, alles habe dort ganz friedlich begonnen. Und dann verächtlich: „Das hat er nur diesen Zotteltieren da drüben zu verdanken, daß er umgekommen ist." Eine Generation später.

WIE WAR DAS?

Als in Hamburg die CDU entstand

Von UWE BAHNSEN

Hamburgs Christdemokraten blikken auf vier Jahrzehnte ihrer Partei in der Hansestadt zurück. In einer rechtzeitig zum 40. Gründungstag erschienenen, sozusagen „offiziellen" Darstellung der Parteihistorie, verfaßt von Helmut Stubbe-da Luz, kann man nachlesen, daß die damaligen Gründer, 29 an der Zahl, Vorstellungen von ihrer Politik entwickelten, von denen ihre Nachfolger sich später hurtig verabschiedeten.

In den „Leitsätzen der Christlich-Demokratischen Partei Hamburgs" – von einer Union war damals, am 1. Oktober 1945, noch nicht die Rede – wird zwar ausdrücklich das Privateigentum anerkannt; zugleich aber sei „das Bodenrecht den veränderten Verhältnissen anzupassen", womit eine Art Bodenreform gemeint war, wenngleich auch nicht mit den Methoden rigoroser Enteignung wie in der sowjetischen Besatzungszone. Immerhin schrieben die Parteigründer aber in ihr Programm die Sätze hinein: „Die Frage der Sozialisierung ist eine Zweckmäßigkeitsfrage. Die Sozialisierung ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie keine Schlechter-, sondern eine Besserstellung der im Betriebe Beschäftigten und der Volksgemeinschaft ergibt."

Daß die Wirtschaft „öffentlich gelenkt" werden müsse, stand für die Verfasser eines CDU-Aufrufs zum 1. Mai 1946 gänzlich außer Frage, auch „unsere Forderung: Gemeinschaftseigentum an den Bodenschätzen". Ganz auf dieser Linie lag auch eine der zentralen Wahlaussagen der CDU für die Bürgerschaftswahl vom 13. Oktober 1946: „Die Vorbereitung und Durchführung der Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung sind Gemeinschaftsaufgaben staatlicher Organe und der Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft."

Das Buch enthält auch Passagen, die die Zustände der Nachkriegsjahre widerspiegeln. Der erste, noch von den Briten ernannte Kultursenator, der Jurist, Kaufmann und Schriftsteller Ascan Klee Gobert, der Vater von Boy Gobert, berichtet: „Als ich während der Vorverhandlungen zum erstenmal mein zukünftiges Amtszimmer als Senator betrat, bekam ich doch einen Schreck. Mir hatte so etwas wie ein Regierungssitz im Rathaus vorgeschwebt. Statt dessen fand ich einen ungeheizten Keller mit ein paar hustenden Angestellten, welche durch einen wild durcheinanderschwärmenden Haufen von ‚suchenden' Künstlern in Bewegung gehalten wurden. Während wir mit klapperndem Gebein uns mit Heinz Hilpert unterhielten, verbreitete sich die Kunde, ‚der neue Senator' sei da. Aber da ich noch nicht bestätigt war, wehrte ich drei aufdringliche Petitionäre auf dem Korridor ab, die mir einen neuen Vorgeschmack von kommenden Dingen gaben: Der Direktor eines Flohzirkus wollte eine Gastspiellizenz für Schleswig-Holstein erwerben, ein Kontorbote begehrte eine ‚kulturelle' Grabstätte für seine Familie in Ohlsdorf, und ein junger Mann beabsichtigte Pinsel zu kaufen, um Maler zu werden."

Boshafte Zungen in Hamburg meinen, geändert hätten sich seither in der von Helga Schuchardt geleiteten Kulturbehörde im wesentlichen nur die materiellen Bedingungen.



Die Fenster sind verkleistert, der Winter kann kommen

Filzstiefel lüften, Mehlbrei zum Verkleistern der Fenster anrühren, Knoblauch gegen Grippe essen und Pilze einlegen – die Moskauer bereiten sich auf den beginnenden Winter vor.

Eingehüllt wie Mondmännchen tapsen die Kinder mit ihren Großmüttern durch Moskaus Parks

FOTO: WILHELM KNUTTEL

Von R.-M. BORNGÄSSER

Als in diesen Tagen die Moskauer morgens erwachten, rieselten die ersten Schneeflokken vom Himmel, sichere Wetteranzeichen eines bevorstehenden langen Winters.

Sie blieben nicht liegen, verwandelten sich schnell in schmutzige, wäßrige Pfützen. Kein Zweifel, während überall in Europa der Herbst mit einem schönen, warmen Altweibersommer anfängt, beginnt in der Sowjetunion bereits die harte Winterzeit, die bis Ende April, mitunter bis in den Mai dauert. Überzeugte Parteifunktionäre ereiferten sich lauthals in der Moskauer Metro, nahmen den frühen Winteranfang zum Anlaß, die Amerikaner mit ihren Testversuchen zu beschuldigen. Orthodoxe „Babuschkas" allerdings schlugen innerlich ein Kreuz und behaupteten schlichtweg, daß an diesen schlimmen Wetterverhältnissen nur und allein der Kommunismus schuld sei.

Wer auch immer diese Misere verursacht, die Moskauer jedenfalls beeilen sich, sich für die bevorstehenden schweren Zeiten zu rüsten. Tiefgrau hängen die Wolken in diesen Tagen vom Himmel, ein eisiger Wind fegt durch die Straßen und Boulevards, trübe treibt die Moskwa dahin. Novemberwetter, Selbstmordwetter, Grippewetter.

Wie alle größeren Städte der Sowjetunion ist auch Moskau an Fernheizungen angeschlossen. Und weil es im Land der Planwirtschaft, nun besonders unter dem dynamischen Michail Gorbatschow, gilt, den Plan einzuhalten, ignorieren die verantwortlichen Direktoren der Fernheizung glatt wieder einmal diesen frühen Wintereinbruch. Mag die Temperatur auch unter Null sinken, bei ihnen beginnt der Winter erst Mitte Oktober. Also sitzen alle Moskauer – auch die Ausländer in ihrem „Getto" – warm vermummt in ihren Wohnungen oder hocken vor ihren eingeschalteten Heizkörpern.

Eine Grippewelle breitet sich aus. Immer häufiger sieht man jetzt die Notarztwagen vor den einzelnen Häusern. Beharrlich nennt man hierzulande die Viren immer noch die „chinesischen", ungeachtet der neuen sich anbahnenden Beziehungen zwischen der UdSSR und China.

Jeder schwört auf sein Hausmittel

Die Marktfrauen mit ihrem Sauerkrautsaft und eingelegten Knoblauch haben jetzt Hochkonjunktur. Sie schwören auf diese Hausmittel. Da in hiesigen Apotheken Grippemittel eh „Defizit" sind, legt man sich also bereits am Morgen auf das Butterbrot die Knoblauchzehen zur Vorsorge.

Werden dann endlich die Heizungen in den Wohnungen eingeschaltet, kann es geschehen, daß die Zimmer derart überheizt sind, daß man sich hier nur in dünnster Bekleidung bewegen kann. Denn regulieren lassen sich sowjetische Heizungen nie. Sind doch die einschlägigen Rädchen schon auf wundersame Weise bereits bei der Montage in Neubauten abhanden gekommen. Nur ausländische Greenhorns machen den Versuch, mit einer Zange zu regulieren.

Der Versuch bleibt einmalig, den jeder neu ankommende Moskauer Heimhandwerker schnell wieder aufgibt, hat er doch plötzlich ganze Rohrgestänge an der Zange, und nur ein dramatischer Anruf bei der Hausverwaltung verhindert Überschwemmungen in den Etagen.

Erstes Gebot für die siebenmonatige Kälteperiode heißt Verkleistern der Fenster mit Mehlbrei und Papierstreifen. In den Papierläden gibt es eigens dafür hergestellte schmale Rollen, bezeichnenderweise mit hellblauen Kristallsternchen verziert. 27 Meter dieses „Papiers zum Verkleben der Fenster" kosten zehn Kopeken.

Vorsichtige Ausländer reisen sowieso immer mit Meterrollen voller Filzband in die Sowjetunion. Nur die Balkontür bleibt frei, der Zugang zum natürlichen Kühlschrank, wo man Flaschen und Fleisch lagern kann, wo man auch notfalls ein paar Minuten Luft schnappt. Ansonsten sorgt die typisch russische „Fortuschka", eine eigens eingebaute Klappe im oberen Fensterflügel, für etwaige Luftzufuhr.

Die Filzstiefel sind gelüftet, und für die Lederstiefel, die eh nur eine Saison halten, steht man gerade an. Derzeit beginnen die Stiefel-Lieferungen. Die Moskauer harren geduldig in langen Schlangen, immer in der Hoffnung, daß just in diesem Laden nicht alle Stiefel mit der Schuhgröße Nummer 40 ausverkauft sind.

Die Schapka schützt Ohren und Kopf

Natürlich hat man schon bei den ersten eisigen Windstößen die obligatorische „Schapka", die Pelzmütze, aufgesetzt. Sie schützt die Ohren, hält den Kopf warm und ramponiert die Frisur. Am besten kauft man solch eine unentbehrliche Kopfbedeckung tunlichst im Sommer. Da kann man sie bei 28 Grad Wärme sogar recht günstig auf den kleinen Bauernmärkten in Moskau erstehen. Die „Schuba", der Pelzmantel, wahrlich kein Luxus, ist auch nur auf dem schwarzen Markt für mehr als ein durchschnittliches sowjetisches Jahresgehalt zu bekommen.

Vermummt wie Mondmännchen tapsen jetzt die Kinder über die Parkwege, gelenkt von schwergewichtigen Großmüttern, die den Wollschal als Leine benutzen. Kein Kind ist nach deren Meinung je warm genug angezogen. Selbst wenn im Hochsommer mal ein kühles Lüftchen weht, stülpen sie den Kleinen bereits Wollmützen über den Kopf.

Auch für den Magen wird für die kalte Jahreszeit vorgesorgt. Egal, was einer sowjetischen Hausfrau unter die Finger gerät, alles wird eingemacht: Pflaumen, Erdbeeren, Äpfel – Gurken, Kohl, Knoblauch, grüne Tomaten und Pilze. Sind doch die Wälder um Moskau voll von Pilzen und Beeren. Jeder Russe ist ein passionierter Sammler. Marinierte Pilze gehören nun einmal zu jedem echt russischen Wintermenü.

Im Ausländerrevier, nahe dem Hotel „Ukraina", müssen die Hofarbeiterinnen, die mit Lappen und heißem Wasser die Limousinen der Fremden sauberhalten, jetzt besonders hart arbeiten, denn zäh klebt der Matsch und Dreck an den Rädern und Chassis. Gibt es doch ein Gesetz in Moskau, welches das Fahren mit schmutzigen Autos verbietet. Denn die Straßen abseits der großen Boulevards sind nur trocken im Sommer oder gefroren im Winter zu befahren. Jetzt, in dieser unfreundlichen Jahreszeit, sind sie knöcheltief aufgeweicht, die Räder bahnen sich nur mühsam ihren Weg durch diesen Morast.

Hat der Sowjetbürger seine Wohnung dichtgemacht, seine Pilze eingelegt, das Mottenpulver aus den Wintersachen geschüttelt, wendet er sich – falls er zu der kleinen Schar der Begüterten zählt – seinem Auto zu.

So verpacken in diesen Tagen zahlreiche Moskowiter ihren „Schiguli" in Zeltbahnen und stellen ihn fest verschnürt auf einen der dafür vorgesehenen öffentlichen Parkplätze. Die Verpackung soll nicht nur Schnee und Frost, sondern auch Diebe fernhalten. Der Winter hat in Moskau begonnen.



Neue Initiative der Union zu Paragraph 218

DW./idea, Bonn

Die von der CDU/CSU regierten Länder sind weiterhin darum bemüht, eine gemeinsame Initiative in die Wege zu leiten, um die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in der Bundesrepublik Deutschland zu verringern. Vor der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger angekündigt, der rheinland-pfälzische Gesetzentwurf zur Änderung der Reichsversicherungsordnung solle die Grundlage für einen Mitte Oktober beginnenden Abstimmungsprozeß innerhalb der CDU/CSU werden.

Dieser im Bundesrat eingebrachte Entwurf sieht vor, daß künftig nur noch bestimmte, eigens dafür ausgebildete Ärzte über die Zulassung eines von den Krankenkassen bezahlten Schwangerschaftsabbruchs entscheiden sollen. Bislang darf dies jeder approbierte Arzt. Ziel dieser Initiative ist vor allem, die Zahl der aufgrund einer sozialen Notlage genehmigten Schwangerschaftsabbrüche zu vermindern. Der Mainzer Vorstoß hatte nicht die ungeteilte Zustimmung der von der Union regierten Länder gefunden. Vor allem Schleswig-Holstein hatte die Frage aufgeworfen, auf welche Weise ein solcher Arzt qualifiziert werden solle und könne.

Eine gesetzliche Änderung des Abtreibungsparagraphen scheitert nach Auffassung des Staatsministers Friedrich Vogel (CDU) vor allem an der FDP. In einem Gespräch mit evangelikalen Publizisten in Bonn sagte Vogel, nach seiner Einschätzung sei eine Mehrheit der Unionspolitiker im Kabinett Kohl für eine Einschränkung der „Abtreibungsfinanzierung" durch die Krankenkassen, eine Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes zur Änderung des Paragraphen 218 würde jedoch „die Koalition aufs Spiel setzen". Der CDU-Politiker vermißt eine klare Stellungnahme der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Abtreibungsfrage: „Wo hat der Rat eine deutliche Wegweiserfunktion vorgenommen?"

Straßenterror ist für die DKP „Widerstand"

Frankfurter Krawalle propagandistisch ausgeschlachtet

WERNER KAHL, Bonn

Nach Beratung im engsten Kreis hat der Vorstand der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) seine jahrelang zur Schau getragene Zurückhaltung bei Auseinandersetzungen mit terroristischem Hintergrund in der Bundesrepublik Deutschland aufgegeben. Auf der Frontseite des Parteiorgans „UZ" wurde gestern der Frankfurter Straßenterror während der letzten Tage durch militante frühere Hausbesetzer und Gegner der neuen Startbahn des Rhein-Main-Flughafens sowie Anhänger des Umfeldes der linksterroristischen „Rote Armee Fraktion" zum erstenmal in dieser Breite offiziell zum notwendigen „antifaschistischen Widerstand" erklärt.

Mit der pauschalen Einbeziehung des bei den jüngsten Ausschreitungen festgestellten RAF-Umfeldes in die von der DKP geforderte erweiterte „antifaschistische Bewegung" dürfte jedoch die DKP-Führung selbst eigene Mitglieder überrascht haben. Nach Einschätzung von Sicherheitsexperten handelte der Vorstand gemäß einer Direktive der Moskauer und Ostberliner Parteizentralen, jede Gelegenheit auszunutzen, neue innenpolitische Angriffsflächen zu schaffen und die Bundesrepublik Deutschland im Ausland als angeblicher Hort nationalsozialistischer Ideologie zu diffamieren.

Alarmkette funktioniert

„Widerstand – das ist das Gebot der Stunde" überschrieb das DKP-Organ den Aufruf des Altkommunisten Hermann Gautier, stellvertretender DKP-Vorsitzender. Bei dem tragischen Todesunglück während der Demonstration gegen ein NPD-Treffen in Frankfurt handelt es sich laut der gestrigen Sprachregelung durch die DKP um eine „Bluttat". Die Mitglieder der kommunistischen Gliederungen „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes" (VVN), der SDAJ, der Jugendorganisation, und der Tarnorganisationen wurden aufgefordert, mit Gewerkschaftern und der „Friedensbewegung" den außerparlamentarischen Kampf als Vermächtnis von Frankfurt aufzunehmen.

Straßenkämpfe der siebziger und Anfang der achtziger Jahre wieder aufleben zu lassen, ist offenkundig das Ziel alter Gewaltkoalitionäre aus dieser Ära. Mit verjüngter Reihe versucht der „Schwarze Block" in den Ballungszentren erneut zum Zuge zu kommen. Zwischen 200 und 300 Militante existieren nach grober Schätzung in Großstädten wie Berlin, Frankfurt und Hamburg.

Die alte Alarmkette mittels telefonischem Weitersagen von Treffs und „Äktschns" funktioniert immer noch, wie Beobachtungen in den letzten Tagen zeigten. Doch verständigte man sich bei der Mobilisierungskampagne für einen „heißen Herbst" bisher mehr am Kneipenstammtisch, in Wohngemeinschaften oder im Frankfurter „sogenannten ‚Cafe Südstern'", so ein hessischer Staatsschutzbeamter.

Bündnis mit Sozialisten

Mit allen Mitteln der Agitation versuchen „Berufsdemonstranten", Funktionäre verschiedenster Organisationen und Anarchisten aus der Jugendszene, die sich anderen, friedlichen Bereichen zuneigt, Nachwuchs für den Straßenkampf zu gewinnen. „Straßenwerkertips", Ratschläge einstiger Anarcho-Syndikalisten aus den frühen siebziger Jahren, sind derzeit in der Rhein-Main-Neckar-Szene wieder „in".

Unter militanten Gruppen kursiert ferner eine Anweisung, die ebenfalls aus Archiven der Hausbesetzer-Schlachten hervorgekramt wurde: Nicht vorzeitig maskiert herumlaufen, keine schwarzen Halstüchter tragen. Beim Anmarsch zur Demonstration keine Steine oder Mollies bei sich haben. Dafür am Tag oder in der Nacht vorher das Gelände sondieren und „Argumente" (gemeint sind Steine, d. Red.) lockern oder Mollies verstecken . . .

Der erste Versuch des angestrebten neuen Bündnisses der Kommunisten mit Sozialisten, einem Teil der Grünen, Opfern des Faschismus bis hin zu den Militanten der anarcho-terroristischen Szene, am Dienstag eine Bundesgroßkundgebung in Frankfurt zu inszenieren, ist zunächst mangels Masse als gescheitert anzusehen. Was hinter den Kulissen weiter betrieben werde, um unter Ausnutzung des Rechtspositivismus erneut Unruhen in der Bundesrepublik zu entfachen, nehme jedoch Formen an, die von der Polizei so nicht länger hingenommen werden könnten, sagte ein Staatsschutz-Direktor.

Neue Hilfsflüge nach Äthiopien

dpa, Addis Abeba

Die deutsche Luftwaffe wird erneut Hilfsflüge zur Versorgung der Hungernden in Äthiopien unternehmen. Wie die deutsche Botschaft in Addis Abeba erklärte, werden auf Bitten der äthiopischen Regierung vom 8./9. Oktober an erneut zwei Transall-Transportmaschinen eingesetzt. Die Flugzeuge sollen vor allem Nahrungsmittel über unzugänglichen Gebieten in den Provinzen Schoa, Tigre und Wollo abwerfen. Der Einsatz solle bis zum Ende des Jahres dauern.

Erst im August hatte die Bundeswehr ihren zehnmonatigen Einsatz in Äthiopien beendet.

CSSR beschießt US-Hubschrauber

AP, Washington

Ein amerikanischer Militärhubschrauber ist nach Mitteilung des US-Verteidigungsministeriums in Bayern von einem tschechoslowakischen Jagdflugzeug beschossen worden. Ein Sprecher des Pentagon sagte, das Flugzeug habe mindestens zwei Raketen auf den Hubschrauber abgefeuert, ohne ihn zu treffen.

Pentagon-Sprecher Sims sagte, es sei die 17. Verletzung des Luftraumes der Bundesrepublik durch Flugzeuge aus Staaten des Warschauer Paktes in den vergangenen sechs Monaten gewesen. Es sei jedoch das erste Mal, daß eine US-Maschine angegriffen worden sei.

„SPD erzeugt Nährboden für Gewalt"

dpa/rtr, Stuttgart/Hamburg

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, hat den hessischen Sozialdemokraten vorgeworfen, sie hätten „den Nährboden miterzeugt, auf dem Gewaltkriminalität wachsen kann und Polizeibeamte zu Prügelknaben einer verfehlten Politik werden".

Mit Blick auf die jüngsten Krawalle bei Demonstrationen in Frankfurt und Stuttgart meinte Miltner in einem Interview der „Stuttgarter Nachrichten", die SPD in Hessen habe seit Jahren aus „parteitaktischen Rücksichten auf die Grünen jede Klarheit in Fragen der inneren Sicherheit vermissen lassen".

Der Unionspolitiker warnte davor, die schweren Krawalle der vergangenen Tage mit „Trauer und Bestürzung bei Freunden um den Getöteten" Günter Sare erklären zu wollen. Vielmehr reagiere sich hier „mit Steinwürfen, Brandstiftungen, Plünderungen und schwerster Gewaltanwendung ein geradezu blindwütiger Haß gegen die Polizei als Symbol unserer staatlichen Ordnung ab".

Bundeskanzler Helmut Kohl hat sich für beschleunigte Strafverfahren gegen gewalttätige Demonstranten ausgesprochen. In einem Interview der „Bild"-Zeitung verwies Kohl auf das Beispiel anderer westlicher Länder wie die Schweiz, Frankreich und Großbritannien, in denen Prozesse gegen Gewalttäter „rascher durchgezogen" würden. „Auch bei uns müssen radikale Gewalttäter und Rechtsbrecher die Entschlossenheit und Stärke des Rechtsstaates spüren", sagte der Kanzler.

Besorgt äußerte sich Kohl über die zunehmende Gewalttätigkeit auch gegen Personen. Er habe bei eigenen Veranstaltungen erlebt, „daß einigen der Gewalttätigen der blanke Haß im Gesicht steht". Auch wenn es sich dabei um eine Minderheit handele, müsse diese Gewalttätigkeit ernst genommen werden. Der Staat dürfe und werde sich von Gewalttätern nicht erpressen lassen.

Kohl wandte sich gegen ein Verbot der NPD, deren Veranstaltung der Anlaß zu den Ausschreitungen am Wochenende in Frankfurt war. Von Parteiverboten halte er nichts. Die NPD sei „eine Gruppierung von ewig Gestrigen ohne jedes politische Gewicht".

Die Rolle der hessischen Grünen, die gemeinsam mit dem Aktionsbündnis anläßlich des Todes von Günter Sare zu weiteren Demonstrationen aufriefen, wird auch Einfluß auf das Klima der Koalitionsverhandlungen mit der SPD haben. Hessens Landwirtschaftsminister Willi Görlach erklärte zwar, die Gespräche seien „nicht in Gefahr", gab jedoch zu, daß die Bildung einer Koalition „erschwert" sei.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Am schlechten Beispiel Rau will die CSU beweisen, wie gut sie ist

Von PETER SCHMALZ

Mit deftigen Schlagworten und knappen Slogans gelang der CSU in Bayern eine Reihe beachtlicher Wahlerfolge. Mit dem Worte-Trio „Freiheit oder Sozialismus" hatten sich Freund und Feind mobilisieren lassen, und die Kurzformel „Wir in Bayern" signalisierte einprägsam die in keinem anderen Bundesland erreichte Identifikation einer Regierungspartei mit Land und Leuten.

Die beiden bevorstehenden Wahlkämpfe für den Landtag in genau einem Jahr und für den Bundestag vier Monate später werden allerdings weniger von Worten als vielmehr von Zahlen geprägt. Mit einer Leistungsbilanz will CSU-Generalsekretär Gerold Tandler die Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen vergleichen. „Dadurch können die Bürger am praktischen Beispiel erkennen, welche Partei und welche Regierung Arbeitsplätze schafft, soziale Leistungen sichert und die Umwelt schützt."

Im CSU-Organ „Bayernkurier" gibt er dazu jetzt den Startschuß unter der Überschrift „Leistung als Argument" und läßt das eigentliche Ziel dieser Wahlkampfstrategie erkennen: den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau. „Da bundespolitisch", schreibt Tandler nicht ohne Süffisanz, „von Rau nur freundliche Sprüche bekannt sind, muß seine Kompetenz redlicherweise an dem gemessen werden, was er als Ministerpräsident für sein Bundesland Nordrhein-Westfalen zuwege gebracht hat."

Noch bevor er die Zahlen als Beweismittel bemüht, nimmt der CSU-Politiker das Fazit vorweg: „Während Bayern unter der Regierungsverantwortung der CSU zielbewußt und zukunftsorientiert seine Entwicklung vom Agrarland zu einem modernen, gesund strukturierten Industriestaat genommen hat, ist aus dem einstigen wirtschaftlichen Kernland Deutschlands, aus Nordrhein-Westfalen, in langjähriger SPD-Politik eine Region erstarrter Strukturen und versäumter Chancen, von Krisen und Nöten geworden." Johannes Rau habe die Entwicklungen „verschlafen", während Bayern heute „der attraktivste Wirtschaftsstandort Europas" sei.

An erster Stelle der Renommierstatistik steht stets ein Vergleich von staatlichen Investitionen und Schulden. Mit einer Investitionsquote von 22,1 Prozent liegt Bayern im Etat '85 weiterhin deutlich vor allen anderen Ländern, während



Nordrhein-Westfalen mit 16,9 Prozent unter dem Länderdurchschnitt von 17,2 bleibt. Dafür hat Raus Land bei den Schulden die Nase weiter vorn, jeder Bürger ist mit 3975 Mark Staatsschulden belastet (Länderschnitt: 3664). Hier liegt Bayern mit Stolz und nur 1980 Mark an letzter Stelle.

Hohe Schulden verursachen zwangsläufig hohe Zinslasten, wodurch wiederum der politische Handlungsspielraum einer Regierung eingeschränkt wird. In Bayern beträgt die Zinslastquote des Haushalts nur 4,8 Prozent, während in Nordrhein-Westfalen mit 9,1 Prozent nahezu jede zehnte Mark nur für Zinsen ausgegeben werden muß. Tandler sieht deshalb das bevölkerungsreichste Bundesland an Rhein und Ruhr am Ende seiner Handlungsfähigkeit. Zum Beweis führt er drei Punkte an:

- NRW streicht im nächsten Jahr rund 700 Lehrerstellen und besetzt 8800 freiwerdende nicht mehr, während die CSU mit befristeten Lehrerarbeitsverträgen die Lehrerarbeitslosigkeit reduziert;
- NRW streicht 350 Millionen Mark im sozialen Wohnungsbau, während in Bayern die Fortführung des Städtebauförderungsprogramms vereinbart wurde:
- NRW verringert die Zahlungen an Städte und Gemeinden deutlich, während der kommunale Finanzausgleich in Bayern eine wachsende Tendenz hat.

Der konsequente Ausbau der Kernenergie reduzierte nicht nur den Schadstoffausstoß erheblich, er beschert Bayern inzwischen auch einen Strompreis, der deutlich unter dem anderer Bundesländer liegt. „Allein dadurch", meint Tandler, „wird für die Wirtschaftskraft unseres Landes, für die Arbeitsplätze und für die Menschen mehr getan als mit allen sozialistischen ‚Beschäftigungsprogrammen' zusammengenommen!"

Tandlers früher Start in den Wahlkampf hat taktische Gründe: Der CSU-Generalsekretär will bei den Wählern schon in der Vorphase des Wahlkampfes eine Sensibilität für die mangelhaften Leistungen der Landesregierung unter Johannes Rau wecken und auch die Schwesterpartei CDU aufrütteln, dieses Thema offensiv anzupacken und nicht verschreckt nur auf die hohen Sympathiewerte des SPD-Kandidaten zu starren.

Wenn ein CSU-Politiker meint, die CDU sei in Nordrhein-Westfalen „zu blöd" gewesen, diese Fehler Raus der Bevölkerung plastisch zu schildern, so drückt er damit in kräftigen Worten nur das aus, was in der bayerischen Unionspartei allgemein gedacht wird. Und ein zweites Mal will man Johannes Rau nicht so glimpflich davonkommen lassen.

Skepsis über Wahlkampf-Abkommen

Kiel: Verzicht auf Werbung im Fernsehen / Die Grünen verweigerten Unterschrift

GEORG BAUER, Kiel

Wenige Tage nach dem Abschluß eines Wahlkampfabkommens zwischen den Parteien Schleswig-Holsteins für die Kommunalwahl am 2. März sind Zweifel an der Einhaltung der Übereinkunft zur Fairneß laut geworden. Mit den Worten, die Wirkung des Abkommens werde nicht so hoch eingeschätzt, schränkte der CDU-Generalsekretär Rolf-Rüdiger Reichardt die Erfolgsaussichten der Absprache zwischen CDU, SPD, FDP und dem dänisch gesinnten Südschleswigschen Wählerverband (SSW) ein. Allerdings berge die Vereinbarung die Chance, etwas „weniger ruppig" miteinander umzugehen.

In dem Abkommen, dessen Unterzeichnung die Grünen mit der Bemerkung „Medienspektakel" verweigert hatten, verpflichten sich die Parteien, den Wahlkampf in „sachlicher und fairer Form sowie unter sparsamen Einsatz finanzieller Mittel" zu führen.

Bedenken klangen auch bei dem Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Klaus Nilius, an. Er sei zwar optimistisch, zumindest jetzt noch, doch sei ein Wahlkampfabkommen kein Maulkorb, der die Parteien zahnlos mache, relativierte er die Chancen der Absprache.

Bewegendes Motiv für das Abkommen, das einen wenig fruchtbaren Vorläufer im Jahre 1971 vor der Landtagswahl hatte, war wohl der Blick auf die magere Wahlkampfkasse, der die Sozialdemokraten vor mehreren Monaten bewog, den politischen Gegnern einen entsprechenden Vorschlag zur Senkung der Kosten durch weniger Werbung zu unterbreiten.

Gemäß den Vorstellungen der SPD, die von den finanziell ebenfalls bedrängten Freien Demokraten unterstützt wurden, sollte auf die Darstellung der Parteien im Fernsehen, auf Plakatierung und die Schaltung von Anzeigen in Zeitungen verzichtet werden.

Diese Vermutung über die Hintergründe der SPD-Initiative äußern zumindest Christdemokraten, die in den zähen Verhandlungen den Sozialdemokraten einen Schritt entgegenkamen. Im Bewußtsein, daß Fernsehspots bei Kommunalwahlen nur wenig sinnvoll sind, stimmte die finanziell besser gerüstete, wenn auch nicht rosig gebettete CDU dem Nein zur TV-Werbung zu. Auf eine Plakatierung, die auf die letzten vier Wochen vor der Wahl begrenzt ist, und auf Anzeigen aber wollten weder CDU noch SSW verzichten.

Insgesamt will der CDU-Landesverband für den Wahlkampf 300 000 Mark zur Verfügung stellen, die SPD 100 000 Mark und die FDP 60 000 Mark. Auf die stattliche Summe von 100 000 Mark bringt es auch der Südschleswigsche Wählerverband, der sich – im Gegensatz zu seinen spendengeschädigten Konkurrenten – eifrigster finanzieller Unterstützung durch Fördervereine erfreut. Seine Geldquellen sprudeln vor allem jenseits der Grenze, in Dänemark. Außerdem müsse der SSW einen größeren Betrag aufwenden, argumentiert dessen einziger Landtagsabgeordneter, Karl-Otto Meyer, da der Verband auf lokaler Ebene nur schwach vertreten sei.

Der unerwartete Reichtum der Grünen bringt auch Finanzamt auf den Plan

WALTER H. RUEB, Bonn

Seit Monaten beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit Einnahmen, Spendeneingang und Vermögensverhältnissen der traditionellen Parteien, die Quellen der Parteifinanzierung bei den Grünen aber blieben bisher eher im verborgenen. Dabei steht nach Angaben in einem internen Papier der Bundesregierung eindeutig fest: Die Grünen haben sich, gemessen an ihrer Mitgliederzahl, zur reichsten Partei der Bundesrepublik entwickelt.

Im Jahre 1983 nahmen die Grünen 19,4 Millionen Mark ein; das ergibt bei 31 000 Mitgliedern einen Betrag von 626 Mark pro Mitglied. Der Anteil der Mitgliedsbeiträge an den Gesamteinnahmen betrug damit bei den Grünen 12,1, bei der CDU 31,9, FDP 16,0 und bei der SPD 39.1 Prozent. Haupteinnahmequelle der Grünen ist die staatliche Wahlkampfkostenerstattung: 1983 betrug diese 69,6 Prozent.

Den zweiten Platz nehmen bei den Einnahmen der Grünen mit 11,3 Prozent die Spenden ein. Darunter waren 17 Großspenden von mehr als 20 000 Mark. Sechs Bundestagsabgeordnete und fünf Landtagsabgeordnete waren besonders spendenfreudig. Da ihnen nach Beschlüssen der Partei aus ihren Diäten nur ein Facharbeitergehalt zusteht und der Überschuß abgeführt werden muß, erhebt sich die Frage, wie diese Abgeordneten zusätzlich noch über 20 000 Mark an die Grünen spenden konnten.

In diesem Zusammenhang erinnert man sich an eines der merkwürdigsten und bis heute nie ganz aufgeklärten Kapitel grüner Finanzgeschichte: nämlich die Verbindungen der Grünen nach Libyen.

Geld aus Libyen?

Bekannt und unbestritten sind die vertraulichen Gespräche prominenter Grüner im März 1982 mit dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi in Wien, an deren Ende Khadhafi nach einem Bericht der „Welt am Sonntag" versprach: „Daher sind wir also bemüht, unsere Ressourcen zur Verfügung zu stellen – die finanziellen und die moralischen – zur Schaffung der neuen Welt".

Wohl am deutlichsten unterscheiden sich die Grünen von anderen Parteien durch den hohen Anteil der Wahlkampfkostenerstattung an ihren Gesamteinnahmen. Sie betrug von 1980 bis 1983 durchschnittlich 61,8 Prozent; bei der CDU lautet die Vergleichszahl 30,3, bei der FDP 29,4 und bei der SPD 31,7 Prozent.

Daß die Grünen hier eindeutig gegen Gesetze verstoßen, steht fest. Das Parteiengesetz legt in Übereinstimmung mit Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts fest, daß die Wahlkampfkostenerstattung aus Steuergeldern „für die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes" gezahlt werden. An eine Bereicherung aus Steuergeldern ist indessen nicht gedacht.

Extreme Staatsquote

Darauf aber läuft die Praxis bei den Grünen unzweideutig hinaus: Bei der Europawahl 1984 sackten sie 18,4 Millionen Mark an Wahlkampfkostenerstattung ein, gaben jedoch lediglich eine Million aus. Mithin belief sich die Erstattung aus der Staatskasse auf 18,40 Mark pro ausgegebene Mark.

Diese Zahlen beweisen, daß die Grünen an der Wahlkampfkostenerstattung aus Steuermitteln regelrecht verdienen. Sie sind aber um Erklärungen nicht verlegen. Die Kostenerstattung werde ihnen aufgenötigt, behaupten die Grünen. Tatsache aber ist, daß nach Paragraph 19 des Parteiengesetzes die Erstattung schriftlich beantragt werden muß. Ferner heißt es dort: „Der Antrag kann auf einen Teilbetrag begrenzt werden."

Die Aufzählung von Verstößen gegen das Parteiengesetz durch die Grünen ist jedoch noch nicht vollständig. Das Gesetz besagt, daß die Wahlkampfkostenerstattung nicht höher sein darf als die eigentlichen Parteieinnahmen. Damit liegt die zulässige „Staatsquote" bei der Parteienfinanzierung bei 50 Prozent.

Die Grünen wissen natürlich sehr gut, daß die zulässige Quote von ihnen weit überschritten wird. Sie zeigten jedoch weder Bereitschaft, Steuergelder zurückzuzahlen noch reduzierten sie ihre Erstattungsanträge, sondern suchten nach Auswegen. Das gesteckte Ziel: Erhöhung der normalen Einnahmen.

Die Partei strebt das Ziel so an: Ehrenamtlichen Helfern und Sympathisanten werden Spendenquittungen für freiwillige Sach-, Werk- und Dienstleistungen ausgestellt, hinterher die entsprechenden Beträge als Einnahmen der Partei verbucht.

Der Trick der Grünen aber könnte sich möglicherweise als Bumerang erweisen: Die Oberfinanzdirektion Köln beleuchtet das Verfahren der Grünen unter steuerrechtlichen Aspekten. „Sollten die Grünen tatsächlich Wahlkampfeinsätze von Mitgliedern entlohnen, um den Lohn hinterher der Partei als Spende gutzuschreiben, so sind zwischen Partei und Wahlhelfern Arbeitsverhältnisse zustandegekommen, für die Lohnsteuer abgeführt werden muß", argumentieren Finanzexperten. „Das aber ist bisher nicht geschehen."

Der Reichtum der Grünen aus staatlichen Quellen stellt die Partei vor die Frage, was mit dem Geld geschehen soll. Übereinstimmung herrscht in der sonst so zerstrittenen Partei darüber, daß die Millionen innerhalb von Partei- und Sympathisanten-Kreis verbleiben sollen. Das Ergebnis ist paradox: Derweil andere Parteien ihre Anhänger um Spenden bitten, bieten die Grünen ihrem Gefolge Steuergelder als Zuschüsse an.

Es gibt einen Öko-, Kampagne-, Rechtshilfe- und einen internationalen Solidaritäts-Fonds. Der Ökofonds ist der älteste der grünen Vergabetöpfe; er wird von den Landesverbänden verwaltet und verschlingt rund 80 Prozent der Einnahmen der Partei.

Zuschuß für Alternative

Die Grünen lassen noch viele andere finanziell nicht verkommen. Zuschüsse erhielten und erhalten die Organisatoren von Störungen der NATO-Herbstmanöver 1984, die „Indianerkommune Nürnberg", die im Verdacht der sexuellen Verführung Minderjähriger steht, die „Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam Kassel", ein Anti-Atom-Büro, die „Aktion zur Wehrdienstverweigerung" und ein amerikanischer Filmemacher für eine Produktion mit dem Titel „The Nuclear War".

Zwar nicht ungesetzlich, doch in hohem Maße widersprüchlich verhalten sich die Grünen in der Frage parteinaher Stiftungen. Im Januar 1983 klagte die Partei beim Bundesverfassungsgericht gegen Bundestag und Bundespräsident wegen staatlicher Mittelvergabe an Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung. Otto Schily behauptete als Prozeßbevollmächtigter der Grünen, es handele sich bei den Zuschüssen an die erwähnten Stiftungen um unerlaubte indirekte Parteifinanzierung.

Einen Monat später aber beantragten die Grünen für die ihnen nahestehende Schumacher-Stiftung in Baden-Württemberg staatliche Zuschüsse und erhielten für 1982 und 1983 auch 200 000 Mark aus dem Steuertopf. Anschließend schossen in mehreren Bundesländern alternative Stiftungen wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden.

In Tripoli laufen viele Fäden zusammen

Warum Syrien unbedingt Nordlibanon beherrschen will

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Mit der Entführung und dem Mord sowjetischer Diplomaten in Beirut haben die heftigen Kämpfe in der nordlibanesischen Hafenstadt Tripoli unversehens eine internationale Dimension bekommen. Die Entführer drohten gestern auch mit der Sprengung der sowjetischen Botschaft in Beirut, falls Moskau nicht energisch genug auf Syrien einwirke, damit Damaskus seinerseits die prosyrischen Milizen in Tripoli zur Einstellung ihrer Angriffe gegen die sunnitischen Kampfverbände unter Scheich Said Schaaban bewege.

Die Entführer nennen sich „Islamische Befreiungsorganisation – Streitkräfte Ibn Al-Walid". Dabei handelt es sich offensichtlich um eine sunnitische Extremistengruppe, die der „Islamischen Einheitsbewegung" (MUI) unter Scheich Schaaban zumindest nahesteht, wenn nicht gar ihr zugehört. Unter Begleitung einer iranischen Delegation ist Scheich Schaaban gestern nach Damaskus gereist, um dort einen Waffenstillstand auszuhandeln. Teheran ist mit Syrien verbündet und hatte seine Vermittlung im Kampf um Tripoli und zur Befreiung der Geiseln angeboten.

Die Lage auf dem Gefechtsfeld ist verworren. Seit Mitte September versuchen Verbände der „Arabischen Demokratischen Partei" (PAD), der nationalsozialistischen und für ein großsyrisches Reich kämpfenden PNS und der libanesischen kommunistischen Partei (PCL) die Einheiten der Sunniten aus Tripoli zu vertreiben und den Norden Libanons mit syrischer Hilfe in ihre Gewalt zu bekommen. Rund um die sunnitische Hochburg hat die syrische Armee etwa 8 000 Soldaten sowie Panzer und schwere Geschütze konzentriert, ohne jedoch bisher direkt in die Kämpfe einzugreifen.

Die Kämpfe zwischen den Linksmilizen und den Sunniten, die bisher mehr als 500 Todesopfer gefordert haben, sind mittlerweile auch in West-Beirut ausgebrochen. Die Parteizentralen der prosyrischen Nationalsozialisten und der libanesischen Kommunisten wurden gestern aus sunnitischen Wohngebieten mit Raketen beschossen. Der syrische Außenminister Faruk Schareh äußerte die Besorgnis seines Landes über die Entführung der sowjetischen Diplomaten. Die Situation im Libanon bezeichnete er als „sehr kompliziert". Es gebe eine ganze Menge von Organisataionen und Gruppen im Untergrund , über die kaum jemand eine Kontrolle ausüben könne. Damaskus habe an die Entführer und die mit ihnen verbundenen Parteien eine „sehr ernste Warnung" gerichtet.

Politische Beobachter rechnen nicht mit einer dauerhaften Waffenruhe in Tripoli. Die Stadt liegt keine hundert Kilometer von den syrischen Stätten Hama und Homs entfernt, in denen muslimische Oppositionsgruppen erneut versuchen, Widerstandszellen gegen das syrische Militärregime aufzubauen. Gegen Kraftwerke in der Nähe von Damaskus und bei Homs wurden im April Anschläge verübt und Ende Juli wurde das Zentraum von Damaskus von mehreren Explosionen erschüttert. Dabei stellte sich heraus, daß die Opposition, die vor allem von Muslimbrüdern, möglicherweise aber auch von PLO-Verbänden Arafats geführt und unterstützt wird, über nicht unerhebliches technisches Material verfügt. Sie erhält ihren Nachschub auch aus Nordlibanon. Wenn Damaskus Tripoli und das Umland unter Kontrolle bekäme, wäre die Opposition weitgehend vom Nachschub abgeschnitten.

Ein anderer Grund für den Willen des Regimes in Damaskus, diesen Teil Libanons unbedingt zu unterwerfen, liegt in der ethnischen Beschaffenheit der Bevölkerung beiderseits der libanesisch-syrischen Grenze. Das syrische Gebiet nördlich von Tripoli wird auch Dschebel Alawite genannt, es ist das Hauptsiedlungsgebiet der Alawiten, die trotz ihres geringen Anteils an der Bevölkerung (etwa elf Prozent) Syrien beherrschen. Assad selbst ist Alawit. Mitglieder seiner Familie sitzen in Schlüsselstellungen von Armee, Partei und Verwaltung. Im Falle einer Krise oder eines Sturzes der Regierung wären die Alawiten gezwungen, sich auf ihre Ursprungsregion zurückzuziehen, möglicherweise sogar ein autonomes Gebiet auszurufen. Seit Jahren schon investiert die Regierung deshalb vor allem in die Infrastruktur des Dschebel Alawite. Der Hafen von Latakieh wurde ausgebaut, eine Universität gegründet. Als in der Stadt Hama, die am Rande dieses Gebiets liegt, die Muslimbrüder für Unruhe sorgten, ließ Assad im Februar 1982 die Stadt von einer Panzerarmee umstellen und in Schutt und Asche schießen. Damals starben dort mehr als 20 000 Menschen.



Die vier entführten sowjetischen Diplomaten, wie sie in einer Fotomontage von den Entführern gezeigt werden. Oben links Oleg Spirin, Handelsattaché, der als erster ermordet in Beirut aufgefunden wurde. Neben ihm Nikolai Swirsky, der Arzt der Botschaft, der auch ermordet worden sein soll. Unter ihnen Arkadi Katakow und Valeri Minarkow. FOTO: AFP

„Das brutale Verbrechen entschlossen verurteilen"

Moskaus Reaktion auf die Entführung seiner Diplomaten

R.-M. B./DW. Moskau/Beirut

Moskau hat auf die Geiselnahme der vier sowjetischen Diplomaten in Beirut bis Mittwochnachmittag lediglich mit einer kurzen Tass-Meldung reagiert.

Sie lautet: „In Beirut wurde ein brutales Verbrechen begangen. Als Geiseln wurden vier Angestellte der sowjetischen Vertretungen in Libanon von Banditen einer äußerst reaktionären ultrarechten Organisation gefangengenommen. Als Voraussetzung zur Befreiung stellten die Terroristen Forderungen, die mit den Aktionen miteinander verfeindeter libanesischer Gruppierungen im Gebiet der Stadt Tripoli verbunden seien. Das Leben der Geiseln befindet sich in Gefahr. Diese terroristische Aktion verletzt grob die internationale Gesetzgebung."

Schritte angekündigt

Wie jede terroristische Aktion müsse auch diese „von der Sowjetunion und der Weltöffentlichkeit entschlossen verurteilt werden". Die „kompetenten Organe" der Sowjetunion unternähmen alle nötigen Schritte zur Rettung der Sowjetbürger.

Die Tass-Meldung wurde am Dienstagabend in der Hauptnachrichtensendung des zentralen sowjetischen Fernsehens ohne Kommentar verlesen. Es wurde nichts über Berichte aus der libanesischen Hauptstadt gesagt, wonach eine muslimische Organisation die „Hinrichtung" von zwei der entführten Diplomaten mitgeteilt habe.

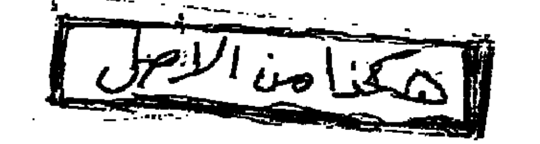
Verschwiegen wird der Sowjetbevölkerung bis jetzt die „Hinrichtung" einiger Geiseln. – Zur Zeit hält sich der sowjetische Botschafter in Beirut, Alexander Soldatow, in Moskau auf. Westliche Botschafter wollten bisher keine Stellungnahme zu diesem Geiseldrama abgeben.

Brief vom Kreml

Der libanesische Präsident Gemayel hat den Stellvertreter Soldatows in Beirut, Juri Suslikow, davon unterrichtet, daß die libanesische Regierung alles tun werde, um zur Befreiung der sowjetischen Geiseln beizutragen. Gemayel hat, wie die WELT aus Beirut erfährt, vom Kreml einen Brief zur Geiselaffäre erhalten.

Auch mit Damaskus hat Moskau wegen der Geiselaffäre auf verschiedenen Kanälen Kontakt aufgenommen. Der syrische Außenminister nahm in New York dazu Stellung.

Die prosyrische Tageszeitung „As Safir", der gute Beziehungen zur syrischen Führung nachgesagt werden, schreibt, daß Damaskus aufgrund der Hinweise aus Moskau dem Entführungsfall größte Bedeutung beimesse.



Kinnock muß Niederlage gegen Scargill hinnehmen

Turbulente Debatten zwischen Realisten und Radikalen

R. GATERMANN, Bournemouth

Nach einer turbulenten Debatte hat Parteichef Neil Kinnock auf dem Labour-Kongreß gestern eine Abstimmungsniederlage hinnehmen müssen. Sie fiel allerdings bei weitem nicht so hoch aus, wie vereinzelt vorausgesagt worden war. Und es stellt sich die Frage, ob Kinnock nach seiner großen Rede am Vortag nicht gestern mit einem weiteren besonnenen, dennoch engagierten Diskussionsbeitrag seine Position gegenüber den radikalen Linksgruppen der Partei zusätzlich stärkte.

Die Geister schieden sich gestern an einem von der Bergarbeiter-Gewerkschaft (NUM) eingebrachten und von ihrem militanten Präsidenten Arthur Scargill begründeten Antrag, wonach eine künftige Labour-Regierung alle Gerichtsurteile, die im Zusammenhang mit dem einjährigen Streik gegen Bergleute verhängt worden sind, überprüfen und zudem sämtlichen während des Arbeitskampfes entlassenen Kumpeln ihre Jobs zurückgeben sollte.

So weit wollte das Parteipräsidium die Forderungen unterstützen, lehnte jedoch den dritten Punkt strikt ab, wonach auch in rechtskräftigen Gerichtsentscheiden erlassene Geldstrafen oder andere Verfahrenskosten zurückerstattet werden sollten. Neil Kinnock, der die Auffassung des Präsidiums vortrug, forderte die NUM auf, auf den letzten Punkt zu verzichten. Falls nicht, empfahl er eine Ablehnung des gesamten Antrages. Die 1200 Delegierten stimmten ihm jedoch zu. Allerdings erreichten sie nicht die Zweidrittelmehrheit, die notwendig gewesen wäre, um diesen Punkt auch ins Parteiprogramm zu heben.

Während Arthur Scargill, mit viel Beifall und Zurufen begrüßt, auf frühere Kongreßbeschlüsse verwies, in denen die NUM einstimmig in ihrem Kampf unterstützt wurde, und deswegen die jetzige Uneinigkeit in der Partei nicht verstehen wollte, appellierte Neil Kinnock erneut an die Delegierten, keine unrealistischen Beschlüsse zu fassen. Scargill behauptete, seine Gewerkschaft sei von der konservativen Regierung „ausgeraubt" worden.

Eine andere Sprecherin stützte ihn mit der Auffassung, die Tories hätten die Gesetze zum eigenen Nutzen und gegen die Arbeiterklasse eingesetzt, wogegen der Parteichef der NUM den Vorwurf machte, den Streik und seine Folgen „nicht richtig durchdacht" zu haben. Im übrigen habe sie mit ihrem Antrag sowohl gegen das Gewohnheitsrecht als auch gegen Gesetze verstoßen. Ein Gewerkschaftsführer prophezeite, mit der Annahme dieses Antrages lege man eine Zeitbombe unter die Labour Party.

In der Debatte, in der die Gegner des NUM-Antrages häufig von nichtstimmberechtigten Zuhörern niedergeschrien wurden, fielen Worte wie „Affen", „Schakale", „Verräter" und „Lügner". Die meisten Redeanträge blieben unberücksichtigt. Neil Kinnock machte erneut deutlich, daß er als einziges Ziel den Gewinn der nächsten Wahl sieht und sich etliches in der Partei dem unterordnen müsse. Dazu gehörten Forderungen, die mit der Wirklichkeit nicht im Einklang ständen und die vom Wähler nicht akzeptiert würden. Eine solche Forderung sei die jetzt von der NUM erhobene, die aber im übrigen die Leiden der Grubenarbeiter nur verlängern würde.

Peking läßt Studenten gegen Japan demonstrieren

Harte Kritik an Tokios Handelspraktiken und Importen

JOCHEN HEHN, Hongkong

Im bis vor kurzem noch so freundlichen Dialog der beiden Nachbarstaaten China und Japan schwingen seit einiger Zeit unverkennbar aggressive Untertöne mit. Besonders hoch schwappte die antijapanische Gefühlswelle in der renommierten Peking-Universität, wo die Studenten Kundgebungen veranstalteten, um des Mukden-Zwischenfalls vom September 1931 zu gedenken. Er gab den Japanern Anlaß zum Eindringen in den chinesischen Nordosten und zur Proklamation des Satellitenstaates Mandschukuo.

Auf zahlreichen Wandzeitungen gingen die Studenten mit dem „alten und neuen Imperialismus Japans" scharf ins Gericht. Auch in der zentralchinesischen Stadt Xian demonstrierten mehrere tausend Studenten. Ihr Protest entzündete sich am Besuch des japanischen Premiers Nakasone am Schrein der Kriegstoten Japans, der, wie das chinesische Außenministerium mitteilen ließ, die Gefühle der Chinesen verletzt habe, weil damit auch der Soldaten gedacht worden sei, die damals in China einmarschiert seien.

Einem Soldaten der damaligen japanischen Invasionsarmee legten die Studenten den bitterbösen Kommentar in den Mund: „Vor 40 Jahren enthauptete ich 50 Chinesen mit meinem Schwert, heute liefert euch meine Firma Hunderttausende Farbfernsehgeräte." Die Studenten stellten damit einen direkten Zusammenhang her zwischen der militärischen Invasion von 1931, der Millionen von Chinesen zum Opfer fielen, und den Wirtschaftsimporten, die seit Beginn der achtziger Jahre ganz China überschwemmen und vor allem im Konsumgüterbereich augenfällig sind.

Der Unmut vieler Chinesen entzündet sich nicht nur an der Allgegenwärtigkeit japanischer Produkte, sondern auch an den Verkaufspraktiken mancher japanischer Geschäftsleute. So wurde die Nachricht, daß 5000 aus Japan importierte Lastwagen schon nach kurzer Zeit schwerwiegende Mängel aufwiesen, an prominenter Stelle veröffentlicht. Und China-Reisende aus dem Westen wissen zu berichten, daß sich auch in den Provinzen die Ansicht durchzusetzen beginne, die Japaner seien in erster Linie an gewinnbringenden Abschlüssen interessiert, wollten dafür aber keine Gegenleistungen bringen. Unter Gegenleistung verstehen die Chinesen vor allem die Lieferung moderner Technologien, die sie so dringend für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes benötigen, aber auch die Öffnung des japanischen Marktes für mehr chinesische Exporte.

Daß Peking das Ungleichgewicht in der Handelsbilanz ein Dorn im Auge ist, unterstreicht die Warnung Deng Xiaopings, Japan solle endlich dazu beitragen, das Handelsdefizit Chinas von derzeit 2,3 Milliarden US-Dollar (1984: zwei Milliarden) abzubauen, oder Japan müsse mit Konsequenzen rechnen. Angesichts des überhitzten Wirtschaftswachstums in der Volksrepublik sind die Worte Dengs durchaus ernst zu nehmen.

Die Möglichkeit, daß der drittgrößte Handelspartner Chinas, die Bundesrepublik Deutschland (wenn man vom Sonderfall Hongkong absieht), aus den getrübten Beziehungen Pekings zu Tokio Vorteile ziehen könnte, ist gewiß nicht von der Hand zu weisen. Doch sollte man sich vor Überschätzungen hüten. Japan und auch die USA befinden sich aufgrund ihrer geographischen Nähe zu China in einer besseren Wettbewerbsposition.

Die Vergeltungsaktion am anderen Ende des Mittelmeers / Tunis und die PLO



Das sind die Reste des Hauptquartiers der PLO in einem Vorort von Tunis nach dem Schlag der israelischen Luftwaffe. Mit einem Kran versuchen die Behörden, Tote zu bergen oder in dem Trümmerhaufen noch verwertbare Überbleibsel der einstigen Planungszentrale vieler Terroraktionen freizulegen. Nach bisherigen Angaben sind sechzig Menschen bei dem Angriff getötet worden.

FOTO: AP

Israel über Kritik aus Europa verstimmt

DW. Jerusalem

Die israelische Regierung hat die Reaktion der Europäischen Gemeinschaft auf die Bombardierung des PLO-Quartiers in der Nähe von Tunis als „voreilig und unausgewogen" bezeichnet. Die Regierung in Jerusalem sei „extrem unglücklich" über die EG-Kritik, meinte ein hoher Regierungsbeamter, vor allem, weil die Europäer nicht „den Mord von Palästinensern an den drei Israelis in Larnaka" am Mittwoch vergangener Woche verurteilt hätten.

Außenminister Sharmir sagte im israelischen Rundfunk, nach dem Schlag gegen die PLO „gibt es keinen politischen Preis zu zahlen, und es wird auch keinen geben". Sein Land habe das Recht, terroristische Organisationen anzugreifen, die Bürger in Israel und im Ausland attackierten. In Israel selbst wurde der Angriff mit viel Zustimmung und wenig Kritik aufgenommen. In der großen Koalition aus Arbeiterpartei und Likud-Block warnte nur der Minister ohne Geschäftsbereich Ezer Weizmann vor einer möglichen Gefährdung des Friedensprozesses.

Bei dem Angriff von acht Jagdbombern des US-Typs F-16 war das 50 Hektar große Gebiet der palistenischen Befreiungsorganisation 19 Kilometer südöstlich von Tunis attakkiert worden. In isreaelischen Zeitungsberichten hieß es gestern, 60 Menschen seien getötet worden.

Der tunesische Staatspräsident Bourgiba wandte sich außer an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auch an die Organisation für afrikanische Einheit. Bourgiba forderte die amerikanische Regierung auf, ihre „unerwartete" Billigung des israelischen Schritts zu überprüfen. Er sei stark beunruhigt über eine mögliche Hilfestellung der Vereinigten Staaten bei dem Luftangriff, ließ der tunesische Staatschef wissen.

Von einer angeblichen militärischen Zusammenarbeit der angreifenden Flugzeuge mit der im Mittelmeer liegenden 6. US-Flotte hatte Libyen gesprochen. Auch PLO-Chef Arafat erklärte, eine technisch derart schwierige Militäroperation habe die israelische Luftwaffe nicht ohne Unterstützung Washingtons unternehmen können. Die „Komplizenschaft" der Amerikaner zeige sich auch in ihrer Billigung der Attacke. In Jerusalem und Washington wurde jede amerikanische Hilfestellung bestritten.

Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass sprach von einem „barbarischen Angriff", mit dem die israelische Regierung die internationale Gemeinschaft „schamlos herausgefordert" habe. Der jüdische Staat habe ein „schauerliches Verbrechen" begangen. Die große Entfernung zwischen Israels Küsten und Tunis setze „Komplizen" voraus. „Vielleicht haben diese Lufträuber Hilfe von dem Flugzeugträger eines anderen Staats erhalten", kommentierte das Sprachrohr des Kreml.

Als „eindeutig völkerrechtswidrig" hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, gestern den israelischen Angriff auf das Hauptquartier der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) in Tunis bezeichnet. Möllemann sagte in einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung", der Einsatz der israelischen Luftwaffe am Vortag haben einen souveränen Staat getroffen. Die Außenminister der EG hatten von einer neuen Eskalation der Gewalt gesprochen. Sie luden gleichzeitig Vertreter der PLO als Teil einer jordanisch-palästinensischen Delegation zu Gesprächen mit der Gemeinschaft ein.

Nach Einschätzung von Diplomaten könnte PLO-Chef Arafat der Hauptleidtragende des Angriffs sein. Arafat hatte sich im Februar mit König Hussein auf eine gemeinsame Friedensinitiative verständigt, die als Endziel Verhandlungen der gemischten Delegation mit israelischen Vertretern auf einer Friedenskonferenz unter dem Dach der Vereinten Nationen anstrebt.

„Es wird außergewöhnlich schwer für Arafat werden, in der nahen Zukunft den Friedensprozeß voranzukommen zu lassen. Aber ihm sind die Hände gebunden. Schlägt die Friedensinitiative fehl, wird es zu einer radikaleren Konfrontation kommen, die er vermeiden möchte", sagte ein Diplomat. Davon würden die militanten, von Syrien unterstützten Palästinenser-Gruppen profitieren, die seine Führungsrolle in Frage stellen."

5 000 Kilometer durch feindlichen Luftraum

E. LAHAV, Jerusalem

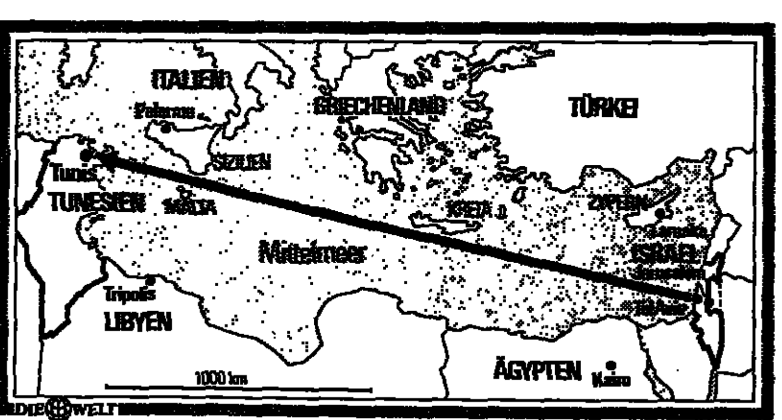
Der Beschluß, das PLO-Hauptquartier in Chamam-Esch-Schat, an der Mittelmeerküste, etwa 19 km südlich von Tunis zu bombardieren, fiel am Mittwoch abend voriger Woche. Zwölf Stunden vorher hatten PLO-Männer der Elite-Einheit Truppe 17 drei israelische Zivilisten ermordet. Das innere Kabinett faßte den Beschluß zur Vergeltung nach Beratung mit den Generalstabschefs.

Die Wahl des Zieles erfolgte aus zwei Überlegungen: militärisch, weil es eine wichtige PLO-Basis war, wo sich Arafats persönlicher Stab sowie das Büro des Leiters der PLO-Operationsabteilung und der Truppe 17 befanden. Politisch, weil Tunesien in dieser Hinsicht weniger problematisch als andere arabische Staaten war. Die politischen Auswirkungen – Entrüstung in Europa und Sondersitzung des Weltsicherheitsrats – wurden in Kauf genommen.

Über die Durchführung sind die Kenntnisse gering. Ein israelischer Offizier sagte dem SAD: „Wie wir nach Tunesien geflogen sind, mit welchen und wie vielen Flugzeugen und auf welcher Route – das ist streng geheim. Vielleicht müssen wir in der Zukunft noch einmal so ein Unternehmen ausführen."

Die kürzeste Entfernung zwischen Tunis und der israelischen Küste mißt 2450 km, das heißt, die Flugzeuge mußten insgesamt eine Entfernung von 5000 Kilometern zurücklegen, da eine Zwischenlandung für ein militärisches Flugzeug auf Feindflug unmöglich ist. Der ehemalige Oberbefehlshaber der israelischen Luftwaffe, Generalmajor David Ivry, der den Angriff auf den irakischen Atomreaktor im Jahre 1981 leitete, sagte, für diese Entfernung hätten die israelischen Flugzeuge vermutlich fünfeinhalb Stunden gebraucht. Es sei jedoch kein gewöhnliches Fliegen gewesen, denn nach den ersten zweieinhalb Stunden hätten die Piloten einen sehr schwierigen Luftangriff durchführen müssen. Damit seien die Piloten an die Grenze ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit gelangt.

Wenn dem so ist, so ist zu vermuten, daß die israelischen Flugzeuge tatsächlich die kürzeste Route eingeschlagen haben. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß jede gerade Linie von Tunis bis zu irgendeinem Punkt an der israelischen Küste südlich von Kreta und zwischen Sizilien und Malta hindurchführt. Generalmajor Ivry sagte auch, die Flugzeuge mußten in der Luft aufgetankt werden. Die israelische Luftwaffe besitzt solche Möglichkeiten. Es ist allerdings nicht klar, wie oft aufgetankt wurde, vermutlich jedoch mindestens viermal.



Der Ablauf mag daher so ausgesehen haben: 5.30 Uhr: Abflug der Tankerflugzeuge, 8.45 Uhr: Abflug der Angriffsflugzeuge, 9.45 Uhr: erstes Auftanken in der Luft, 10.45 Uhr: zweites Auftanken, 11.15 Uhr: Bombardierung der Ziele und sofortiger Beginn des Rückflugs, 12.45 Uhr: drittes Auftanken in der Luft, 13.15 Uhr: Landung auf einem Luftstützpunkt in Israel.

Der erfolgreiche Luftangriff auf ein so weit entferntes Ziel gilt als militärische Glanzleistung, vor allem weil das östliche Mittelmeer für die Israelis einen unfreundlichen Luftraum bietet.

Nicht verständlich ist, wieso die israelischen Flugzeuge nicht entdeckt wurden, obwohl Libyen wie auch Ägypten Radaranlagen mit sehr großer Reichweite besitzen. (SAD)

„Attentat auf den guten Namen der Bulgaren"

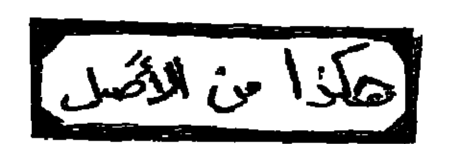
cgs. Wien

Kaiserin Elisabeth von Österreich, selbst Opfer eines Attentats, blickte weiß und steinern auf einige nervöse Herren und eine bekümmerte ältere Frau. In einem Salon des Wiener Nobelhotels Sacher ging es um das Attentat auf Papst Johannes Paul II., um den türkischen Attentäter Ali Agca und dessen angeblichen Hintermann, den Bulgaren Sergej Antonow, der sich – seit drei Jahren in Italien inhaftiert – vor einem römischen Gericht verantworten muß. Kurz – es ging um die vielzitierte „bulgarische Spur".

Diesmal hatten die Bulgaren zur Pressekonferenz geladen, hatten Professoren und Juristen, den Vorsitzenden eines bulgarischen „Nationalkomitees zur Verteidigung Antonows" und nicht zuletzt die Mutter des Angeklagten mitgebracht. Frau Iwanka Nikolowa, schilderte ihren Sohn, laut Agcas Aussagen Anstifter und Drahtzieher des Mordanschlags, als „guten, ruhigen, bescheidenen Menschen", der gar nicht imstande sei, sich an einem Attentat zu beteiligen. „Mein Sohn ist unschuldig," sagte sie mit monotoner Stimme, ohne sichtbare Erregung.

Bojan Trajkow, Generaldirektor der bulgarischen Nachrichtenagentur BTA und einer der mächtigen Männer im bulgarischen Partei- und Staatsapparat, ging zum Gegenangriff über: es handle sich bei dem Prozeß gegen Antonow um eine „typische faschistische ideologische Diversion", um eine grobe anti-bulgarische Propagandaaktion. Nie hätten „bulgarische Organe und bulgarische Staatsbürger ... die Aufgabe gehabt, an einem Anschlag auf den Papst teilzunehmen". Die politische Strategie des bulgarischen Staates schließe Terrorismus als Mittel zur Regelung innerer und internationaler Angelegenheiten aus.

Die nach Wien entsandten bulgarischen Funktionäre wiesen jede Möglichkeit einer Schuld Antonows kategorisch zurück. Der BTA-Chef sprach statt dessen von einer anti-bulgarischen Verschwörung türkischer Faschisten, deren Spuren zum italienischen und zu anderen NATO-Geheimdiensten führten, von einem „Attentat auf den ehrlichen Namen des bulgarischen Volkes". Mit drohendem Unterton warnte der bulgarische Gastgeber: „Ich warne jene, die nach wie vor in gewissen Zentren und Institutionen Schmutz zusammentragen ... Den von Euch geschaffenen Augiasstall werdet Ihr selbst ausräumen müssen." Doch trotz martialischer Worte bei internationaler Pressekonferenz: Die Stimmung der Veranstalter schien eher bedrückt.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Falsche Therapie

„Die Vollversorgung durch den Staat ist überholt“; WELT vom 25. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Biedenkopf hat richtig erkannt, daß die Rentenversicherung in den nächsten Jahrzehnten vor großen Schwierigkeiten steht, die dazu führen, daß sie eine ausreichende Alterssicherung *nicht* mehr gewährleisten kann und ihre Leistungen durch private Vorsorgemaßnahmen ergänzt werden müssen.

Während derzeit 100 Beitragszahler 56 Renten finanzieren müssen, sind es im Jahre 1995 bereits 65, im Jahre 2015 etwa 88, um dann sprunghaft bis zum Jahre 2030 auf 120 zu steigen. Eine wahrhaft dramatische Entwicklung. Biedenkopfs Diagnose ist also völlig richtig. Sein Therapievorschlag ist hingegen falsch.

Eine völlige Umgestaltung unseres Alterssicherungssystems – weg von der beitragsfinanzierten, einkommenbezogenen Rente hin zur einheitlichen steuerfinanzierten Staatsbürgerrente – wäre vor dreißig Jahren möglich gewesen, als das Rentensystem neu konzipiert worden ist. Aber nicht jetzt, wo bereits erworbene Ansprüche in Höhe von Hunderten von Milliarden Mark zu befriedigen sind und wir in den nächsten Jahrzehnten wegen der demographischen Veränderungen vor ungeheuren Finanzierungsschwierigkeiten in der Rentenversicherung stehen.

Grundlage des Rentensystems muß die beitragsbezogene Rente bleiben. *Allerdings* – und dies müssen wir in aller Ehrlichkeit den Bürgern sagen – ist auf längere Frist das derzeitige Rentenniveau nicht aufrechtzuerhalten. Daß die arbeitende Bevölkerung weder in der Lage noch bereit ist, einen doppelt so hohen Beitragssatz für die Rentenversicherung wie jetzt aufzubringen, dürfte jedem Einsichtigen klar sein. Die Konsequenz: Der einzelne ist in höherem Maße als bisher auf eigene Vorsorgemaßnahmen angewiesen, wenn er sich im Alter einen ausreichenden Lebensstandard erhalten will. Der Staat muß hierfür Hilfestellung geben: durch steuerliche Maßnahmen und durch eine Wirtschafts-, Sozial- und Währungspolitik, die privates Vorsorgen insbesondere in Form von Lebensversicherungsverträgen fördert und nicht beeinträchtigt.

Wir können aber dennoch auf den verhängnisvollen Weg einer einheitlichen Staatsbürgerrente gebracht werden, und zwar am wirksamsten dann, wenn die Bürger durch laufende undurchdachte Pläne und kurzatmige gesetzliche Änderungen *völlig* verunsichert werden.

Falls die Politiker in der Rentenversicherung nicht zu einer langfristigen, dem Bürger Vertrauen erweckenden Strategie fähig sind, steht uns folgende verhängnisvolle Entwicklung bevor: Durch verunsichernde Reformpläne, ständige Eingriffe in die Leistungsstruktur der Renten, verbunden mit laufenden Beitragserhöhungen, merkt der Bürger bald, daß sich das Beitrags-Leistungs-Verhältnis laufend verschlechtert und er zudem vor gravierenden strukturellen Eingriffen oder gar grundsätzlichen Systembrüchen nie sicher ist (Wegfall ganzer Leistungsbereiche, wie der Invaliditätsschutz bei freiwillig Versicherten, oder Anrechnungsmodelle, die im Einzelfall einen bisherigen Rentenanspruch völlig zum Erlöschen bringen können, wie bei den Hinterbliebenenrenten).

Die Folge wird sein, daß Rentenversicherungsbeiträge dann wie Abgaben ohne Gegenleistung angesehen, also den Steuern gleichgesetzt werden. Die Schattenwirtschaft würde weiter zunehmen, jeder würde versuchen, möglichst Einkommen zu erzielen, das nicht mit einer Beitragspflicht verbunden ist. Die finanziellen Schwierigkeiten nähmen weiter zu. *Es käme zu einem* Circulus vitiosus. Das System der Renten und ihre Finanzierung müßten auf ganz neue Grundlagen gestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Adolf Bauer,
Diplom-Volkswirt,
Mitglied des Bundeshauptausschusses und des Bundesfachausschusses für Sozialpolitik der F. D. P., München

Wort des Tages

„Humor ist eines der besten Kleidungsstükke, die man in Gesellschaft tragen kann.“

William Thackeray, englischer Schriftsteller (1811–1863)

Verständigung?

„Peinlich“; WELT vom 28. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Verständigung ist heute eines der Generalthemen, zumal der deutschen Politik. Von Verständigung reden ebenso die Diktatoren. Verständigung worüber? Daß man ihnen schulterklopfend die Nichtbeachtung internationalen Rechts zubilligt, dem sie ausweichen müssen. Denn nichts haben sie mehr zu fürchten, als die freie Selbstbestimmung ihrer Völker und die Durchsetzung der Menschenrechte, die dem Wertmaßstab des Sittengesetzes entsprechen, wie es in der abendländischen Kultur seit Jahrtausenden vorgezeichnet ist. Diktatoren zimmern sich im Unterschied dazu Menschenrechte nach ihrer eigenen Willkür. Sie sind nichts als Pervertierung echten Rechts und dessen genauer Gegenpol. Wie könnte ein Deutscher, der Hitler erlebt hat, das vergessen?

Wenn Herr Genscher sich neuerlich händeschüttelnd mit dem Militärdiktator Jaruzelski in New York „verständigt“, während andere sich betont *distanzieren*, wenn er offenbar die Peinlichkeit dieses Vorgehens nicht bemerkt oder, was ebenso schlimm wäre, aus opportunistischen Gründen in Kauf nimmt, dann muß man sich fragen, ob eine solche Politik den Interessen eines freiheitlichen Staates dient. Recht und Verständigung sind zwei aufeinander bezogene Größen. Sie lassen sich nicht ohne weiteres auseinanderdividieren.

Herrn Carl Gustaf Ströhm ist zu danken, daß er in seinem Kommentar den Finger auf eine Wunde in unserer Politik gelegt hat.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Haubold,
Bielefeld 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

was geht eigentlich in unserem Außenminister Genscher vor? Anscheinend ist bei ihm noch sehr viel aus der Zeit der SPD/FDP-Koalition hängen geblieben?

In Südafrika ist er gegen die Ansichten der jetzigen Regierung und unterstützt dabei die Gegenseite, sprich Moskau nebst Anhang. Bei der UNO in New York trifft er sich bewußt mit dem polnischen Regierungschef Jaruzelski, während alle anderen Vertreter der westlichen Welt den Polen meiden.

Mit freundlichen Grüßen
Hanns-Ritter Klippert,
Neubulach 3

Mexiko

„Verschlossene Türen“; WELT vom 26. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vater eines 24jährigen Sohnes, der mit seinem Freund zur Zeit Mexiko bereist und der bis heute noch nicht sicher sein kann, daß die beiden nicht zu den Verunglückten zählen, kann ich nur feststellen: Weder die Medien noch der auswärtige Dienst sind ihrer Informationspflicht so nachgekommen, wie man das erwarten darf.

Was nutzt es, wenn im Fernsehen und in den Zeitungen die Erdbebenkatastrophe und das menschliche Leid breit dargestellt werden und auf die ebenso naheliegende wie entscheidende Frage, ob unter den Toten und Verletzten auch Deutsche sind, tagelang niemand eingeht und schließlich nur einmal in den Nachrichten knapp und vage darauf Bezug genommen wird?

Das Auswärtige Amt in Bonn klang in den zahlreichen Ferngesprächen, die ich führte, recht bemüht, aber man konnte sich des Gefühls nicht erwehren, daß sich die deutsche Botschaft in Mexico City, auf die sich das Auswärtige Amt stützen mußte, mehr um die eigenen Leute, die deutsche Kolonie, die organisierten Touristen usw. kümmerte. Ich habe starke Zweifel, daß die mexikanischen Listen auf deutsche Staatsbürger hin überprüft wurden.

Weitere Fragen drängen sich auf: Wie ist es eigentlich möglich, daß die Botschaft eines der leistungsfähigsten Industriestaaten tagelang wegen gekappter Telefonleitungen von der „Mutter“, dem Auswärtigen Amt in Bonn, abgeschnitten war? Haben die technisch sonst nichts zu bieten?

Hat das Auswärtige Amt die deutsche Botschaft in Mexico City eigentlich inzwischen personell so verstärkt, daß diese ihren Aufgaben gerecht werden kann?

Mit freundlichen Grüßen
Josef Herschel,
Trier

Irrtum

„Leserbrief: Groß-Hessen“; WELT vom 27. September

Herr Erich Grim irrt, wenn er schreibt, „daß es bis 1945 keine expreußischen Provinzen Kurhessen und Hessen-Nassau, sondern nur eine Provinz Hessen-Nassau gab“. Am 1. April 1944 wurde diese Provinz aufgelöst in die beiden Provinzen Kurhessen und Nassau. Die Provinz Kurhessen erhielt den Regierungsbezirk Kassel, jedoch ohne den Kreis Schmalkalden und ohne die Kreise Hanau, Schlüchtern und Gelnhausen. Aus dem vergrößerten Regierungsbezirk Wiesbaden entstand die neue Provinz Nassau.

Damit vollzogen die Nazis auf staatsrechtlichem Gebiet die Analogie zu ihrer schon in den dreißiger Jahren durchgeführten parteiinternen Teilung Hessen in zwei „Gaue“, den Gau Kurhessen mit dem Sitz in Kassel und dem Gau Hessen-Nassau (einschließlich Hessen-Darmstadt) mit dem Sitz in Frankfurt am Main.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Günter Milich,
Kronberg 3

Personalien

GEBURTSTAG

Der Ärztliche Direktor der Urologischen Abteilung des Chirurgischen Zentrums der Ruprechts-Karls-Universität Heidelberg, Professor Dr. **Lars Röhl**, feiert am Freitag seinen 65. Geburtstag. Als erster Lehrstuhlinhaber für Urologie in Heidelberg hat Röhl während seiner mehr als 20jährigen Tätigkeit die Urologie durch Weiterentwicklungen und international anerkannte Pionierleistungen in außerordentlichem Maße geprägt und damit die traditionsreiche Entwicklung der Heidelberger Urologie fortgeführt, die eng mit der Geschichte der Chirurgie verknüpft ist. Lars Röhl, in Schweden geboren, studierte Medizin in Stockholm. 1954 erhielt er die Facharztanerkennung für Chirurgie. Nach einer weiteren urologischen Ausbildung wurde er 1960 zum Oberarzt der Urologischen Abteilung in Lund ernannt. Bereits 1959 hatte er sich an der Medizinischen Fakultät mit einer international anerkannten Arbeit über die Gewebekultur-Technik beim Adenom und Karzinom der Prostata habilitiert. Im März 1963 wurde Professor Röhl als Oberarzt und Leiter der neueingerichteten Urologischen Abteilung nach Heidelberg berufen und im Dezember wurde ihm der Lehrstuhl für Urologie, der dritte in der Bundesrepublik Deutschland, übertragen. Die große Bedeutung der Nierentransplantation bei der Behandlung der terminalen Niereninsuffizienz wurde von Professor Röhl schon frühzeitig erkannt, so daß er bereits am 16. Februar 1967 die erste erfolgreiche klinische Nierentransplantation durchführen konnte. Bis heute gehört die Heidelberger Urologie mit nahezu 700 Transplantationen zu den führenden Urologischen Kliniken auf diesem Gebiet. Eine weitere Pionierleistung von Röhl stellt die 1974 erstmals auf dem europäischen Kontinent durchgeführte extrakorporale organerhaltende Exstirpation eines Nierentumors in einer Solitärniere dar.

VERANSTALTUNG

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** war prominentester Gast beim St.-Michael-Jahresempfang, zu dem das Kommissariat der deutschen Bischöfe in Bonn in seinen Dienstsitz eingeladen hatte. Gastgeber war **Joseph Kardinal Höffner**, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. Er konnte eine Vielzahl von Gästen aus Kirche, Politik und aus dem Bonner Diplomatischen Korps begrüßen. Drei Bonner Minister, **Norbert Blüm**, **Heinrich Windelen**, **Oscar Schneider**, kamen sowie Bundestagspräsident **Philipp Jenninger**. Der Hausherr, Prälat **Paul Bocklet**, Leiter des Bonner Büros, hieß den Präses der Synode der EKD in Deutschland, **Jürgen Schmude**, willkommen. Unter den vielen persönlichen Gästen, die dem Büro der Bischöfe über Jahrzehnte die Treue hielten, war auch der ehemalige Intimus des früheren Bundeskanzlers **Ludwig Erhard**, Bundesminister a. D. Dr. **Ludger Westrick**. Der Erzbischof von Mechelen-Brüssel, **Godfried Kardinal Danneels**, charakterisierte in seiner Ansprache zur „Evangelisierung in Europa“ heute den „Atheismus und Agnostizismus“, der sich vom Atlantik bis zum Ural erstreckt.

*

Auf Deutsch, in Englisch und Französisch, also ausgesprochen vielsprachig und natürlich auf Chinesisch begrüßte Professor **Guo Fengmin** an die tausend Gäste. Chinas Botschafter hatte in Bad Godesberg zum Nationalfeiertag eingeladen. Die Gastfreundschaft des Riesenreiches genossen auch Entwicklungshilfeminister **Jürgen Warnke**, der Protokollchef der Bundesregierung **Werner Graf von der Schulenburg** und eine Vielzahl von Botschaftern und ehemaligen Botschaftern, so **Erwin Wickert** und **Rolf Pauls**, die Bonn in Peking vertreten haben.

AUSZEICHNUNG

Der mit 7000 Mark dotierte Theodor-Brinkmann-Preis für 1985 geht an Professor Dr. **Ernst Berg** von der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und an Professor Dr. **Glenn Johnson** von der Michigan State Universität, USA. Professor Johnson wird für *seine grundlegenden Beiträge zur* Theorie der quasi-fixen Produktionsfaktoren und zur verhaltenstheoretischen Basierung quantitativer Systemanalysen ausgezeichnet. Die Verleihung des Preises an Professor Berg erfolgt in Würdigung seiner Arbeiten auf dem Gebiet der *realitätsnahen* Nachbildung von dynamischen Prozessen im landwirtschaftlichen Unternehmen durch Systemmodelle, seiner Beiträge *zur* Regelung und Steuerung landwirtschaftlicher Produktionsprozesse und seiner erfolgreichen Bemühungen, entwickelte *Computer-Modelle* an die praktische Landwirtschaft weiterzugeben. Der Preis ist nach dem Agrarwissenschaftler **Theodor Brinkmann** benannt, der von 1919 bis 1948 an der landwirtschaftlichen Fakultät der Bonner Universität tätig war. Die Preisverleihung findet am 9. Oktober in Bonn statt.

EHRUNG

Professor **Wu Zaide**, der Rektor der Tongji Medizinischen Universität Wuhan, verlieh Dr. **Heinz Götze** vom Springer Verlag, Berlin/Heidelberg/New York/Tokio, die Würde eines Ehrendoktors der Medizin. Mit Dr. Götze, dem Mitinhaber des bekannten Wissenschaftsverlags, erhielt zum ersten Mal ein Deutscher diesen Ehrentitel einer Universität der Volksrepublik China.

VERÄNDERUNGEN

Der 48jährige Ministerialrat **Heinrich Bönninghaus** aus dem Düsseldorfer Innenministerium soll neuer Polizeipräsident in Aachen werden. Dies hat der nordrhein-westfälische Innenminister Dr. **Herbert Schnoor** (SPD) in Düsseldorf angekündigt. Der Jurist Bönninghaus, der seit fünf Jahren im Ministerium als Personalreferent der Polizeiabteilung arbeitet, löst **Friedrich Fehrmann** ab, der Ende November in den Ruhestand tritt.

*

Neuer Präsident des Bundesrechnungshofes soll der 57jährige **Günter Zavelberg** (CSU) werden. Das Amt des Vizepräsidenten soll der 52jährige **Ernst Heuer** (SPD) übernehmen, der bisher die Abteilung für Grundsatzfragen im Haushaltsrecht leitete. Beide müssen noch von Bundestag und Bundesrat bestätigt werden. Der bisherige Präsident des Bundesrechnungshofes **Karl Wittrock** war nach achtjähriger Amtszeit in den Ruhestand getreten.

Das aktuelle Fachbuch

Wenn Naturgewalten die Erde aufreißen

Immer wenn auf spektakuläre Weise die Erde aufreißt und Schlacken, Gase oder Magma aus dem Erdmantel heraufbefördert, wird wieder deutlich, wie unruhig unser Planet und wie dünn seine äußere Schale ist. Zeugen der verheerenden Ausbrüche sind die Kalderen, Einbruchskessel mit vielen Kilometer Durchmesser, wie zum Beispiel der Yellowstone Nationalpark, der heute eine touristische Attraktion ersten Ranges ist. Viele tausend Menschen haben durch solche Naturkatastrophen ihr Leben verloren oder sind durch deren klimatische Auswirkungen ihrer landwirtschaftlichen Grundlage beraubt wurden. Andererseits entstehen durch Vulkanismus wertvolle Mineral-Lagerstätten wie die Silberminen Spaniens oder potentielle Energieressourcen in Geysiren und heißen Quellen. Der größte Teil der vulkanischen Tätigkeit findet ohnehin für den Menschen ungefährlich auf dem Meeresboden statt. Seit gut einhundert Jahren weiß man durch die Analyse von Meteoriten, daß es auch auf anderen Planeten unseres Sonnensystems Vulkanismus gibt. Die Bilder, die uns von den Raumsonden übermittelt werden, zeigen, daß der Vulkanismus bei der Entstehung der meisten Himmelskörper eine entscheidende Rolle gespielt hat. Das Phänomen des Vulkanismus ist Thema dieses Sammelbandes aus der Reihe „Verständliche Forschung", in der 15 Artikel des Magazins „Spektrum der Wissenschaft" aus den Jahren 1976 bis 1985 zusammengefaßt sind. Sie befassen sich ebenso mit dem verheerenden Ausbruch des Krakatau im Jahr 1883 wie mit dem Vulkanismus auf der Venus oder mit der Entstehung der Eifel-Maare. Ein Index am Schluß des Bandes erleichtert die gezielte Suche nach bestimmten Stichworten.

LUDWIG KÜRTEN

„Vulkanismus – Naturgewalt, Klimafaktor und kosmische Formkraft", mit einer Einführung von Hans Pichler, hrsg. von Spektrum der Wissenschaft, 207 S., broschiert, 39,- DM, ISBN 3-922508-32-4.

Viele Raucher bekommen einen Herzinfarkt, aber nicht jeder Herzinfarktpatient ist ein Raucher. Ähnliches gilt für andere Risikofaktoren, die Herz-Kreislauf-Erkrankungen begünstigen. Weniger bekannt ist die starke genetische Komponente bei der Entwicklung eines Herzinfarktes, der mit 80 000 Patienten pro Jahr für mehr als die Hälfte aller Todesfälle in der Bundesrepublik verantwortlich ist. Dies wurde jetzt auf dem 4. Arteriosklerose-Seminar in Münster deutlich.

Diagnose mit dem Taschenrechner

Von INGRID ZAHN

Jedermann kennt die Risikofaktoren, aber nicht jeder versucht sie zu vermeiden: Fettleibigkeit, Bluthochdruck, Diabetes mellitus, Angina pectoris, Bewegungsmangel. Dem fortschreitenden Lebensalter mit seinen Abbauprozessen auch an den Gefäßwänden kann niemand entrinnen. Dies stellt einen natürlichen Risikofaktor dar.

Die Befragung von Infarktpatienten ergibt ein auffallend häufiges Zusammentreffen von ähnlichen Erkrankungen in der Familie. Das fanden die Wissenschaftler am Institut für Arteriosklerose-Forschung an der Universität Münster heraus, die sich unter anderem bemühen – auch im Zusammenwirken mit einem amerikanischen Forscherteam –, die genetische Komponente der Herzinfarkt-Gefährdung zu objektivieren und sie in eine Studie zur Voraussage und Früherkennung von Risikopatienten einzubringen. Sie wird als sogenannte Procam-Studie (Prospektive Cardiovaskuläre Münsterstudie) am kommenden Montag in Melbourne (Australien) den Teilnehmern am dortigen Weltkongreß für Arteriosklerose demonstriert. Das Team um den Münsteraner Fettstoffwechselforscher und Institutsdirektor Prof. Gerd Assmann erwartet unter anderem Aussagen darüber, in welchem Maße sich praktische Ärzte bereit finden werden, diese Art von Vorsorge an ihre Patienten weiterzugeben.

Eine neue Untersuchung erleichtert die Vorsorge

Prof. Assmann erläuterte das Verfahren, an dem in Münster seit 1979 interdisziplinär gearbeitetet wird, vor 300 Gästen aus 20 Ländern, die an den letzten drei Tagen in Münster am 4. Arteriosklerose-Symposium teilnahmen.

Die Untersuchung gestaltet sich für den Patienten zeitlich und finanziell unaufwendig. Sie schließt das Messen des Blutdrucks, die differenzierte Bewertung des Cholesteringehaltes im Blut sowie die standardisierte Befragung nach Risikofaktoren ein und gibt dem Probanden die Möglichkeit, mit Hilfe eines einfachen Taschenrechners seinen Risikokoeffizienten nach dem Procam-Schlüssel, der die einzelnen Gefährdungsfaktoren gegeneinander aufwiegt, selbst zu ermitteln.

Im Anschluß an den Probevorlauf in Australien soll die Art und Weise der möglichen Übertragung in die Praxis auch bundesdeutscher Ärzte erwogen werden. Das Untersuchungsverfahren nimmt insgesamt circa 20 Minuten in Anspruch. Es hat unter anderem den Zweck, Panikmache unter „allen Rauchern, allen Dikken, allen körperlich Trägen und an Bluthochdruck Leidenden" zu vermeiden. Statt dessen gelte es, „gezielt und möglichst vorbeugend dort einzugreifen, wo sich eine erhöhte Risikogefahr u. a. mit modernen, labortechnischen Mitteln nachweisen läßt".

„Immerhin zeigt sich", so Prof. Werner Heinrich Hauss, Nestor der Arteriosklerose-Forschung in Münster und Ehrenvorsitzender des von ihm vor 15 Jahren gegründeten Instituts, „daß ein Drittel aller Herzinfarktpatienten an keinem der klassischen Risikofaktoren leidet."

Die Procam-Studie greift auf Erfahrungswerte aus über fünf Jahren mit Daten von annähernd 20 000 Personen zurück. Sie sind berufstätig, zwischen 17 und 65 Jahre alt und zu zwei Drittel Männer. Frauen vor der Menopause zählen nur in seltenen Fällen zu den Herzinfarktpatienten. Die Auswertung der Procam-Ergebnisse konzentrierte sich auf die hauptsächlich gefährdete Gruppe der Männer über 40 Jahre. Von den 1674 Probanden, die vor der Erstuntersuchung noch keinen Herzinfarkt oder Schlaganfall erlitten hatten, sind inzwischen 50 an einem Herzinfarkt erkrankt, davon 14 mit tödlichem Ausgang.

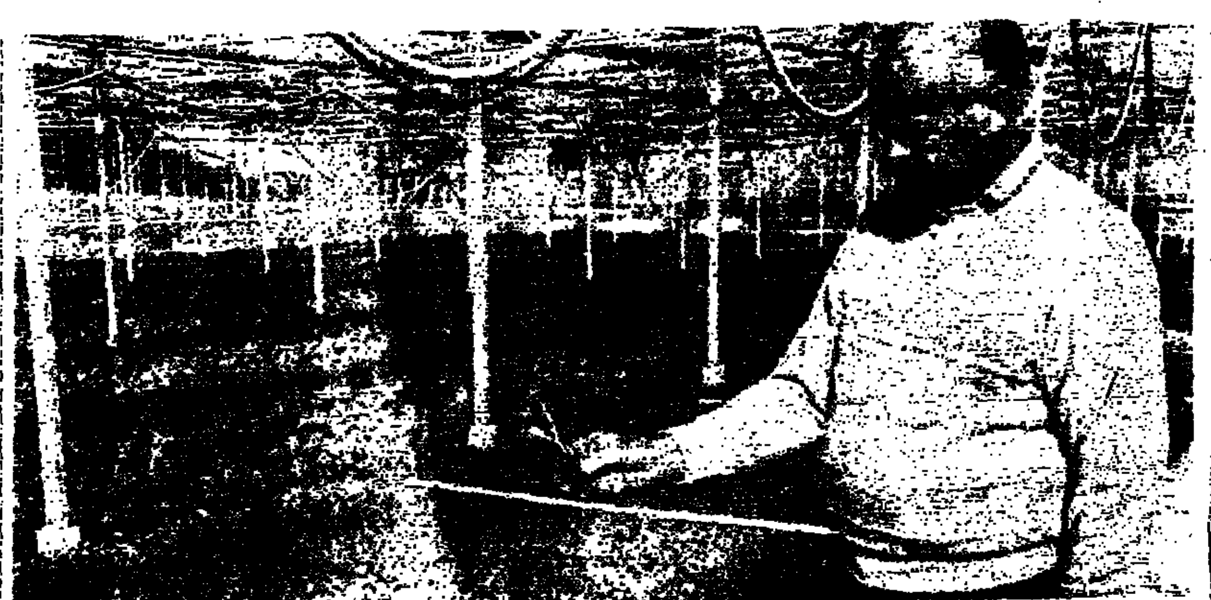
„Früher war die epidemiologische Forschung eine ermüdende und für Ärzte auch zeitlich sehr belastende Angelegenheit", sagt Prof. Hauss. Erst die mathematischen Diskriminations- und Klassifikationsverfahren, wie sie heute mit Hilfe der EDV angewandt werden können, machen es möglich, Studien wie diese anzufertigen. Sie grenzt das Risiko aller Personen in der Bevölkerung auf eine Gruppe von 20 Prozent ein, in der tatsächlich drei Viertel aller Herzinfarkte vorkommen. Das Risiko dieses eingeschränkten Kollektivs hat sich als nahezu zwölffach erhöht erwiesen.

Der Cholesterin-Spiegel dient als Alarmzeichen

Dabei hat sich als wichtigstes Erkennungsmerkmal für die Gefährdung eine Unterfraktion des Gesamtcholesterins im Blut, das sogenannte HDL-Cholesterin (High Density Lipoprotein), erwiesen. Wenn es in zu geringen Mengen vorhanden ist, erhöht sich das Infarktrisiko beträchtlich. Diese Erkenntnis ist auch als Ansatzpunkt für die Behandlung in der Praxis bedeutsam, weil es durchaus Möglichkeiten gibt, das HDL-Cholesterin zu erhöhen.

Körperliche Aktivität ist zum Beispiel eine höchst wirksame, wenn auch nicht in der Bevölkerung durchgehend beliebte Maßnahme hierzu. Auch die Raucher unter den Risikopatienten haben gezeigt, daß starke Konsumenten von Tabakwaren nicht selten ein zu niedriges HDL-Cholesterin aufweisen. Dagegen ist beileibe nicht jeder stark Übergewichtige auch als ein potentieller Herzinfarkt-Kandidat anzusehen.

Von den amerikanischen Forschern – so aus Durham/North Carolina – wird über den drastischen Rückgang von Herzinfarktpatienten berichtet. Dort gehen die Ärzte mit großen Kampagnen verstärkt an die Öffentlichkeit. Sie fordern mehr Bewegung, weniger Fettpolster, den Verzicht auf die beliebte Zigarette. Ihr Wunschziel: Daß die Intensivstationen der Herz/Kreislauf-Kranken so leer werden mögen wie die Schweizer Tb-Zentren. Das gesundheitliche „Wohlverhalten" nicht nur in Westeuropa läßt allerdings nicht befürchten, daß den Ärzten jemals soviel Altruismus abverlangt wird.



Mit dem Cultoplant-System werden Gemüseanbauer konkurrenzfähiger FOTO: HILDEBRANDT

Junge Kohlköpfe vom Fließband

Ein neues Pflanzverfahren macht den Gemüseanbau billiger und umweltfreundlicher

Von HEINZ HILDEBRANDT

Der Selbstversorgungsgrad bei Gemüse ist in der Bundesrepublik seit 1950 von damals 81 Prozent auf heute nur noch 35 Prozent zurückgegangen. Bei Feingemüse beträgt der Anteil nur noch 25 Prozent, die deutsche Produktion wurde bei Tomaten, Gurken, Rosenkohl und frühen Möhren sogar weitgehend vom Markt verdrängt, nicht zuletzt eine Folge der offenen Grenzen und der über sie hereindrängenden ausländischen Produkte. Lediglich bei Grobgemüse, zu dem alle Kohlsorten gehören, ist der deutsche Anteil mit 93 Prozent noch relativ hoch. Dieser Anbaubereich ist auch nicht an der sonst in der EG üblichen Überproduktion beteiligt. Trotzdem sehen sich die Produktionsbetriebe auch hier mit wachsenden, vor allem arbeitswirtschaftlichen Problemen konfrontiert, denn die Personalkosten liegen in diesem Sektor zwischen 35 und 60 Prozent. Auch die Umweltdiskussion bleibt im Zusammenhang mit Düngung und Pflanzenschutzmitteln nicht ohne Folgen.

Ein neues System zur Jungpflanzenerzeugung, das sogenannte „Cultoplant-System", verspricht hier eine Lösung. Es handelt sich dabei um ein Hochleistungsverfahren zum Herstellen und Abpacken von umhüllten Substrattöpfen für Jungpflanzenzucht und deren automatische Auspflanzung. Entwickelt wurde dies in Zusammenarbeit zwischen der Hamburger Maschinenfabrik Hauni-Werke und dem Gemüseanbaubetrieb F. W. Klingelhöfer in Bielefeld-Schröttinghausen. Hauni konstruierte eine Strangmaschine, die Torfhülsen mit 20 mm Durchmesser im Endlosverfahren herstellt, diese auf die gewünschte Länge zwischen 30 und 130 mm abschneidet, automatisch in Kunststoffträgerplatten ablegt und anschließend die Pflanzenhülsen mit Samen belegt. Die jungen Pflanzen wachsen dann in den Hüllen heran und werden erst ab einer bestimmten Größe auch im Freigelände ausgesteckt. Das Umhüllungsmaterial aus einem Spezialpapier, das in Art und Festigkeit Kaffeefilterpapieren ähnlich ist, verrottet dann rückstandsfrei im Boden.

Das Cultoplant-Verfahren ist als Ersatz für die sonst übliche Direktsaatkultur gedacht und bietet gegenüber diesen eine Reihe wesentlicher Vorteile. Die Strangmaschine kann bis zu 60 000 Pflanztöpfchen pro Stunde herstellen. Eine automatische Anpflanzmaschine befindet sich zur Zeit noch in der Entwicklung, aber auch ohne sie lassen sich von Hand rund 2000 Töpfchen pro Stunde auspflanzen, während das bisher mögliche Maximum nur bei etwa 600 liegt.

Ein wesentlicher Vorteil ist auch die höhere Flächenproduktivität bei der Anzucht, denn nur gutentwickelte Pflanzen werden gesteckt, kranke Pflanzen dagegen sofort isoliert. Zudem sind durch das Vorverlegen der Anzucht gegenüber der Direktsaat frühere Ernten möglich. Der Umweltschutz profitiert von der Tatsache, daß die erforderliche chemische Düngung und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln bereits auf kleinster Fläche konzentriert bei den Jungpflanzen in den Kunststoffträgern erfolgt und daher nicht das Freiland durch Depotwirkung belastet. Auch mögliche Erosionsschäden am Boden werden durch die Pflanzung anstelle der Aussaat vermieden.

Die Anwendung des Cultoplant-Systems ist vorerst für den Freiland-Gemüseanbau vorgesehen, vor allem für Grobgemüse. Verwendungsmöglichkeiten ergeben sich jedoch auch beim Gemüse-Unterglasanbau, hier beispielsweise bei Tomaten und Paprika. Anstelle von Torf als Substrat wird hierbei Steinwolle verwendet. Daher entschieden sich bereits auch holländische Anbauer, die insgesamt rund 6000 Hektar Tomaten unter Glas auf Steinwolle produzieren, für dieses Verfahren. Geeignet ist es auch für den Anbau von Zierpflanzen.

Auf weite Sicht ergeben sich außerdem Einsatzmöglichkeiten in der Landwirtschaft allgemein. Erste Versuche mit Mais sind bereits angelaufen. Zielrichtung ist hier allerdings weniger die mit Überproduktion belastete europäische Landwirtschaft, sondern vor allem die in der Dritten Welt, wo solche Verfahren zu wesentlich höheren Ernteerträgen führen könnten. Schließlich hat auch die Forstwirtschaft schon Interesse angemeldet, zum Beispiel aus Kanada, da man im Cultoplant-Verfahren eine rationelle Methode zur Wiederaufforstung von Wäldern sieht.

Wenn Salat mit Schwefel versalzen ist

Das drohende Sulfit-Verbot in den USA läßt nun auch deutsche Behörden aufhorchen

Von ARNO NÖLDECHEN

Nach Bekanntwerden zweier Todesfälle und zahlreicher Krankheitsfälle mit Übelkeit, Durchfall, Asthma-Anfällen oder Atemnot nach dem Genuß „frischer" Salate der in Amerika beliebt gewordenen „Salat-Bars" wird die „US Food and Drug Administration" (FDA) einschneidende Verbote aussprechen.

Es handelt sich um eine lange schon überfällige Entscheidung, eine Reihe von Sulfiten (die Salze der schwefligen Säure), mit denen Frischwaren, Salate, Obst und Gemüse vor Schimmelpilzen geschützt werden, zu verbieten. Das Sulfit-Verbot wird, wie das „Federal Register" vom 14. August 1985 aufführt, Schwefeldioxid, Natriumsulfat und die in Amerika häufiger benutzten Sulfite (Natrium- und Kaliumbisulfit) sowie die Disulfite einschließen. Einzelne Salze oder Gemische wurden bei Lebensmitteluntersuchungen in sogenannten Frischwaren oder in den zugehörigen Salatsoßen in Mengen bis zu anderthalb Gramm registriert.

Sulfite reagieren mit starken Säuren, im Magen beispielsweise mit Salzsäure, stark „reduzierend". Dabei können sich offensichtlich einige andere Schwefelverbindungen bilden, die zu schweren gesundheitlichen Schäden führen.

Die bislang in Amerika beobachteten Reaktionen weisen auf allergische Erkrankungen hin: Asthma, Atemnot, nessel- und quaddelartige Hautausschläge. Über diese Erkrankungen, die im Zusammenhang mit immunologischen Reaktionen stehen, ist noch zu wenig bekannt. Welche Auslöser für diese Art von Körperreaktionen, die in den letzten Jahren weltweit stark zugenommen haben, verantwortlich sind, ist nicht genau bekannt. Da die Sulfite und Hydrogen- und Disulfite vielfältige Reaktionsmöglichkeiten besitzen, ist es auch toxikologisch sehr schwer, ihren Reaktionsprodukten auf die Spur zu kommen.

In der Bundesrepublik ist weder mit einem ähnlichen Verbot für Sulfite zu rechnen, noch ist es nötig. Schon seit Jahren ist das Besprühen mit sulfithaltigen Salzen bei Gemüse und Obst nach unserem geltenden Lebensmittelrecht verboten. Zwar dürfen in bestimmten Ausnahmefällen Lebensmittel Sulfite enthalten, aber nur in Mengen von wenigen Milligramm. Das gilt zum Beispiel für Dörrobst, Kartoffelchips, Zucker, Zwiebeln oder Meerretttich. Bei Konserven sollen die Sulfite die Entstehung von Schimmelpilzen verhindern. Wein wird nach wie vor in kontrollierten Mengen „geschwefelt", weil damit Fehlgärungen verhindert und die Haltbarkeit der Kreszenzen – jedenfalls unserem heutigen Geschmacksempfinden nach – eingehalten wird.

Aber unabhängig von dem amerikanischen Sulfit-Verbot beobachtet auch das Berliner Bundesgesundheitsamt die Sulfite kritisch. Zwar besteht hierzulande keine Notwendigkeit, den Sulfit-Gebrauch zur Konservierung von einigen Gemüsen oder Obstsorten weiter einzuschränken, aber es wird dennoch erwogen, die Sulfit-Mengen im Wein weiter zu reduzieren.

Die amerikanischen Erkenntnisse zeigen jedoch auch auf, daß so wirksame Konservierungsmittel wie die Sulfite insgesamt mit Skepsis zu betrachten sind. Aus gesundheitlicher Sicht, wegen der enormen Zunahmen allergischer Erkrankungen in den letzten Jahren, wäre es vielleicht angeraten, sich von vermeidbaren Schwefelverbindungen in unseren Lebensmitteln zu trennen.

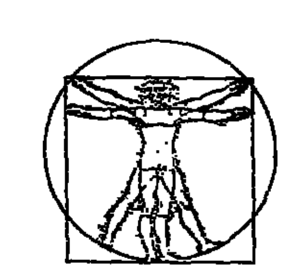
NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Zuviel Schadstoffe

Königstein (DW.) – Für eine drastische Verringerung der Produktion von Schadstoffen hat sich die Deutsche Geologische Gesellschaft (DGG) ausgesprochen. „Die sogenannten Altlasten zwingen uns, das Problem der Deponierung industrieller Rückstände neu zu überdenken", erklärte der Göttinger Bodenforscher Albert Hermann auf einer Pressekonferenz der Gesellschaft. Der DGG-Vorsitzende Martin Küstner machte allerdings klar, daß es zu der ober- oder unterirdischen Beseitigung der Abfälle auf absehbare Zeit keine Alternative gebe, zumal sich die Erzeugung von Schadstoffen nicht sofort einstellen lasse. Die DGG befürwortet die wissenschaftliche Untersuchung zur Eignung des Salzstockes in Gorleben als Lagerstätte für nukleare Abfälle.

Seltene Krankheit

Marburg (lhe) – Mit einem Präparat der Behring-Werke konnte zum ersten Mal auf der Welt die äußerst seltene und als unheilbar geltende Krankheit A-Transferrinämie erfolgreich behandelt werden. Nach Darstellung tschechischer Ärzte sind weltweit bisher lediglich vier Patienten mit diesem angeborenen Eiweißdefekt bekannt geworden. Bei der A-Transferrinämie fehlt, genetisch bedingt, das eisenbindende Protein Transferrin, das unerläßlich für die Bildung der roten Blutkörperchen ist. Eine Behandlung mit dem Eiweißstoff Transferrin, der eigens von den Marburger Behring-Werken für eine 20jährige Patientin zur Verfügung gestellt wurde, erwies sich als voller Erfolg.

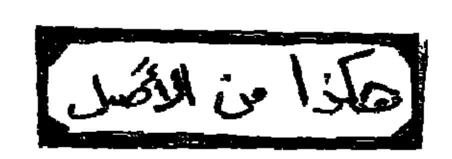


„Sauberer Mülleimer"

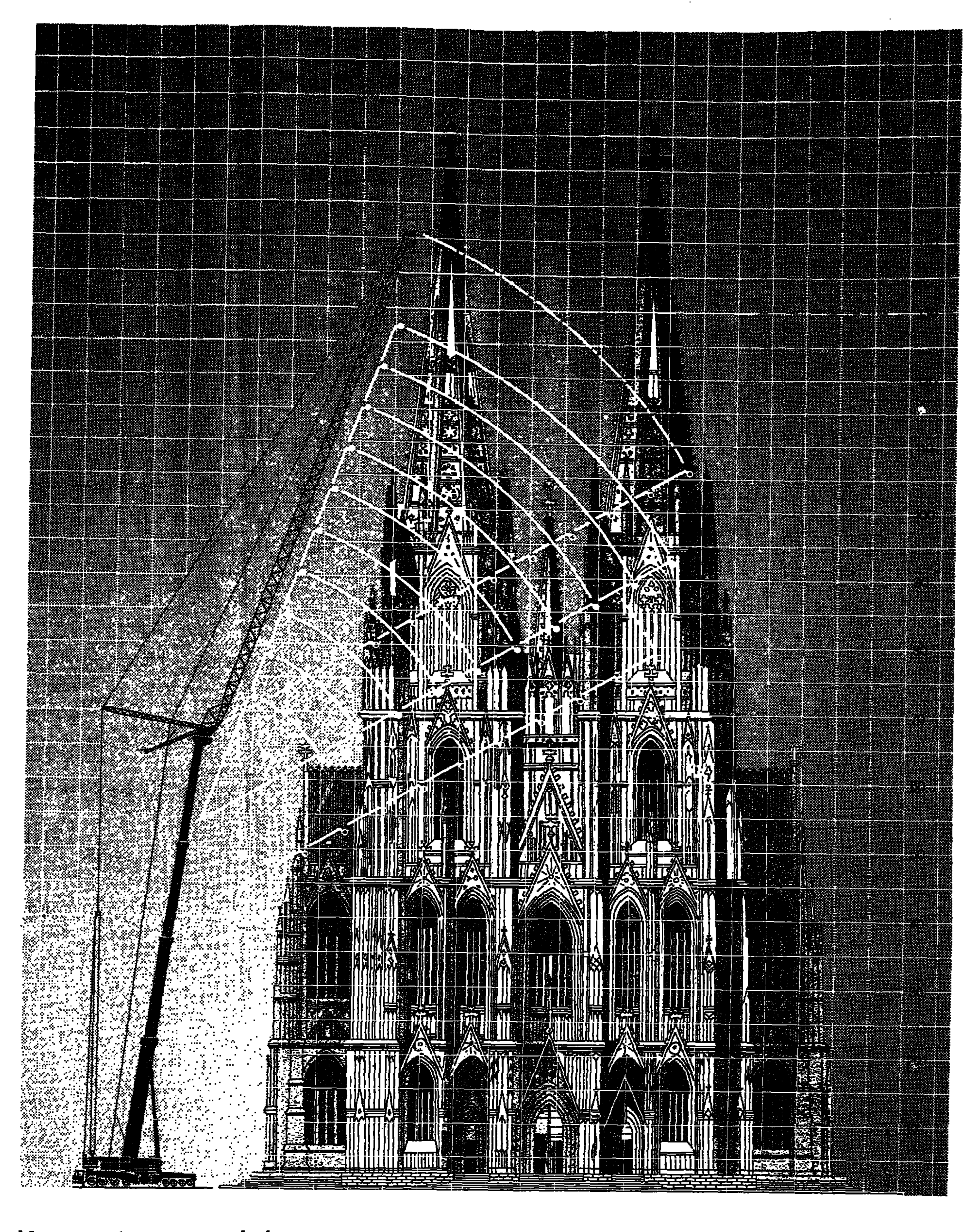
Frankfurt (dpa) – Ein wachsendes Umweltbewußtsein hat der Frankfurter Umweltdezernent Heinz Daum bei der Bevölkerung der Main-Metropole festgestellt. Die Bürger brächten von Monat zu Monat mehr schädliche Haushaltsabfälle zu den 13 stationären und zwei mobilen Sammelstellen der Stadt, teilte Daum am Donnerstag mit. Waren es im Januar noch 381 Anlieferungen, stieg die Zahl nach der Aufklärungskampagne „Sauberer Mülleimer" im August sprunghaft auf 1085. Seit Oktober 1983 sind nach Angaben Daums in Frankfurt 132 Tonnen giftigen Haushaltmülls gesammelt worden.

Neues von Pluto

Bonn (R. K.) – Eine Atmosphäre um Pluto haben möglicherweise die beiden Astronomen N. Brosch und H. Mendelson vom amerikanischen Wise Observatorium nachgewiesen. Sie beobachteten am 19. August die Bedeckung eines lichtschwachen Fixsterns durch den sonnenfernsten Planeten. Das Licht des Sterns wurde dabei über einen Zeitraum von 80 Sekunden geschwächt, obwohl er nur für 14 Sekunden völlig hinter Pluto verschwunden war.



Der neue Teleskop-Fahrzeugkran von Krupp erreicht mit Spitzenausleger eine Höhe von 141 Meter.



Nicht ganz so hoch wie der Kölner Dom. Aber 65 km/h schneller.

500 GMT, der größte und leistungsfähigste Teleskopkran von Krupp, meistert eine Traglast von 500 Tonnen. Sein völlig neues Fahrzeugkonzept ist ein Beispiel für die Innovationskraft von Krupp Industrietechnik*, einem Unternehmen im Krupp-Konzern.

Stellen Sie sich bitte vor, Sie müßten mit weit ausgestreckten Armen eine schwere Last heben, zur Seite schwenken und wieder absetzen. Eine Gewaltprobe für Ihre Standfestigkeit, die deutlich macht, wie kompliziert die statischen Zusammenhänge bei einem Riesenkran sind.

Schließlich hebt der 500 GMT eine maximale Last, die dem Gewicht von etwa 400 Mittelklasse-PKW entspricht. Aber Kraft allein macht noch keinen Meister. Hinzu kommt die Beweglichkeit: In Standardausstattung legt der Superkran von Krupp ein erstaunliches Tempo vor: Der neunachsige Fahrzeugkran, mit 100 Tonnen Gewicht, schafft 65 km/h auf der Straße.

Zur Kraft und Beweglichkeit kommt die Formstabilität: Nur im perfekten Zusammenwirken aller Faktoren lassen sich bewegte Lasten sicher beherrschen.

Der Superkran ist ein Beispiel für Ingenieurleistungen von Krupp. Wir bauen Meerwasserentsalzungsanlagen, komplette Fabriken für Autoreifen, Triebköpfe für Hochgeschwindigkeitszüge, Antennen für Satellitenfernsehen. Und vieles mehr.

Leistungen von Krupp sind stets das Ergebnis eines kreativen Dialogs. Krupp-Ingenieure entwickeln in partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit ihren Kunden Problemlösungen für alle Bereiche unseres Lebens.

So sorgen wir mit einer Vielzahl modernster Werkstoffe, Anlagen und Systeme dafür, daß unsere Wirtschaft nicht nur schneller vorankommt, sondern auch sicherer.

Krupp. Fortschritt aus Tradition.

*Krupp Industrietechnik GmbH, Industriegelände West, D-2940 Wilhelmshaven.



TENNIS / Nach der Absage von Ivan Lendl blüht der Optimismus im deutschen Team – Westphal als zweiter Spieler nominiert

„Sonnyboy" an der Seite von Becker

sid, Frankfurt

Er steht im Schatten von Boris Becker und unter großem Druck. „Es wird erwartet, daß ich einschlage", sagt der 20 Jahre alte Hamburger Michael Westphal, der am späten Dienstagabend von Coach Niki Pilic als zweiter Einzelspieler für das Daviscup-Halbfinalspiel gegen die CSSR nominiert wurde. Er hat jetzt die Schlüsselrolle auszufüllen, mit der Hansjörg Schwaier beim 3:2 über die USA in Hamburg so gut zurechtkam (Sieg über Krickstein).

Pilic begründete seine Entscheidung, vor der er auch Boris Becker befragte, so: „Qualitativ liegen eigentlich Schwaier, Maurer und Westphal auf einem Niveau. Ausschlaggebend war, daß Michael im Moment wohl die beste Form besitzt. Zudem hat er auf dem schnellen Boden Vorteile mit seinem Aufschlag."

Westphal gibt sich gelassen: „Ich gehe nicht davon aus, daß ich beide Spiele verliere." Gegen Mecir hat er noch nicht gespielt, gegen Smid verlor er jedoch seine beiden bisherigen Spiele.

Westphal stand in letzter Zeit oft im Mittelpunkt der Kritik. Ihm wurde vorgeworfen (auch von Daviscup-Kapitän Wilhelm Bungert), er sei in seiner Berufsauffassung nicht konsequent genug und lasse sich allzu häufig ablenken. Westphal nennt das schlicht „Quatsch". Er sagt: „Vor drei Jahren war ich das große Talent und jeder hat erwartet, daß ich ganz steil nach oben gehe. Ich habe aber gesehen, wie schwer es ist, vorwärts zu kommen. Zum Tennis brauche ich Spaß, deshalb lebe ich mein Leben." Das Ausgehen mit seiner Freundin Jessica gehört für ihn dazu: „Ich muß ja nicht jeden Tag um 10.00 Uhr trainieren. Das geht auch zu anderen Zeiten."

Möglicherweise aber ist ihm gerade deshalb der große Sprung nach vorne noch nicht gelungen. Zur Zeit steht er auf Platz 54 der Weltrangliste, nachdem er in diesem Jahr auch durch eine Adduktorenzerrung und eine Ellenbogenverletzung zurückgeworfen wurde. Westphal: „Ich will zunächst einmal unter die ersten 30 der Weltrangliste. Da liegt zur Zeit meine Marke."

Kapitän Bungert tippt jetzt auf 4:1-Sieg

DW. Frankfurt

Entspannte Stimmung oder Ruhe vor dem Sturm: Boris Becker konnte völlig ungeplant und unerwartet durch den Vordereingang ins Frankfurter Hotel gehen, in dem das deutsche Daviscup-Team wohnt. Kein Autogrammjäger lauerte ihm auf. „Ich bin ganz froh darum, daß es so ruhig ist", sagte der 17 Jahre alte Wimbledonsieger, der bei seinen letzten Auftritten in Berlin und München noch ernsthaft um seine Sicherheit fürchten mußte („das war schon lebensgefährlich"). Selbst beim Training störte ihn nur das zu laute Klingeln eines Telefons. Beckers Manager Ion Tiriac: „Es ist wirklich ungewöhnlich, daß so wenig Trubel ist."

Nimmt das Tennis-Fieber ab, ist das schon eine Reaktion darauf, daß das Spiel zwischen Becker und Ivan Lendl, der Nummer eins des Welttennis, nicht zustande kommt? Lendl hatte seine Teilnahme an den Einzeln wegen einer Ellenbogenverletzung endgültig abgesagt, nur im Doppel werde er vielleicht spielen können (siehe auch „Standpunkt").

Was jetzt im Vordergrund steht, ist die völlig neue Chancenabwägung innerhalb der deutschen Mannschaft. Ohne Ivan Lendl ist Miloslav Mecir, Internationaler Deutscher Meister dieses Jahres und Nummer 13 der Weltrangliste, Nummer eins der Tschechoslowaken. Tomas Smid (Platz 17 der Weltrangliste) bestreitet das zweite Einzel. Sind das schon zwei sichere Punkte für Boris Becker,


Unverhoffte Ruhe für den sonst von Fans umlagerten Boris Becker: Entspannung beim Training in Frankfurt. FOTO: AP

kann Michael Westphal, der endgültig nominierte zweite deutsche Spieler (siehe nebenstehenden Bericht), ein Einzel gewinnen, holt das Doppel Boris Becker/Andreas Maurer einen Punkt?

Der Optimismus schießt jetzt ins Kraut. Günter Sanders, der Sportdirektor des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), formuliert noch vorsichtig: „Natürlich schielen wir jetzt auf das Finale." Wilhelm Bungert, der ehemalige deutsche Spitzenspieler und Wimbledon-Finalist, geht als Kapitän des Teams schon einen Schritt weiter: „Jetzt wäre ich schon überrascht, wenn wir verlieren. Ich glaube, wir gewinnen 4:1. Boris kann beide Punkte holen, Michael einen Sieg schaffen, und im Doppel haben wir auch gute Chancen." Nur Beckers Manager Tiriac spricht von einer „unheimlich schweren" Aufgabe: „Mecir und Smid sind nur sehr schwer zu bezwingen."

Für einen großen Teil dieser erwartungsfrohen Siegesstimmung sorgt Boris Becker im Training. Auf dem eigens auf seine Spielweise abgestimmten Boden werden die kraftvollen Aufschläge des Wimbledonsiegers scheinbar noch schneller. Beckers Trainingspartner Westphal resignierte gestern fast, nachdem ihm die Bälle um die Ohren flogen. Vier Aufschläge von Becker – und ein Trainingsspiel war beendet. Entweder gelang dem 17jährigen ein As, oder Westphal scheiterte bei seinem Versuch, den Ball zurückzuschlagen. Trainer Niki Pilic: „An Westphal liegt das nicht. Boris ist so gut."

Fest steht, daß der Deutsche Tennis-Bund nach der Absage von Ivan Lendl unter noch größerem Erfolgsdruck als bisher steht. An diesem Punkt wiegelt auch Wilhelm Bungert etwas ab: „Soviel Glück haben wir so bald nicht wieder. In diesem Jahr läuft wirklich alles für uns. Vor allem war günstig, daß wir immer nur Heimspiele im Daviscup haben. In Zukunft wird das aber anders aussehen. Und in den USA, in der CSSR oder in Schweden zu gewinnen, das ist natürlich viel, viel schwieriger. Und wir dürfen in Zukunft auch nicht davon ausgehen, daß alle Talente mit 17 Jahren schon top sind. Boris ist da eine echte Ausnahme, bei ihm ist das angeboren."

Auch das Finale würde (gegen Schweden oder Australien) in der Bundesrepublik stattfinden, wenn Becker, Westphal und Maurer das Team der CSSR besiegen könnten.

STANDPUNKT / Ivan Lendl und die verbalen Spekulanten

Spiel, Satz und Sieg – diese stereotype Formel aus der Tennis-Sprache hat hierzulande Eingang gefunden ins Bewußtsein der wachsenden Schar von Anhängern des kleinen Filzballes. Dank Boris Becker. Spiel, Satz und Sieg – das steht gewöhnlich am Ende eines Kampfes, hier aber bereits davor, vor dem Daviscup-Spiel gegen die CSSR.

Das Spiel, das verwirrend undurchsichtige um Ivan Lendl, ist vorbei. Die Nummer 1 der Welt will, wenn überhaupt, nur im Doppel spielen. Sein Ellenbogen sei kaputt – sagt sein Manager. Die großen Stars reden nicht mehr selbst, was sie denken, bleibt verborgen hinter gemanagten Mauern eines Hauses, in das niemand blicken darf. Aus eigennützigem Kalkül, wirtschaftlichen, sportlichen, mitunter auch politischen Motiven.

Der Satz wird jetzt beherrscht von verbalen Spekulanten. Wenn Lendl seit Wimbledon an der Verletzung leidet, wie konnte er dann noch in Flushing Meadow gewinnen? Wie kann er im Doppel spielen, wenn er doch Schmerzen hat? Vielleicht will er nicht spielen, weil er Angst vor einer Niederlage gegen Becker hat, was wiederum den Marktwert senkt für geplante Show-Kämpfe gegen McEnroe und Connors in der nächsten Woche. Vielleicht will sich der Dollarmillionär wieder einmal nicht unter die Fittiche seines Verbandes begeben. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß Lendl (ein Diplomatenpaß wurde ihm verweigert) empfindlich reagiert, wenn es zu Ballwechseln zwischen seinem Kapital und der politischen Sportbehörde in Prag kommen könnte. Sei es drum.

Der Sieg für das deutsche Team, so heißt es jetzt allenthalben, sei nun so gut wie sicher, das Halbfinalspiel im Daviscup sei entwertet, die rechte Freude könne nicht mehr aufkommen. Ein dummes Fazit nach Spiel, Satz und Sieg vor dem ersten Aufschlag. Der Daviscup ist ein Mannschafts-Wettbewerb. Wenn der beste Spieler des Gegners verletzt ist oder nicht will, kann das nicht die Bedeutung des Kampfes schlechthin senken. Und: Das Spiel gegen die CSSR reduziert sich nicht auf die Auseinandersetzung Boris Becker gegen irgendwelche andere. Zwei Siege von ihm (wer sagt überhaupt, daß das einfach ist) bedeuten erst zwei Punkte. Drei Punkte und damit Spiel, Satz und Sieg könnten ja immer noch an die CSSR gehen.

Zur Erinnerung: Boris Becker allein hat auch nicht das Team der USA besiegt. Da war noch Hansjörg Schwaier mit seinem überraschenden Erfolg über Aaron Krickstein, der das Spiel gegen die CSSR erst möglich machte.

que

Karpow ging im 22. Zug in Kasparows Falle

Herausforderer Garri Kasparow hat bei der Schachweltmeisterschaft in Moskau durch seinen zweiten Sieg über Titelverteidiger Anatoli Karpow ausgeglichen. Nach der 11. Partie, die Kasparow nach nur 25 Zügen gewann, steht es 5,5:5,5, Karpow braucht 12,0 Punkte, um seinen Titel zu verteidigen. Großmeister Ludek Pachmann kommentiert die Partie für die WELT.

Von LUDEK PACHMANN

Das ist eine Rarität in der Geschichte der Schach-Weltmeisterschaften: Ein Weltmeister verliert im Titelkampf nach nur 25 Zügen so schnell wie noch nie. Gewiß, diese Niederlage war die Folge eines groben Fehlers im 22. Zug. Da tappte Karpow in eine Falle, die er eigentlich hätte durchschauen müssen. Aber schon nach der Eröffnung stand der Weltmeister deutlich schlechter.

Ich verfolgte die Partie über Bildschirm-Text (Btx) mit ganz besonderem Interesse: Vor rund 30 Jahren hatte ich in der Nimzoindischen Verteidigung den Aufbau mit 4.Sf3 selbst wiederholt angewandt und die von Karpow gewählte Verteidigung als ungünstig für Schwarz bezeichnet. Hatte ich mich damals geirrt? Diese Frage mußte ich mir jetzt stellen. Der Verlauf der Partie gab mir aber recht. Karpows Sekundanten-Team hat diesmal keine gute Arbeit geleistet.

Ob diese Partie zu einer Wende im Moskauer Wettkampf wird, zeigen wahrscheinlich schon die nächsten Spiele. Ich glaube, Kasparow sollte jetzt nicht zögern, er sollte das Spiel entschlossen verschärfen. Der neue Stand (2:2 Siege) kann ihn ja nicht befriedigen. Denn dem Weltmeister reicht zum Erhalt des Titels ein Unentschieden in den angesetzten 24 Partien.

Die kommentierte Notation
(Weiß Kasparow, Nimzoindisch):

1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sc3 Lb4, 4.Sf3 ...

Falls sofort 4.Lg5, so ist nach c5, 5.e3? ein schlechter Zug – wegen Da5, 6.Dc2 Se4!. Und das ist der Sinn des von Kasparow gewählten Aufbaus: Dieser Springervorstoß auf e4 ist nach seinem 4. Zug unmöglich.

4. ... 0-0,

In der ersten Partie setzte der Weltmeister mit 4. ... c5 fort, hatte jedoch mit 5.Sg3 Da5, 6.Dd3 Se4!?, 7.Dxe4 Lxc3+, Ld2 keine guten Erfahrungen gemacht. Deshalb wechselte Karpow im 7. Spiel zur Rochade, was nach meinen alten Analysen nicht das beste sein kann.

5.Lg5 c5,

In der bereits erwähnten 7. Partie spielte Karpow 5. ... d6, 6.e3 Sbd7, 7.Dc2 b6 usw. – eine etwas passive Methode.

6.e3(!) ...

Das war meine damalige Entdeckung: Falls nun Da5, so kommt Weiß nach 7.Lxf6! Lxc3+, 8.bxc3 Dxc3+, 9.Sd2 gxf6, 10.Tb1! nebst Tb3 zu einem starken Angriff.

6. ... cxd4, 7.exd4 h6, 8.Lh4 d5, 9.Tc1 dxc4, 10.Lxc4 Sc6, 11.0-0 ...

Damit wird eine aus dem Damengambit bekannte Position erreicht, jedoch mit einem Tempo mehr für Weiß, da Schwarz zuerst Lb4 und dann erst Le7 gezogen hat!

11. ... Le7, 12.Te1 b6, 13.a3 Lb7, 14.Lg3 ...

Dieser Zug soll die sonst nach 14. ... Sd5 mögliche Vereinfachung vermeiden. Nun stünde Schwarz im Falle dieses Zuges nach 15.Sxd5 exd5, 16.Lb5 schlecht.

14. ... Tc8, 15.La2 ...

Nun wäre Sd5 mit 16.Sxd5 exd5, 17.Dd3 nebst 18.Lb1 zu beantworten.

16.d5(!) Sxd5, 17.Sxd5 Lxg3, 18.hxg3 exd5, 19.Lxd5 Df6, 20.Da4(!) Tfd8(!),

Der Bauer a7 ist noch nicht bedroht, da 21.Lxe6 Lxc6, 22.Dxa7 mit Dxb2 beantwortet wird.

21.Tcd1(!) Td7, 22.Dg4(!) ...

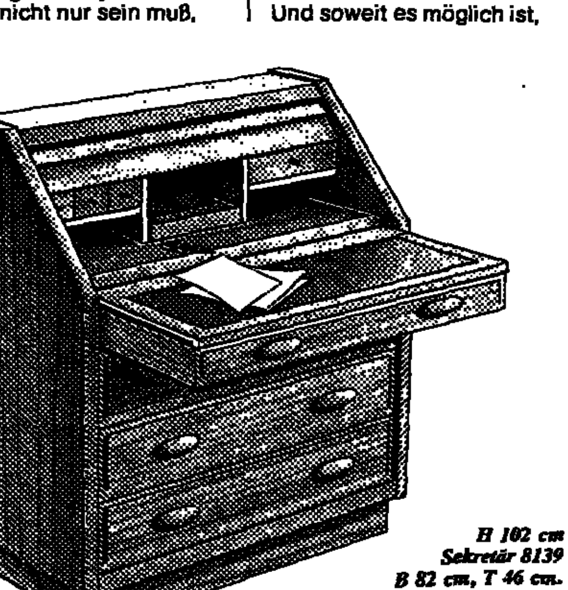
Eine hübsche Falle, die Karpow nicht durchschaut! Er sollte nun entweder Tc7 oder Tdd8 spielen. In beiden Fällen setzt Weiß mit 23.b4 fort und behält starken positionellen Druck.

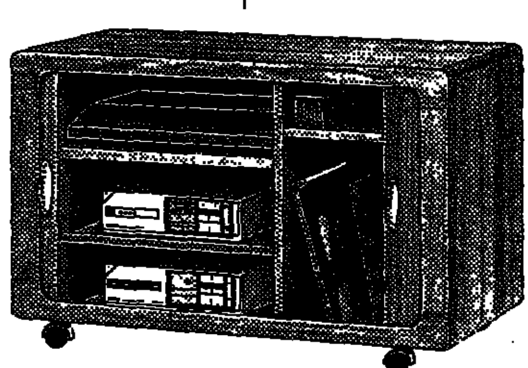
22. ... Tcd8(?), 23.Dxd7(!) Txd7, 24.Te8+ Kh7, 25.Le4+ – aufgegeben.

Weiß gewinnt nach 25. ... g6, 26.Txd7 forciert noch eine Figur, denn der Läufer b7 darf nicht ziehen: La6, 27.Lxc6 Dxc6, 28.Txf7 endet mit einem Matt.

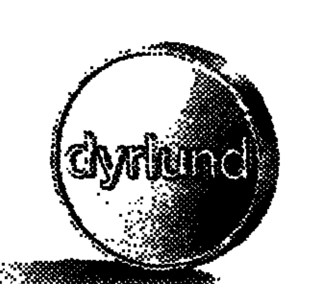
*

Nach dem Spiel gab es Ovationen für den jungen Herausforderer. Vier Minuten lang klatschten die Zuschauer begeistert Beifall. Die anwesenden Großmeister, die den Wettkampf beobachten und auch kommentieren, standen dagegen vor einem Rätsel. Sie hatten die Falle, in die der Titelverteidiger ging, sofort bemerkt: Karpow nahm das Damenopfer seines Gegners an, ohne zu erkennen, daß er nicht nur die beiden Türme, sondern durch die folgenden Mattdrohungen noch weiteres Material verlieren würde.









SPORT-NACHRICHTEN

Watson für Lauda

London (sid) – Der Nordire John Watson wird beim Großen Preis von Europa am Sonntag in Brands Hatch den 14. Lauf der Formel-1-Weltmeisterschaft für das McLaren-Team bestreiten. Er ersetzt Niki Lauda, der unter einer Handverletzung leidet.

Langer auf Platz elf

Ponte Vedra (sid) – Bernhard Langer, Sieger des Masters-Turniers, nimmt in der aktuellen Geldrangliste der Profigolfer den elften Platz ein. Er hat in dieser Saison bisher 271 044 Dolar Preisgeld gewonnen. Mit 542 321 Dollar führt der Amerikaner Curtis Strange.

Schwerer Sturz

Alp (sid) – Die Silbervasen-Mannschaft der Bundesrepublik ist bei der internationalen Sechstage-Fahrt der Motorradfahrer in Alp (Spanien) geplatzt. Stefan Bernhard (Bieberau) mußte nach einem Sturz, bei dem er schwere Prellungen erlitt, aufgeben. Bereits am Dienstag war das deutsche Trophy-Team auseinandergefallen. Bei den Trophy-Mannschaften führt Italien vor der „DDR".

Ausreise verweigert

Seoul (dpa) – Auch 48 Stunden nach der Ausreiseverweigerung durch die koreanischen Behörden ist für Judo-Bundestrainer Han Ho San die Lange unverändert. Der Trainer wird festgehalten, weil er in seiner Heimat angeblich Steuerschulden hat. Han Ho San lebt seit 1976 mit einem deutschen Paß in der Bundesrepublik, ihm war am Montag nach der Weltmeisterschaft in Seoul die Ausreise verweigert worden.

400 m in 44,93 Sekunden

Canberra (dpa) – Der Amerikaner Ray Armstead lief in einem internen Ausscheidungsrennen für den Weltcup der Leichtathleten in Canberra die Weltklassezeit von 44,93 Sekunden über 400 m. Er besiegte Walter McCoy (45,12) und Andre Phillips (45,17).

ZAHLEN

VOLLEYBALL

Europameisterschaften in den Niederlanden, Damen, letzter Vorrundenspieltag, Gruppe 1: Bulgarien – Griechenland 3:0, „DDR" – CSSR 3:1. – Gruppe 2: Deutschland – Polen 3:1, UdSSR – Frankreich 3:0. – Gruppe 3: Italien – Rumänien 3:2, Niederlande – Ungarn 3:0. – Herren, Gruppe 1: UdSSR – Griechenland 3:0, Italien – Schweden 2:3. – Gruppe 2: Polen – Spanien 3:0, CSSR – Rumänien 3:1. – Gruppe 3: Frankreich – Jugoslawien 3:1, Bulgarien – Niederlande 3:2.

TENNIS

Damen-Turnier in Fort Lauderdale (Florida), 1. Runde: Graf (Deutschland) – Fernandez (USA) 6:1, 6:2, Navratilova – Kinney (beide USA) 6:3, 6:2.

FUSSBALL

UEFA-Pokal, 1. Runde: Banik Ostrau – Linzer ASK 0:1 (Hinspiel 0:2, Linz weiter). – England, 1. Division (Nachholspiel): Luton – Ipswich 1:0. – Freundschaftsspiel: Hanau 93 – Eintracht Frankfurt 1:7.

HANDBALL

Bundesliga, Männer, 4. Spieltag: TuSEM Essen – Weiche-Handewitt 24:15.

BASKETBALL

Bundesliga, Männer, 3. Spieltag: ASC Göttingen – Bayer Leverkusen 70:74.

VOLLEYBALL / Finalrunde der Europameisterschaft über Polen erreicht

Weinend und wie in Trance beendete Renate Riek das Spiel mit einem As

ULLA HOLTHOFF, Enschede

Für Renate Riek war es am schlimmsten. Nicht, weil sie die Kleinste in der Volleyball-Nationalmannschaft ist. Sondern weil in ihren zarten Händen das Schicksal des ganzen Verbandes lag. Renate Riek ist die Stellspielerin der deutschen Mannschaft, die Spielmacherin. 25 Jahre alt, 1,70 Meter groß, mit 320 Einsätzen Rekordnationalspielerin. Sie ist der Kapitän, sie dirigiert, initiiert die Angriffe, trägt die Verantwortung und ist auf dem Spielfeld der verlängerte Arm von Trainer Andrzej Niemczyk. Kurz: Sie ist unersetzlich.

Und sie war große Klasse, als es für ihre Mannschaft um den Einzug in die Endrunde der Europameisterschaft ging. Beim 3:1-Sieg gegen Polen war sie Dreh- und Angelpunkt des deutschen Spiels. Doch als es vorbei war, als die Anspannung sich löste, schien sie einem Zusammenbruch nahe. Trainer Niemczyk wollte sie im vierten Satz auswechseln, wollte ihr eine Ruhepause gönnen. Doch Renate Riek schien wie in Trance, war nicht ansprechbar. „Ich habe sie dreimal gerufen, aber sie hat mich nicht gehört." Niemczyk schaffte es schließlich doch, sie vom Feld zu holen, doch Renate Riek war nicht mehr Herr ihrer Gefühle. „Sie ist völlig ausgeflippt, war gar nicht mehr zu beruhigen." Renate Riek war in Tränen aufgelöst, weinte hemmungslos. Selbst als sie kurz vor Schluß wieder auf das Spielfeld ging, liefen ihr pausenlos die Tränen über das Gesicht.

Das Spielgeschehen allerdings nahm sie noch überdeutlich wahr. Sie kam ins Feld zurück, parierte einen Angriff bravourös und beendete unmittelbar danach das Spiel mit einem As, einer direkt verwandelten Angabe. Danach war sie nicht mehr zu halten. Sie hatte fast Übermenschliches geleistet und wußte plötzlich nicht mehr, wohin mit all den angestauten Ängsten und Zweifeln. Doch sie war nicht die einzige. Gudrun Witte hüpfte und jauchzte fassungslos: „Ich hab's gewußt. Ich hab's geträumt!"

Vier Jahre lang ist die Mannschaft mit ungeheurem Aufwand auf diese Europameisterschaft vorbereitet worden. Hunderte von Trainingstagen und -spielen, Turniere, Meisterschaften, mehrere hunderttausend Mark. Es hat in der Vorbereitung an nichts gefehlt. „Und dann hängt es an einem einzigen Spiel", schüttelte Verbandspräsident Roland Mader den Kopf. „Was von so einem Spiel alles abhängt: Der A-Kader, die Weltmeisterschaft, unsere ganze Entwicklung. Nicht auszudenken ..."

Es hat geklappt, weil alle wußten, worum es ging, und weil sie es schafften, sich im Spiel von ihren Ängsten zu befreien. Spielerisch waren die Polinnen gleichwertig, doch der entscheidende Vorteil lag trotz des hohen Erfolgsdruckes in der psychischen Stabilität der deutschen Mannschaft. Weil die Polen noch mehr Angst hatten. „Sie wußten, daß ich alles von ihnen weiß", erklärt Andrzej Niemczyk, der noch vor zehn Jahren polnischer Nationaltrainer war. „Das war mein Vorteil. Sie waren noch nervöser als wir, weil sie wußten, daß ich sie genau kenne. Außerdem waren sie überrascht, weil sie nicht wußten, wie viele Kombinationen wir spielen können."

Die Vorrunde verlief also nach Wunsch. Doch unmittelbar nach Spielende tauchten Probleme auf: Ute Hankers hatte tagelang Schmerzen im Knie verschwiegen, deren Ursache sich jetzt als Schleimbeutelentzündung entpuppte. Andrea Sauvigny hat trotz eines Ermüdungsbruchs im Fuß unter großen Schmerzen eine glanzvolle Leistung gebracht, Sigrid Terstegge war nach dem Spiel völlig erschöpft. Der gestrige Ruhetag hat die dringend notwendige Erholung gebracht, doch erst heute nachmittag wird sich herausstellen, ob die drei Stammspielerinnen gegen die CSSR (17.00 Uhr) wieder einsatzfähig sind. Vier Spiele stehen bis Sonntag noch auf dem Programm (Freitag gegen die „DDR", Samstag gegen Italien, Sonntag gegen Holland). Erst dann wird entschieden sein, ob die Träume von der Bronzemedaille verwirklicht werden. Die Voraussetzungen sind ungünstig: Mit 0:2 Punkten und 0:3 Sätzen ist die deutsche Mannschaft letzte der Finalgruppe, weil das Vorrundenergebnis gegen die UdSSR übernommen wurde. Der Vorteil: Eins von zwei schweren Spielen ist schon absolviert, bleibt nur noch die „DDR" als scheinbar übermächtiger Gegner.

LEICHTATHLETIK / Weltcup in Canberra

Stars denken an Urlaub, nicht an Leistungen

dpa, Canberra

Australiens Hauptstadt verströmt Langeweile. Schon aus diesem Grund wäre Canberra der geeignete Schauplatz für das Ende des umstrittenen Weltcups der Leichtathleten, der morgen beginnt. Vor dieser vierten Auflage gab selbst „DDR"-Cheftrainer Werner Trelenberg zu: „Wir nehmen zwar grundsätzlich an allen offiziellen Veranstaltungen der internationalen Verbände teil. Doch es ist gut möglich, daß all jene Athleten im Vorteil sind, die jetzt schon mit der Vorbereitung auf die Europameisterschaft im nächsten Jahr in Stuttgart beginnen konnten. Auf jeden Fall leiden die Chancen der hier startenden Sportler auf gute Ergebnisse in der Hallensaison."

Auch Dreisprung-Weltrekordler Willie Banks (USA) stimmte in den großen Chor der Weltcup-Kritiker ein: „Ganz ehrlich, am liebsten würde ich hier nicht mitmachen. Aber wenn ich aufgestellt werde, betrachte ich es als meine Pflicht, dann auch für mein Land anzutreten." Hauptärgernis ist der späte Termin. „Normalerweise wäre ich jezt schon vier Wochen im Urlaub", klagte Vizeweltmeister Luis Delís (Kuba), seit Jahren einer der besten *Diskuswerfer* der Welt. Und Hochsprung-Weltmeisterin Tamara Bykowa (UdSSR) gesteht: „Für mich ist das hier Urlaub mit einem eingebauten Wettkampf."

Allein sportpolitische Gründe gaben den Ausschlag für die Vergabe des 1977 in Düsseldorf erstmals ausgerichteten Weltcups in die auf dem Reißbrett entstandene 250 000-Einwohner-Stadt Canberra. Präsident Primo Nebiolo (Italien) und seine Mitstreiter im Leichtathletik-Weltverband (IAAF) konnten es sich nicht leisten, den fünften Kontinent bei der Verteilung von sportlichen Großereignissen völlig zu übergehen. Um den australischen Winter zu meiden, einigte man sich auf das erste Oktober-Wochenende, wo die Temperaturen tagsüber mehr als 20 Grad erreichen.

Für die Veranstalter in Canberra ist der Weltcup, über dessen ersatzlose Streichung in Ost und West zuletzt viel diskutiert wurde, das Ereignis des Jahres. Mit einem Etat von umgerechnet 7,5 Millionen Mark, der zur Hälfte durch Fernsehgelder gedeckt wird, wurden in den letzten zwei Jahren die Voraussetzungen für drei perfekt durchorganisierte Wettkampftage geschaffen. Das glänzend ausgestattete Bruce-Stadion wird vermutlich mit je 21 000 Zuschauern dreimal ausverkauft sein (Einnahme: 1,5 Millionen Mark).

Sportlich ist nur von den Mannschaften der „DDR" und der UdSSR hohe Qualität zu erwarten, die Vertreter der restlichen sechs Teams werden oft kaum über die Rolle von Feldfüllern hinauskommen. Zahlreiche Absagen, oft mit selbst von den Delegationsleitern angezweifelten Verletzungen begründet, haben die Chancen der USA sowie der Auswahlmannschaften „Rest von Amerika" und „Rest von Europa" schon im Vorfeld zunichte gemacht. Die Erdteilteams von Asien, Afrika und Ozeanien sind ohnehin nur Garnitur. Als Cupverteidiger gehen die Europa-Auswahl bei den Männern und die „DDR" bei den Frauen nach ihren Siegen 1981 in Rom an den Start. „Nach ihrem Doppelsieg beim Europacup-Finale in Moskau ist die Sowjetunion auch hier wieder Favorit", sagt „DDR"-Cheftrainer Trelenberg.

Als letzte Mannschaft traf die Europa-Auwahl in Canberra ein, in der mit Coe, Cram, Cova, Puica, Cristiansen und Budd gleich ein halbes Dutzend Weltstars fehlen. Die Krise der Leichtathletik in der Bundesrepublik spiegelt sich in der Tatsache wider, daß nur fünf Vertreter die Reise nach Australien mitmachen. Europameister Harald Schmid (400 m Hürden und 4 x 400) und Klaus Just (4 x 400) waren von Beginn an nominiert, Jörg Vaihinger (4 x 400), Sabine Braun (Weitsprung) und Monika Schäfer (3000 m) kamen nur als Ersatz zu der Ehre, den Rest von Europa zu repräsentieren. Dabei nehmen sie ihre Leistungen nicht sonderlich wichtig. „Wir machen anschließend auf Kosten des europäischen Verbandes noch eine Woche Urlaub auf Hawaii und in San Francisco, darauf freue ich mich", steckte Sabine Braun ihre Prioritäten ab.

Walter Röhrl endlich wieder vor einem Sieg: „Die Sache ist gelaufen."

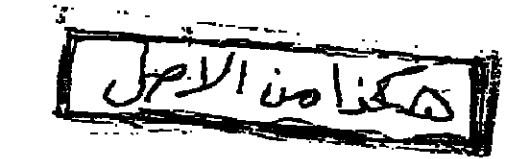
dpa, San Remo

„Die Rallye ist zwar noch nicht zu Ende, aber normalerweise ist uns der Sieg nicht mehr zu nehmen." Nach der dritten Etappe der Rallye San Remo ist für Walter Röhrl und Beifahrer Christian Geistdörfer der erste Weltmeisterschaftssieg seit dem Erfolg Anfang 1984 in Monte Carlo in greifbare Nähe gerückt. Nach 34 von 44 Sonderprüfungen dieses zehnten Laufs zur Rallye-Weltmeisterschaft führten der Regensburger und sein Münchner Beifahrer mit ihrem 500 PS starken Audi Sport Quattro bereits fünfeinhalb Minuten vor dem neuen Weltmeister Timo Salonen aus Finnland auf Peugeot 205 Turbo.

Nachdem Salonen am Abend zuvor durch einen Reifendefekt um drei Minuten zurückgefallen war, hätte es Röhrl normalerweise etwas langsamer angehen lassen können. Doch der stark fahrende Audi-Werkspilot, der diese Traditions-Rallye in den ligurischen Seealpen und in der Toskana vom Start weg eindrucksvoll dominiert hatte, schaltete keinen Gang zurück. Mit Sonderprüfungs-Bestzeiten am laufenden Band (auf elf Prüfungen war Salonen nur einmal schneller) baute er seine Führung auf der dritten Etappe von Siena zurück nach San Remo weiter aus. „Wir haben bei Salonen zwar gesehen, daß schon ein Platter reicht, um viel Zeit zu verlieren", meinte Röhrl, „aber wenn das Auto weiter so gut geht, kann nichts mehr passieren."

Weltmeister Salonen rechnet sich keine Chancen mehr aus, Röhrl auf der letzten Etappe noch einzuholen. „Die Sache ist gelaufen", erklärte der Finne, der in dieser Saison bereits fünf WM-Läufe gewonnen hat, „wir testen jetzt sogar schon einige neue Dinge an unserem Auto." Sein Landsmann Markku Alen, der mit dem Lancia Rally noch weiter abgeschlagen auf dem dritten Platz liegt, fährt offensichtlich auch längst nicht mehr mit vollem Einsatz: „Es wäre dumm, noch viel zu riskieren, um dann Dritter zu werden."

Überschattet wurde die dritte Etappe von einem Unfall des Italieners Dario Cerrato, der von der Fahrbahn abkam und in die Zuschauer fuhr. Die genaue Anzahl der Verletzten ist noch nicht bekannt.



Kühler Empfang für Gorbatschow in Paris

● Fortsetzung von Seite 1

nur das Vorhandensein von Straflagern in der Sowjetunion und die Inhaftierung von vier Millionen Menschen als „absurd" bezeichnet, sondern sich auch jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten seines Landes verbeten. Den Juden gehe es in der Sowjetunion sehr viel besser als in manchen westlichen Ländern. Und was die Menschenrechte im politischen und sozialen Bereich angehe, so hätten es die Arbeiter in der Sowjetunion wesentlich leichter als ihre Kollegen im Westen.

Im Elysee-Palast dagegen war vor der Ankunft des Parteisekretärs noch einmal bekräftigt worden, daß Präsident Mitterrand sehr wohl das Thema der Menschenrechte zur Sprache bringen werde, da es „die permanente Besorgnis der französischen Politik überall in der Welt" sei.

Gorbatschow hatte ferner in dem Fernseh-Interview in der üblichen massiven Form auf die Gefahr der Aufstellung neuer Waffen in Europa hingewiesen und sich gegen die amerikanischen Weltraumpläne ausgesprochen, wobei er von der „Pflicht jeder verantwortungsbewußten Regierung" sprach, „sich gegen die SDI-Pläne auszusprechen".

Die Sowjets haben dem Vernehmen nach die Erwartung geäußert, daß es zu einer entsprechenden französisch-sowjetischen Erklärung in einem gemeinsamen Schlußkommuniqué kommen möge. Von einem solchen Kommuniqué aber rückt der Elysee-Palast deutlich ab. Statt dessen wird es, was eine Seltenheit in den französisch-sowjetischen Beziehungen ist, eine gemeinsame Pressekonferenz beider Staatsmänner am Schluß des Besuches geben, auf der jede Partei ihren Standpunkt separat vortragen wird.

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

„Madame", erklärte die russische Hausmeisterin vorwurfsvoll, „warum sollte ich so spät abends mir noch den Genossen Gorbatschow im Fernsehen ansehen, ich bin eine hart arbeitende Frau." – Eine schwerbepackte Moskauerin auf dem Kutusovsky-Prospekt winkt auf die Frage nach dem TV-Interview energisch ab: „Ich habe auf das zweite Programm umgeschaltet, dort gab es die ‚Moskauerin', eine Frauenclubsendung." – Ein Taxifahrer meint: „Ich wollte die angekündigte Mozart-Serie sehen, Gorbatschows Reden kennen wir ja."

Drei Negativ-Reaktionen aus der sowjetischen Bevölkerung am Morgen nach dem Interview. – Kein Zweifel, KP-Chef Michail Gorbatschow hat großes publizistisches Geschick, umgängliche Manieren und versteht es, Scherze sogar über das sowjetische System zu machen. Kürzlich gab er erst ein „Time"-Interview und nun eine Live-Sendung mit dem französischen Fernsehen vor seinem Frankreich-Besuch. Doch der neue Herr im Kreml versteht sich mehr darauf, auf westliche Zuhörer zu wirken als auf seine Landsleute.

Natürlich haben auch Millionen sowjetische Zuschauer das vorher nicht angekündigte Interview, das um 22.00 Uhr (Moskauer Zeit) ausgestrahlt wurde, gesehen. Doch der „Sensationswert" dieses unzensierten Interviews mit drei französischen Fernsehjournalisten, das im Kreml aufgenommen wurde, liegt eher bei den westlichen Beobachtern. Der mormale Sowjetbürger bleibt unbeeindruckt.

Gemessen an Moskauer Bräuchen ist es zwar neu, daß das Sowjetvolk zusehen und mithören kann, was westliche Korrespondenten fragen. Denn normalerweise verlaufen internationale Pressekonferenzen nur nach dem Schema schriftlich eingereichter Antworten. Diese werden immer mit einem gewaltigen Wortschwall abgedeckt, und wenn es dann um den Kern politischer Fragen geht, werden sie je nach Brisanz mit einem Scherz abgetan, oder man antwortet überhaupt nicht. Insofern bestach dieses Gorbatschow-Interview schon, als dieser geschickt, ohne jegliche Hilfestellung locker aus dem Stegreif antwortete. Doch macht das irgendeinen Unterschied von politischer Bedeutung?

Neuer Agitationsauftrag aus Moskau an die SED

Stimmung gegen SDI soll in SPD und FDP verstärkt werden

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die SED-Spitze hat auf „enge Arbeitskontakte" und „ständige Übereinstimmung des Schrittmaßes" zwischen den beiden kommunistischen Generalsekretären Michail Gorbatschow und Erich Honecker hingewiesen. Diese ungewöhnliche Bemerkung in einem Artikel über ein Treffen hoher „DDR"- und Sowjet-Politiker in Ost-Berlin dient offenbar dazu, alle Spekulationen über angebliche „Sonderwege" Honeckers im innerdeutschen Verhältnis und in seiner West-Politik überhaupt zu beenden. Somit sind auch alle Zweifel beseitigt, daß Ost-Berlin den unmißverständlichen Auftrag hat, auf Bonn im Sinne einer Anti-SDI-Stimmung einzuwirken und derartige Strömungen in SPD und auch FDP zu verstärken.

Die erwähnte Formulierung findet sich in einem ausführlichen Bericht über ein Essen, das „DDR"-Außenminister Oskar Fischer anläßlich des bevorstehenden 10. Jahrestages des Freundschaftsvertrages zwischen Ost-Berlin und Moskau gab. Dieser Pakt war am 7. Oktober 1975 im Beisein von Leonid Breschnew in Ost-Berlin besiegelt worden und bindet den anderen deutschen Staat „auf ewig" an die Sowjetunion. In dem dreispaltigen Artikel unter der Überschrift „Bündnis DDR–UdSSR allzeit bewährt" heißt es nach einer Würdigung der beiderseitigen Beziehungen der vergangenen zehn Jahre unvermittelt: „Die Treffen und engen Arbeitskontakte der Generalsekretäre Erich Honecker und Michail Gorbatschow gewährleisten die ständige Übereinstimmung des Schrittmaßes, mit dem beide Parteien, Staaten und Völker voranschreiten."

Aus dem Zusammenhang ergibt sich nicht, ob Fischer oder der sowjetische Gast, Abrassimow-Nachfolger und Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow, diese Bemerkung gemacht haben. Es heißt lediglich, die beiden Politiker hätten „in ihren Ansprachen" diesen Sachverhalt gewürdigt.

Offenbar dient die Aufnahme dieser Passage, die keinem der beiden Redner direkt zuzuordnen sind, auch als versteckte Aufforderung an die „DDR"-Seite, sich der Notwendigkeit der erwähnten „Arbeitskontakte" stets bewußt zu sein. Zudem verwundert, daß von unbestimmten „Treffen" in der Plural-Form die Rede ist, denn bisher gab es offiziell lediglich eine Begegnung im Sommer, als Honecker als erster Staatschef im Warschauer Pakt nach Moskau reiste und Gorbatschow im Verlauf seiner Reise anläßlich der Einweihung eines Antifa-Museums traf. Eine weitere Begegnung fand im März 1985 bei den Trauerfeierlichkeiten für Konstantin Tschernenko statt. Die noch bei Andropows Amtsübernahme erfolgte, baldige Reise einer großen Partei- und Regierungsdelegation der „DDR" zu Gorbatschow nach Moskau, kam bisher nicht zustande. Ob der neue Chef im Kreml noch vor dem sowjetischen Parteitag im Frühjahr 1986 zu einem Freundschaftsbesuch nach Ost-Berlin reist, ist offen. In diplomatischen Kreisen in Berlin war es nicht für ausgeschlossen gehalten worden, daß Gorbatschow den bevorstehenden 36. Jahrestag der „DDR" am 7. Oktober seinerseits zu einem Besuch genutzt hätte.

Honecker selbst ist zunächst wieder in ein blockfreies Land (Jugoslawien) gereist und fliegt kurze Zeit später nach Griechenland, die südöstliche NATO-Flanke. In einem Interview mit führenden Belgrader Zeitungen, das gestern vom „Neuen Deutschland" veröffentlicht wurde, unterstreicht Honecker wiederum sein Interesse an guten Beziehungen zu Bonn. Er bekräftigte jedoch auch die Endgültigkeit der deutschen Spaltung, wie er sie sieht: „Europa kann gut mit der Existenz von zwei deutschen Staaten leben, insbesondere nach den leidvollen Erfahrungen, die es in zwei Weltkriegen mit dem ‚Deutschen Reich' gemacht hat." Die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin seien ein „wichtiger Teil der gesamteuropäischen Zusammenarbeit".

Wörner plädiert für mehr Wehrgerechtigkeit

Einberufungshindernisse werden beseitigt / WELT-Interview

DW. Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hat in einem WELT-Interview klargestellt, daß vor der Realisierung der jetzt im Kabinett beschlossenen Wehrdienstverlängerung das Problem der „Wehrgerechtigkeit" befriedigend gelöst werden müsse. Zunächst einmal sollen die Tauglichkeitskriterien überprüft und verändert werden. Mit dem Bundesverteidigungsminister sprach Rüdiger Moniac.

WELT: Achtzehn Monate Grundwehrdienst von Mitte 1989 an hat das Bundeskabinett heute beschlossen. Gibt es keinen anderen Weg zur Sicherung der Landesverteidigung?

Wörner: Wir haben alle denkbaren anderen Möglichkeiten untersucht. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, es gibt keinen anderen Weg. Allerdings wird vor der Verwirklichung dieser Maßnahme, das heißt, bevor der erste Wehrpflichtige mit 18 Monaten Dienstzeit einrückt, Wehrgerechtigkeit hergestellt werden müssen. Erst danach sollen die Jahrgänge weit stärker ausgeschöpft werden, als das gegenwärtig der Fall ist.

WELT: Offenbar steht die Koalition nicht geschlossen zur Verlängerung auch des zivilen Ersatzdienstes?

Wörner: Wir haben, wie Sie an den Ergebnissen feststellen können, in der Kabinettsentscheidung einen Weg gefunden, der einmal den Bedürfnissen der Streitkräfte und der Verteidigung Rechnung trägt, und der zum zweiten die Koalition auch in der Frage Verlängerung des Zivildienstes einigt. Diese Entscheidung des Kabinetts findet die Billigung beider Fraktionen und damit der Koalition.

WELT: Was will die Regierung tun, um die von vielen geforderte Wehrgerechtigkeit, von der Sie auch schon sprachen, noch weiter zu verbessern?

Wörner: Wir werden zunächst einmal die Tauglichkeitskriterien überprüfen und herabsetzen. So wird die berühmte Meniskusoperation, die Wirbelsäulenverkrümmung oder auch eine geringe Einschränkung der Wehrfähigkeit keine Rolle mehr spielen. Wir werden zum zweiten die Einberufungshindernisse reduzieren, also Verheiratete einberufen, wie das bis 1975 der Fall war. Wir werden die Freistellungsquoten für den Zivil- und Katastrophenschutz mindern auf eine Größenordnung von jetzt 17 000 auf 10 000. Wir werden dann, das ist ganz wichtig, Leute, die ihren Wohnsitz im Ausland nehmen oder die ihren Wohnsitz außerhalb des Geltungsbereiches des Wehrpflichtgesetzes nehmen, ohne sich ordnungsgemäß abzumelden, bis zum 32. Lebensjahr einberufen, nicht mehr wie heute nur bis zum 28. Wir werden Deutsche, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, aber sich faktich im Inland drei Monate und länger aufhalten, ebenfalls ziehen. Wir werden dann kontinuierlich ältere Wehrpflichtige aus den starken Jahrgängen einberufen. Wir werden die Entwicklungshelfer nur dann freistellen, wenn sie zweieinhalb Jahre Dienst leisten. Dies soll alles geschehen, bevor die Verlängerung des Wehrdienstes in Kraft tritt.

WELT: Werden Wehrpflichtige nach ihrem Dienst in der Bundeswehr künftig in irgendeiner Weise gegenüber nicht Gedienten Vorteile vom Staat erhalten? Etwa durch ein höheres Entlassungsgeld oder durch Steuerbefreiung?

Wörner: Dies zählt zu den Vorschlägen, die in den Koalitionsfraktionen diskutiert werden, die in den mir von der Regierung erteilten Prüfungsauftrag eingeschlossen sind. Mehr kann und will ich dazu im Augenblick nicht sagen. Das muß sehr sorgfältig geprüft und natürlich auch im Kabinett und vor allem mit dem Finanzminister besprochen werden.

WELT: Haben Sie zu diesem Problem einen persönlichen Standpunkt?

Wörner: Ja, aber darüber rede ich nicht.

Argumente aus Bonn gegen DGB-Vorwürfe

Staatssekretär Vogt beklagt „systematische Desinformation"

GÜNTHER BADING, Bonn

Als „Sammlung von Verdrehungen, Auslassungen und Unterstellungen" hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium und Vorsitzende der Rheinischen Sozialausschüsse (CDA), Wolfgang Vogt, die Vorwürfe des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) an die Adresse der Bundesregierung bezeichnet. Seine Antworten auf die „systematische Desinformation":

● Zum DGB-Vorwurf der angeblichen „beschäftigungspolitischen Tatenlosigkeit der Bundesregierung" schreibt Vogt: „Der Vorwurf ist absurd und unhaltbar. Keine Regierung hat die arbeitsmarktpolitischen Instrumente so umfassend und wirkungsvoll eingesetzt wie die jetzige Bundesregierung." Im einzelnen zählt er auf:

– Die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik sind seit 1982 um ein Drittel von 6,9 Milliarden auf 9,2 Milliarden Mark erhöht worden.

– Die Ausgaben für berufliche Fortbildung sind von 3,78 auf 4,35 Milliarden Mark gestiegen.

– Die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind 1982–85 um 185 Prozent auf 2,48 Milliarden Mark gestiegen; die Teilnehmerzahl nahm von 27 400 auf 97 000 zu (plus 254 Prozent).

– Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Jugendliche unter 25 Jahren nahmen um 211 Prozent zu.

– Der Lehrstellenrekord von 1984 mit 706 000 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen bedeutet eine Zunahme um 12 Prozent (1982 bis 1984).

– Die SPD-geführte Bundesregierung habe jahrelang von einem Vorruhestandsgesetz geredet, aber nichts getan. Jetzt könnten mehr als 275 000 Arbeitnehmer, die älter als 58 Jahre sind, davon Gebrauch machen.

– Auch bei der Rückkehrförderung habe die SPD-Regierung immer nur geredet. Diese Bundesregierung habe gehandelt: Rund 140 000 ausländische Arbeitnehmer haben vom Rückkehrförderungsgesetz Gebrauch gemacht, rund 350 000 seien freiwillig zurückgekehrt.

Mehr Teilzeitarbeitsplätze

– Durch das Beschäftigungsförderungsgesetz werden Einstellungshemmnisse abgebaut: Befristete Arbeitsverträge können leichter abgeschlossen werden, die Zahl der Teilzeitarbeitsplätze soll steigen. Zwar polemisiere der DGB dagegen – tatsächlich aber machten gewerkschaftseigene Unternehmen von dem Gesetz Gebrauch. So habe die co op-Niederlassung Nord in einer Anzeige im „Hamburger Abendblatt" am 14. September befristete Arbeitsverhältnisse angeboten.

– Durch die gestern im Kabinett beschlossene Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, von der jährlich 400 000 Arbeitnehmer begünstigt werden, sowie die dringend notwendige Qualifizierung von Arbeitslosen baue die Bundesregierung ihre Arbeitsmarktpolitik aus. Dafür wird eine dreiviertel Milliarde Mark bereitgestellt.

● Zum DGB-Vorwurf, daß die Arbeitslosigkeit steige und die Arbeitsplätze abnähmen, heißt es:

– Der von der SPD-Regierung zu verantwortende Anstieg der Arbeitslosigkeit ist gestoppt. Die Zuwachszahlen wurden von plus 43 Prozent 1981 und plus 44 Prozent 1982 nach der Regierungsübernahme Bundeskanzler Kohls auf nur noch 23 Prozent 1983 und 0,3 Prozent 1984 gesenkt.

DGB-„Horrorzahl"

– Die Behauptung des DGB, daß tatsächlich 3,4 Millionen Menschen ohne Arbeit seien, obwohl nur 2,2 Millionen registriert seien, nennt Vogt eine „Horrorzahl". Er erinnerte an die Aussage der früheren SPD-Staatssekretärin Anke Fuchs, „für die Arbeitsmarktpolitik ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen maßgebend. Es ist davon auszugehen, daß jene, die an einer Arbeitsaufnahme ernsthaft interessiert sind, sich beim Arbeitsamt melden."

– Die Zahl der Arbeitsplätze nehme zu: im zweiten Quartal 1985 um 155 000 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.

● Der DGB behaupte, es werde eine „Politik für wenige" gemacht.

– Nach Berechnungen der Bundesbank haben sich die Einkommen von Arbeitnehmern und die der Unternehmen von 1979 bis 1984 im Gleichschritt – um 22 Prozent – erhöht.

– Durch die verfehlte SPD-Politik ist der Schuldendienst zum drittgrößten Ausgabenposten im Haushalt geworden. Dieses Geld fehlt in anderen Bereichen. Vogt: „Schuldenpolitik bedeutet mehrfache Umverteilung von unten nach oben. Diesen Prozeß haben wir gestoppt."

– Preisstabilität: 1982 betrug die Inflationsrate 5,4 Prozent, 1984 nur noch 2,4. Die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhöhte sich dadurch um 15 Milliarden Mark, die der Rentner um sechs Milliarden.

● Auf den DGB-Vorwurf „Heuern und Feuern wird staatlich abgesegnet" erwiderte Vogt: Nur das Heuern werde durch das Beschäftigungsförderungsgesetz erleichtert. „Der Kündigungsschutz wird nicht berührt."

● Die angebliche „neue Armut" sei in Wirklichkeit die alte Armut der SPD. Von 1969 (1,4 Millionen) sei die Zahl der Sozialhilfeempfänger auf 2,3 Millionen angewachsen.

● Zum Vorwurf „Sozialabbau": Während die SPD-Regierung 94,3 Milliarden Mark im Sozialbereich gespart habe, seien es unter CDU/CSU-Verantwortung im vergleichbaren Zeitraum nur 58,8 Milliarden gewesen.

Den Haag: Kein Vertrag über Stationierung

DW. Den Haag

Falls sich die niederländische Koalitionsregierung am 1. November für eine Stationierung der vorgesehenen 48 amerikanischen Cruise Missiles im Rahmen der NATO-Nachrüstung entscheiden sollte, wird dies in der Form einer Übereinkunft – und nicht vertraglich festgelegt – zwischen Den Haag und Washington geschehen. Dies teilte der christdemokratische niederländische Premierminister Lubbers dem Parlament mit. Eine solche Übereinkunft, etwa über den Austausch diplomatischer Noten, würde fünf Jahre lang gelten und könnte danach von einem der beiden Länder unter Beachtung einer Frist von einem Jahr kündbar sein. Er fügte hinzu, die Niederlande wollten sich beim Einsatz dieser Atomwaffen ein Mitspracherecht sichern. Den USA dürfe nicht gestattet sein, diese Waffen unabhängig und ohne Kontrolle einzusetzen.

Neue Arbeitsplätze in der Metallindustrie

DW. Köln

Fast 160 000 Menschen haben nach Angaben der Metallarbeitgeber seit dem Ende des siebenwöchigen Streiks um die 35-Stunden-Woche im Sommer vergangenen Jahres in der Metallindustrie einen neuen Arbeitsplatz gefunden. Nach Angaben des Hauptgeschäftsführers von Gesamtmetall, Dieter Kirchner, sind 30 000 Angestellte und 130 000 Arbeiter seit Juni 1984 neu beschäftigt worden. Dieses „Spitzenergebnis" sei Ausfluß einer verbesserten Konjunktur und einer zurückhaltenden Lohnpolitik und nicht, wie die IG Metall argumentiere, Ergebnis von Arbeitszeitverkürzungen. Kirchner: Mit diesem Ergebnis sei „ein durchschlagender Beweis dafür erbracht worden, daß sich eine angebotsorientierte Tarifpolitik auch auf dem Arbeitsmarkt auszahlt".

Übergangsfrist bei Kabelgebühren

AP. Bonn

Besitzern von Einfamilienhäusern soll bei der Verkabelung eine Übergangsfrist mit geringeren Gebühren eingeräumt werden. Einen entsprechenden Kompromiß haben nach Angaben der CSU-Landesgruppe im Bundestag Postminister Christian Schwarz-Schilling und Abgeordnete der Unions-Fraktion beschlossen. Nach dieser Übereinkunft soll derjenige, der seinen Antrag auf Kabelanschluß bis zum 30. Juni 1986 stellt und den Anschluß bis zum 31. Dezember 1987 erhält, nur die bisherige Gebühr von 500 Mark zahlen müssen. Über neue Gebührenvorschläge wird am 10. Oktober im Postverwaltungsrat beschlossen. Nach Schwarz-Schillings Vorschlag soll die Gebühr später 750 Mark betragen.

Neuer Streit zwischen Alt und Südwestfunk?

DW. Bonn

Der Vorsitzende der westfälischen CDU, Kurt Biedenkopf, ist das Opfer eines Abhörskandals geworden. Der CDU-Politiker ist nach Informationen der „Bild"-Zeitung am Autotelefon belauscht worden. „Bild" wurde ein Tonband zugespielt, das ein Gespräch Biedenkopfs mit dem CDU-Landesgeschäftsführer Meyer wiedergibt.

In dem Gespräch informierte Meyer Biedenkopf darüber, daß „Report"-Moderator Franz Alt an einer Enthüllungsgeschichte über die Verfilzung zwischen der SPD und den Gewerkschaften im Ruhrgebiet arbeitet. Aus den Informationen geht hervor, daß sich zwischen dem Moderator und dem Südwestfunk ein neuer Streit anbahnt. Meyer erklärte Biedenkopf, die Verantwortlichen des Senders wollten die Geschichte Alts nicht senden. Biedenkopf bestätigte „Bild" den Inhalt des Gesprächs und zeigte sich zugleich empört darüber, daß die Unterhaltung belauscht wurde. Der CDU-Politiker: „Das ist unerhört." 1975 war ein Telefongespräch zwischen Biedenkopf und Bundeskanzler Helmut Kohl abgehört worden.

Berufung nicht mehr auf Lebenszeit

gba. Bonn

Präsident und Vizepräsident der Bundesanstalt für Arbeit werden künftig nach acht, höchstens aber zwölf Jahren abgelöst werden. Diese Veränderung der Amtszeit ist in der Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG) enthalten, die gestern vom Kabinett verabschiedet worden ist. Bisher wurden die Spitzenvertreter der Bundesanstalt auf Lebenszeit berufen. Mit der Neuregelung, die wenigstens eine Annäherung an den aus beamtenrechtlichen Gründen nicht anwendbaren Status des politischen Beamten bringt, wird es möglich sein, Präsident oder Vizepräsident nach acht Jahren in den Ruhestand zu versetzen. Nur eine einzige Verlängerung um die halbe Amtszeit, also insgesamt höchstens zwölf Jahre, ist möglich.



Zweierlei Maß

hg – Wenn zwei das Gleiche tun, dann ist es noch lange nicht dasselbe – zu dieser Erkenntnis *sind jetzt* die Richter des Landesarbeitsgerichts Hamm gekommen. Da hatte ein Betriebsratsvorsitzender seinen Arbeitsplatz ohne genehmigten Urlaub verlassen. Die darauf erfolgte schriftliche Abmahnung durch den Arbeitgeber wurde von den Richtern beanstandet.

Was wäre wohl geschehen, wenn ein simpler Arbeitnehmer so gehandelt hätte? Wären die Richter dann auch zu der Ansicht gekommen, daß die *daraufhin* wahrscheinliche fristlose Kündigung unwirksam ist? Ziemlich unwahrscheinlich. Der Betriebsratsvorsitzende indes, der seinen Arbeitsplatz verläßt, um an einer „Solidaritätskundgebung" teilzunehmen, hat die Richter offenbar tief beeindruckt. So daß sie gar nicht darauf gekommen sind, daß das Gesetz Freistellungen für derlei *Veranstaltungen nicht* vorsieht.

Aber vielleicht wollten sie auch gar nicht darauf kommen: Arbeitsgerichte, davon weiß jeder Arbeitgeber ein Lied zu singen, tendieren zumindest in den beiden ersten Instanzen eindeutig nach links. Und weil dieser Arbeitgeber in der Sache recht hat, haben die Richter ihre Ablehnung an der Form aufgehängt: „Der Betriebsratsvorsitzende sollte sich durch vorbildliches Verhalten auszeichnen", hieß es in der Abmahnung, und dies hatte der Kammervorsitzende abgelehnt – Betriebsräte hätten nicht die Aufgabe, bessere Arbeitnehmer zu sein.

Das ist wohl war. Aber offenbar sind manche Arbeitsrichter unfähig, zu erkennen, daß auch Betriebsräte die Aufgabe haben, *korrekte* Arbeitnehmer zu sein.

Impulse?

HH – Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ist sicher zuzustimmen, wenn es die konjunkturpolitischen Impulse der Steuerreform niedrig hängt. Eine Regierung, die bei Amtsübernahme vor drei Jahren unter den Hypotheken neben der hohen Arbeitslosigkeit auch einen gewaltigen Schuldenberg vorfand, muß auf schmalem Grat zwischen dringend notwendiger Steuerentlastung und ebenso notwendiger Haushaltssanierung wandeln. Zwar hätte man Kohl und Stoltenberg für ihre erste Reform einen beherzteren Zugriff gewünscht, etwa die vor allem von der FDP favorisierte Entlastung in einem Schritt, um das Ergebnis fühlbarer zu machen. Aber die Entscheidung ist nun für die *Zweistufenlösung* gefallen. Die dadurch bedingten Einnahmeausfälle machen ohnehin in einigen Länderhaushalten finanzielle Kraftakte erforderlich. Wenn das DIW außerdem die geringe Entlastung niedriger Einkommen bedauert, so ist daran zu erinnern, daß sich die Progressionsopfer naturgemäß in den oberen Einkommensetagen aufhalten.

WÄHRUNGSPOLITIK / Yen klettert auf höchsten Stand seit vier Jahren

Deutsche Außenhändler zweifeln am Erfolg der Tokioter Interventionen

FRED de LA TROBE/H.-J. MAHNKE, Tokio/Bonn

Die Parität des Yen zum Dollar erreichte am Mittwoch 213 Yen. Das war *der höchste Stand der japanischen Währung* seit viereinhalb Jahren. Er lag um gut zehn Prozent über dem Stand vom 20. September. In Kreisen der Banken Tokios rechnet man damit, daß sich der Höhenflug des Yen in den nächsten Tagen und Wochen noch bis zu einer Parität von etwa 200 zu eins fortsetzen wird.

Allerdings war auch die Interven*tion der Bank von Japan mit Dollar*verkäufen die massivste unter den Zentralbanken. Schon in den ersten drei Tagen nach dem Treffen der Fünfergruppe in New York am 22. September verkaufte die Bank von Japan 1,5 Milliarden Dollar. Der Gouverneur der Zentralbank, Satoshi Sumita, erklärte, er werde die Intervention zur Stärkung des Yen-Wertes fortsetzen.

Die Erklärung Sumidas, daß er ein weiteres Steigen des Yen gegenüber dem Dollar in den kommenden Wochen zu sehen wünsche, wirkte sich psychologisch ebenfalls auf eine Stärkung der japanischen Währung aus. Der Gouverneur schloß allerdings eine Senkung des Diskontsatzes, der jetzt bei fünf Prozent steht, in absehbarer Zeit aus. Eine solche Maßnahme war im Gespräch gewesen, da damit die Importe angeheizt werden könnten.

In Japan war der überhöhte Dollarwert als die Hauptursache des wachsenden amerikanischen Han*delsbilanzdefizits gesehen worden.* Mit einem stärkeren Yen hofft Tokio, die japanischen Exporte bremsen, die Importe steigern und damit den Handelskonflikt mit den USA entschär*fen zu können.* Nach Schätzungen könnte das für dieses Jahr auf etwa 50 Milliarden Dollar veranschlagte Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten mit Japan um fünf bis zehn Milliarden Dollar gesenkt werden, wenn die Parität des Yen zum Dollar auf 200 zu eins stiege.

In japanischen Bankkreisen herrscht allerdings beträchtliche Skepsis darüber, ob der Yen auf die Dauer stark bleiben wird. Die Mehrheit sieht die gegenwärtige Intervention als eine politische Maßnahme an, die eine protektionistische Gesetzgebung des amerikanischen Kongresses verhindern soll. Für die Zeit nach der Kongreßsitzung wird daher wieder mit einer rückläufigen Entwicklung der Parität gerechnet.

Die eigentlichen Ursachen der Tendenz zu einem starken Dollar hätten sich nicht geändert. Der Abfluß japanischen Kapitals in die USA hätte sich in den letzten Tagen wegen des jetzt günstigeren Kurses noch verstärkt. Das japanische Zinsniveau *liegt noch um etwa 4,5 Prozent* niedriger als das in den USA.

Deutsche Devisenhändler sehen in den anhaltenden Kapitalabflüssen ein erhebliches Problem für die Bank von Japan. Allerdings mußte die Bank nur *in den ersten Tagen* Dollar abgeben, um den Kurs unter Druck zu halten. Seitdem hätten verbale Bekundungen ausgereicht, um den Yen weiter aufzuwerten. Allerdings wird darauf hingewiesen, daß es sich Tokio nicht leisten könne, daß der Kurs des Dollar gegenüber dem Yen – von technischen Reaktionen einmal abgesehen – wieder steigt.

In Kreisen des deutschen Außenhandels wird der Einfluß der jüngsten Kursveränderungen auf die Han*delsströme zwischen den USA und* Japan nicht sehr hoch veranschlagt. Beim Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) gibt man sich hinsichtlich der japanischen Maßnahmen zur Marktöffnung weiterhin sehr skeptisch. Nach den bisherigen Erfahrungen sei die Sorge berechtigt, daß es nicht zu einem nennenswerten Abbau der hohen japanischen Überschüsse *kommen werde.*

Beim DIHT wird davon ausgegangen, daß die jüngsten Beschlüsse nicht wieder zurückgenommen werden können. Japan-Kenner weisen darauf hin, daß es innerhalb des Kabinetts in Tokio auch gegensätzliche Strömungen gebe. Ministerpräsident Nakasone wird unterstellt, daß er auch aus außenpolitischen Gründen *den Überschuß im Handel* mit den USA abbauen möchte. Dagegen wird im Industrieministerium eine andere Meinung vertreten.

STAHLHANDEL

Der deutsche Markt liefert nun Zeichen der Zuversicht

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Nach mageren Vorjahren rechnen die deutschen Stahlhändler für 1985 *mit einer drei- bis vierprozentigen* Wachstumsrate ihres Lagerabsatzes an Walzstahl und Röhren auf dem Inlandsmarkt. Für 1986 erwartet die Branche eine Fortsetzung der „guten Mengenkonjunktur" mit abermals drei Prozent Plusrate. Ernst Hoeher, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stahlhandel (BDS), begründet diesen positiven Lagebericht zum Auftakt der BDS-Mitgliederversammlung in Neuss vor allem mit folgenden Punkten:

In den letzten Monaten habe sich die Beschäftigung in den für den Stahlhandel wichtigen stahlverarbeitenden Branchen mit Ausnahme der Bauwirtschaft spürbar verbessert – dies zumal bei Maschinenbau und EBM-Industrie, aber auch in weiten Bereichen des Handwerks. Der hohe Importanteil am deutschen Stahlmarkt habe sich im laufenden Jahr bisher *wenigstens schon* auf 39,3 (40,3) Prozent vermindert.

Die Auftragentwicklung bei den Stahlverarbeitern lasse bereits heute bis Mitte 1986 „und teilweise darüber hinaus" eine Fortdauer der lebhaften Wirtschaftskonjunktur erkennen. Entsprechend fest, *konstatiert* der BDS-Vorsitzende, seien derzeit die Preise der deutschen Stahlproduzenten. Auch dies mit Aussicht auf Beständigkeit, da eine mögliche Abschwächung der Stahlexporte vom Heimatmarkt überkompensiert wer*den dürfte und* auch die geplante nächste Produzenten-Preiserhöhung per Anfang 1986 nicht in Frage stelle.

In die eigenen Reihen (reichlich 800 Unternehmen mit 30 000 Beschäftigten, 22 Mrd. DM Umsatz und 8,4 Mill. Tonnen Lager- von 22 Mill. Tonnen Gesamtabsatz) richtet Hoeher zum Verbandstag vor allem eine Mahnung: Die verbesserte Marktverfassung befreie die Händler keineswegs von der Notwendigkeit, ihre zumal bei kleinen Auftragslosen weithin noch nicht kostendeckenden Margen mit höheren Verkaufspreisen ab Lager endlich wieder in eine gesunde Relation zur Leistung zu bringen.

Mit einiger Hoffnung besonders zum Subventionsende mit Ausklang von 1985 begleitet der BDS weiterhin aktiv die Bemühungen der EG-Kommission um Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem EG-Stahlmarkt. Ermutigende Schritte zur Rückkehr auf einen freien Stahlmarkt mit diskriminierungsfreiem Wettbewerb sieht Hoeber darin, daß die EG-Kommission nach Jahren ständiger Dirigismus-Verschärfung ab 1986 erstmals Lockerungen des Krisenkorsetts durchsetzen will:

Aufhebung der Produktionsquoten für Walzdraht, Betonstahl, verzinkte und „sonstige beschichtete" Bleche und damit für etwa 30 Prozent der bisherigen „quotierten Produktion". Ferner Aussetzung der amtlichen Mindestpreise für sämtliche bisher davon betroffenen EG-Stahlprodukte.

Augenfällige Disparitäten

Von DOMINIK SCHMIDT

So ist das nun mal in der praktischen Politik: Von den hehren Ansprüchen, die bis zum Überdruß bei jeder sich bietenden Gelegenheit formuliert werden, bleibt oft genug nicht viel übrig, *wenn im Rahmen der* Tagesarbeit die Umsetzung gefordert ist. Besonders augenfällig werden derlei Disparitäten im wirtschaftlichen Bereich. Erhebliche Lücken tun sich auf zwischen Theorie und Praxis. Das gilt für alle Ebenen der politischen Bühne.

In Niedersachsen indes häufen sich gerade in jüngerer Zeit die Sündenfälle wider marktwirtschaftlichen Denkens. Die Eingriffe der Landesregierung in das „Spiel der freien Marktkräfte" lassen bei Verfechtern der Marktwirtschaftslehre Unbehagen aufkommen; zudem laufen die verantwortlichen Politiker Gefahr, zumindest partiell an Glaubwürdigkeit zu verlieren. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß sich die Betroffenen, wie Wirtschaftsministerin Birgit Breuel, zu solchen Widersprüchlichkeiten bekennen.

Der gestern von Finanzminister Burkhard Ritz im niedersächsischen Parlament eingebrachte Haushaltsplanentwurf für 1986 bleibt davon nicht unberührt. Der Minister ließ keinen Zweifel daran, daß der Entwurf „ergänzungsbedürftig" sei und nannte als Stichworte unter anderem den „Stahlstandort Georgsmarienhütte" und die „Fischverarbeitung in Cuxhaven". *Aus struktur- und* arbeitsmarktpolitischen Gründen habe sich in diesen Fällen für die Landesregierung Handlungsbedarf ergeben, die an den Haushalt „unabweisbare Anforderungen" stellten.

Die Begründung des Ministers in allen Ehren – unumstritten ist die Zwangsläufigkeit der Hergabe öffentlicher Mittel für beide Komplexe beileibe nicht. Zu befürchten *nämlich* ist, daß an Symptomen kuriert wird, wo eine Radikalkur erforderlich wäre. Ein weiteres kommt hinzu: das Moment der Erpreßbarkeit. Noch immer scheint der Hinweis auf Verlust von Arbeitsplätzen die aus der Sicht der Drohenden gewünschte Wirkung zu erzielen.

Den Erhalt des Standorts Georgsmarien*hütte zum* Beispiel „erkauft" sich das Land mit einem Betrag, der die 100-Millionen-Mark-Grenze übersteigt. Nach dem Scheitern der Fusionspläne zwischen Krupp, Klöckner und dem australischen Rohstoffkonzern CRA wollte Klöckner das verlustträchtige Profilstahlwerk schließen. Gut 2000 Arbeitsplätze standen zur Disposition. Die Zusagen der Landesregierung, finanzielle Mitverantwortung zu übernehmen, bewog Klöckner, das Werk weiter zu betreiben.

Ohnehin hatte das Land bereits 13 Millionen DM für Georgsmarienhütte an Klöckner überwiesen. Weitere 35 Millionen DM werden jetzt folgen, um die Modernisierung des Betriebs – dabei geht es um den Bau einer Stranggießanlage – voranzutreiben. Damit nicht genug. Über die Niedersächsische Landgesellschaft (NLG), die dem Landwirtschaftsministerium zugeordnet ist, wurde ein *Grundstücksgeschäft ins Auge gefaßt,* dem der Charakter einer indirekten Subvention nahekommt.

Die NLG, die sich um die Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums kümmen soll, erwirbt von Klöckner ein rund 500 000 Quadratmeter großes Grundstück, den Piesberg bei Osnabrück. Dafür erhält Klöckner *60 Millionen DM.* Der Piesberg soll später, so die Planungen der Landesregierung, für Depo*nie-Zwecke* und als Rohstoffquelle (Gewinnung von Gestein für den Straßenbau) genutzt werden. Dem Subventionsvorwurf begegnet Hermann Sandkämper, Betriebsrat bei Klöckner-Georgsmarienhütte und CDU-Landtagsabgeordneter, auf seine Art: Niemand könne ein Unternehmen daran hindern, Vermögensanteile zu veräußern und dieses Geld dann *zu investieren.*

Ob Brüssel die Transaktion ähnlich beurteilt, steht noch dahin. In einem anderen Fall jedenfalls hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaft wohl Bedenken. Dabei geht es um den Erwerb der Fischfabrik „Seeadler" in Cuxhaven, die das Land 1983 von der Unilever-Tochter „Nordsee" Deutsche Hochseefischerei für *30 Millionen* DM gekauft hatte. Gleichzeitig aber wurde vereinbart, daß die „Nordsee" gegen eine Miete von 500 000 DM pro Jahr die Fabrik weiter nutzen kann.

Die EG-Kommission nimmt vor allem Anstoß an der für dieses Investment zu niedrigen *Rendite von 1,66* Prozent. Der Verdacht liege nahe, daß das Land weniger den Kauf des Betriebs im Sinne hatte, sondern vielmehr eine versteckte Beihilfe leistete. Dies aber widerspreche dem EG-Vertrag. Die Landesregierung weist diesen Verdacht weit von sich, wenngleich kein Hehl daraus gemacht wird, daß die „Rettung einiger hundert *Arbeitsplätze*" *in* Cuxhaven im Vordergrund des Geschäfts stand.

AUF EIN WORT

„Das Handwerk ist dabei, den sprichwörtlichen goldenen Boden unter den Füßen zu verlieren. Das Fundament aus Eigenkapital ist ausgezehrt und brüchig. Wenn die dem Handwerk eigene Vitalität und Flexibilität das Überleben nicht mehr garantieren, ist es höchste Zeit, daß der Staat endlich einen Rahmen schafft, in dem diese Tugenden wieder Früchte tragen."

Eberhard Heinke, Vorstand der Westdeutschen Genossenschafts-Zentralbank eG, Düsseldorf FOTO: DIE WELT

Hüttenvertrag ist perfekt

HH. Bonn

Die Anschlußregelung zum Hüttenvertrag ist perfekt. Nach der Zustimmung der nordrhein-westfälischen Landesregierung hat gestern auch die Bundesregierung eine politische *Erklärung* zur *finanziellen* Flankierung der von Kohle und Stahl für die Zeit von 1989 bis 2000 geplanten Regelung getroffen. Anders als in dem bis 1988 geltenden Vertrag soll die staatliche Kokskohlenbeihilfe, die den inländischen Kohlepreis etwa auf *Weltmarktniveau senkt, plafoniert* werden. Darin wird auch ein Beitrag zum Subventionsabbau gesehen. Die Neuregelung soll nach drei Jahren (1989 bis 1991) überprüft werden.

PRODUKTION

Im Zweimonats-Vergleich geht der Trend weiter nach oben

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Produktionsentwicklung in der Industrie liegt weiter im Aufwärtstrend. Diese Meinung *wird vom* Bundeswirtschaftsministerium vertreten, obwohl nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes die Industrieproduktion im August gegenüber dem sehr hohen, inzwischen noch einmal um einen Indexpunkt nach oben revidierten Juli-Ergebnis saisonbereinigt um drei Prozent gesunken ist. Die Erzeugung im verarbeitenden Gewerbe sei dabei um 2,5 Prozent eingeschränkt worden. Nach dem ungewöhnlich starken Anstieg im Vormonat registrierte das Bauhauptgewerbe wieder eine deutliche Abnahme seiner Aktivitäten um zehn Prozent.

Bei *diesen Monatsdaten* müsse berücksichtigt werden, daß die Saisonbereinigung die Einflüsse der von *Jahr zu Jahr* wechselnden Ferientermine nur unzureichend ausschalten kann. So sei die Produktionstätigkeit *im Juli* durch *Schul- und Werksferien* weniger als üblich belastet worden. Dagegen sei im August dieses Jahres die entgegengesetzte Entwicklung eingetreten.

Wird die Analyse auf einen Zweimonats-Vergleich (Juli/August gegenüber Mai/Juni) abgestellt, so zeige sich für das produzierende Gewerbe insgesamt eine weiterhin aufwärts gerichtete Tendenz, die Produktion habe um zwei Prozent zugenommen. Lediglich im Verbrauchsgüterbereich sei das Produktionsniveau unverändert geblieben. Die Bautätigkeit sei um 8,5 Prozent ausgedehnt worden.

Das produzierende Gewerbe meldet einen Zuwachs von 4,5 Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, dabei wiesen die Hersteller von Investitionsgütern mit plus zehn Prozent den höchsten Anstieg aus. Einen Rückgang, *und zwar um acht* Prozent, meldet lediglich das Bauhauptgewerbe.

HANDWERK

Anhaltende Baisse zwingt zu neuen Entlassungen

HANS BAUMANN, Essen

Die deutschen Handwerksbetriebe werden auch 1985 gezwungen sein, weitere Mitarbeiter abzubauen, um *einen erneuten* Ertragsrückgang zu vermeiden. Wie das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsforschungs-Institut (RWI), Essen, in einer Konjunkturanalyse feststellt, mußte sich das Handwerk bereits im ersten Halbjahr 1985 von rund 66 000 Mitarbeitern trennen, womit *sich die Gesamtzahl* der Beschäftigten um zwei Prozent vermindert hat. Die schon in Vergangenheit festgestellte Substitution von Vollarbeitskräften durch Auszubildende wird nach Meinung des RWI 1985 fortgesetzt.

Wesentlicher Grund für die anhaltende Wachstumsschwäche des Handwerks ist nach RWI die geringe *Erholung der Binnennachfrage.* Vom florierenden Export profitiere das Handwerk nicht. Vom Zuwachs der privaten Verbrauchsausgaben gehen vor allem auf das Konsumgüterhandwerk keine expansiven Impulse aus. *Ein großer Teil der zusätzlichen* Ausgaben fließt nach Angaben der Forscher in Bereiche, von denen das Handwerk nur wenig profitiert, wie etwa bei Mieten, Ernergie oder Kraftfahrzeuge, die rund 40 Prozent der Mehrausgaben auf sich vereinen. Lediglich die Kraftfahrzeugmechaniker könnten mit einem Wachstum von etwa zwei Prozent rechnen, der Umsatz aller anderen werde dagegen stagnieren oder gar sinken.

Unter erheblichen Nachfrageeinbrüchen habe in diesem Jahr das Bauhandwerk zu leiden. Hier wird mit einem realen Umsatzrückgang zwischen vier Prozent (Ausbaugewerbe) und acht Prozent (Bauhauptgewerbe) gerechnet. Reales Wachstum wird für Maschinenbauer und andere Investitionsgüterhandwerke in der Größenordnung von drei Prozent prognostiziert, weil sie vom Aufschwung der Investitionstätigkeit in diesem Bereich begünstigt werden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

DIW: Steuerreform nicht überbewerten

Berlin (rtr) – Die konjunkturpolitischen Impulse der Steuerreform sollten nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) nicht überbewertet werden. Zwar gingen von den Effekten der Steuerreform 1986 erstmals wieder positive Impulse der Finanzpolitik auf die Konjunktur aus, heißt es im jüngsten Wochenbericht des DIW. Doch seien ihre Auswirkungen mit einem Volumen von knapp fünf Mrd. Mark oder 0,2 Prozent des nominalen Bruttosozialprodukts zu gering dosiert, um Konjunktur und Beschäftigung nachhaltig beeinflussen zu können. Spürbare Entlastungen ergeben sich nach Ansicht des DIW im wesentlichen nur für Steuerpflichtige mit mittleren und höheren Einkommen.

Berliner Sonderprogramm

***Berlin** (DW.) – Mit einer „Qualifi*zierungsoffensive" will der Berliner Senat die Beschäftigungsstruktur in der Stadt verbessern und die Zahl der Arbeitsplätze erhöhen. Ein entsprechender Grundlagenbeschluß wurde jetzt gefaßt. Zu der Offensive gehören Projekte, mit denen die Weiterbildungsanstrengungen der Wirtschaft gefördert werden, und ein Sonderprogramm für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Die Kosten für Berlin wurden mit einem „zweistelligen Millionenbetrag" angegeben.

Maklercourtage gesenkt

Frankfurt (VWD) – Die Maklercourtage für Aktiengeschäfte an der Frankfurter Wertpapierbörse wird ab 1. Januar 1986 von einem auf 0,8 Promille gesenkt. Diese Entscheidung hat der hessische Wirtschaftsminister Ulrich Steger als Börsenaufsicht der *Frankfurter Wertpapierbörse getroffen,* teilte sein Ministerium mit.

WestLB-Zerobonds notiert

Düsseldorf (Py.) – Die Westdeutsche Landesbank hat ihre zehn und 15jährigen Zerobonds über je 250 Mill. DM in den amtlichen Handel der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf eingeführt. Die Emission 600 (10 Jahre) wurde mit 53,20 DM und die Emission 601 (15 Jahre) mit 37,50 DM notiert. Der Laufzeitfächer reicht zwischen drei bis 20 Jahren.

Neue Metall-Arbeitsplätze

Köln (rtr) – Mit 36 700 Neueinstellungen im Juli hat die Metallindustrie der Bundesrepublik Deutschland nach den Worten des Hauptgeschäftsführers des Arbeitgeberverbandes *Gesamtmetall, Dieter Kirchner, ein* neues Spitzenergebnis in der Beschäftigungsoffensive erzielt. Kirchner erklärte einer Mitteilung von Gesamtmetall zufolge, seit Juni 1984 seien von den Unternehmen der Branche fast 160 000 Menschen neu eingestellt worden.

Umsatz stagniert

Köln (dpa/VWD) – Die Einzelhandelsfachgeschäfte haben im August nur ein Umsatzplus von einem Prozent im Vergleich zum August 1984 erzielt. Das gab die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels (HDE) in Köln an. Zweistellige Zuwachszahlen erzielten unter anderem die Musikfachgeschäfte (23 Prozent) und der *Fotoeinzelhandel (elf* Prozent). Für die ersten acht Monate ergibt sich ein unverändertes nomina*les Verkaufsergebnis.*

Indien-Besuch beendet

Bombay (dpa/VWD) – Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat seinen fünftägigen Indien-Besuch *beendet. Nach einem kurzen Aufent*halt in Hongkong wird Stoltenberg zur Jahrestagung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF) nach Seoul fliegen. Stoltenberg war in Neu Delhi unter anderem mit seinem Amtskollegen Vishvanat Pratab Singh zusammengetroffen, um besonders um seine Zustimmung zu einer neuen Runde zum Abbau von Handelsbarrieren im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) zu werben.

Aufschub für Mexiko

New York (dpa/VWD) – Der Lenkungsausschuss eines internationalen Bankenkonsortiums hat Mexiko einen Aufschub von sechs Monaten für 950 Millionen Dollar an Tilgungszahlungen gewährt, die in diesem und nächsten Monat fällig sind. Dies erklärte der Vorsitzende des Ausschusses, William Rhodes. Mexiko ist mit 97 Mrd. Dollar Auslandsschulden der Welt zweitgrößter Schuldner hinter Brasilien.

VERMÖGENSBILDUNG / Beschluß des Kabinetts

Kritik am Bundesratsentwurf

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Bundesregierung hat gegenüber der Gesetzesvorlage des Bundesrats zur Vermögensbildung zahlreiche Bedenken erhoben. In der gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten Stellungnahme wird zwar unterstrichen, daß eine Ergänzung des Vermögensbeteiligungsgesetzes notwendig sei, um die indirekte außerbetriebliche Kapitalbeteiligung zu erleichtern. Diesem Ziel diene jedoch bereits der Regierungsentwurf eines Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften.

In der Erweiterung der Anlagemöglichkeiten von Investmentgesellschaften sieht die Regierung auch einen „denkbaren Weg" zu diesem Ziel. Der Vorschlag, Beteiligungs-Sondervermögen zuzulassen, die typische stille Beteiligungen erwerben dürfen, müsse jedoch noch eingehend geprüft werden. Probleme werfe vor allem die Liquidität der Sondervermögen und die Bewertung der stillen Beteiligungen auf.

Die vom Bundesrat empfohlene Öffnung des Förderungshöchstbetrages von 936 DM jährlich für alle begünstigten Anlageformen lehnt das Kabinett ab. Bisher ist der Höchstbetrag allein für Kapitalbeteiligungen reserviert, während etwa beim Bausparen nur für 624 DM die Sparzulage gewährt wird. Eine Vereinheitlichung des Höchstbetrages wertet die Regierung als vermögenspolitischen Rückschritt: Die Arbeitnehmer würden dann ihre vermögenswirksamen Leistungen überwiegend nicht in Vermögensbeteiligungen, sondern in vertrauteren und weniger risikobehafteten Formen anlegen. Darüber hinaus würde die vielfache Abstufung der Förderung das Vermögensbildungsgesetz weiter komplizieren. Die Vorschläge des Bundesrates, die eine Anhebung des steuerlichen Freibetrages bei der Überlassung von betrieblichen Vermögensbeteiligungen einschließen, würden nach Schätzung des Finanzministeriums steuerliche Mindereinnahmen von 300 bis 400 Mill. DM zur Folge haben.

Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion Hermann Otto Solms hält die Einwände für nicht überzeugend. Der auf eine Initiative Niedersachsens zurückgehende Bundesrats-Entwurf sei bis auf einige Einzelheiten „vernünftig und beratungsreif", sagte Solms auf Anfrage. „Wir halten an unserer Auffassung fest, daß eine zweite Stufe kommen muß." Aus der Stellungnahme lasse sich jedoch eine Absage an ein Gesetz noch in dieser Legislaturperiode herauslesen, bestätigte Solms.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin-Charlottenburg: Nachl. d. Ulrich Wentzig; Nachl. d. Walter Gruber, Dipl.-Ing.; **Dannenberg (Elbe):** Günter Tiede, Karwitz OT Pudripp; Tiede Haus-Bau u. Vertriebs GmbH, Karwitz OT Pudripp; **Hildesheim:** NIBE Holzprodukte GmbH; **Krefeld:** Ernst Pasch; **Leer:** Heinrich Hokema GmbH; **Mainz:** Elektro-Bente GmbH, Heidesheim; **Mayen:** Holztechnik Hardy GmbH, Nickenich; **Moers:** Keltorr GmbH, Rheinberg; SRL-Steuerungs-, Regelungs-, Lichttechnik GmbH; **Mönchengladbach:** Nachl. d. Martha Charlotte Wieler geb. Kockerbeck; **München:** G. Tremmel Spedition GmbH, Puchheim; Nachl. d. Günter Haugwitz; **Münster:** Logos Bauträger-, Betreuungs-, Verwaltungs- u. Beteiligungs-GmbH & Co. KG; **Neuss:** Kurt Kapalla Audio-Video-TV Vertriebs GmbH.

Konkurs beantragt: Syke: BSH Baustahl Handelsges. mbH, Stuhr.

Vergleich eröffnet: München: „München Aktuell" Verlags GmbH.

Vergleich beantragt: Braunschweig: Karl-Heinz Köchy, Bäckermeister, Braunschweig-Dibbesdorf; BS-Verlagsges. mbH + Co. KG; **Wuppertal:** Hans Füngers Feinkostfabrik GmbH & Co. KG, Haan; Füngers Beteiligungsges. mbH; Füngers Feinkost GmbH; AFF Feinkost GmbH.

KERNKRAFT / Atomenergie bremst die Kosten für den konventionellen Strom

In 3500 Betriebsjahren kein Unfall

HANS BAUMANN, Essen

„Wir sind mit dem deutschen Steinkohlenverband der festen Überzeugung, daß in der Bundesrepublik Deutschland Kohle und Kernenergie die Grundpfeiler der elektrischen Energieversorgung sind. Jedes am richtigen Platz: Wasserkraft, Braunkohle und Kernenergie in der Grundlast, das heißt im Betrieb rund um die Uhr, und Kohle in der Mittellast." Mit diesen Worten begleitet Klaus Barthelt, Vorsitzender des Vorstandes der Kraftwerk Union AG (KWU), die Veröffentlichung einer Schrift „Kernkraftwerke '85".

Das vergangene Jahr war für die KWU ein Jahr der Schlüsselereignisse: Der fortschrittliche Siedewasserreaktor der Baulinie 72 ging in Betrieb, das Konvoi-Konzept mit Druckwasserreaktoren bestand seine Bewährungsprobe, und die Betriebszuverlässigkeit aller KWU-Kernkraftwerke schlug sich in neuen Rekordzahlen nieder.

Für 1985 wird festgestellt, daß auch der Bedarf an Kraftwerksneubauten wieder zunehmen wird, wenn die Prosperität in den wichtigsten Industrienationen der Welt anhält. Der Höhepunkt der kerntechnischen Entwicklung fällt für die KWU mit einer Bedarfslücke auf dem inländischen Kraftwerksmarkt und mit großen Finanzierungsproblemen auf den Exportmärkten zusammen.

Barthelt hebt hervor, daß 1984 in der Welt 33 neue Kernkraftwerke in Betrieb gegangen sind. Das ist die bisher höchste Zahl innerhalb eines Jahres seit Einstieg in die Kernkraftwerkstechnik.

In über 300 Kernkraftwerken konnten weltweit rund 3500 Betriebsjahre an Erfahrungen mit Leistungsreaktoren gesammelt werden, ohne daß es bisher zu einem Unfall mit nennenswerten Auswirkungen auf die Umwelt gekommen wäre. Insbesondere sind Menschen durch Radioaktivität im Zusammenhang mit dem Betrieb von Kernkraftwerken nicht zu Schaden gekommen.

In der Bundesrepublik sind zur Zeit 16 Kernkraftwerke in Betrieb. Sie haben mit 83 Prozent im Durchschnitt eine ungewöhnlich hohe Verfügbarkeit.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres hatten sie einen Anteil von 33 Prozent an der gesamten westdeutschen Stromerzeugung. Diese hohe Verfügbarkeit der Kernkraftwerke ist wesentlicher Grund dafür, daß der Anstieg der Strompreise gebremst werden konnte. Er würde sicherlich wesentlich höher ausfallen, wenn die Kernkraft nicht wäre, weil die konventionellen Kraftwerke Milliardenaufwand für Umweltmaßnahmen treiben müssen.

Nach Barthelt und seinem Bericht '85 beträgt der Kostenvorsprung der Kernenergie im Vergleich zur Steinkohle im Grundlastbereich zur Zeit 3 bis 5 Pfennig je Kilowattstunde. Auf die gesamte nukleare Stromproduktion der Bundesrepublik bezogen bedeutet dies für 1984 für die deutschen Stromverbraucher eine Entlastung von insgesamt mehr als 5 Mrd. Mark.

Barthelt: „Kernkraftwerke sind aber nicht nur wirtschaftlich, sondern auch umweltfreundlich: Sie beeinträchtigen Menschen und Umwelt nicht durch Schadstoffe, verbrauchen keinen Sauerstoff und erzeugen kein Kohlendioxid."

Auftragseingang auf Rekordhöhe

J. Sch. Paris

Die aeronautische Industrie Frankreichs wird in diesem Jahr trotz verschiedener Rückschläge (so der gescheiterte Saudi-Auftrag für die Mirage 2000) wohl einen neuen Rekord an Auftragseingängen verbuchen. In den ersten acht Monaten erreichten allein die Bestellungen aus dem Ausland 34 Mrd. Franc gegenüber 13 Mrd. in der gleichen Vorjahreszeit. Im Gesamtjahr 1984 hatten sie sich auf 38 (24) Mrd. Franc erhöht. Exportiert wurden für 41,2 (38,6) Mrd. Franc.

Der Umsatz war 1984 um 13 Prozent auf 68,49 Mrd. Franc gestiegen. Auch dieses Ergebnis würde 1985 wesentlich übertroffen werden, erklärte Verbandspräsident Jacques Benichou. Zu dem gescheiterten französischen Projekt für ein europäisches Kampfflugzeug, das jetzt von einem Konsortium mit britischer, deutscher, italienischer und spanischer Beteiligung gebaut werden soll, bezog Bernichou keine Stellung. Auf deutscher Seite heißt es dazu, daß die Franzosen nicht immer die Federführung für sich beanspruchen könnten.

PECHINEY / Vertrag mit der staatlichen EDF

Strom zum Vorzugspreis

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das staatliche französische Elektrizitätsmonopol (EDF) hat dem vor drei Jahren verstaatlichten Aluminiumkonzern Pechiney unter dem Druck der Regierung weitere Stromlieferungen zu Vorzugsbedingungen zugesagt. Der Vertrag beruht wieder auf dem Prinzip einer Beteiligung an den Kernkraftwerksinvestitionen der EDF. Welcher Preisvorteil sich dadurch für Pechiney genau ergibt, wird von den Partnern geheimgehalten, damit sich andere (private) Großverbraucher nicht auf einen Präzedenzfall berufen können.

Ein erster Vertrag dieser Art war im Juni 1983 unterzeichnet worden. Er sieht die Lieferung von jährlich fünf Milliarden kWh für die Dauer von 25 Jahren vor. Darauf leistet Pechiney unter Verwendung einer staatlichen Kapitaldotation eine Barzahlung von 2 Milliarden Franc. Effektiv geliefert wurden von der EDF aber nur zwei Milliarden kWh.

Der neue Vertrag bezieht sich auf die Lieferung von jährlich drei Milliarden kWh, allerdings für die Dauer von zehn Jahren. Dafür übertragen die beiden Pechiney-Töchter Aluminium-Pechiney und Pechiney-Elektrometallurgie als Nutznießer des Vertrags – ihr jährlicher Stromverbrauch beträgt neun Milliarden kWh – der EDF-Beteiligungstitel im Werte von 2 Milliarden Franc.

Das neue Abkommen läuft darauf hinaus, daß Pechiney Eigentumsrechte an der Kernstromerzeugung bzw. an der Kraftwerken selbst erwirbt. Daraus können sich künftige Wettbewerbsvorteile auch gegenüber der ausländischen Aluminiumindustrie ergeben. Immerhin repräsentiert der Strom 25 bis 30 Prozent des Aluminium-Selbstkostenpreises.

Schon die normalen Tarife der EDF sind die niedrigsten in der EG. Das sei aber, wie man in Paris erklärt, eine normale Folge des sehr hohen französischen Kernenergiepotentials, das zu günstigeren Bedingungen genutzt werden könne als traditionelle Kraftwerke.

DEUTSCH-IRANISCHE HANDELSBANK

Für Barter-Abkommen

JAN BRECH, Hamburg

Die Deutsch-Iranische Handelsbank AG, Hamburg, die auf die Abwicklung des deutsch-iranischen Handels spezialisiert ist, hat deutschen Exporteuren den vermehrten Abschluß von Barter-Abkommen vorgeschlagen. Dies geschieht vor dem Hintergrund einer sehr stark gestiegenen Nachfrage deutscher Exporteure nach Absicherung ihrer Irangeschäfte durch Ankaufszusagen für Exportdokumente und durch den Ankauf von Forderungen seitens der Deutsch-Iranischen Handelsbank.

Diese Wünsche, so teilt das Institut mit, könnten gegenwärtig nur zu einem Teil erfüllt werden. Obwohl es an Bemühungen auf deutscher Seite nicht fehle, seien Öl-Barter-Abkommen bisher nicht realisiert worden. Die Hindernisse liegen nach Angaben der Bank einmal in der schwierigen Handhabung dieser Geschäfte, deren Größenordnung eine Beteiligung mehrerer Partner sowohl in der Bundesrepublik als auch in Iran mit unterschiedlichen handelspolitischen Prioritäten erforderlich mache.

Zum anderen müßten von den deutschen Exporteuren zur Überbrückung der Unterschiede zwischen den Regierungsabgabepreisen und den Marktpreisen für Rohöl sehr hohe Stützungsmittel aufgebracht werden. Die Bank plädiert für eine gemeinsame deutsch-iranische Organisation für die Abwicklung von Barter-Geschäften.

Außerdem, so heißt es, könnte eine Änderung der Preispolitik im Ölgeschäft die Aussichten für die Verwirklichung von Barter-Geschäften mit einer Vielzahl deutscher Exporteure erhöhen und somit einen Beitrag zur Verminderung des Ungleichgewichts in der deutsch-iranischen Handelsbilanz leisten. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres hat der Überschuß der Bundesrepublik 1,[illegible] Mrd. DM erreicht.

Die Bank macht diese Vorschläge im Rahmen ihres Abschlusses für das eingeschaltete Rumpfgeschäftsjahr vom 1. Juli bis 31.12.1984. Die Hauptversammlung hat beschlossen, den Gewinn von 13,1 Mill. DM den Reserven zuzuführen. Das Eigenkapital erhöht sich auf 8,8 Prozent der Bilanzsumme von 930 Mill. DM.

EG / Comecon an einer Zusammenarbeit interessiert

Brüssel prüft Vorschläge

WILHELM HADLER, Brüssel

Als geheime Kommandosache wird in Brüssel das Schreiben behandelt, mit dem der Generalsekretär des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Wjatscheslaw Sytschow, Anfang der Woche auf einen Brief der Europäischen Kommission vom 29. Juli geantwortet hat.

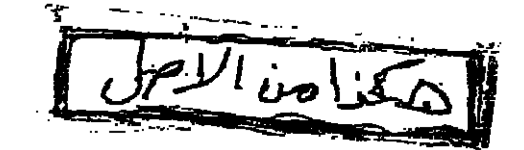
Die Vorschläge des Comecon für eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen beiden Wirtschaftsgruppierungen würden „mit aller Sorgfalt geprüft", heißt es in der EG-Behörde. Lediglich schon die Tatsache, daß die Antwort aus Moskau so schnell eintrat, läßt indes darauf schließen, daß im Comecon nach wie vor erhebliches Interesse an einer Zusammenarbeit besteht.

Die Initiative zu einem „Treffen auf hoher Ebene" war Mitte Juni vom Comecon ausgegangen, nachdem es über Jahre keinerlei Kontakte zwischen Moskau und Brüssel gegeben hatte. Grund für die „Funkstille" war die Weigerung der Gemeinschaft, in das geplante Rahmenabkommen konkrete handelspolitische Vereinbarungen aufzunehmen.

Die EG vertritt seit eh und je die Meinung, daß Handelsverträge nur zwischen ihr und den einzelnen Comecon-Staaten abgeschlossen werden können, da die Führung der Ostblockorganisation (im Gegensatz zur Brüsseler Kommission) keine Zuständigkeit auf diesem Gebiet besitzt.

Unter allen Umständen will die Gemeinschaft verhindern, daß die osteuropäischen Staaten von Moskau durch einen Rahmenvertrag noch stärker an die Leine genommen werden können als bisher.

Auf die Initiative Sytschows hatte die Kommission daher (nach Rücksprache mit den EG-Regierungen) zunächst mit der Bitte um Präzisierungen geantwortet. Wie auch immer ein Rahmenvertrag aussehen werde, ließ der zuständige Kommissar Willy de Clercq den Generalsekretär wissen, dürfe dieser die Beziehungen der EG mit den Einzelstaaten nicht beeinträchtigen.



MAXHÜTTE / Blechproduktion wird stillgelegt

Nur noch Profile und Röhren

J. G./sz. Düsseldorf/München

Die Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte mbH, Sulzbach-Rosenberg, verkauft ihr Kaltwalzwerk Haidhof mit dem Ziel der Stillegung und Übertragung der Produktionsquoten auf die Klöckner-Flachstahlhütte Bremen an ihren größten Gesellschafter, die Duisburger Klöckner-Werke AG. Dies hat, nachdem die Arbeitnehmerbank im montanmitbestimmten Aufsichtsrat den Plan des Vorstands blockierte, die Gesellschafterversammlung am Montag dieser Woche beschlossen.

Die Maxhütte, die Klöckner 1977 von Flick kaufte, ist seit 1984 juristisch nicht mehr Teil des Klöckner-Konzerns, weil Klöckner zwecks Erhalt einer Zusatz-Produktionsquote von 100 000 Jahrestonnen für ein „selbständiges Unternehmen" seinen Stimmrechtsanteil auf 49,6 Prozent reduzierte. Mit 16 Prozent wurde der Eschweiler Bergwerks-Verein gegen Abgabe seines Stahlrohrwerks Eschweiler beteiligt; zirka 35 Prozent liegen nach undementierter Mutmaßung beim australischen CRA-Konzern, mit dem Klöckner in der Stahltechnologie kooperiert.

Der Verkauf und die für Herbst 1986 vorgesehene Stillegung des Kaltwalzwerks sind gleichwohl als Klöckner-Konzernstrategie einzuordnen. Man gewinne, so heißt es in Duisburg, durch den Verzicht auf die mit Bremer Vormaterial versorgte Haidhofener Blechproduktion eine bessere Endproduktauslastung der Bremer Hütte. Die Maxhütte hingegen erhalte mit dem Verkaufserlös die Mittel, um ein 112 Mill. DM teures Investitionsprogramm zum Ausbau ihrer Position als größter süddeutscher Profilstahlerzeuger zu realsieren.

Das bringe, nachdem 1985 bereits 400 zusätzliche Arbeitskräfte eingestellt wurden, etwa 300 weitere neue Arbeitsplätze. Unter Hinweis darauf sowie auf ein „mittelfristig" geplantes Ausbauprogramm für die Nahtlos-Rohrproduktion in der Oberpfalz betont Klöckner die „Sozialverträglichkeit" dieser ohne Entlassungen möglichen Strukturmaßnahme. Von den derzeit etwa 5500 Maxhütte-Beschäftigten sind nur 700 im Kaltwalzwerk Haidhof beschäftigt, der große Rest mit 4000 Mann vor allem in der vom eigenen Erz bis zum Endprodukt voll integrierten Profilstahlproduktion.

Verwunderlich ist in diesem Zusammenhang, daß dem bayerischen Wirtschaftsministerium nach eigenen Angaben gestern noch keine Informationen vorlagen. Jedoch wurde darauf verwiesen, daß der Besitzerwechsel, verbunden mit einer Stillegung des Kaltwalzwerkes Haidhof und dem Wegfall von 700 Arbeitsplätzen, den strukturpolitischen Zielen des Landes Bayern widerspreche.

Für diesen Fall werde man prüfen, so ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums, „ob durch ein solches Vorgehen Verpflichtungen verletzt" worden sind, die Klöckner bzw. die Maxhütte im Zusammenhang mit der Gewährung öffentlicher Hilfen eingegangen waren. Dazu gehöre vor allem die Frage, ob „Bundesregierung und Staatsregierung gehalten sind, öffentliche Fördergelder von der Maxhütte zurückzufordern".

DEUTSCHE PHILIPS / Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen haben sich positiv ausgewirkt

Das Ergebnis erreichte wieder lichte Höhen

JAN BRECH, Hamburg

Nach einem fast zehn Jahre währenden Gang durch ein wirtschaftliches Tal ist die Allgemeine Deutsche Philips Industrie GmbH (Alldephi), Hamburg, wieder auf lichteren Höhen angekommen. Mit einem Netto-Jahresüberschuß von 305 Mill. DM hat die Holding für alle deutschen Philips-Unternehmen ihr bislang bestes Ergebnis erzielt. Die Rendite von 3,8 Prozent entspricht hohem internationalen Niveau. Die solide Bilanz- und Finanzstruktur sollte es Philips zudem erleichtern, sich in dem noch immer messerscharfen Wettbewerbskampf mit amerikanischen und japanischen Konzernen durchzusetzen.

Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Cornelis Bossers, sowie Finanzchef K.-H. Busacker geben sich mit dem im Berichtsjahr 1984/85 (30. April) Erreichten aber noch nicht zufrieden. Gemessen am europäischen Standard sei das Ergebnis sicher gut, nicht aber im Vergleich zu den Konkurrenten in USA und Japan, betont Bossers. Hinzu kommt, daß Philips zum letzten Mal steuerlich wirksame Verlustvorträge nutzen konnte.

Steuerliche Vorteile dürfte im Berichtsjahr außerdem eine Umstrukturierung innerhalb der Philips-Gruppe gehabt haben. Im Zuge der Neuordnung bei dem Musik-Konzern Polygram ist die Capella Beteiligungsgesellschaft GmbH, in die als Sachwert das Polygram-Schallplattenwerk Hannover eingebracht worden war, mit der Alldephi verschmolzen worden. Dadurch hat sich das Eigenkapital der Alldephi um 53 Mill. DM erhöht; gleichzeitig entfiel die Position „ausstehende Einlagen auf das Stammkapital" (100 Mill. DM).

Die Rückkehr zu einer soliden Ertrags- und Finanzbasis begründet Bossers einmal mit den positiven Auswirkungen von Umstrukturierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen. Den „Rationalisierungsgewinn" beziffert Busacker auf mehr als 100 Mill. DM. Zum anderen habe Philips, dank guter Konjunktur in der Elektroindustrie, ein reales Wachstum von 6 Prozent erreicht.

Getragen wurde dies vor allem von den Bereichen Bauelemente und Investitionsgüter. Die Schwerpunkte der Philips-Aktivitäten liegen, so Bossers, gerade in Märkten der Elektroindustrie, die noch hohe Wachstumsraten aufwiesen. Schwäche zeigte dagegen das Konsumgütergeschäft, in dem Philips 1984/85 sogar Umsatzrückgänge hinnehmen mußte und in Teilbereichen rote Zahlen schrieb. Einbußen gab es vor allem bei Fernsehern und Videogeräten.

Vor dem Hintergrund, daß sich seit der Berliner Funkausstellung das Geschäft mit Unterhaltungselektronik wesentlich belebt hat und das Geschäft mit den Compact-Disc sowie den dazu notwendigen neuen CD-Plattenspielern rasant verläuft, bleiben die Ziele für 1985/86 hochgesteckt. Bossers erwartet einen Umsatz von 8,5 Mrd. DM und eine Verbesserung der Brutto-Rendite auf 5,25 Prozent. Sieht man von der Unterhaltungselektronik ab, wachsen zur Zeit alle Unternehmensbereiche mit zweistelligen Zuwachsraten.

Im Mittelpunkt der Strategie bleibt für Philips ein konsequentes „Innovationsmanagement". Mit einem Forschungs- und Entwicklungsaufwand, der etwa 7 Prozent vom Umsatz ausmacht, hat Philips ein Investitionsprogramm auf Rekordhöhe gekoppelt. In den nächsten Jahren sollen jeweils 500 bis 600 Mill. DM eingesetzt werden. Die Schwerpunkte liegen im Bereich Bildröhren, Halbleiter, Medizintechnik und Informationsverarbeitung.

Dickster Brocken dürfte der Bau einer neuen IC-Fabrik im Rahmen des Megabit-Projekts (zusammen mit Siemens) sein. Während Philips in Holland bereits ein Werk für Halbleiterspeicher mit einer Millionen Speicherstellen auf einem Chip baut, soll bis Ende dieses Jahres entschieden werden, an welchem Standort in der Bundesrepublik ein zweites Werk für rund 500 Mill. DM errichtet wird.

Philips	1984/85	±%
Umsatz (Mill. DM)	7962	+ 6,0
dav. Konsumgüter (%)	33	(36)
Industriezul.	22	(20)
Investitionsgüter	45	(44)
Belegschaft	35 300	- 2,1
Jahresüberschuß	305	+ 10,5
in % vom Umsatz	3,8	(3,7)
Investitionen	439	+ 43,4
Abschreibungen	312	+ 10,1
Eigenkapital	1329	+ 32,1
in % vom Gesamtkap.	37,3	(31,3)

BAYER

Metzeler soll zu Pirelli

J. G., Düsseldorf

Der Chemiekonzern Bayer AG, Leverkusen, hat mit der Pirelli Société Générale S. A., Basel, Gespräche aufgenommen „über Möglichkeiten einer Integration der Metzeler Kautschuk-Gruppe, München, in den Pirelli-Konzern". Bayer berichtet über diese Verhandlungen zum Verkauf der einst vom Unternehmer Willy Kaus gekauften und nach jahrelangen hohen Verlusten erst halbwegs genesenen Gruppe mit einem besonders betonten Zusatz.

Man führe die Gespräche mit Pirelli mit dem Ziel, Metzeler Kautschuk in einen bedeutenden internationalen Konzern einzubringen, der nach Produktprogramm wie Marktposition die Gruppe in einem größeren Verbund verwandter Aktivitäten erfolgreich fortführen könne. Metzeler Kautschuk, „bedeutender Partner" der deutschen und internationalen Autoindustrie, beschäftige derzeit in deutschen Betrieben 4850 und in Auslandswerken 2000 Mitarbeiter. Der Umsatz der Gruppe werde 1985 bei 800 Mill. DM liegen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Walter Ulsamer 65 Jahre

Stuttgart (DW.) – Walter Ulsamer, Mitglied des Vorstands der Daimler-Benz AG, Stuttgart, vollendet heute sein 65. Lebensjahr. Ulsamer trat 1947 als kaufmännischer Angestellter in der Materialbeschaffung in das Werk Sindelfingen von Daimler-Benz ein und übernahm dort 1970 die Verantwortung für diesen Bereich. 1975 wurde er mit dem „Zentraleinkauf Fertigungsmaterial" von Daimler Benz betraut. Seit November 1979 leitet Ulsamer im Vorstand das Ressort Materialwirtschaft. Das von ihm zu verantwortende Einkaufsvolumen beläuft sich auf rund 20 Mrd. DM, womit er Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherung für rund 150 000 Mitarbeiter im Zulieferbereich gewährt.

Weiter steigender Export

Düsseldorf (Py.) – Die positive Entwicklung der deutschen Bekleidungsindustrie im Jahr 1984 hat sich im 1. Halbjahr 1985 nicht fortgesetzt. Mit 10,4 Mrd. DM liegt der Umsatz in etwa auf der Höhe des Vorjahres, preisbereinigt ist ein Rückgang um 2,5 Prozent festzustellen. Erfreulich ist der weiter steigende Exportanteil. Mit 3,4 Mrd. DM ist erstmals fast ein Drittel der Produktion ins Ausland geflossen. Mit knapp 190 000 lag die Zahl der Mitarbeiter in 2476 (2558) Betrieben in etwa auf Vorjahreshöhe.

Avis wird verkauft

New York (dpa/VWD) – Der US-Mischkonzern Beatrice Co., Chicago, will vier seiner Zweigunternehmen, unter anderem die Autoverleihfirma Avis, verkaufen. Zusammen erzielen diese vier Firmen einen Umsatz von 1,1 Mrd. Dollar (derzeit rund 2,9 Mrd. DM) haben. Damit soll der Schuldenberg abgetragen werden, den Beatrice mit der Übernahme von Esmark für 2,5 Mrd. Dollar angehäuft hatte.

Kaiser zu Schlafhorst

Düsseldorf (Py.) – Der Textilmaschinenhersteller W. Schlafhorst & Co., Mönchengladbach, hat die Maschinenfabrik und Eisengießerei Johann Kaiser GmbH & Co. KG, Bayreuth, übernommen. Kaiser (200 Mitarbeiter und 12 Mill. DM Umsatz) ist ein renommierter mittelständischer Hersteller von Schaftmaschinen und gehört zu den wenigen Spezialisten mit vollständigem Programm. Die Eigentümer, die Eheleute Zahn, hatten sich wegen fehlender Nachfolge zum Verkauf des Unternehmens entschlossen. Die von Schlafhorst nicht mitübernommene Beschlägefabrik wird von der Familie weitergeführt.

Procter + Gamble kauft

New York (dpa/VWD) – Im Übernahmekampf um den Pharmakonzern Richardson-Vicks ist der Waschmittelhersteller Procter + Gamble als Sieger hervorgegangen. Nach dreitägigen geheimen Verhandlungen akzeptierte der Verwaltungsrat von Vicks Procter + Gambles Angebot für 1,55 Mrd. Dollar (rund 4,1 Mrd. DM).

Flugbetrieb gewährleistet

Düsseldorf (DW.) – Zur Abwendung eines drohenden Arbeitskampfes haben LTU-Geschäftsführung und DAG in einem Spitzengespräch Übereinkünfte erzielt, die Gegenstand eines neuen Manteltarifvertrages für das fliegende Personal der Düsseldorfer Charter-Fluggesellschaft werden sollen. Wie die LTU mitteilte, wurden diese Übereinkünfte durch die große Tarifkommission der DAG einstimmig angenommen, so daß ein reibungsloser Flugbetrieb gewährleistet sei.

Gewinnrückgang

Düsseldorf (Py.) – Der schwedische Fernmelde- und Informatik-Konzern Ericsson erwartet für das 2. Halbjahr 1985 eine Verbesserung der Betriebsergebnisse in den verschiedenen Geschäftsbereichen, nachdem im 1. Halbjahr der Konzernumsatz um zwölf Prozent auf 14,9 Mrd. skr (rund 5 Mrd. DM) gestiegen ist. Der Gewinn nach Steuern ging jedoch um acht Prozent auf 415 Mill. skr zurück. Der Gewinnrückgang im Bereich Telekommunikation wird mit erheblichen Anpassungsinvestitionen für Vermittlungssysteme auf potentiell großen Märkten wie USA und England wie auch mit geringeren Umsätzen bei analogen Übermittlungsausrüstungen begründet.

UPS: Paketdienst auch in die USA

Py. Düsseldorf

Der seit fast zehn Jahren in der Bundesrepublik tätige amerikanische private Paketdienst United Parcel Service (UPS), Neuss, startet Anfang kommender Woche einen Luftfracht-Paketdienst in alle 48 kontinentalen Bundesstaaten der USA. Die Einführungsphase soll, beginnend mit den Räumen Frankfurt, Koblenz, Köln und Düsseldorf, bis zum Jahresende abgeschlossen sein. UPS sagt eine Paketlaufzeit von Haus zu Haus von zwei Werktagen zu. Die Tarife werden als „interessante Alternative zum Wettbewerb" bezeichnet.

Im Spätherbst wird auch der Versand von Paketen aus den USA nach Deutschland, Frankreich, England und in die Benelux-Staaten erfolgen. Der Expansion in Deutschland dienen 1985/86 Investitionen von 62 Mill. DM. UPS Deutschland will einen Umsatz von 200 Mill. DM „nicht dementieren", seit 1980 „planmäßig kostendeckend" arbeiten und nennt nach „15 bis 20 Prozent Zuwachs in den letzten Jahren" ein Zustellvolumen von jährlich über 30 Mill. Paketen, eine Zahl, die bereits für frühere Jahre genannt worden war.

Ifo: Bau-Talsohle 1986 durchschritten

sz. München

Die Baukonjunktur in der Bundesrepublik wird 1986 zwar die Talsohle durchschreiten, aber noch in keine Aufwärtsentwicklung übergehen. Nach einer Analyse des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung ist lediglich damit zu rechnen, daß die gesamten Bauinvestitionen im kommenden Jahr auf dem niedrigen Niveau von 1985 stagnieren werden. Und dies wird um etwa acht Prozent unter dem Volumen von 1984 liegen.

Die Entwicklung in den einzelnen Bausparten wird dabei, so das Ifo, sehr unterschiedlich verlaufen. Einen wieder deutlichen Anstieg werden danach der Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau um jeweils fünf Prozent der Investitionen (nach minus drei bzw. zwei Prozent) verzeichnen können. Dieser Zuwachs wird aber nur ausreichen, um den zu erwartenden weiteren Rückgang im Wohnungsbau von fünf (13) Prozent auszugleichen. Mit nur noch 300 000 fertiggestellten Wohnungen werde hier ein neuer Tiefstand erreicht. 1985 waren es 320 000 Wohnungen (minus 20 Prozent). Ifo rechnet damit, daß im Zeitraum 1985/86 die Zahl der Beschäftigten in der Bauwirtschaft um weitere 150 000 Personen abnehmen wird.

AUDEMARS PIGUET / Mit Luxusuhren Jahr für Jahr zweistellige Zuwachsraten

Bundesrepublik wichtiger Absatzmarkt

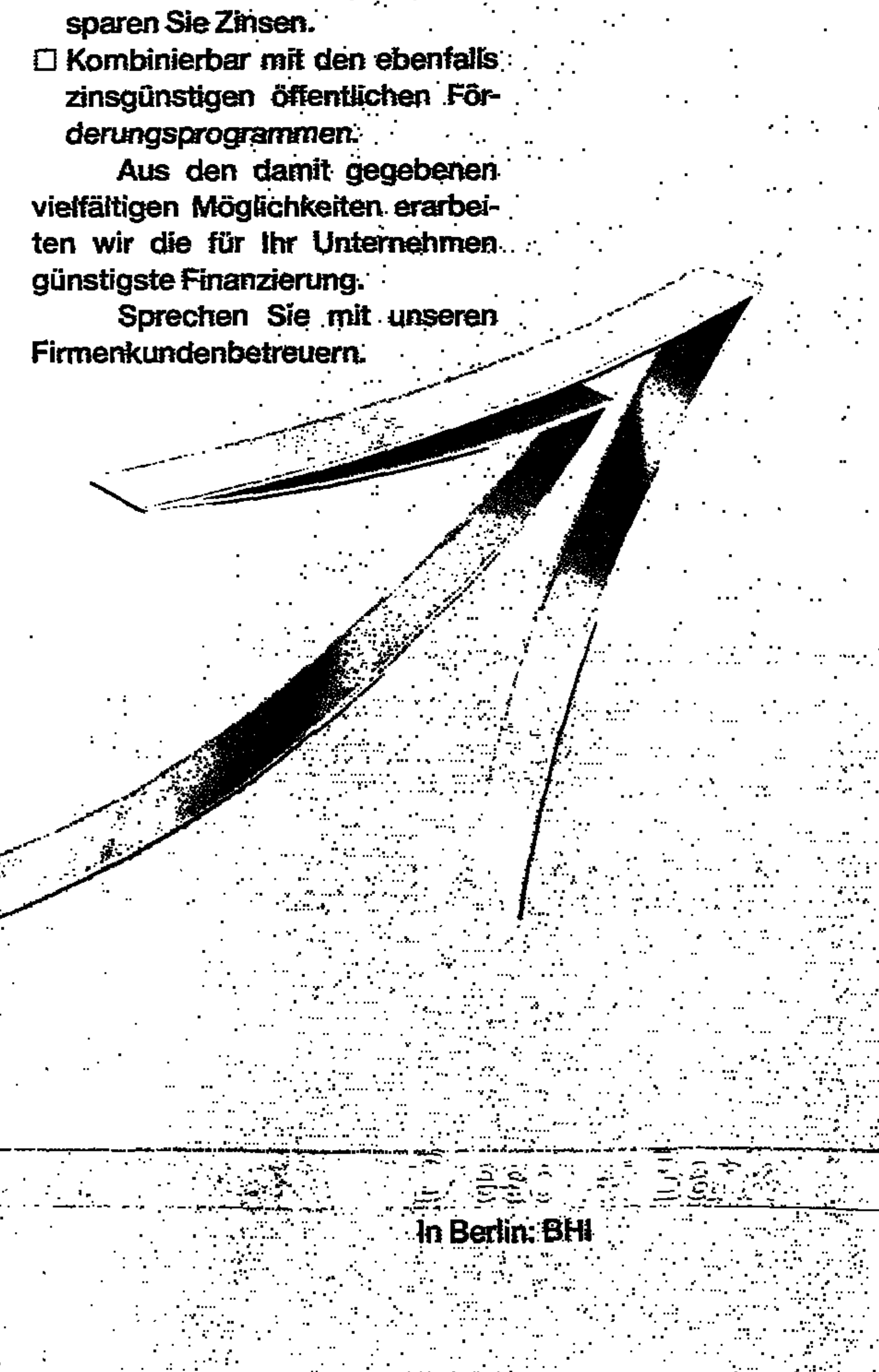
WERNER NEITZEL, Stuttgart

Für die schweizerischen Luxusuhren-Hersteller gibt es offenbar keine Wachstumsbremse. Unabhängig von Wirtschaftsflauten produzieren sie Jahr für Jahr einen zweistelligen Umsatzzuwachs. Dies gilt natürlich auch für den Nobeluhren-Hersteller Audemars Piguet & Co., Le Brassus, der neben Patek Philippe, Vacheron Constantin und Piaget auf dem internationalen Markt als wertvollster eidgenössischer Zeitmesser anzusehen ist.

Für Piguet zählt die Bundesrepublik neben den USA, Italien und Japan zu den wichtigsten Absatzmärkten. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres wuchs der Umsatz von Audemars Piguet, der mit 60 Konzessionären auf dem deutschen Markt erzielt wurde, um etwa zehn Prozent. Dies bedeutet, daß 1985 wie auch in den Jahren davor hierzulande wiederum etwa 1100 Uhren verkauft werden dürften. Das Wachstum geht also weitgehend über den Preis. Bei einer Kollektion von mehr als 200 Uhrenmodellen liegt der durchschnittliche Einkaufspreis des Handels derzeit bei 8500 DM, was bedeutet, daß der Umsatz in der Bundesrepublik mit annähernd 9,5 Mill. DM zu veranschlagen ist. Der Marktanteil von Audemars Piguet dürfte bei rund 25 Prozent liegen.

Insgesamt fertigen die 170 Mitarbeiter von Audemars Piguet in der im schweizerischen Jura gelegenen Produktionsstätte jährlich etwa 11 000 bis 12 000 Uhren. Im vergangenen Jahr belief sich der Umsatz des Familienunternehmens auf insgesamt 66 Mill. sfr, er hat sich damit innerhalb von sieben Jahren in etwa verdoppelt. Zwei Drittel der zum größten Teil mit einem handgefertigten, mechanischen Werk ausgerüsteten Uhren sind Herrenarmbanduhren. „Renner" unter ihnen ist die „Royal Oak", die neuerdings auch mit ewigem Kalender angeboten wird. Zu den teuersten mechanischen Uhren der Welt zählt die Taschenuhr „Grande Complication" (Preis: 390 000 DM).

Die schweizerischen Luxusuhren tragen von der Stückzahl her zwar nur drei Prozent zum Absatz der gesamten eidgenössischen Uhrenindustrie bei. An den Verkaufserlösen gemessen beträgt dieser Anteil aber 40 Prozent. 1984 hatte die schweizerische Uhrenindustrie insgesamt 32,2 Mill. Uhren im Werte von 3,8 Mrd. sfr produziert.



VEREINIGTE PAPIERWERKE / Im letzten Geschäftsjahr noch einmal hoher Verlust

„Nach heftigem Sturm auf Erfolgskurs"

DANKWARD SEITZ, Nürnberg

Nach vielen Monaten „härtesten Einsatzes" ist es der Vereinigte Papierwerke Schickedanz & Co. (VP), Nürnberg, nach den Worten ihres Verwaltungsratsvorsitzenden Wolfgang Bühler gelungen, „das Schiff nach heftigem Sturm und beträchtlicher Schlagseite wieder auf Erfolgskurs zu bringen". Wenn man nun auch wieder „optimistisch in die Zukunft" blicken kann, so ist sich Bühler dennoch im klaren, daß VP noch schwere Zeiten vor sich hat. Denn der harte Wettbewerb innerhalb der Papierhygiene-Branche wird sich seiner Meinung nach aufgrund der Überkapazitäten und der Kraft internationaler Großunternehmen noch weiter verstärken.

Diese drohenden Klippen hoffen Bühler und sein Vorstandsvorsitzender Gottfried Beecker, mit dem bereits 1983/84 (31. 1.) eingeleiteten Kostensenkungsprogramm sowie der in den letzten Monaten mit Hilfe von McKinsey begonnenen Neustrukturierung des Unternehmens und umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen umgehen zu können. Auf jeden Fall werde VP „auch weiterhin das Flaggschiff der Schickedanz-Gruppe im Industriebereich bleiben, denn die Trendwende in Richtung positiver Ergebnisse ist erfolgreich vollzogen".

Welche Belastungen VP im „wohl schwierigsten Jahr der 56jährigen Firmengeschichte" zu verkraften hatte, läßt die Bilanz nur erahnen: Bei einem bescheidenen Wachstum des Außenumsatzes um 1,8 Prozent auf 1,09 Mrd. DM mußte 1984/85 erneut ein beachtlicher Verlust hingenommen werden.

Wie Bühler andeutete, dürfte der Fehlbetrag zumindest „in etwa der Größenordnung des Vorjahres" gelegen haben. Und das waren immerhin 29,6 Mill. DM. Auffälligste Veränderung: Das Gesellschaftskapital verminderte sich um 28 Mill. auf 65,7 Mill. DM. Zudem wurden die Rückstellungen um 37,5 Mill. auf 180,8 Mill. DM aufgestockt, vor allem für den schon 1983/84 angekündigten Personalabbau um 600 bis 800 Mitarbeiter auf etwa 4800.

Verständlich, daß sich Bühler noch nicht auf Planzahlen für 1985/86 festlegen will. Daß aber der Umsatz im ersten Halbjahr um fünf Prozent gestiegen ist, zeige, daß die Umstrukturierung gegriffen habe. Schwerpunkt des Konzepts sind nach Angaben von Bühler: Konzentration der einzelnen Produktbereiche auf jeweils nur noch einen Standort sowie Stärkung der Markenartikel (rund 14 Prozent des Umsatzes entfallen auf Weiße Ware). Das Auslandsgeschäft, 1984/85 steuerte es 275 Mill. DM (plus 5,9 Prozent) zum Umsatz bei, soll zudem durch Überarbeitung der Produktstrategien angekurbelt werden.

Alles in allem wird dies zusäzliche Investitionen in Höhe von 200 Mill. DM erfordern, bei einem Gesamtvolumen von rund 300 Mill. DM bis 1988. Als einen ersten Schritt zur Konzentration auf den Hygienepapier-Bereich (Umsatzanteil über 50 Prozent) ist der Verkauf der Wellpapier-Aktivitäten zum 1. Februar 1986 an die Papierfabrik Palm KG, Aalen, zu werten. Zum Verkaufspreis wollte sich Bühler nicht äußern. Den VP-Umsatz mit Wellpappe bezifferte er auf knapp 100 Mill. DM.

Dollarschwäche half Renten

Als Folge der erneuten Schwäche des US-Dollars an den Devisenbörsen – offensichtlich weiterhin bedingt durch Interventionen der Notenbanken – keimt Hoffnung an den Rentenmärkten auf. Das Geschäft blieb zwar verhältnismäßig ruhig, doch führte die vorhandene Zinssenkungsphantasie zu leicht anziehende Notierungen. Die freundlich tendierenden US-amerikanischen Bondsmärkte taten ein Übriges. So präsentierte sich der Gesamtmarkt etwas freundlicher. Bei öffentlichen Anleihen kam es zu Steigerungen von bis zu 0,2 Prozentpunkten.

Bundesanleihen

			2.10.	1.10.
F	5½ Bund 78 II	3/86	100,3	100,35
F	5¾ dgl. 78	5/86	100,5	100,5G
F	7¾ dgl. 74 I	12/86	102,9G	102,9
F	6¾ dgl. 79	1/87	102,1G	102,1G
F	7¾ dgl. 76 II	1/87	103,05	103,15
F	6¾ dgl. 77	4/87	102,55G	102,55G
F	6¾ dgl. 77	7/87	102,55	102,6
F	6 dgl. 77	10/87	101,9	101,8
F	6 dgl. 78 I	1/88	102,05	102,05
F	6½ dgl. 78 I	9/88	104	104
F	6¾ dgl. 78 II	12/88	104,25G	104,15
F	6¾ dgl. 79	1/89	104	104
F	7¾ dgl. 79 I	4/89	105,45	105,45
F	10 dgl. 81 I	4/89	112,9G	112,8
F	7¾ dgl. 79 I	6/89	106,55	106,55G
F	8 dgl. 79 I	7/89	108,2	108,1
F	8 dgl. 79 II	8/89	108,45	108,2
F	7½ dgl. 79 II	9/89	106,95	106,95
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	107,75	107,75G
F	7¾ dgl. 80	1/90	107,85	107,8G
F	10 dgl. 80	4/90	115,8	115,8
F	5¾ dgl. 78	5/90	100,4bG	100,25
F	8¾ dgl. 80 I	7/90	110,4	110,4
F	8¾ dgl. 80 II	11/90	110,9	110,9
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	108,8	108,7
F	9 dgl. 81	2/91	113,15G	113,15
F	7½ dgl. 83 III	4/91	107,35	107,3
F	10¾ dgl. 81	7/91	118,55	118,55G
F	10¾ dgl. 81	9/91	121,5	121,5
F	10 dgl. 81 II	12/91	118,25	118,4
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	116,35	116,35
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	116,7	116,7G
F	9½ dgl. 82	4/92	115,6G	115,6
F	9 dgl. 82 I	5/92	113,1	113,05
F	8¾ dgl. 82	6/92	110,65	110,6
F	9 dgl. 82 II	8/92	113,65G	113,6G
F	8¾ dgl. 82	9/92	112,55G	112,55
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	107,9	107,85
F	7½ dgl. 83	1/93	106,55	106,45
F	6 dgl. 78 II	3/93	99,55	99,25
F	7½ dgl. 83 II	3/93	104,6	104,5
F	8¼ dgl. 83	6/93	110,3	110,25
F	8 dgl. 83	7/93	109,1	109
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	110,25	110,2
F	8¼ dgl. 83 III	10/93	110,45	110,4
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	110,7	110,7
F	8¼ dgl. 83 V	12/93	110,65	110,65
F	8¼ dgl. 84	1/94	110,55	110,5
F	8¼ dgl. 84 II	2/94	110,65	110,7G
F	8 dgl. 84	3/94	109,1	109,05
F	8¼ dgl. 84 III	6/94	111,2	111,2
F	8¼ dgl. 84 IV	7/94	111,05	111,1
F	8¼ dgl. 84 V	8/94	111,1	111,1
F	7½ dgl. 84	10/94	106,85G	106,85
F	7 dgl. 84	12/94	103,5	103,75
F	7 dgl. 85	1/95	103,8bG	103,75
F	6¾ dgl. 77	5/89	103	103
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,4	107,3
F	6 dgl. 78 I	2/90	100,8bG	100,6
F	8 dgl. 80 II	7/90	108,85	108,85
F	9 dgl. 81	5/91	112,5G	112,5
F	10¾ dgl. 81	9/91	119,8	119,8
F	10¾ dgl. 81	11/1	119,2G	119,2
F	8 dgl. 80 I	2/92	108,1	108
F	10 dgl. 82	2/92	117,95G	117,95
F	9½ dgl. 82	7/92	115,95G	115,95
F	8 dgl. 82	11/92	108,5	108,45
F	7¾ dgl. 83	1/93	107,4	107,35

F	8½ dgl. 83	10/93	110,35	110,25
F	8½ dgl. 84	4/94	110,9	110,8
F	7¾ dgl. 84	10/94	104,7	104,8
F	7¾ dgl. 85	1/95	104,45	104,5

Bundespost

F	6½ Bdpost 68	6/88	101,8	101,8
F	8 dgl. 72 I	9/87	104,5	104,5G
F	8 dgl. 80	3/90	108,05G	108,05
F	7¾ dgl. 80	9/90	108	108,2
F	8¾ dgl. 80	12/90	111,9	111,9
F	10 dgl. 81	3/89	112,55	112,55
F	10¾ dgl. 81	6/89	114,1	114,1
F	10½ dgl. 81	10/91	120,45	120,45
F	9¾ dgl. 82	2/92	116,7	116,7
F	8¾ dgl. 82	6/92	112,3G	112,7
F	8½ dgl. 82	10/92	111,1	111,1
F	7¾ dgl. 83	3/93	107,4	107,4G
F	8¼ dgl. 83	9/93	111,45	111,45
F	8¼ dgl. 84	2/94	110,6	110,6
F	8 dgl. 84	9/94	109,4	109,5
F	7 dgl. 85	97	105,45	105,75
F	6½ dgl. 85	95	100,45	100,45

Länder – Städte

S	6½ Bd.-Würtz. 78	86	101,25	101,25
S	8¾ dgl. 82	92	106,25	106,5G
M	6½ Bayern. 67	87	103	103G
M	6 dgl. 68	85	–	100,5bG
M	6 dgl. 78	88	100,7	100,5bG
M	8¾ dgl. 80	90	109G	109,25G
M	8¾ dgl. 82	92	110,4G	110,5bG
M	7½ dgl. 83	93	105,6	105,75bG
M	8 dgl. 84	94	107,1	107,3bG
M	7¾ dgl. 85	95	101G	101G
B	8 Berlin 72	85	100	100
B	6½ dgl. 78	88	102,5G	102,5
B	8¾ dgl. 80	88	107,75G	107,25
Br	7½ Bremen 71	87	–Ztg	–
Br	8 dgl. 72	87	103,6G	103,6G
Br	7½ dgl. 85	93	103,8G	103,6G
H	6½ Hamburg 77	92	101,2G	101,5
H	8 dgl. 80	92	106,5G	106,5
H	9¾ dgl. 82	92	115,5G	115,5
H	7¾ dgl. 83	92	104,5	104G
H	8¾ dgl. 84	94	108G	108,3G
F	8 Hessen 71	86	102,3	102,3
F	6½ dgl. 78	88	101,25	101,2
Hn	8½ Nieders. 78	85	100G	100G
Hn	7¾ dgl. 72	87	102,5bG	102,5bG
Hn	8 dgl. 77	87	103,75	103,9G
Hn	7½ dgl. 79	87	103,45	103,6G

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt
DM-Auslandsanleihen

F	3¾ Kaufhof 84 o. O.	81	81
F	3¾ Linde Int. m. O.	147T	145T
F	3¾ dgl. o. O.	80,25bG	80,25bG
F	3¾ Mitsubishi 84 m. O.	178	184
F	3¾ dgl. 84 o. O.	92,75	92,5
F	3¾ Nippon Flour 84 m.O	115	115G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	92,6G	92,5G
F	5¾ Rhythm Watch 83 m.O	125G	125G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	97,15T	99G
F	4¾ dgl. 84 m. O.	106G	106G
F	4¾ dgl. 84 o. O.	94,5	95,5T
F	3¾ SBC Fin. 84 m.O.	131,75	130,5
F	3¾ dgl. o. O. 84	82	82T
F	3¾ Toshiba Int. 84 m.O	120,5	121
F	5¾ dgl. 84 o. O.	92,5T	92,1G
F	4 Veba 83 m. O.	175G	175bG
F	4 dgl. 83 o. O.	87,5	87,75T
F	6½ Wella F.73 m O DM	165G	168
F	6½ dgl. 75 o. O. DM	99,5G	99,5G
M	3¾ Stumpf 78/88 m. O.	148G	148G
M	3½ dgl. 78/88 o. O.	95G	95G

8 dgl. 84/94	104,65G	104,65bG
7¾ dgl. 85/97	104,75	104,85
7¾ Asd. Fin. 84/94	105,5	104T
7½ Asmar 73/88	101,5	102,5G
7 Australien 72/87	103T	102,4G
5¾ dgl. 77/87	100,25	100,25
6 dgl. 78/88	101,75	101,7
8¼ dgl. 80/90	105	105,25T
9¾ dgl. 81/91	113	113G
9¾ dgl. 83/91	112G	112G
7¾ dgl. 82/92	107,5	107,5
6¾ dgl. 83/95	105,65	105,4
7½ dgl. 84/96	104,6	104,6
6¾ Austral. IDC 72/87	100,75	101T
8 Autop. C.E. 71/86	102,75T	102,5T
6¾ dgl. 72/87	103,25T	103T
7¾ Avon 83/95	105,9	105,75G
8 Banco Chile 71/86	99	100
9¾ BNDE 77/87	100,5	100G
6¾ dgl. 78/86	99G	99,85

6¾ dgl. 78/88	100,5	100,5
6¾ dgl. 78/88 II	100,5bG	100,5
6¾ dgl. 78/88 III	100,5G	100,75
7¾ dgl. 79/89	102G	102
7¾ dgl. 79/89	103,35	103,15
9¾ dgl. 80/90	105,5G	105,5
10 dgl. 81/91	107,85G	107,85
10¾ dgl. 81/91	109,5G	109,5
10 dgl. 82/92	110,5G	110,5bG
8¾ dgl. 82/92	106,35G	106,35
8¾ dgl. 82/92	105,4	105,4
7¾ dgl. 83/93	105	104,5
8¾ dgl. 83/88	106G	104,75
8¾ dgl. 83/93	106,9	106,75
8¼ dgl. 83/93	106,8	106,5
8¾ dgl. 84/94	106,75G	106,75
8 dgl. 84/97	106,5	106G
7¾ dgl. 84/94	105,2	105,2
7¾ dgl. 86/92	105,65T	105,75
7¾ EIB 71/86	101	101,75

6½ Trondheim 78/88	99,7G	99,7
6¾ Ung.Nat.Bk. 77/85	99,75	99,75G
6¾ Unionbk.Fin.78/88	100	100G
7¾ Un.Technol.84/91	104,5	104,85T
7¾ dgl. 82/92	105G	105G
6 Venezuela 78/88	97,75	97,75
6¾ dgl. 78/90	95,5	95,9
9¾ dgl. 80/90	105,75	105,75
11¾ dgl. 82/91	110,5	110,2
8¾ VOEST Alpine 73/88	103	102,45
6¾ dgl. 77/89	102,4G	102,4G
7¾ VW Int.Fin. 83/93	105,65	105,7

Düsseldorf
DM-Auslandsanleihen

7¾ Svenska C. 73/88	100,25G	100,75G
10¾ dgl. E. 81/91	110,25G	
9¾ Svensk. Ex. 82/92	106,75bG	106,75bG
5¾ Tauernaut. 78/93	93,25	93,5
9¾ dgl. 82/94	115,6G	115,6G
6 TVO-Kraftw. 78/88	99,5G	99,5G

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, W = Wandelanleihe, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschuldverschreibung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RV = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart.

Pflichtblatt für Deutschland

Die WELT ist Pflichtblatt für Finanzveröffentlichungen an allen acht deutschen Wertpapierbörsen in Berlin, Bremen, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

W 3482

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

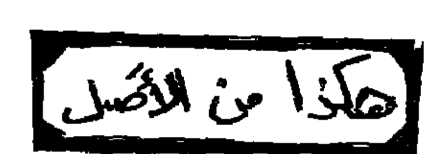
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.



Warenpreise – Termine

Mit Verlusten schlossen am Dienstag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Durchweg leichter notierte Silber, deutlich höher Kupfer. Während Kaffee Einbußen hinnehmen mußte, konnte sich Kakao verbessern.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	1.10.	30.9.
Dez.	301,75	297,25
März	307,50	304,50
Mai	302,50	300,25

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	1.10.	30.9.
	35,00	35,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	1.10.	30.9.
	21,75	21,75

Devisenmärkte

Der US-Dollar gab am 2. 10. in New York auf 2,6300 nach. Diese Bewegung, die sich bereits gestern spät in Europa ankündigte, wurde heute nicht korrigiert. Der Dollar-Kurs blieb auf dem niedrigen Niveau stehen und kletterte nur zeitweise auf 2,6450. Die Bundesbank zeigte sich zur Notiz von 2,6410 und verkaufte 42,5 Mio. Dollar. Die Dollarschwäche zog praktisch alle Währungen mit herunter. Dies galt allerdings nicht für den Schweizer Franken und den Yen, die beide gegen DM höher gehandelt wurden. US-Dollar in: Amsterdam 2,9770; Brüssel 53,5625; Paris 8,0540; Mailand 1782,75; Wien 18,5350; Zürich 2,1526; Ir. Pfund/DM 3,051; Pfund/Dollar 1,4150; Pfund/DM 3,737.

Devisen und Sorten

2.10.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[3]	2,6370	2,6450	2,6067	2,58	2,67
London[1]	3,730	3,744	3,679	3,68	3,83
Dublin[1]	3,084	3,098	3,051	3,03	3,18
Montreal[3]	1,929	1,937	1,9070	1,88	1,98
Amsterd.	88,60	88,82	88,415	87,75	89,50
Zürich	122,59	122,79	122,70	121,00	123,75
Brüssel	4,919	4,939	4,859	4,76	4,96
Paris	32,69	32,85	32,270	31,75	33,50
Kopenh.	27,43	27,55	27,190	26,25	28,00
Oslo	33,44	33,56	32,785	32,50	34,25
Stockh.**	33,04	33,20	32,165	32,00	33,75
Mailand[2] **	1,4745	1,4845	1,4445	5,43	1,53
Wien	14,204	14,244	14,195	14,13	14,35
Madrid**	1,631	1,341	1,597	1,56	1,68
Lissabon**	1,59	1,61	1,503	1,25	2,05
Tokio	1,235	1,238	1,231	1,195	1,255
Helsinki	46,345	46,545	45,535	45,25	47,25
Buen.Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen* **	1,9895	2,0435	–	1,50	2,30
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8685	1,8875	–	1,82	1,92
Johannbg.*	1,048	1,082	–	0,90	1,40

Alles in Hundert. [1] 1 Pfund; [2] 1000 Lire, [3] 1 Dollar
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 2.10 : In D-Mark 2,20964 (Parität 2,24184); in Dollar 0,83756 (12. März 1979. 1,35444)

Ostmarkkurs am 2.10 (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West

Devisenterminmarkt

Die etwas schwächeren Dollar-Zinssätze sorgten am 2. Oktober speziell im längerfristigen Bereich für geringere Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,82-0,72	2,41-2,31	4,53-4,33
Pfund/Dollar	0,44-0,43	1,19-1,16	1,95-1,90
Pfund/DM	2,90-1,50	7,10-5,70	12,0-10,6
FF/DM	23-7	59-43	108-92

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2.10.85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4¾	4⅛-4⅜
3 Monate	8-8¼	4½-4⅝	4½-4¾
6 Monate	8⅛-8⅜	4⅝-4⅞	4⅝-4⅞
12 Monate	8⅜-8⅝	4¾-4⅞	4⅝-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1220,00	1573,20
10 US-Dollar (Indian)**	1215,00	1476,60
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	203,00	254,22
1 £ Sovereign Elizabeth II.	193,50	243,39
20 belgische Franken	157,50	208,05
10 Rubel Tscherwonez	205,00	258,78
2 südafrikanische Rand	190,25	238,55
Krüger Rand, neu	851,75	1010,90
Maple Leaf	866,25	1027,45
Platin Noble Man	841,00	998,64
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	212,25	270,47
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,75	230,00
20 franz. Franken „Napoléon"	166,75	218,60
100 österr. Kronen (Neuprägung)	799,25	974,99
20 österr. Kronen (Neuprägung)	157,50	202,35
10 österr. Kronen (Neuprägung)	81,75	110,30
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	369,75	455,72
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	85,75	120,56

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2.10. Tagesgeld 4,70-4,80 Prozent; Monatsgeld 4,60-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,65-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon 4,75 Prozent
Privatdiskontsätze am 2.10. : 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent, und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 2.10. : 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Sept. 1985 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1985/11 (Typ A) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 (4,97) – 6,25 (5,26) – 6,50 (5,48) – 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12 (Typ B) 4,00 (4,00) – 5,00 (4,50) – 6,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 (5,55) – 8,00 (5,95) – 8,00 (6,24) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,25, Kurs 100,80, Rendite 6,06.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kötitzer 820,00 G, VAB 1900,00 G
Düsseldorf: IWK 295,00, Linde –, Nixdorf 561,00, Schering 530,00, P & S 152,00T
Frankfurt: Allweiler St. 268,00 G, Allweiler Vz. 209,50, Frankona 350,00 G, IWK 296,50, Linde 534,00, Magdeburger Feuer 440,00, Magdeburger Feuer Namen 780,00 T, Moto Meter 211,00, Nixdorf 563,00, Schering 531,00, Wibau 11,00
Hamburg: Schering 527,00
München: Stumpf 104,00 G, VAB 1150,00 B, Wanderer 360,00 G, Nixdorf 560,00 bG, Isar Amper 348,00, Linde 535,00, Schering 520,00, IWK 290,00, Bremer Wolle 170,00

Bezugsrechte

Olivetti St. 20:1:1100 Lire, 10,95, 0,09 DM
Commerzbank Rentenindex: 111,05 (111,08)
Performance-Index: 229,52 (229,52)

WELT-Aktien-Indices

Chemiewerte 120,61 (119,53); Elektrowerte 218,25 (215,23); Autowerte 474,96 (474,92). Maschinenbau 164,46 (164,16); Versorgungsaktien 146,74 (147,18); Banken 222,99 (220,51); Warenhäuser 87,99 (87,59); Bauwirtschaft 232,74 (233,37); Konsumgüterindustrie 124,39 (124,00); Versicherung 1101,12 (1085,52); Stahlpapiere 169,24 (169,92)

Kursgewinner:

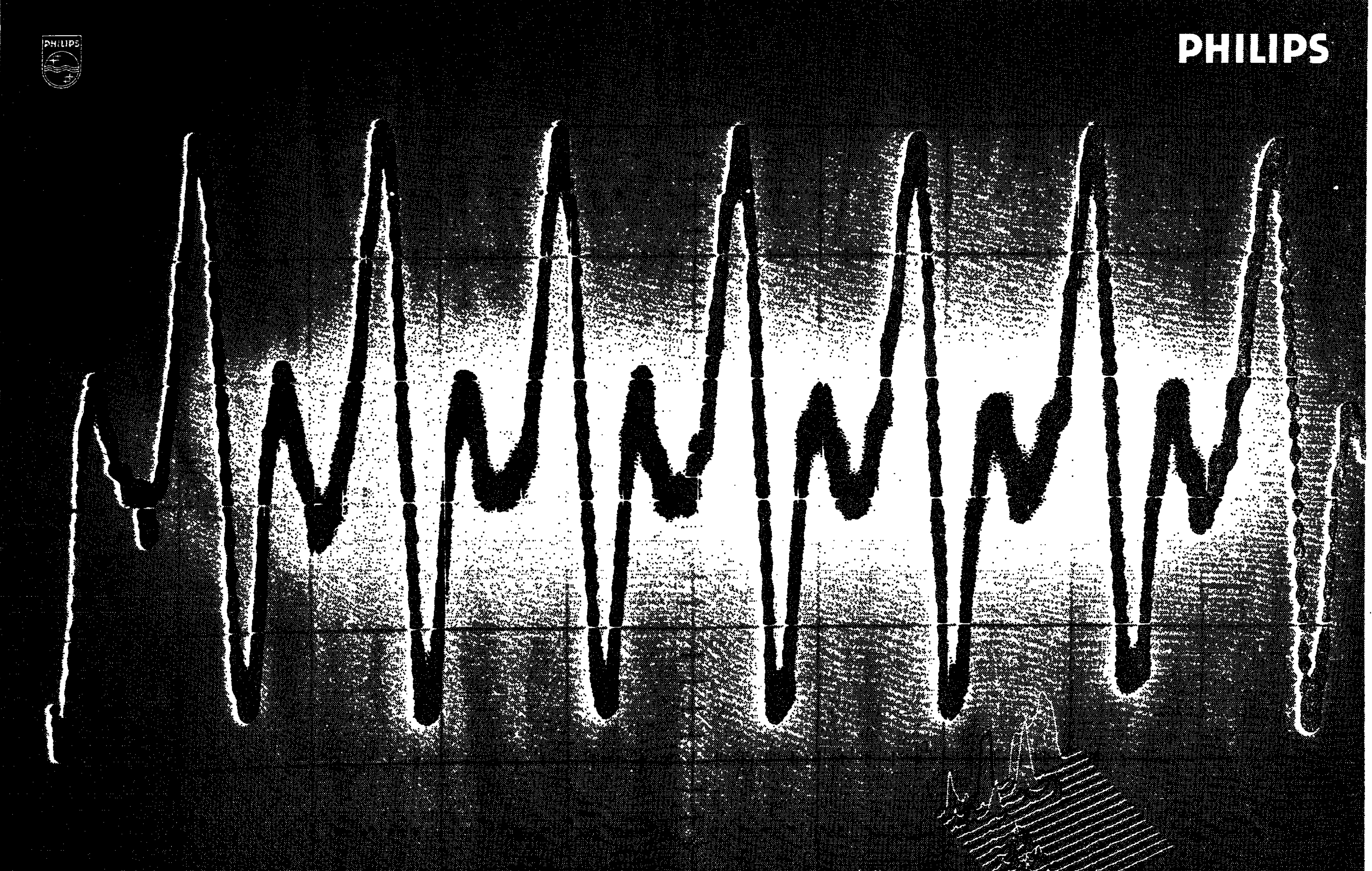
Hutschenr.	425,00	+40,00	+10,3%
Berl. Kindl	130,00	+10,00	+8,3%
Moenus	105,10	+7,10	+7,2%
Chemie-Verw.	545,00	+33,00	+6,4%
Stuttg. Hofbr. Vz.	500,00	+30,00	+6,3%
AEG	151,50	+8,80	+6,1%
Harpener	365,00	+19,00	+5,4%
Dm. Hansa	181,00	+9,00	+5,2%
Didier-Werke	244,00	+12,00	+5,1%
Adt	53,50	+2,50	+4,9%

Kursverlierer:

Hessen-Nassau	170,00	-10,00	-5,5%
Papier Weiss.	91,00	-5,00	-5,2%
Binding St.	257,00	-13,00	-4,8%
Pittler Masch.	82,10	-4,00	-4,6%
Commerzbk. Reste	17,10	-0,80	-4,4%
MAN Vz.	178,00	-8,20	-4,4%
Aachener Rück.	2200,00	-100,0	-4,3%
Asko	1060,00	-45,00	-4,0%
Koepp	190,00	-8,00	-4,0%
Dywidag	208,00	-8,00	-3,7%

Dollar-Anleihen

	1.10.	30.9.
11¾ EEC 90	103	103,575
10¾ EIB 93	100,625	101,125
11 dgl. 91	102,375	102,875
11¾ dgl. 90	104,625	105,125
11⅞ dgl. 93	105,625	106,125



Aktienmarkt sehr widerstandsfähig

Uneinheitliche Tendenz – Degussa und AEG setzten Glanzlichter

DW. – Nach vorsichtigem Beginn kam es im Verlauf des Mittwochs wieder zu Käufen in- und ausländischer Anleger. Diesen Engagements standen allerdings zunehmende Gewinnmitnahmen gegenüber. Einige Highflyer, wie AEG und Degussa, setzten der Börsensitzung dennoch Glanzlichter auf. Daß sich der Aktienmarkt trotz des an den Vortagen erreichten hohen Niveaus und der Dollarschwäche in einer so widerstandsfähigen Verfassung präsentierte, wurde allgemein als Indiz für den Optimismus vieler Börsianer gewertet.

Zu größeren Kurssteigerungen kam es im Bereich der Elektrowerte. AEG, vom Höhenflug des Wochenbeginns kaum erfaßt, wurden zum neuen Favoriten der Anleger erkoren und befestigten sich um rund sieben DM. Auch Siemens mit einem Tagesgewinn von etwa fünf DM, sowie Nixdorf lagen sehr gut im Markt. Erneut stark zogen Degussa an, bei denen die gute Unternehmenssituation sowie die, infolge der wiederholten Dollarschwäche, zunehmende Hoffnung auf einen Ausbruch des Goldpreises, Phantasie aufkommen lassen. Sehr fest auch – nach einer mehrwöchigen Konsolidierungspause – Kali und Salz mit plus 12 DM. Etwas leichter Kaufhäuser und Automobile. Maschinenbauer uneinheitlich. Bei den Werten des Banksektors manifestierte sich die Gesamttendenz. BHF-Bank (plus 10 DM) konnten wiederum zulegen. Großchemieaktien tendierten freundlich.

Frankfurt: Altana konnten um 13 zulegen, Cassela verbeserten sich um 10 DM und Chemieverwaltung um 33 DM. Binding sanken um 13 DM, EVA büßten 6 DM ein und Metallgesellschaft sanken um 3 DM.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt zogen um 4 DM an, Balcke Dürr erhöhten sich um 5 DM und Dt. Atlanten um 10 DM. Dyckerhoff St. verminderten sich um 4,50 DM und Heinrich gaben um 20 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf konnten sich um 5 DM befestigen. HEW gaben um 1 DM nach, Phoenix Gummi gingen mit plus 0,80 DM um. Schwächer tendierten Hapag Lloyd mit minus 4 DM. Knapp gehalten waren Bremer Vulkan mit minus 0,80 DM.

Berlin: Orenstein wurden mit 17,50 DM, Rheinmetall Vz. mit 5,50 DM und Berliner Kindl mit 5 DM höher umgesetzt. Kempinski ermäßigten sich um 5 DM und Schering um 3 DM.

München: Agrob ISt. konnten sich um 17,50 DM, Deckel um 4 DM, Erlus Ag um 5 DM und Hutschenreuther um 38 DM verbessern. Grünzweig sanken um 4,50 DM, Heilitt um 7 DM und Brauhaus Coburg um 15 DM.

Stuttgart: Zeag Zement wurden um 6 DM höher taxiert. SEL verteuertern sich um 8,90 DM und Salamander erhöhten sich um 3 DM. Aesculap sanken um 4,50 DM, Porsche gaben um 20 DM und Mercedes um 9 DM nach.

Nachbörse: nachgebend

WELT-Aktienindex: 226,09 (225,45)
WELT-Umsatzindex: 5978 (5816)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		2.10.	1.10.
H	Aach M Beil. 10	1649	1640
H	Aach. M. Vers. 7	850	840
D	Aach. Rück. 9	2320	2299
D	Aaeag *4	470G	470G
M	Ack-Gögg. 6	145bB	147bB
H	Adca 3	149,5	150
D	Adler 9	300G	305
F	Adt 0	53,5bG	51T
F	AEG-Telef. 8	151,5	142,7
D	AEG-Kabel 9	280T	276G
S	Aesculap 9	445G	449,5
F	AGAB 5	171	171
D	Agrippina *0	1470T	1490T
F	Ceag 0	184	184,5
F	Chem. Vw. *16	545	512
D	Colonia 5	460	460
D	Commerzb. 6	244,5	244,2
D	Cobb.Reste *0 RM	18T	18,5T
D	Conc. Chem. 4,5+3	340G	340
B	Conc. Spinne * 0	405B	405B
D	Contigas 7,5	348	347
D	Conti Gummi 3	150,5	152
D	Dahlb. St. 7,65	255	257
D	dgl. Vz. 14,55	395G	400G
S	Daimler 10,5	973,5	975
M	Deckel AG 0	214	210bG
D	Dt. Atl. Tel.10+1	470G	460G
H	Doag 5	376	355
D	Dt. Babcock St. 3	180,5	180
D	dgl. Vz. 3,5	180	184,5
D	Hagen Batt. 5+1	160bB	158bB
H	Hell.-Maurer *0	158,5	158
D	Hamb. Berg 7+1	240	236
H	Hb.Hochb.*4+0,44	998	998
H	HEW 5	127	126
H	Hdl. Lßb. 9	352G	351G
Hn	Hann. Papier 5,5	144	142,5
H	Harmstorf 0	96bB	94,5
D	Harpener 11	338	344
F	Hartm. & B.St. 4	805G	805G
F	dgl. Vz. 4	690G	690
M	Hasen-Bräu 9	1070G	1070G
S	Heidelb. Zem. 7	418G	415G
M	Heilit & W. 5	288	295B
D	Hein. Lehm. *0	230	230G
D	Heinr. Ind. *14+4	600T	620T
H	Hemmoor 12,5	255G	250G
H	Malhak 4	246T	255T
F	Maldkraft *15	570G	570
F	MAB 6,5+1	370B	580B
F	dgl. Vz. 6,5+1	310T	320G
D	Mannesmann 4	229,5	227,5
F	Mannh. Vers. 8	679	685
H	Markt & K. 7	217,5	217,5
F	MAN St. 0	189	198,5
F	dgl. Vz. 0	178	186,2
F	MAN-Rol. 20,7	452G	452
S	M.Mill.Weing. *0	283	285
D	Maurer 0	96bB	95
F	Mercedes 10,5	863,5	872
F	Metallges. 0	287	290
S	Met. u. Lack 0	123G	125G
S	Müog 6,5	415G	415G
F	Moenus 0	105,1	98

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Oslo

Paris

Johannesburg

Toronto

Stockholm

Singapur

Tokio

Sydney

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Optionshandel

Frankfurt: 02. 10. 85

3918 Optionen = 199 000 (153 500) Aktien

davon 655 Verkaufsoptionen = 32 900 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 1-110/42, 1-120/33, 1-130/23, 1-140/13, 1-150/8,9, 1-160/5,6, 4-140/18,6, 4-150/11,6, 4-160/7,4, 7-150/16, 7-170/5,4, **BASF** 1-207/35, 1-230/21, 1-240/13, 1-250/10, 1-260/8, 1-270/4, 4-240/24, 4-250/20, 4-270/10, 4-280/6,5, 7-250/24, 7-270/18, 7-280/11, 7-290/10, **Bayer** 1-220/24, 1-220/16, 1-240/9, 1-250/7, 1-260/5, 4-230/21, 4-240/16,5, 4-250/12, 4-280/5,4, 7-270/14, 7-280/6,9, **BHF** 1-370/16,1, **Bay. Hypo** 4-410/41, **Bekula** 1-110/7,9, **BMW** 1-500/22, **Bay. Vereinsbk.** 1-420/28,8, 4-450/30, **Commerzbk.** 1-24/20, 1-200/48, 1-210/38,5, 1-220/32, 1-230/26,5, 1-250/14, 1-260/12, 1-270/8, 4-220/39, 4-240/26, 4-250/21, 4-260/16,6, 4-270/15, **Conti** 1-160/7, 1-170/3,5, 4-160/14,4, 4-170/8,5, **Daimler** 1-1000/50, 1-1100/20, 4-1000/65, 4-1100/27, 4-1150/5, 7-1150/30, **Dt. Babcock St.** 1-170/16,9, 1-180/13, 4-170/23, 7-200/20, **Dt. Babcock Vz.** 1-190/8, **Deutsche Bk.** 1-670/48, 1-690/32, 1-700/28, 4-600/90, 4-650/72, 4-670/55, 4-700/41, **Degussa** 1-430/27, 1-440/28, **Dresdner Bk.** 1-240/45, 1-260/51, 1-280/39,5, 1-290/30, 1-310/20, 1-320/15, 4-280/49,5, 4-290/42, 4-300/33, 4-320/22, 7-330/20, **GHH St.** 1-160/40, 1-180/29,2, 1-190/20, 1-200/15, 1-210/7, 4-200/22, 4-210/12,4, **GHH Vz.** 1-200/11, 4-210/14, **Hoechst** 1-220/19,5, 1-230/12, 1-240/9, 1-250/5, 1-260/8, 4-27/7, 4,230/19, 4-240/13, 4-250/10, 4-260/9,3, 7-260/12, 7-280/5,4, **Hoesch** 1-110/35, 1-120/25, 1-130/21, 1-140/12, 1-150/7,9, 4-110/38, 4-120/27,6, 4-130/25,8, 4-140/17, 4-150/12, 4-160/7,1, 7-140/21, 7-150/18, **Karstadt** 1-500/12,1, 4-320/20, **Klöckner** 1-65/19, 1-70/13,6, 1-75/10, 1-80/7, 1-85/6, 4.65/24, 4-70/19, 4-85/9, 7-85/12, **Lufthansa Vz.** 1-240/12, 4-250/13,4, **MAN** 4-180/28,5, **Mercedes** 4-1000/27, **Mannesmann** 1-186/48, 1-196/40, 1-200/32, 1-206/28, 1-210/27,5, 1-220/18, 1-230/12, 1-240/9,3, 1-250/7, 4-220/33, 4-220/25,8, 4-230/24, 4-240/14, 4-250/12, 4-260/9, 4-270/7,4, 7-270/12, **Preussag** 1-280/35, 1-300/20, **RWE St.** 1-180/41, 1-200/31, 1-220/18, 1-230/8, 4-200/32, 4-220/25, 4-230/14, 4-240/10, **RWE Vz.** 1-180/41, 1-200/31, 1-220/18, 1-230/8, 4-220/18, 4-230/12, 4-240/6,4, **Schering** 1-530/53, 1-540/43, 1-550/38, 4-570/35, **Kali + Salz** 1-310/65,9, 1-330/50, 4-330/60, 4-380/39, **Siemens** 1-600/42,1, 1-620/31, 1-630/27,8, 1-640/25, 1-650/15,6, 1-660/15, 1-670/12,4, 1-680/9,4, 4-630/50, 4-650/34, 4-690/20, 4-700/15, 7-700/25, **Thyssen** 1-17/6, 1-100/53, 1-110/40, 1-120/39,8, 1-150/14, 1-160/10, 4-110/48, 4-130/31,5, 4-140/20, 4-150/18,9, 4-160/12,9, 4-170/8, 4-180/4,95, 7-170/13, 7-180/8, **Veba** 1-25/22, 1-240/34, 1-250/24,2, 1-260/21, 1-270/14,4, 1-280/7,5, 4-241/35, 4-251/32, 4-260/25, 4-261/21,2, 4-270/17, **VEW** 1-123/34, 1-140/17, 4-150/16, 4-160/6, **VW** 1-340/22, 1-350/16, 1-355/13,5, 1-360/12,4, 1-370/10, 1-400/4,15, 4-340/34, 4-350/30,2, 4-370/18, 4-380/12, 7-400/16, **Alcan** 4-70/9,4, **IBM** 1-400/11, 4-430/15, 4-440/8,5, **Norsk Hydro** 1-40/2,8, 4-35/9,5, 4-40/4,5, 7-40/6,4, **Philips** 1-40/4,4, 1-45/3, 4-45/5,5, 4-50/2,9, **Sony** 1-45/4,8, **Xerox** 4-150/13, 7-150/16, **Verkaufsoptionen:** **AEG** 1-130/1,5, 1-140/3,5, 1-150/6, 4-130/2,4, 4-140/4,6, 7-130/4, 7-140/4,8, **BASF** 1-220/1, 1-230/3, 4-220/2, 4-230/3,5, 7-230/5,5, **Bayer** 1-220/2, 1-230/4 4-220/2,8, 4-230/5, 7-230/10, **BHF** 4-350/15, **BMW** 1-470/12, **Commerzbk.** 1-230/3,1, **Conti** 4-150/4,5, **Daimler** 1-900/5, 4-900/8, 4-910/11,4, 4-920/13,4, 4-930/15,4, **Deutsche Bk.** 1-610/1,5, 4-600/5, **Dresdner Bk.** 4-280/2, 4-290/5,3, **Hoechst** 1-220/1,9, 4-210/2, **Hoesch** 4-120/3, **Karstadt** 4-280/9,8, **Lufthansa Vz.** 4-230/10, **Mannesmann** 1-210/1, 1-230/4,7, 4-220/3,9, **Preussag** 1-270/7, **Kali + Salz** 1-350/7, 4-350/8, **Siemens** 1-560/2,6, 1-570/3,2, 4-560/5, 4-580/14,5, **Thyssen** 1-150/4,4, 4-140/2,8, 4-150/6, 7-150/7,95, **Veba** 1-260/5,5, 4-250/4, 4-260/6,6, 7-250/6, 7-260/8, **VW** 1-310/3,2, 1-320/5,5, 1-330/7, 4-310/6, 4-320/9,5, 4-330/14, **Chrysler** 4-100/6,4, **Xerox** 1-130/2,6, 7-130/7,6. **Düsseldorf:** 02. 10. 85

595 Optionen = 29 650 (15 100) Aktien,

davon 49 Verkaufsoptionen = 2450 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 1-150/10, **Bayer** 1-240/9, 4-250/13, **Commerzbk.** 1-260/12, **Conti** 1-160/8, **Daimler** 4-1040/41,1, **Deutsche Bk.** 1-600/86,25, 1-630/65, 1-680/30, 1-700/25, 1-710/16,4, 4-710/30, **Dresdner Bk.** 1-240/68, 1-250/58, 1-320/15, **Hoechst** 1-230/10, 1-260/3, **Hoesch** 1-130/14, 4-150/12, **Klöckner** 170/11,5, 1-80/4,9, 4-80/7,5, 4-85/5, **RWE St.** 4-220/25, **Siemens** 1-680/9, 1-700/6,5, **Thyssen** 1-130/24, 1-140/16,5, 1-150/14, 4-180/5, **Veba** 1-250/23, 1-280/8,7, 4-270/16, **Philips** 1-45/3,3, **Verkaufsoptionen:** **AEG** 1-140/2, 4-140/2,5, **Hoesch** 4-130/3, **Preussag** 1-260/7.davon

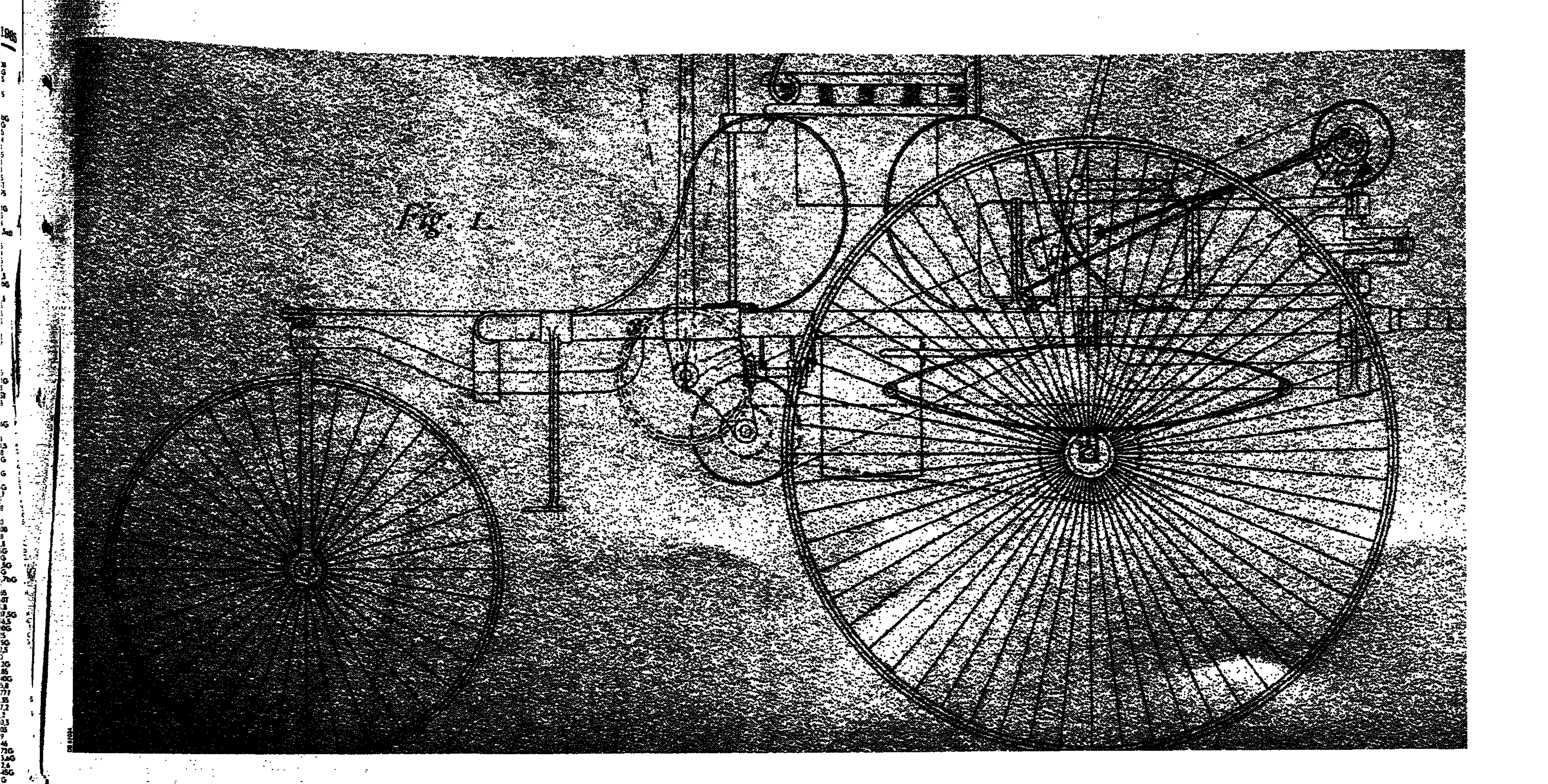
14 Verkaufsoptionen= 700 Aktien

Kaufoptionen: **AEG** 1-160/4,4, **BASF** 4-240/20, 4-250/17, 4-270/10,4, 4-280/7, **Bayer** 1-260/4,35 **Commerzbk.** 1-260/8, **Deutsche Bk.** 1-538/140, 1-650/62, 1-710/15, **Dresdner Bk.** 1-270/40, 1-280/30, 1-300/25, **Hoesch** 1-150/7,3, **Klöckner** 1-80/5, **Mercedes** 7-840/7,4, **Mannesmann** 1-176/50,5, **RWE St.** 1-200/15, **Schering** 1-500/33, **Siemens** 1-620/32, 1-630/25, 1-640/17,2, **Thyssen** 1-150/15, 4-150/15,5, 4-160/12, 4-180/5, 7-140/27, **VW** 1-330/27,2. **Verkaufsoptionen:** **AEG** 1-140/3,7, **BASF** 1-250/4, **Daimler** 1-940/7,4, **Hoesch** 1-130/3, **Mannesmann** 1-220/3,5, **VW** 1-320/5,9.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte



Die Idee, die vieles in Bewegung setzte.

„Seit über 5000 Jahren", so klagten die Verkehrspioniere der Biedermeierzeit um 1830, „hat sich im Verkehrswesen nichts Wesentliches geändert. Denn noch immer werden die Wagen von Tieren gezogen".

Der Traum des Menschen, das „Gefährt" selbsttätig in Bewegung zu setzen, war bis dahin unerfüllt geblieben. Dabei hatten schon viele Wissenschaftler und Techniker versucht, aus diesem Traum Wirklichkeit werden zu lassen.

Zum Beispiel Leonardo da Vinci. Aber seine „atmosphärische Feuermaschine" mit regelrechten Zylindern, Kolben und Ventilen lief nur auf dem Papier.

Seit 1769, dem Jahr der Erfindung der Dampfmaschine durch James Watt, schien es dann nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis eine solche Maschine als Antrieb für einen Wagen dienen sollte.

Der erste Versuch, noch im selben Jahr vom französischen Artillerie-Leutnant Cugnot ausgeführt, endete an einer Mauer.

Dabei blieb es.

Weitere Versuche von anderen Pionieren, zum Beispiel mit Leuchtgasmotoren, führten ebenfalls zu keinem Erfolg. Auch die Fahrzeuge von Delamare-Deboutteville blieben Einzelstücke ohne Zukunft.

Es mußte etwas von Grund auf Neues entwickelt werden: Ein Fahrzeugtyp mit einem kleinen, leichten Fahrzeugmotor, der mit dem Fahrgestell eine Einheit bildet. Dies schafften erst Karl Benz und Gottlieb Daimler – beinahe zur gleichen Zeit, ohne voneinander zu wissen.

Sie haben mit Pioniergeist, Fleiß, Beharrlichkeit und dem unerschütterlichen Willen zu höchster technischer und qualitativer Perfektion die ersten Automobile gebaut – und damit den Prozeß der Motorisierung in Gang gesetzt.

Heute, knapp 100 Jahre später, hat sich an dieser Einstellung in unserem Hause nichts geändert.

Diese Tugenden sind feste, unverrückbare Leitlinien unserer Arbeit. Wir sind stolz darauf, daß sie in der ganzen Welt als unverwechselbare Symbole für die Marke Mercedes-Benz angesehen werden. Es entspricht dem Verständnis unseres Unternehmens, immer wieder neue Maßstäbe für Qualität und Technik im Automobilbau zu setzen.

Und das soll auch im zweiten Jahrhundert des Automobils so bleiben.



DAIMLER-BENZ AG

Wir trauern um unser Vorstandsmitglied

Dr. Manfred Gömmel

Er verstarb plötzlich und unerwartet am Sonntag, dem 29. September 1985, im Alter von 43 Jahren.

Herr Dr. Gömmel war erst zum 1. April dieses Jahres in den Vorstand unserer Bank berufen worden. Mit tiefer Sachkunde, klarem Intellekt und fundiertem Weitblick hat er in kurzer Zeit Zeichen gesetzt und für die Bank wichtige Entwicklungen eingeleitet. Sein Engagement, die Kraft seiner Persönlichkeit, die Art seines Umganges mit Menschen haben seine Umgebung motiviert.

Der noch unfaßbare Verlust ist schmerzlich. Wir werden Herrn Dr. Gömmel nicht vergessen und seiner in Dankbarkeit gedenken.

Aufsichtsrat Vorstand Gesamtbetriebsrat

und alle Mitarbeiter der

Bank für Gemeinwirtschaft Aktiengesellschaft

Die Beisetzung findet am Freitag, dem 4. Oktober 1985, um 15.00 Uhr auf dem Friedhof in Feucht (Nürnberg) statt.

†

Othmar Vogt-Keller

Landwirt

* 8. Januar 1920 † 29. September 1985

wurde heute von seinem schweren Leiden erlöst.

Wir danken für seine große Liebe und Fürsorge.

In tiefer Trauer
Thomas Vogt-Keller mit Frau Anette geb. Kurte
Julius Vogt-Keller
Annemarie Vogt-Keller geb. Werner
und Anverwandte

5100 Aachen, Gut Steeg 28

Das feierliche Seelenamt wird gehalten am Montag, dem 7. Oktober 1985, um 10.00 Uhr in der Pfarrkirche Heilig Geist, Körnerstraße. Die Beerdigung ist um 11.15 Uhr auf dem Westfriedhof II, Vaalser Straße.

Von Beileidsbekundungen und Besuchen bitten wir höflich abzusehen.

Betreuung: Beerdigungs-Institut E. Lauscher, Malmedyer Straße 15, Aachen.

FINANZANZEIGEN

STADT KOPENHAGEN

7½% Deutsche Mark-Anleihe von 1976/86
– WKN 471701/6 –

Auslosung

Für die Tilgungsrate per 1. Dezember 1985 wurden gemäß § 3 der Anleihebedingungen am 25. September 1985 unter notarieller Aufsicht die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serie 1 – WKN 471701 –

mit den Stücknummern

1– 7500 zu je DM 1000,–
45001–46000 zu je DM 5000,–

im Gesamtbetrag von DM 7967000,– ausgelost.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Dezember 1985 an gegen Einreichung der Wertpapiermäntel mit Zinsscheinen per 1. Dezember 1986 zum Nennbetrag eingelöst

a) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) bei den nachstehend genannten Banken sowie deren Niederlassungen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale

b) außerhalb der Bundesrepublik Deutschland bei den Hauptniederlassungen der nachstehend genannten Banken nach Maßgabe der Anleihebedingungen:

Privatbanken Aktieselskab
Algemene Bank Nederland N.V.
Banque Paribas
Kredietbank N.V.
Kredietbank S.A. Luxembourgeoise

Die Verzinsung der ausgelosten Stücke endet am 30. November 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Kapitalbetrag abgezogen.

Die am 1. Dezember 1985 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Von den bereits früher ausgelosten Teilschuldverschreibungen der Serien 2, 3 und 6 sind bisher noch nicht alle Stücke zur Einlösung eingereicht worden.

Kopenhagen, im September 1985

STADT KOPENHAGEN

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

– Inter-Amerikanische Entwicklungsbank –
Washington D.C.

7% Deutsche Mark-Anleihe von 1977/87
– WKN 471661/80 –

Auslosung

Gemäß § 3 der Anleihebedingungen wurden am 25. September 1985 in Anwesenheit eines Notars zur Erfüllung der Tilgungsverpflichtung per 1. Januar 1986 die noch umlaufenden Teilschuldverschreibungen der

Serien 4, 5, 6, 8, 9, 16, 17 und 19

mit den Stücknummern

15001–30000
35001–45000
75001–85000
90001–95000 zu je DM 1000,–

im Nennbetrag von DM 20562000,– ausgelost. Weitere nom. DM 834000,– Teilschuldverschreibungen werden aus dem Tilgungsfonds zur Verfügung gestellt.

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen werden vom 2. Januar 1986 an zum Nennbetrag gegen Einreichung der Mäntel mit Zinsscheinen per 1. Januar 1987 bei den inländischen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
ADCA-BANK Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt
Bankhaus H. Aufhäuser
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Bank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Delbrück & Co.
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Deutsch-Südamerikanische Bank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Georg Hauck & Sohn Bankiers Kommanditgesellschaft auf Aktien
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co.
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg, Brinckmann, Wirtz & Co
Westfalenbank Aktiengesellschaft

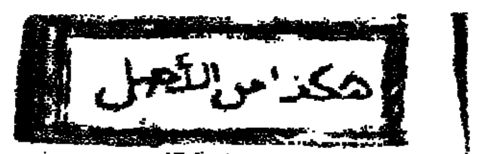
Die Verzinsung der ausgelosten Teilschuldverschreibungen endet mit Ablauf des 31. Dezember 1985. Der Gegenwert etwa fehlender Zinsscheine wird vom Rückzahlungsbetrag abgezogen.

Die zum 1. Januar 1986 fälligen Zinsscheine werden gesondert in der üblichen Weise eingelöst.

Washington, im September 1985

INTER-AMERICAN DEVELOPMENT BANK

هكذا من الأصل



An der Nahtstelle

Ein Blick allein genügt nicht. Man muß genau hinschauen, um diese Stadt zu entdecken. Versteckt hinter hohen Deichen liegt das rechtsrheinische Kehl. Tausende fahren täglich über die Europa-Brücke, doch nur wenige sehen sich hier um.

Dabei ist diese Stadt äußerst geschichtsträchtig. Es gab kaum einen europäischen Friedensvertrag, in dem nicht auch der Name Kehl auftauchte. Die strategisch exponierte Lage der Stadt brachte dies mit sich. Zugleich bedeutete dieser Tatbestand für die an der Nahtstelle zwischen Deutschland und Frankreich gelegene Gemeinde aber auch, daß Kehl beispielsweise nach dem Versailler Vertrag von 1919 mit Sanktionen belegt wurde. Die Stadt gehörte zur „roten Zone", in der keine größeren Investitionen stattfinden durften. Und das in der Nachbarschaft der französischen Großstadt Straßburg mit einer gegenüber Kehl zehnfachen Einwohnerzahl ...

Aber Kehl hat sich freigeschwommen. Die Stadt der Fuhrleute und Gastwirte – aufgrund ihrer Grenzlage – machte sich ein um das andere Mal frei von Trümmern und ging immer wieder hartnäckig und selbstbewußt an den Wiederaufbau.

An Schwierigkeiten, auf dem sumpfigen, von Flüssen durchzogenen Boden zu bauen, fehlte es nicht. Die ganze Innenstadt steht auf Poldern, Pumpen laufen fortwährend. Die Ausdehnungsmöglichkeiten nach Westen hin fehlen, doch das sich 20 Kilometer am Rhein entlang erstreckende Stadtgebiet bietet genügend Raum. Ihn auszufüllen, mit Industrie zu bestücken, wird man in Kehl nicht müde. WERNER NEITZEL

Bürstner auf Expansionskurs

Mit einer Jahresproduktion von etwa 16 500 bis 17 000 Wohnwagen im Jahre 1985 (elf Prozent europäischer Marktanteil) kann sich die Bürstner Wohnwagenwerk GmbH in Kehl durchaus sehen lassen. Gerhart Bürstner, geschäftsführender Gesellschafter dieses Unternehmens, rechnet für das laufende Jahr nach Investitionen von zehn Millionen Mark mit einer Umsatzsteigerung von rund acht Prozent, der damit zwischen 140 und 150 Millionen Mark liegen dürfte. Diese Leistung ist wegen der ja eher fallenden Markttendenz hoch einzustufen. Bürstner wartet mit drei verschiedenen Modellreihen auf: dem kostengünstigen „Club", dem Mittelklasse-Modell „City" und dem „Lux" im oberen Preisbereich. Das Familienunternehmen, dessen Wohnwagen zu über 50 Prozent in den Export gehen, beschäftigt (einschließlich eines Zweigwerks im Elsaß) rund 700 Mitarbeiter. nl.

Selbstbewußt läßt die kleine Stadt am Rhein den Schatten der Vergangenheit hinter sich

Auf dem besten Wege, ein eigenes, unverwechselbares Profil zu entwickeln und zu festigen, befindet sich die rund 30 000 Einwohner zählende Stadt Kehl. An der Nahtstelle zwischen Deutschland und Frankreich ist diese auf der östlichen Rheinseite, gegenüber der französischen Großstadt Straßburg gelegene, verkehrstechnisch wichtige Große Kreisstadt Kehl in der Vergangenheit durch kriegerische Auseinandersetzungen schwer geprüft worden. Jene Schatten sind inzwischen abgestreift, und die Stadt verstärkt ihre Bemühungen, ihre Vorzüge als günstiger Standort für Industrieansiedlungen noch besser zur Geltung zu bringen.

„Wir sind handlungsfähig, denn die Stadt hat einen großen Grundbesitz und genügend Baulandreserven", preist Oberbürgermeister Detlev Prößdorf (SPD) die für die Akquisition vorteilhafte Ausgangsposition. Allein 70 Hektar erschlossenes Industriegebiet stehen im Hafengebiet zur Verfügung. Weitere sieben Hektar werden in Kehl-Sundheim (südliche City) offeriert. Darüber hinaus werden in Kehl-Neumühl (östliche City) weitere rund 40 Hektar in absehbarer Zeit als Bauland ausgewiesen. Dieses Gelände zeichnet sich durch Hafennähe und Gleisanschluß aus.

Die Kehler Gewerbegebiete haben den Vorzug dezentraler und verkehrsgünstiger Lage im Stadtgebiet, was zugleich für die Wohngebiete ein gut erreichbares Arbeitsplatzangebot bedeutet. Damit aber noch nicht genug. In Richtung Norden, in Kehl-Auenheim, wurden weitere 34 Hektar neu erschlossen, wovon 24 Hektar noch für Neuansiedlungen bereitstehen. Hinzu kommen weitere Angebote in den Ortsteilen Bodersweier und Goldscheuer.

Kehls infrastrukturelle Trumpfkarte ist natürlich der Hafen, dessen Funktionstüchtigkeit nicht nur die in der Großen Kreisstadt ansässigen Unternehmen zu schätzen wissen. Dieser bedeutende Rheinhafen ist längst nicht nur ein leistungsfähiger Umschlagplatz für Schiffsgüter, er hat sich auch zu einem bevorzugten Standort für Industrien gemausert – derzeit 86 Betriebe.

Was wäre freilich der Hafen ohne eine entsprechende Anbindung zu Lande! Kehl darf für sich – was die Straßenverbindungen anlangt – in Anspruch nehmen, der bedeutendste deutsch-französische Grenzübergang für den Personen- und vor allem für den Warenverkehr zu sein. Durchschnittlich 1000 Lkw fahren täglich über die Europa-Brücke. Die Bundesstraßen B 28 und B 36 kreuzen sich in der Stadt. Über die vierspurig ausgebaute B 28 ist in nur wenigen Minuten die Bundesautobahn Basel–Hamburg zu erreichen.

Eine weitere wichtige Komponente in der Infrastruktur ist das Faktum, daß das Schienennetz des Hafens direkt mit dem Güterbahnhof verbunden ist, der ebenso wie der Personenbahnhof modernsten technischen Standard aufweist. Gute Fortschritte macht in diesem Zusammenhang auch der Ausbau des Containerverkehrs. Entsprechend der Nachfrage hat sich der öffentliche Personennahverkehr entwickelt. So verkehrt beispielsweise auch eine Linie der kommunalen Straßburger Verkehrsbetriebe von der Stadthalle in Kehl über Hauptstraße und Bahnhof direkt zur Straßburger Innenstadt und zurück. Für die Anbindung an das Luftverkehrsnetz ist relevant, daß sich der nächste Flughafen im benachbarten Straßburger Entzheim befindet. Außerdem gibt es einen Luftverkehrslandeplatz im 20 Kilometer entfernten Offenburg.

Die Grenzlage Kehls und der hohe Stellenwert des Hafens prägen die Bedeutung der Stadt als Gewerbestandort. So haben sich hier beispielsweise im Laufe der Zeit nicht weniger als rund 50 Speditionen angesiedelt. Eine Reihe von namhaften Industriebetrieben weiß die Vorzüge des Standorts Kehls zu schätzen und bietet den Bewohnern wichtige Arbeitsplätze. Es sind dies unter anderem die Badische Stahlwerke AG, die Korf-Transport GmbH, die Holzwerke Karl Danzer KG, das Wohnwagenwerk Bürstner, die Maja-Maschinenfabrik, das Sperrholzwerk Dold, die Züblin Schleuderbetonrohrwerke GmbH, die auf dem Kunststoffverpackungs-Sektor tätige Firma Jaco – Dr. Jaeniche und zahlreiche Handwerksbetriebe der unterschiedlichsten Bereiche.

Alles in allem kann die Stadt rund 12 000 Arbeitsplätze vorweisen. Davon befinden sich allein 3500 im Hafen. Mit einer Arbeitslosenquote von 8,3 Prozent (August 1985) liegt die Stadt Kehl zwar immer noch etwas besser als der Bundesdurchschnitt (8,9 Prozent), fällt jedoch gegenüber der günstigen Arbeitsmarktsituation des Bundeslandes Baden-Württemberg (5,3 Prozent Arbeitslosigkeit) deutlich ab.

Insofern ist das Interesse von Oberbürgermeister Prößdorf an der Neuansiedlung von Firmen – die letzte größere liegt praktisch schon ein Jahrzehnt zurück – durchaus verständlich.

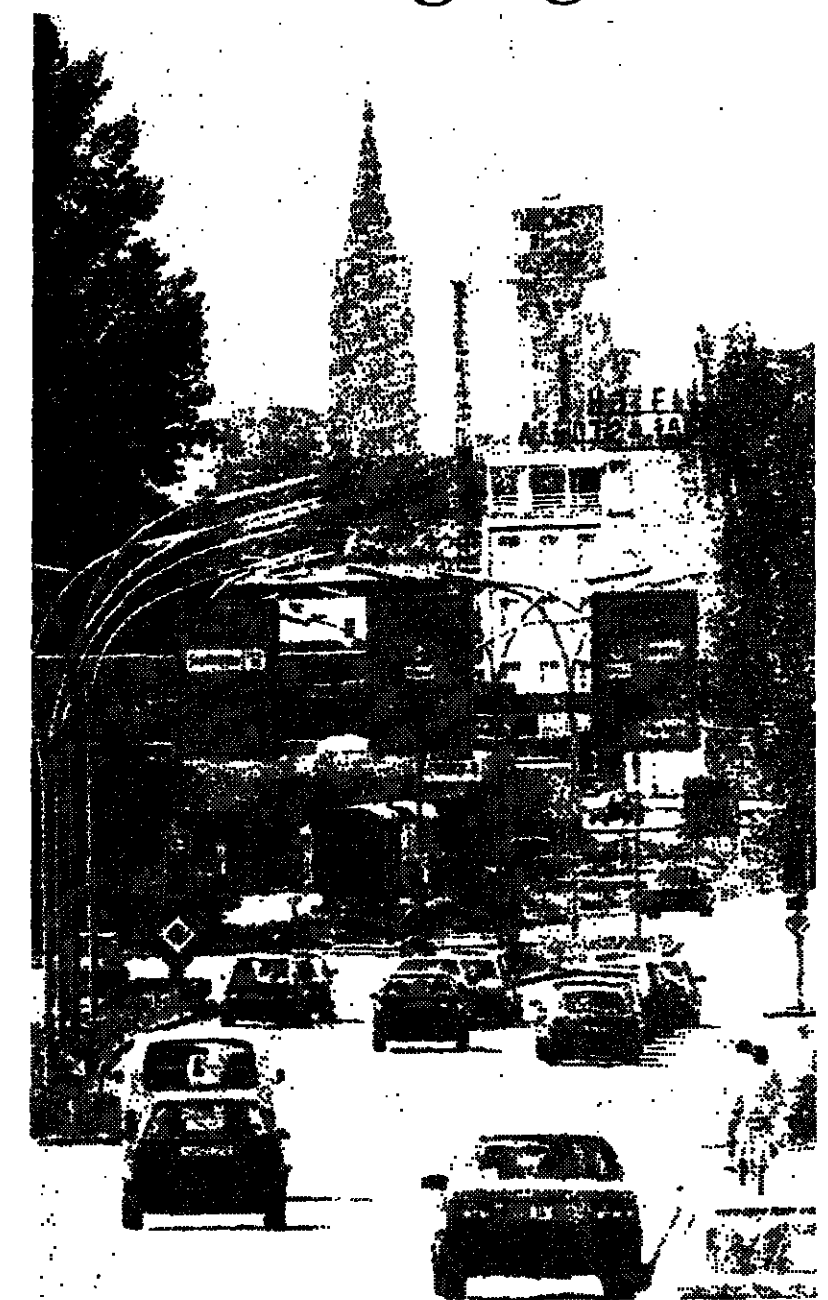
Immerhin kann man davon ausgehen, daß gut ausgebildetes Fachpersonal zur Verfügung steht. Auch das Umland bietet in dieser Hinsicht ein Reservoir. Überdies liegt Kehl für Arbeitskräfte aus dem Elsaß günstiger als jeder andere Standort in Baden. Dort gibt es nach wie vor eine hohe Bereitschaft, in der Bundesrepublik Deutschland zu arbeiten. Tagtäglich pendeln etwa 2500 Elsässer über den Grenzübergang Kehl herein, davon arbeitet etwa jeder zweite in der Stadt Kehl (knapp die Hälfte davon wiederum im Kehler Hafen).

Kehl war eigentlich schon immer eine Art Einkaufsstadt für die Franzosen. Dies galt insbesondere in der Zeit des starken Franc, in der die französischen Nachbarn geradezu in Scharen die Kehler Geschäfte stürmten. Wenngleich dies inzwischen nicht mehr so ausgeprägt ist, kann sich der Kehler Einzelhandel in seiner Vielfalt durchaus sehen lassen. Dennoch heißt es, auf der Hut zu sein. Für die Stadtväter ist es ein Anliegen, nicht noch weitere Kaufkraft in die mit dem Auto von Kehl aus leicht erreichbaren Städte Karlsruhe, Offenburg und Achern abfließen zu lassen.

Zur Steigerung der Attraktivität als Einkaufsstadt soll neben verkehrsberuhigten Zonen der Bau eines modernen, aufgelockerten Einkaufszentrums beitragen, in dem bis zu zehn Einzelhandelsfirmen ihre Waren präsentieren und verkaufen werden. Die weiteren Planungen der zugrunde zu legenden städtischen Finanzlage ist solide und stabil. Das Haushaltsvolumen dieses Jahres beläuft sich auf rund 80 Millionen Mark, wovon 22 Millionen auf den Vermögenshaushalt entfallen. Die Gewerbesteuereinnahmen bewegten sich in den letzten Jahren ziemlich konstant bei zwölf Millionen Mark.

Die Anstrengungen, das nach dem Zweiten Weltkrieg am Nullpunkt angekommene Kehl zu sanieren, waren und sind gewaltig. Rund 40 Millionen Mark wurden bisher in Sanierungsarbeiten (unter anderem auch die Kläranlage und die Kanalisation) gesteckt. Im Schul- und Freizeitbereich ist an Baulichkeiten praktisch alles vorhanden. Noch bevorstehende größere Projekte gibt es vor allem im Bereich des Straßenverkehrs. Ein größeres Projekt ist beispielsweise der Bau einer Umgehungsstraße um die Innenstadt.

WERNER NEITZEL



Zwei Fahrspuren nach Frankreich, eine in das Stadtzentrum: Grenzorte leiden unter dem Gefühl, für die meisten Fahrer nur im Rückspiegel schöne Seiten zu gewinnen. Ohne Zweifel, Kehl besitzt eine hinreißende Nachbarschaft, und seine Werbung wird nicht müde, diesen „Nachteil" nach besten Kräften auszunutzen. Auf Kehl als Standort einer ultramodernen Stahlindustrie, eines sehr bedeutenden Furnierwerkes oder europaweit tätiger Speditionen aber sind die Stadtväter zu Recht ebenso stolz – und zahlreiche französische Pendler beweisen die Attraktivität politisch-wirtschaftlicher Stabilität und badischer Gemütlichkeit. Nicht zuletzt genießt die Stadt am Rhein im reizvollen Hanauer Land, aber auch beim mondänen Nachbarn Straßburg und weit hinein ins Elsaß einen Ruf als preis- und verkehrsgünstige Einkaufsstadt. FOTO: DIE WELT

HAFEN / 2,1 Millionen Tonnen Umschlag jährlich

Neue Vorhaben festigen die Handelsposition

Wer Straßburg und Kehl vergleicht, könnte leicht auf den Gedanken kommen, auch der Kehler Hafen verhalte sich zur Konkurrenz jenseits des Rheins wie David zu Goliath. Weit gefehlt. Denn die zehn Millionen Tonnen Umschlag, mit denen die Metropole des Elsaß in den Statistiken firmiert, verzerren die tatsächliche Relation. Der Straßburger Hafen – eigentlich sind es zwei: einer im Norden, einer im Süden der Stadt – rechnet sich alles zugute, was 40 Kilometer stromauf und 40 Kilometer stromab verladen wird; allein sechs oder sieben Millionen Tonnen davon sind nichts weiter als blanker Kies. „Unsere 2,1 Millionen Tonnen Umschlag", versichert dagegen der Kehler Hafendirektor Karlheinz Hillenbrand, „die sind echt."

Diese stolze Bilanz beweist, daß sich die Kleinen auf dem Markt behaupten können – arbeiten sie „mit Köpfchen", verfolgen sie eine einmal als richtig erkannte Strategie konsequent. Für den Hafendirektor, der einer Körperschaft des öffentlichen Rechts vorsteht, aber wirtschaften und bilanzieren muß wie eine GmbH, heißt dies: Das Dienstleistungszentrum Hafen rechtzeitig auf neue Erfordernisse einstellen.

Pflege, Unterhaltung und Verbesserung der Hafenanlagen sind selbstverständlich, also der Straßen und Geleise, die Vermietung und Verpachtung der Wassergrundstücke, der Lager- und Löscheinrichtungen. Dies schließt auch die Versorgung und Entsorgung der bislang 40 von 85 angesiedelten Unternehmen wie der löschenden oder ladenden Schiffe ein. Aber das ist nicht mehr genug. Auch und gerade die öffentliche Hand muß heute in Vorleistung treten, muß Infrastruktur finanzieren, wenn sie alte Firmen halten und neue ansiedeln will. „Wir müssen", erläutert Hillenbrand den in Bayern und Baden-Württemberg am stärksten entwickelten Neo-Merkantilismus, „uns wieder zurückziehen, wenn die Privatwirtschaft Fuß gefaßt hat."

Technologiezentrum mit dem Schwerpunkt Umwelt

Es geht um Arbeitsplätze, nicht zuletzt. Von den 3200, die der Hafen gegenwärtig zu bieten hat, sind 500 von Grenzgängern aus dem Elsaß besetzt, obwohl Kehl unter den Kommunen des Ortenaukreises die höchste Quote an Arbeitslosen aufweist. Dem Hafendirektor ist daher daran gelegen, daß er auf den vorhandenen voll erschlossenen Freiflächen Unternehmen bekommt – etwa 250 bis 300 Arbeitsplätze pro Firma ist die angestrebte Größe. Es müssen Firmen sein, die den Hafen brauchen; ein Pkw-Lager, beispielsweise, oder ähnliches käme nicht in Frage.

Ein Schritt in die richtige Richtung ist, wie Hillenbrand findet, die gemeinsam mit den im Hafen sitzenden Badischen Stahlwerken (BSW) betriebene Gründung einer Technologiezentrum GmbH. Es soll sich mit Schwerpunkt dem Bereich Umweltschutz zuwenden, wobei man die Hoffnung hegt, daß aus diesem Impuls mit der Zeit neue, höherwertige Arbeitsplätze entstehen. Hillenbrand: „Die dafür notwendigen Facharbeiter gibt es in der Ortenau." Die Stahlkocher haben sich im übrigen seit kurzem – weg vom Erdöl – mit einem eigenen Erdgasanschluß versorgt, an den die Hafenverwaltung jetzt, ökologiebewußt, das ganze Areal anschließen will. Für den Hafen-Umschlag bleibt dies nicht ohne Folgen, denn immerhin rangierte das Mineralöl neben dem Stahl (eine Million Tonnen) auf Platz zwei der Statistik (0,5 Millionen Tonnen).

Containerterminal für Kehls „schnellen Hafen"

Auch wenn hier die Grenzspeditionen einen idealen Stapel- und Lagerplatz haben und die Bauwirtschaft als Nutzer zu Buche schlägt, wenn Wein, Tabak oder Holzkohle (aus Spanien) umgeschlagen werden – den wasserseitigen Güterverkehr kann die Hafenverwaltung kaum oder nicht beeinflussen. Da spielen zu stark gesamtwirtschaftliche, konjunkturelle Faktoren hinein.

Deshalb soll jetzt, ein Trumpf im Kampf um das rentable Stückgut-Geschäft am Oberrhein, eine Container-Anlage errichtet werden. Die Fundamente wurden im August gelegt, schon im Mai kommenden Jahres wird der Betrieb aufgenommen. Die notwendigen Investitionsmittel in Höhe von fünf Millionen Mark hat die Hafenverwaltung selbst erwirtschaftet, wie nicht ohne Stolz angemerkt wird. Der Kehler Hafen wird damit über zwei Container-Anlagen verfügen. Die erste betreibt bereits jetzt ein Spediteur, der so seine Kunden an den wichtigsten Handelszentren über Nacht beliefern kann. Die Kombination Schiene/Straße macht's möglich.

Auch Häfen verändern ihr Gesicht: Viel Wasser floß den Rhein hinab, seit in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts Holztransporte aus dem Schwarzwald via Kinzig in Kehl einen Floßhafen entstehen ließen. Hundert Jahre später war daraus ein kleiner Provinzhafen geworden, der mit der Eisenbahn einen gewissen Aufschwung nahm. Am 1. Mai 1900 schließlich wurde ein leistungsfähiger Hafen eingeweiht, der heute noch den Kern des modernen Hafens Kehl darstellt. Nach dem Zweiten Weltkrieg hat dann das Land Baden-Württemberg 42 Millionen Mark verbaut, um den Platz Kehl wieder auf die Höhe der modernen Erfordernisse zu bringen. Heute ist Kehl der Konkurrenz gewachsen. Entsprechend dem Motto „Dienstleistung aus einer Hand" sagt Hafendirektor Hillenbrand optimistisch: „Lage und Infrastruktur, das sind die Pferde, auf die wir setzen können." HORST STEIN

ZÜBLIN / Gegen die Krise am Bau setzt der Konzern auch in Kehl Know-how

Betonrohre in guter Marktposition

Viele hundert Kilometer Kanal- und Druckrohre haben seit Bestehen der Züblin Schleuderbetonrohrwerke GmbH, Kehl/Rhein, die ein Teil des Züblin-Baukonzerns, Stuttgart, ist, diese Produktionsstätte verlassen. Haupteinsatzgebiete der von der Kehler Tochter – die aus einem im Jahre 1903 gegründeten Bauhof hervorging – gefertigten Rohre sind Kanalisationen, Trink- und Kühlwasser-Leitungen für Kraftwerke. „Dickste Kaliber" waren bislang Betonrohre mit fünf Meter Durchmesser.

Da man hauptsächlich von Aufträgen der öffentlichen Hand abhängig ist und diese sich bekanntlich schon seit einiger Zeit mit Investitionen sehr zurückhält, hat Züblin auch hier zu Anpassungsmaßnahmen greifen müssen. Das Kehler Unternehmen, zu dem noch Zweigwerke in Abenberg und Türkheim gehören, zählt insgesamt etwa 230 Beschäftigte. Weitere Rohrwerke betreibt Züblin, der hier zu den größten deutschen Anbietern zählt, in Schermbeck und Lüdersfeld.

Die Ed. Züblin AG mit Firmensitz in einer modernen neuen Verwaltungszentrale in Stuttgart-Möhringen geht deutlich über die branchenüblichen Innovationsanstrengungen hinaus. Das Unternehmen ist gewissermaßen zu einem Technologie-Konzern auf dem Bausektor geworden. Über die Lösung von unmittelbar durch Auftragsabwicklungen bedingte Konstruktions- und Entwicklungsaufgaben hinaus befaßt sich Züblin mit vielen anderen Problemen des Ingenieurbaus. So haben die Züblin-Ingenieure und Techniker beispielsweise für die Abdichtung von Mülldeponien ein sogenanntes Dichtwandsystem mit eingestellter Kunststoffplatte entwickelt, das bereits auf einer Sondermülldeponie seine Bewährungsprobe bestand. Ein weiteres erfolgversprechendes Verfahren scheint jenes zu sein, bei dem in vorhandene Deponien nachträglich horizontal eine Dichtungssohle eingezogen wird.

Auch auf dem Gebiete des Tunnelbaus wurden neue Verfahren des hydraulischen Rohrvertriebs entwikkelt. Ein weiteres Forschungsvorhaben betrifft eine mit Spanngliedern verankerte Plattform für die Erdgasverflüssigung und Speicherung, die in Wassertiefen bis zu 1000 Metern eingesetzt werden kann. Auch ein sogenannter Leichtbautunnel mit einer von Züblin entwickelten Lärmschutzdecke zählt zu den erfolgversprechenden Projekten.

Die intensiven Forschungsanstrengungen sind für Züblin nicht zuletzt auch deshalb so wichtig, weil der Baumarkt bekanntlich hierzulande seit einiger Zeit eine Schwächephase aufweist und auch der Auslandsbau, der über eine gewisse Zeit hinweg Auftragslöcher im Inlandsbereich überdeckte, auf „Schrumpfkurs" ist. Im Hinblick auf den heftigen Preiswettbewerb kommt es nach Ansicht der Züblin-Manager darauf an, den Kunden mit einem durchgearbeiteten Produkt fertig bis zum Knopfdruck zu bedienen. Das Unternehmen müsse sein gesamtes Know-how in die Waagschale werfen. Wegen der Probleme am Baumarkt rechnet man bei Züblin für das Geschäftsjahr 1985 mit einem weiteren Rückgang der Bau- und Produktionsleistungen.

Nach den 1984 eingeleiteten Anpassungsmaßnahmen verspricht man sich dennoch ein „zufriedenstellendes Gesamtergebnis". Im ersten Halbjahr 1985 hat sich die Bauleistung der Züblin-Gruppe um 15 Prozent auf 600 Millionen Mark verringert. Der Auftragsbestand schrumpfte weiter auf 1,46 (1,66) Milliarden Mark. In 1984 ging der gesamte Außenumsatz um 5,3 Prozent auf 1,43 Milliarden Mark zurück. Auf das Aktienkapital von 25 Millionen Mark, an dem die AG für Bauunternehmungen, Glarus/Schweiz, mit 31 Prozent beteiligt ist, wurde eine von zwölf auf acht Prozent gekürzte Dividende ausgeschüttet.

Gegründet wurde das Unternehmen, das zur Mitte dieses Jahres insgesamt rund 7500 Mitarbeiter zählte, durch den Schweizer Ingenieur Eduard Züblin im Jahre 1898 in Straßburg. Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in Frankreich, in der Schweiz und in Deutschland rechtlich selbständige Gesellschaften. Seit 1919 führt die deutsche Ed. Züblin AG, Stuttgart, die Aktivitäten des Stammhauses in Deutschland weiter. Anfangs der fünfziger Jahre wurde von ihr auch der Auslandsbau in größerem Umfang wiederaufgenommen.

WERNER NEITZEL

Daten und Fakten

Die Große Kreisstadt Kehl mit 30 000 Einwohnern und einer Fläche von 75 Quadratkilometern ist der wichtigste Grenzübergang nach Frankreich. Ihr Haushalt beträgt rund 80 Millionen Mark, die jährlichen Einnahmen des Hauptzollamtes hingegen 1,8 Milliarden Mark.

Bei 90 Hektar Grünfläche, 988 Hektar Wald und 77 Hektar Gewässer stehen für die Freizeit unter anderem 22 Sportplätze zur Verfügung. Gefeiert werden sieben Volksfeste im Jahr. 15 Hotels und 18 Gasthöfe bieten rund 1000 Betten an.

Kehl verfügt über elf Grund- und Hauptschulen, eine Realschule, zwei Gymnasien, drei Berufs- und Berufsfachschulen, eine Volkshochschule sowie eine Fachhochschule für öffentliche Verwaltung.

Kehl ist Partnerstadt von Montmorency bei Paris und Patenstadt des Unterseebootes U 1.

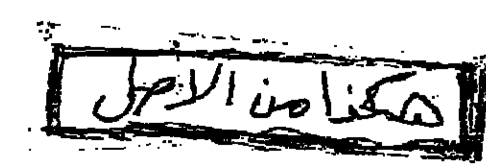
EINKAUFSSTADT KEH

Savoir-vivr

Kehl, das ist heute ein schmuckes Städtchen, freundlich und frisch geputzt, in dem eine Malerkolonne sorgsam die Patina der Vergangenheit fortretuschiert hat. Ein Hauch nur von Klassizismus hat überdauert – im Weinbrennerhaus, im rosafarbenen Rathaus mit der säulengetragenen Giebelfront; schon die Friedenskirche am Marktplatz entzieht sich hinter Renovierungsgerüsten dem neugierigen Blick, den Trugschluß suggerierend, die beiden Tulpenbäume dort unter vielen Linden seien das einzige, was ein wenig aus dem Rahmen süddeutsch-bürgerlicher Bedächtigkeit falle.

Kehl-Besucher fänden kaum Hinweise, die auf eine Grenzstadt deuten, wenn nicht in der Einkaufsstraße, einer wahren Shopping-Allee, wo sich Schaufenster an Schaufenster reiht, die Preisschilder eine Doppelangabe aufwiesen: Deutsche Mark und französische Franc. Dann fallen auch die vielen Wagen mit den französischen Nummernschildern ins Auge, deren Besitzer Tragetüten und Taschen verstauen.

Noch immer kommen sie aus Straßburg gern herüber, um preiswert einzukaufen oder im badischen Hinterland irgendwo ebenso billig wie opulent zu speisen. Ob sie ihr Schnitzel im Hotel Blume auf deutsch bestellen oder die Kirschtorte bei Danner am Markt, Confiserie und Café, auf französisch – die Badener und die Elsässer, die Straßburger und die Kehler verstehen einander, wie dies unter Vettern seit eh und je



Brücke oder Festung verheißt das Horoskop

Kinderlose Monarchen auf europäischen Thronen hat Kehl vor 200 Jahren gefürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Ob Spanien, Pfalz, Österreich oder Polen: Immer geriet Kehl in den Strudel der Erbfolgekriege. Das heute 700 Jahre alte Kehl war seit 1683 Festung und hatte in den Augen der Fürstenhöfe seine Unschuld verloren.

Groteske Zeiten kamen. Einmal führten die Einwohner einen Prozeß um Kriegsentschädigung – vergeblich. Europäische Regierungen ließen Kehl erstürmen, zertören und tauschten über den Neuaufbau der Festung drohende Noten aus, Aufbau- und Abrißbefehle kamen aus Baden oder Paris, die Axt im Haus ersparte weiteren Pulverdampf: 1801 die Wälle geschleift, wurden sie 1805 aufgeschüttet, 1814 wieder abgetragen.

Der anschließend angelegte Stadtplan blieb sogar teilweise bis heute erhalten. Die große Entscheidung im 19. Jahrhundert fiel nicht auf dem Schlachtfeld, sondern am Planungstisch der Badischen Staatsbahnen – das neue Eisenbahnnetz führte an Kehl vorbei. Die Bahnverwaltung errichtete dafür um die Jahrhundertwende den Hafen. Erst 1910 freilich beendete Bürgermeister Hermann Dietrich die administrative Doppelexistenz eines Dorfes und einer seit 1773 verwaltungsmäßig als „Stadt" getrennten Festung Kehl. Mit der Vereinigung begann er eine Karriere, die er als Reichsfinanzminister und Vizekanzler unter Heinrich Brüning beschloß.

Bis 1930 französisch besetzt, besiedelte Paris die Stadt 1945 mit Fremdenlegionären, französischen Staatsbürgern auch aus Nordafrika und forderte 1947 sogar die Annexion des Rheinhafens „als natürliche Ergänzung für das Herz von Straßburg". Auf amerikanischen Druck und eigene Einsicht hin aber verfügte Paris ab 1949 die Rückgabe der Stadt. Die deutschen Besitzer freilich fanden ihre Häuser überwiegend in einem Zustand vor, der jeder Beschreibung spottete.

Heute ist die Kehler Rheinbrücke wieder Symbol der Stadt. Seit dem 14. Jahrhundert bildete sie als Fest-, Ponton- oder Schiffsbrücke einen wichtigen Weg des deutsch-französischen Handels. Nur sieben Jahre nach dem Abzug der letzten französischen Besatzungstruppen zeugt der Name der 1960 eröffneten Verbindung vom neuen Geist: „Europabrücke". TORSTEN W. KRAUEL

SPEDITION / Die Drehscheibe für den Agrarhandel

Steuerzentrale auf dem Weg nach Deutschland

Passend wäre die Bezeichnung „Drehscheibe Europas" für die Hafenstadt Kehl. Drehscheibe heißt nämlich mehr als nur Schnitt- oder Knotenpunkt. In Kehl kreuzen sich zwar die großen Handelsströme aus Nord und Süd, West und Ost, und im Schatten der Europabrücke halten die Kehler Spediteure, eine stolze Zunft, einträchtig Servicemöglichkeiten für das Stapeln, Lagern, für die zolltechnische Betreuung wie für den Umschlag dieser Waren bereit.

Aber Drehscheibe besagt auch, daß der Platz Kehl sich im Laufe der Jahrzehnte eine unangefochtene Kompetenz in der Distribution, der Verteilung der Güter, erworben hat – ganz wie es die Notwendigkeiten und Gesetze des Marktes von Fall zu Fall fordern: Ware, die nach Kehl auf dem Weg ist oder dort gerade vom Spediteur durch die Grenzformalitäten geschleust wird – Kehl ist stolz auf seinen „schnellen Zoll" –, kann vom Exporteur oder Importeur bis zuletzt mit einem einfachen Telex oder einem raschen Telefonat umdirigiert werden.

Dann gehen die marokkanischen Apfelsinen und die Zitronen aus Spanien eben in ein Comecon-Land statt nach Skandinavien oder Berlin. Der Frühspargel aus dem französischen Süden erfreut Verbraucher in Nürnberg oder Celle, anstatt Hausfrauen in Frankfurt und Köln zu erquicken. Und der Blumenkohl und die Treibhausgurken und die Melonen und die Frühkartoffeln, und, und, und – Drehscheibe eben. Zwischen den EG-Ländern und dem Comecon-Bereich und, nicht zu vergessen, der EFTA, also der Europäischen Freihandelszone, zu der Norwegen und Schweden oder Österreich und die Schweiz gehören.

Apropos EG: Die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Spanien und Portugal, da sind sich die Kehler Spediteure gewiß, wird die Bedeutung ihres Umschlagplatzes einmal mehr steigern. Die Einrichtungen, oder, wie Hafenleute und Verlader zu sagen pflegen, „die Faszilitäten", sind ausreichend vorhanden, um auch neue, zusätzliche Warenströme zu verkraften. Kehls Infrastruktur ist nämlich Spitze. Da sind, abgesehen einmal vom Hafen, die Europabrücke, die Eisenbahnbrücke und die Autobahnzubringer, ferner 40 Kilometer Gleisanlagen, um mit dem Verkehr anzufangen. Die Stadt ist schließlich wichtigster Übergang, den es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gibt. Dann können die Kehler Spediteure 145 000 Quadratmeter Freilagerfläche anbieten, 105 000 Quadratmeter an Lager- und Umschlaghallen, 21 000 Tonnen Silokapazität und 19 Krananlagen von drei bis 100 Tonnen. Das kann sich sehen lassen.

Für noch wichtiger aber halten die Spezialisten aus Kehl, daß sie neben solcher Infrastruktur mit dem Kompakt-Service ihres Dienstleistungs-Angebots ein unvergleichliches Know-how – bis hin zur Vielsprachigkeit des Personals – einbringen können. Zeit ist auch im Güteraustausch Geld, nur an der Börse und auf Auktionen mag dieser Satz noch deutlicher gelten. Darum ist es von Belang, daß die Kehler Spediteure rund um die Uhr zur Verfügung stehen und daß sie, wenn Not am Mann, auch keinen Feiertag kennen. Abfertigungszeiten von zehn bis 15 Minuten beim Zoll sind ihr Standard, und selbst die unvermeidlichen Spezialkontrollen schlagen ihnen noch zum Guten aus. Denn sie lotsen ihre Kunden auch dort mit der durch lange Jahre erworbenen Sachkenntnis durch.

Für den Platz Kehl ist es von Vorteil, daß dort, direkt an der Grenze, eine Außenstelle des Bundesamtes für Ernährung liegt, daß es eine Pflanzenbeschaustelle gibt und die notwendigen Veterinärdienste. Der Produzent kann so sicher sein, daß seine Ware ordnungsgemäß und rasch über die Grenze gelangt, der Händler und dessen Kunden wissen, die Ware ist einwandfrei. Der Verbraucher hat schließlich Anspruch auf Qualitätskontrollen bei Südfrüchten, Obst und Gemüse, Fisch, Fleisch und Wein oder was immer.

Der erfahrene und engagierte Spediteur hat es ganz einfach im Gefühl, wann er bei einer Eisenbahnladung bretonischer Frühkartoffeln oder normannischen Blumenkohls die Lüftungsklappen öffnen oder schließen muß. Und er tut es, obwohl solche Dienstleistungen auf der Rechnung nicht immer zum Tragen kommen. „Ein guter Spediteur", sagt man in Kehl, „hat nicht nur Gefühl, er hat Verantwortungsgefühl."

HORST STEIN



Die Badischen Stahlwerke (im Hintergrund) sind größter Kunde des Hafens. Im Vordergrund befindet sich das Holzwerk der Firma Danzer. Weitere Betriebe sind erwünscht: Die Abwasserbeseitigung allein verbraucht fast ein Drittel der gesamten Gewerbesteuer-Einnahmen Kehls. FOTO: NOLL

BADISCHE STAHLWERKE / Bestand durch Vergleichserfüllung gesichert

Die BSW streben zu neuen Ufern

Es war Anfang 1983, als das „Erdbeben", das der finanzielle Kollaps des Korfschen Stahlimperiums auslöste, auch die Stadt und die Region Kehl schwer erschütterte. Das Damoklesschwert der Betriebsschließung hing urplötzlich über der Badische Stahlwerke AG (BSW). Ein Aus für dieses in die Korf-Gruppe eingebundene Unternehmen mit damals wie heute rund 1000 Mitarbeitern hätte die Arbeitslosenzahl in Kehl rapide in die Höhe schnellen lassen. Aufgrund der starken Verflechtung und Arbeitsteilung mit Zulieferern und Handwerksbetrieben wäre der infrastrukturelle Schaden beträchtlich gewesen.

Indes, es wendet sich nach zähem Ringen doch alles zum Guten. Das zielstrebige Bemühen, nach der Vergleichsanmeldung die BSW am Leben zu erhalten und zu stabilisieren, trug durch eine konzertierte Aktion von Vergleichsverwalter, Management und Landesregierung, die unter anderem mit einer Bürgschaft Beistand leistete, Früchte. Heute, nach der vor wenigen Monaten über die Bühne gegangenen Vergleichserfüllung, strebt die BSW, ein hochmodern und überdurchschnittlich produktiv arbeitender Hersteller von Betonstahl, Stabstahl und Walzdraht (auf Schrottbasis), zu neuen Ufern. Wenn auch die gesellschaftsrechtliche Struktur noch nicht endgültig unter Dach und Fach ist – geplant ist die Beteiligung der Essener Ferrostaal AG an der BSW –, so ist doch die Rettung eines wichtigen Unternehmens und zahlreicher Arbeitsplätze für Kehl gelungen.

Die BSW, schon immer durch fortschrittliche Technik bekannt, wartete dieser Tage mit einer Art Vorreiterrolle in Sachen umweltschonenden Energieeinsatzes auf: Um den Verbrauch an Heizöl, dessen Schwefelgehalt die Baumbestände des Schwarzwaldes zu schädigen droht, abzusenken, deckt die BSW einen Großteil des Bedarfs mit emissionsärmerem Erdgas über die Pipelines der Gasversorgung Süddeutschland und der Gasfernversorgung Mittelbaden.

Die Badischen Stahlwerke haben ihre Keimzelle in der 1955 von Willy Korf in Kehl gegründeten Süddeutschen Drahtverarbeitungs GmbH, aus deren Zusammenfassung mit anderen Unternehmen dann 1968 die BSW hervorging. Von Anfang an erwies sich der Standort im Hafen von Kehl, der sowohl die Zufuhr von Rohmaterial als auch den Abtransport von Fertigerzeugnissen über den Rhein und das europäische Wasserstraßennetz ermöglicht, als besonders vorteilhaft. Die Autobahn Frankfurt–Basel ist nahe, komplettiert durch einen direkten Eisenbahnanschluß.

Das Elektrostahlwerk mit etwa 850 000 Tonnen Jahreskapazität zählt weltweit zu den leistungsfähigsten seiner Art. Der Absatz an Walzstahlerzeugnissen hat 1984 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozent auf 667 000 Tonnen zugenommen, die Stahlproduktion wuchs um 3,7 Prozent auf 680 000 Tonnen an. Der Umsatz der AG vergrößerte sich um 9,4 Prozent auf 469 Millionen Mark (im Konzern um 20,3 Prozent auf 607 Millionen Mark). Nach Tilgung des Verlustvortrags verblieb ein Bilanzgewinn von 2,6 Millionen Mark, der den Rücklagen zugeführt wurde. Die BSW, zur Vergleichserfüllung und Bestandssicherung des Unternehmens aus der EG-Quotenregelung ausgeschert, kehrte Mitte 1984 wieder in das System zurück. WERNER NEITZEL

Beträchtliche Investitionen bei Danzer

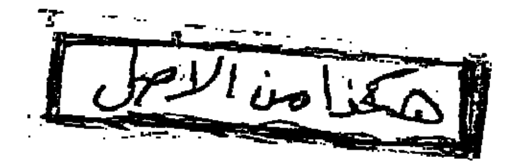
Kehl (nl.) – Die Danzer-Firmengruppe, Reutlingen, Marktführer der deutschen Furnierindustrie und mit einem Tochterunternehmen auch in Kehl am Rhein präsent, rechnet für das laufende Jahr 1985 mit einem leicht steigenden Furnierverbrauch. Die Firma setzt in Zusammenarbeit mit der Babcock-BSH AG, Krefeld/Bad Hersfeld, stark verbesserte Verfahren in der Schältechnik und im Furniertrocknen ein. Das Schallschutztürprogramm wurde erweitert, Brandschutztüren neu entwickelt.

In den letzten beiden Jahren sind in der Firmengruppe rund 50 Millionen Mark investiert worden, davon neun Millionen Mark in Kehl. Ihr Umsatz stieg von 1982 um 70 Millionen Mark auf rund 750 Millionen für 1984. Die Produktion nahm in diesem Zeitraum von 113 Millionen auf 149 Millionen Quadratmeter Furnier zu. Wie es allerdings heißt, ergäben sich bei der Karl Danzer KG, Holzwerke, Kehl, nur noch begrenzte Wachstumsmöglichkeiten, da dieses Unternehmen mit seiner Produktion von Türen, Türfuttern, Wand- und Deckenverkleidungen stark von der Baukonjunktur abhängig sei.

Raiffeisen rationalisiert

Kehl (nl.) – In den vergangenen Jahren sind beim Raiffeisen-Kraftfutterwerk (RKW), Kehl GmbH & Co. KG, einem Tochterunternehmen der Raiffeisen-Zentralgenossenschaft eG, Karlsruhe, vor allem für Futtergetreide zur Mischfutterproduktion große Lagerkapazitäten geschaffen worden. Seit Gründung des Kehler Kraftfutterwerks wurden hier etwa 45 Millionen Mark investiert. Zur Verfügung steht Kapazität für 120 000 Jahrestonnen Mischfutter-Produktion, 100 000 Jahrestonnen Preßfutter sowie Lager für Rohstoffe, Mischfutter, Getreide und Mais.

Der rationalisierte Vermarktungsbetrieb (80 Beschäftigte) mit einer Reichweite von Mannheim bis zur schweizerischen Grenze erwartet für 1985 einen Umsatz von etwa 100 Millionen Mark. Neuestes Projekt ist ein 70 Meter hoher Stahlbetonsilo für rund 12 500 Tonnen aufbereitetes Qualitätsgetreide und Raps. Gegenwärtig sei die Mischfutterherstellung zu 80 Prozent ausgelastet. Die Erfassungsmengen liegen bei rund 40 000 Jahrestonnen Getreide und 30 000 Jahrestonnen Mais.



Wechsel in der Nachrichtenredaktion des ZDF

Hoffen auf den „Neuen“

In lockerer Folge wird die WELT Personen und Programme aus den deutschen Fernsehanstalten vorstellen. Wir beginnen mit Peter Voß, dem neuen Leiter der ZDF-Nachrichtenredaktion.

Am 1. Oktober hat in Mainz ein neuer Mann auf dem Sessel des ZDF-Nachrichtenchefs Platz genommen: der 44jährige Peter Voß. Damit ist nicht nur ein Generationswechsel in der überalterten Führungsstruktur des Mainzer Senders vollzogen worden; man traut Voß offenbar auch zu, die Nachrichtensendungen – laut ZDF-Intendant ein „Aushängeschild der öffentlich-rechtlichen Anstalten gegenüber der neuen Konkurrenz“ – als Visitenkarte des Senders auszubauen. Die „Erblast“, die Voß dabei zu übernehmen hat, ist erheblich. Über ein Jahrzehnt saß auf diesem Stuhl Karlheinz Rudolph, der seinen Ruf als „Harald Juhnke der ZDF-Nachrichten“ bei der Funkausstellung vor wenigen Wochen einmal mehr in der Öffentlichkeit unterstrich. Aber auch der heraufziehende Bundestagswahlkampf und die damit verbundenen parteipolitischen Begehrlichkeiten werden den neuen Mann auf eine harte Probe stellen.

In Form und Inhalt hat die „heute“-Sendung, solange sie besteht, gegen das überragende Image der Tagesschau zu kämpfen. War das Vorziehen der Hauptnachrichtensendung auf 19 Uhr ein richtiger Schritt, so sind die Mainzer bei der Umsetzung und Präsentation im Studio – nicht bei den Berichten selber – fast immer zweiter Sieger geblieben. Dafür gibt es Gründe.

Nehmen wir die zur Zeit gültige Form. Der Blick in den ZDF-Hinterhof vor jeder „heute“-Sendung mag den Verwaltungsdirektor erfreuen, weil teure Baumillionen als billige Kulisse dienen. Der Gebührenzahler fühlt sich allerdings nicht auf Weltnachrichten eingestimmt. Auch die drei einlaufenden Sätze bei der 19-Uhr-„heute“-Sendung machen eher ratlos. Sind es Ankündigungen, Nachrichten oder Ergebnisse? Diese Frage scheint täglich anders entschieden zu werden; jedenfalls ist ein einheitlicher Ansatz nicht zu erkennen.

Neben diesen kleinen, aber wichtigen Details liegt der wesentliche Unterschied zwischen „heute“ und „Tagesschau“ in der Präsentation. Bei der „Tagesschau“ ist es ein Sprecher, der die Nachrichtentexte der Redaktion verliest. Bei „heute“ sind es Journalisten, die ebenfalls Nachrichtentexte der Redaktion verlesen, denn maximal ein oder zwei Meldungen sind von ihnen selbst geschrieben. So kommt es dann, daß ein Otto Diepholz jahrelang auf dem Bildschirm das Vorlesen von Nachrichten üben konnte (und dies noch heute schlechter macht als Köpke und Co. im Ersten). Dabei war der Ansatz, Journalisten die Nachrichten „verkaufen“ zu lassen, auch hier beim ZDF durchaus richtig. Nur: was man vor Jahren mit diesem Konzept anstrebte, hat man konsequent abgeschafft. Es gibt keine Schaltgespräche, keine Interviews, eben keine eigene journalistische Arbeit im Studio mehr.

Dies ist anders beim „heute-journal“. Dort schreiben die Moderatoren die Texte selbst, und sie haben auch die Möglichkeit, durch Erklärungen, Interviews und Schaltgespräche ihre Kompetenz in der Sache deutlich zu machen. Allerdings bietet diese Form der Präsentation dem Moderator viel eher die Möglichkeit, der Sendung den Prägestempel seiner politischen Meinung aufzudrücken, wovon oft auch kräftig Gebrauch gemacht wird. Deshalb erfordert diese Art der Darbietung einen vom Moderator abgesetzten, gut aufgearbeiteten Nachrichtenblock. Dem widerspricht die gegenwärtige Form des „heute-journals“, bei der der Moderator häufig sagt: „. . . . und jetzt ein paar Nachrichten im ‚heute-journal‘“.

Die Konturen einer solchen Sendung werden nicht zuletzt durch den Redaktionsleiter wesentlich bestimmt. Deshalb ist wichtig, wer jetzt Voß als Leiter des „heute-journals“ folgt. Nach der sogenannten Farbenlehre – dem öffentlich-rechtlichen Proporz – müßte ein den Unionsparteien nahestehender Redakteur die Leitungsfunktion einnehmen. Doch die SPD macht Druck. In fast gleichlautenden Artikeln im „Vorwärts“ und im „Parlamentarisch-Politischen-Pressedienst der SPD“ lobt sie Ruprecht Eser, bisher Stellvertreter von Voß im „heute-journal“, hoch. Eser moderiert auf dem Bildschirm eher spröde, ist aber hinter den Kulissen besonders aktiv. Er gilt als Mann mit kurzem Draht zur Bonner SPD-Parteizentrale.


Neuer Leiter der ZDF-Nachrichtenredaktion: Peter Voß FOTO: DPA

ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel, der sich vor kurzem noch mit den Stimmen der Gremienmitglieder der Union bis 1988 den Posten des Chefredakteurs sichern ließ, hat nun sein Herz, wie man aus dem Sender hört, wieder für die SPD entdeckt, die ihm einst zu dem einflußreichen Sessel verhalf. Seit die SPD-Gremienmitglieder auf der Funkausstellung parteipolitischen Druck auf das ZDF ausgeübt haben sollen, scheint er zu versuchen, die Position von SPD-genehmen Journalisten rechtzeitig vor der Bundestagswahl im Sender auszubauen.

Eine schwere Aufgabe für den neuen Nachrichtenchef des ZDF also, das „Aktuelle“ vor der zunehmenden Konkurrenz als Visitenkarte des Senders zu stabilisieren. Ein Trost bleibt den Mainzern allerdings: Sie haben die beste Wetterkarte in der Nachrichtensendung – und wie man hört, soll sie noch besser werden.

CHRISTOPH STERN

Neue Serie im Vorabendprogramm: „Der Fahnder“

Schimanski läßt grüßen

Er heißt Faber, alle Welt nennt ihn so. Seinen Vornamen kennt nicht einmal die Freundin – vermutlich hat er ihn selbst auch schon längst vergessen. Faber gehört zu den Polizisten, die an vorderster Front arbeiten. In Diskotheken, in der Bahnhofsmission, in Nachtclubs, eleganten und miesen, sammelt er Fakten und Beweise, mit deren Hilfe sein Vorgesetzter, der Kommissar, die Kriminalfälle löst. Fabers Brufsbezeichnung ist „Fahnder“; ein Frontschwein des Kriminaldienstes.

„Der Fahnder“ ist auch der Titel einer bislang 28teiligen Serie, die heute abend im Regionalprogramm West beginnt. Ab nächster Woche wird die Serie auch in allen anderen Vorabendprogrammen ausgestrahlt. Zwölf Fortsetzungen von jeweils 50 Minuten Dauer sind bereits produziert; weitere Folgen sind möglich – „wenn uns nicht die Luft ausgeht“, wie Georg Feil, der Produzent der Serie, einschränkt.

Der Fahnder – Regionalprogramm West, 19.00 Uhr

Faber, dargestellt von Klaus Wennemann, der im Film und Fernsehdreiteiler „Das Boot“ bundesweit bekannt wurde, ist hart im Nehmen – und Austeilen von Schlägen, wenn es nötig ist. Und selbst dann, wenn es nicht unbedingt nötig ist, gehen ihm manchmal die Pferde durch: beispielsweise in einer Szene der Folge „Liebe macht blind“, in der er einen V-Mann, der indirekt am Tod einer Bekannten schuldig wird, so hemmungslos verprügelt, daß ihn Freundin und Kollegen nur mühsam beruhigen können.

Er hält viel von Freundschaft und bemüht sich um so etwas Altmodisches wie „Ehre“, die ein Kollege zu verlieren droht, dessen Frau ein Doppelleben führt („Die Frau des Polizisten“). Er hat eine Kodderschnauze, vor der keiner sicher ist – sein Chef nicht, erst recht nicht seine Freundin Susanne, der ein Bahnhofsimbiß gehört, wo Faber nach dem Nachtdienst oft auftaucht, um zu frühstücken. Was der Freundin natürlich nicht paßt, denn sie möchte lieber zu Hause mit ihm frühstücken. Manchmal gibt's Krach, weil Faber nicht Bescheid sagt, wann er nach Hause kommt. Und dann ärgert sich Susanne über sich selbst, weil sie so kleinkariert und egoistisch denkt.

Acht Regisseure führten Regie bei den ersten 28 Folgen; sechzehn Autoren haben die Drehbücher geschrieben. Damit hat man der potentiellen Seriengleichförmigkeit, mit der andere, von einem Autor verfaßte Krimireihen zu Tode geritten werden, einen Riegel vorgeschoben. Die einzelnen Folgen entwickeln ein rasantes Tempo, wie man es von amerikanischen Serien gewöhnt ist (den Einfluß streiten die Autoren denn auch gar nicht ab); ein Tempo, das den Zuschauer von der ersten bis zur letzten Minute in Spannung versetzt, zumal oft zwei Fälle parallel in einer Folge abgehandelt werden.

Einer der Drehbuchschreiber ist Bernd Schwamm, der auch den „Tatort“-Kommissar Schimanski alias Götz George erfunden hat. „Der Erfolg vom ‚Schimanski‘ hat uns zu denken gegeben“, erläutert Feil, „und deshalb verstehen wir den ‚Fahnder‘ auch als Weiterentwicklung dieser Figur. Ganz bewußt wollten wir uns absetzen von einem Beamten wie Derrick, der ja immer schon das Drehbuch kennt, wenn er an den Ort des Geschehens gerufen wird, oder von einem Mann wie dem ‚Alten‘, der abgeklärte Weisheit über die ganze Nation trägt. Faber steht dagegen mitten in der Handlung drin; die Geschichten sind aus seiner Perspektive erzählt. Sie sind für ihn genauso spannend, wie sie – hoffentlich – auch für die Zuschauer sind.“

Bleibt nur zu hoffen, daß die auch zahlreich vor dem Bildschirm sitzen, wenn der „Fahnder“ seiner Arbeit nachgeht. Daß sehr viele Berufsgruppen um diese Zeit noch gar nicht zu Hause sind, daß viele Familien zu dieser frühen Stunde noch um den Eßtisch sitzen, ohne einen Halbkreis um den Fernseher zu bilden, ist den Programmverantwortlichen wohl entgangen. Und darunter wird letztlich die Serie leiden – eine Serie, der man möglichst viele Zuschauer wünscht.

RAINER NOLDEN

IM HÖRFUNK

Verse gegen Gastarbeiter

Aus erster Hand“ erfuhren die Hörer vom Deutschlandfunk, was die Bewohner hierzulande in ihren Mußestunden treiben. **Fernsehen, Bier und Kekse – Die Freizeit der Deutschen?** lautete die Frage, die nicht nur provokativ, sondern auch etwas irreführend war, denn vom Fernsehen war kaum die Rede.

Das lag aber weniger an den Moderatoren Barbara Weber und Rainer Sörensen, sondern an der Struktur dieser Sendung, deren Verlauf weitgehend von den anrufenden Hörern gestaltet wurde. Manches erfuhr man von gestreßten Rentnern und Arbeitslosen. Einer, der seit drei Jahren ohne Arbeit ist, bekannte offen: „Ich komme mit meiner Freizeit nicht mehr aus.“ Früher, als er noch fest zur Arbeit ging, habe er mehr an freier Zeit übrig gehabt.

Auch die sich äußernden Damen waren alles andere als bevölkerungsrepräsentativ. Von ihrem „elitären Elfenbeinturm“ sprach eine Anruferin und begeisterte Kafka-Leserin. Außerdem meldete sich eine Hobby-Lyrikerin, die vornehmlich Verse gegen lästige Gastarbeiter drechselt – auch eine Art Freizeitgestaltung, gewiß.

Das Fernsehen aber, so scheint's, spielt keine Rolle mehr. Ist das Volk wieder kreativ geworden, straft es die fünfte Wand im Wohnzimmer mit Verachtung? Wohl kaum. Eine andere Vermutung liegt näher: Diejenigen, deren Lieblingsbeschäftigung das Fernsehen ist, haben die Sendung gar nicht gehört und infolgedessen auch nicht an der Umfrage teilgenommen – sie saßen vorm Bildschirm . . . GISELHER SCHMIDT

ARD 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Die Jugendstreiche des Knaben Karl
11.50 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.00 Tagesschau
14.10 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
Eine eigensinnige Unterhaltung
Griechenland und die traditionellen bayerisch-griechischen Beziehungen
14.55 Stadtrallye
Eine Schnitzeljagd für Fixe
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Hinter den Zahlen stehen Menschen
Mit der Arbeitslosigkeit leben
21.00 Geschichten aus der Heimat
Große Aufregung bei Oma Krömer. Als sie aus dem Urlaub zurückkommt, muß sie feststellen, daß ihre Kinder ihre Wohnung renoviert haben und dabei aus Versehen die Plastiktüte mit Omas Erspartem auf den Müll geworfen haben. Neben „Der Müll ist weg – Es lebe der Müll“ zeigt die ARD noch die Episoden „Die Kastanie“ und „Das Ortsgespräch“.
21.45 Made in Sweden
Musikalische Unterhaltung
Mit Sylvia Vrethammar, Göran Fristorp, Guitar Unlimited Duo
Regie: Rainer Bertram
22.30 Tagesthemen
23.00 Heinrich Heine
Die zweite Vertreibung aus dem Paradies (2)
Zweiter und letzter Teil der biographischen Szenen aus dem Leben Heinrich Heines: Im Mittelpunkt stehen die Beziehungen Heines zu Mathilde, Ferdinand Lassalle und seiner späten Liebe, der „Mouche“.
1.05 heute

ZDF

16.00 heute
16.04 Unsere Nachbarn, die Briten
Die Lust an der Niederlage
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tips für Aktive
1. Mit Tieren leben: Katzen (1)
2. Wenn's passiert ist . . . (4)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Die Nervensäge
Wiedersehen mit Eveline
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
21.00 Gesundheitsmagazin Praxis
Meister im Abnehmen / Die Pille danach / Sport im Betrieb
Moderation: Hans Mohl
21.45 heute-journal
22.05 Die Zeche
Nur Sonne gibt es genug
Bleibt Europas Süden arm?
Griechische Fischer sollen lernen, Austern zu züchten, Süditalien soll seine Schafherden vergrößern, um Hammelfleisch produzieren zu können. Dies sind zwei der Versuchsprojekte, die die EG ins Leben gerufen hat, um der drohenden Verarmung Südeuropas vorzubeugen.
22.50 Aspekte extra
Theater der Welt – Welttheater?
Festivalbericht aus Frankfurt am Main
23.35 Das kleine Fernsehspiel
Tscherwonez
Von Gabor Altorjay, Randy Marie Hoffmann, Janos Marton
Kamera: Jörg Jeshel
1.05 heute



SAT 1

13.30 Kum Kum
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Siehste in die Welt
15.30 Musicbox
16.30 Die Bären sind los
17.00 Kicker-Stammtisch
18.00 Abenteuer Wildnis
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Mit Pech und Schwefel
Amerikanischer Spielfilm (1950)
20.30 High Chaparral
21.30 APF blick
22.15 Der Arzt von Stalingrad
Deutscher Spielfilm (1958)
0.00 APF blick

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
U. a. Grenzstation: Eupen
19.00 heute
19.30 Derrick
Klavierkonzert
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Von der Horde zum Dorf
Die Geschichte der Zivilisation
22.45 Rembrandt in Linz
Der Maler Fritz Aigner
23.15 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

19.18 Karlchen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Dr. Jonathan Ferrier
20.20 RTL-Spiel
20.30 Minnesota Clay
Ital.-span.-franz. Spielfilm (1964)
22.05 RTL-Spiel
22.15 Zeichentrick für Erwachsene
22.25 Horoskop
22.30 Betthupferl

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Bande der Fünf
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Randolph Scott u. a.
Regie: George Marshall
21.30 Filmtip „Blood Simple“
21.45 Landesspiegel
Die Versorger (2)
22.15 Spanische Kunst
Julio González (1876–1942)
23.00 Jazz-Fest Berlin 1984
23.45 Tips für Leser
„Die Strecke“ von Gerhard Köpf
23.55 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Formel Eins
19.15 Wildnis zwischen Donau und Drau
20.00 Tagesschau
20.15 Das Haus der sieben Sünden
Amerikanischer Spielfilm (1940)
Mit Marlene Dietrich u. a.
21.40 Kultur aktuell
22.30 Die Geheimnisse der Händeloper
23.15 Nachrichten

HESSEN
18.30 Konrad Zuse (2)
19.05 Autoreport
19.20 Vom Teufel geritten
Amerikanischer Spielfilm (1958)
20.40 Kulturkalender
21.05 Bild der Woche
21.15 Drei aktuell
21.30 Die Leiden der Besiegten
10 Jahre im vietnamesischen „GULag“
22.15 Dellie und Breston
Australische Serie (2)

SÜDWEST
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Martin Luther (3)
21.05 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.50 Vis-à-vis
Gemeinsames deutsch-französisches Regionalprogramm
22.35 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.50 Ein Weltmeister, den keiner kennt
22.35 Landtag aktuell
Nur für das Saarland:
21.50 TV-Club Saar 3

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Die Untersuchungsrichterin
Das Feuer
20.40 Das historische Stichwort
20.45 Gabriels Ring
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Gesetz der Gesetzlosen
Italienischer Spielfilm (1974)
Mit Franco Nero, Claudia Cardinale u. a.
Regie: Pasquale Squitieri
23.50 Rundschau
23.55 Actualités

KRITIK

Was nicht in die Kampagne paßt . . .

Fast ist man geneigt zu sagen, erwartungsgemäß hat **Monitor** (ARD) seine Kampagne gegen die von der NATO aufgestellten Mittelstreckenwaffen fortgesetzt. Wie schon in früheren Sendungen mußte auch dieses Mal wieder der Pershing-Unfall bei Heilbronn vom Jahresbeginn dafür herhalten.

„Monitor“ verfocht die These, die unbeabsichtigte Entzündung der ersten Stufe des Raketenmotors sei durch eine Schlageinwirkung auf den festen Brennstoff ausgelöst worden. Daran konnten die Fernsehredakteure dann schnell ihre Folgerungen knüpfen, auf die sie von Anfang an in ihrer Kampagne gegen die „Nachrüstung“ zielstrebig aus gewesen waren: Die Raketen seien unsichere technische Gegenstände, bedrohten durch ihre Nähe zu bewohnten Gebieten viele Menschen und seien, weil technisch eben nicht zuverlässig, auch für den militärischen Gebrauch im Rahmen der Abschreckung zu nichts nütze.

Alle derartige Unterstellungen fallen freilich schnell in den Papierkorb, wo sie hingehören, wenn man die Schlagthese als Entzündungsursache anschaut. Sie ist von dem Team, das den Unfall aufzuklären hatte, natürlich auch ins Kalkül gezogen worden.

Schon in den Tests vor der Einführung der Raketen in die US-Streitkräfte sind die Treibstoffstufen aus mehreren Metern Höhe auf harten Boden fallen gelassen worden. Heftige mechanische Erschütterung konnte, das ergab der Untersuchungsbericht über das Unglück, eindeutig ausgeschlossen werden.

„Monitor“ weiß das selbstverständlich. Erwähnt wurde es freilich nicht. Es paßt ja auch nicht in die Kampagne. RÜDIGER MONIAC

"
[
V
T

Im
se
De
we

AEG



Ein Schrei, ein Pfiff

P. Jo. – Würden Sie Ihren Wecker anschreien, nur weil Ihnen sein Lärmen, das sie aus dem Schlaf reißt, mißfällt? Die Antwort ist gar nicht mehr so einfach. Denn was bislang als Ausdruck eines unbeherrschten cholerischen Temperaments galt, kann heutzutage eine ganz normale, auf die Eigenarten des Weckers abgestimmte Reaktion sein. Ein Uhrenhersteller kam nämlich auf die Idee, einen Wecker zu bauen, bei dem man nicht mehr schlaftrunken nach dem Abstellknopf tasten muß, sondern den man durch einen kräftigen Zuruf zum Schweigen bringt. Damit eröffnen sich im Umgang mit technischem Gerät Kommunikationswege, die bislang dem zwischenmenschlichen Verkehr vorbehalten schienen.

Inzwischen hat das Verfahren Schule und Fortschritte gemacht. Es wurde zu einer Art Dialogsystem weiterentwickelt. Ein großes Versandhaus bietet nämlich einen Schlüsselanhänger an, der auf einen Pfiff hin mit einem mehrfachen „tut-tut-tut" seinen Standort kundtut. Die weitere Entwicklung ist da schon abzusehen. Demnächst wird sich irgend so ein praktischer Gegenstand automatisch zu uns in Bewegung setzen, wenn wir jodeln oder tirilieren. Womit sie dann schon mehr leisten als jeder gutorzogene Hund, der den Zuruf seines Herrn zwar zur Kenntnis, aber nicht zum Anlaß nimmt, sich deshalb zu dessen Füßen zu legen.

Eines Tages aber werden sich diese Gerätschaften selbst genügen, sich nur noch mit ihresgleichen beschäftigen und ganz auf irgendein menschliches Zutun verzichten. Ob dann der Mensch die Chance zurückgewinnt, ebenfalls wieder nur seinesgleichen anzuschreien und anzupfeifen?

Tagung in Kiel: Klagelieder der Komponisten

Angst vor dem Roboter

Sind U-Musiker Leichtfüße und E-Komponisten Hängeköpfe? Was haben diese Etiketten mit der musikalischen Wirklichkeit zu tun? Sind sie nicht nur Verwaltungsschubladen, die sich allerdings spalterisch auf das Musikleben auswirken? Wenn der Interessenverband Deutscher Komponisten die schon etwas „abgefahrene" Themenstellung aufgriff, um seinem Vierten Europäischen Symposion einen inhaltlichen Angelpunkt zu geben, so bedurfte es einer besonderen Zielvorgabe. Sie versteckte sich im Motto der Kieler Tagung: „Über die Grenzen. E- und U-Musik, Bestandsaufnahme einer Entwicklung".

Wer einige der rund siebzig Komponisten, die sich voreinander und vor einem Häuflein Interpreten, Musikwissenschaftler und sonstiger „Musikvermittler" hören ließen, näher in Ohrenschein nahm, dem wurde rasch klar: Welcher unter „E" eingestufte Komponist legt seine Stirn – gar in „postmoderner" Zeit – unausgesetzt in Falten? Und welchem Kollegen aus der „U-Sparte", die nach ehrenwerter GEMA-Gepflogenheit die darbenden „Ernsten" unterstützt, wäre beim Tönesetzen nicht auch einmal grämlich zu Sinn? (Der Verleger Hans Sikorski findet sogar, daß seine U-Musikleute viel verbissener dreinschauen als die mehr „über den Dingen schwebenden" Mitarbeiter aus der E-Etage.)

Nicht wissenschaftliches Erkenntnisstreben trieb die Disputanten. Es ging schlicht ums Geld. Das von dem Hamburger Arrangeur Lem Arcon angeführte Konfuzius-Zitat, als Kaiser würde er zuerst die Sprache in Ordnung bringen, war gegen erwerbsmindernde begriffliche Zuordnungen gerichtet. Laut Arcon sind die „Bearbeiter" die meistbeschäftigten Kulis der Funkhäuser und Schallplattenfirmen. Während der Original-Komponist an der Verwertung seines geistigen Eigentums verdient, geht der Arrangeur hierzulande beinahe leer aus.

Zwischen den Stühlen sitzen auch die Urheber von „minimal music" und andere Grenzgänger, von denen keiner so recht weiß, ob sie den 96 Prozent U-Komponisten zuzurechnen sind oder der Vier-Prozent-Minderheit GEMA-begünstigter „Ernster". Dabei ist jener „dritte Weg", den zum Beispiel der Bramschweiger Dieter Salbert zu gehen versucht, womöglich der schwierigste: Ernstes durchblicken zu lassen in unterhaltsamen Tonfall.

Existenzsorgen haben nicht nur Komponisten, die in den USA neuerdings unter die Kategorie „cultivated" fallen. Auch die mit „vernacular music" („Umgangsmusik") Befaßten sehen ihre Felle davonschwimmen, seit die allmächtige Musikmaschine auf dem Vormarsch ist: der computergesteuerte Ton- und Rhythmusgenerator, der klinisch reine Sound-Clips in einer Zeitspanne ausspuckt, in der eine zünftige Rockband noch nicht einmal ihren Gerätepark aufgebaut hätte!

Wie verlautet, trägt eine wachsende Zahl routinierter Schlagzeuger bereits Zeitungen und Brötchen aus, weil der Musik-Roboter ihnen die Arbeit wegnimmt. Der künftige Erfinder von Pop-Titeln, Erkennungszeichen für Marktneuheiten und ähnlichem wird ein eingefuchster Programmierer sein müssen, will er überleben.

Die „sonologischen", klangfarblichen Herausforderungen neuer Technologien der Tonerzeugung werden heute von fast allen Komponisten angenommen, ob sie ihr Geld mit „Wegwerfmusik" machen oder das Innenleben neuer Klänge ausforschen wie die Franzosen unter dem Einfluß ihres „Napoleons der Musik", des Pariser IRCAM-Herrschers Pierre Boulez. Seine Schülerin Ivanca Stoianova prägte in Kiel den Begriff „Interface" für die aktuelle, postmoderne „Grenzüberschreitung U/E": Richtungszittern, „Unreinheit" der Materialien und Stile, Vieldeutigkeit, Dispersion.

LUTZ LESLE

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Herder-Initiative

Neugier als Lebensinhalt

Von der Zeitschrift, die im Sommer dieses Jahres den Vogel abschoß, weil sie ihr Vierteljahresheft just jenem Thema gewidmet hatte, das plötzlich in aller Munde war, ist bekannt, daß sie den Wettlauf mit den Tagesereignissen nicht sucht. Gerd-Klaus Kaltenbrunners „Herderbücherei Initiative" segelt seit 1974 auf den stilleren Gewässern einer undogmatischen und realistischen Anthropologie. Ungeachtet intellektueller Moden, doch unter zugespitzten und nicht selten schlagworträchtigen Fragestellungen zerlegt die Schriftenreihe das Menschenbild in einzelne thematische Bausteine. 62 Taschenbücher führen bisher von der Ökonomie zur Psychologie, von der Naturwissenschaft zu den Geisteswissenschaften.

Daß der staatliche und der religiös-philosophische Bereich die beiden Brennpunkte der „Initiative" bilden, ist schon eine Antwort auf die Frage „Wer ist der Mensch?". Band 62 „Wozu Geheimdienste? Kundschafter – Agenten – Spione" trifft zweifellos das meistdiskutierte Thema dieses Sommers. Ein Autor bezeichnet die Spionage als den „harten Kern des Staatshandelns". Doch wäre Kaltenbrunner nicht Kaltenbrunner und die Herderbücherei nicht die Herderbücherei, wenn die anthropologische Komponente fehlte (Walter Hildebrandt: Ausspähung und Täuschung). Ausgangspunkt ist hier das Neugierverhalten.

Der Mensch bleibt unfertig, das Jugendmerkmal der explorierenden Neugier wird bei ihm zum Dauerzustand. Doch besitzt der Mensch die Fähigkeit, die Neugier in Forschung zu überführen. Neugierig sein und etwas erforschen liegen nahe beieinander. Die Spionage bedient sich zunehmend der Forschungsergebnisse, manche Wissenschaften, wie die Psychologie, Ethnologie, *Soziologie* verwenden Methoden der Ausspähung.

Ungeachtet der von Hildebrandt notierten Entpersönlichung, der „anthropologischen Entleerung" des Geheimdienstes handelt es sich bei ihm nicht um ein Phänomen eines überwundenen Zeitalters. Das hat seinen Grund darin, daß für den „indirekten", den „verdeckten" Krieg, den „Krieg ohne Waffen" Diversion, Sabotage, Subversion, Desinformation, psycho-politische Zersetzung, Einsatz von Einflußagenten (Heinzgeorg Neumann: Vom Geheimen Nachrichtendienst zum Geheimdienst des Verdeckten Krieges; F. O. Miksche: Moskaus geheimer Krieg) ähnlich entscheidend sind wie im konventionellen Krieg Panzerschlachten.

Neu ist das nicht, denn *schon* um 350 v. Chr. forderte Sun Tsu, „den Feind im geheimen Krieg zu schlagen, ehe ein offener Krieg beginnt, ja sogar ehe der Gegner merkt, daß ihm Feindseligkeiten *drohen*." Neu ist vielmehr die Forderung nach „Transparenz" der Geheimdienste oder ihrer „offenen Einordnung in unsere Gesellschaft". Eine Unterschätzung der Bedeutung leistungsfähiger Geheimdienste, die aus solchen Forderungen spricht, wäre selbst schon eine Niederlage im Geheimen Krieg. Ihr entgegenzusteuern ist der Refrain aller *Beiträge dieses* Bandes.

Während *sich* Band 62 mit Mitteleuropa und Skandinavien (Bertil Häggman: Subversion im Norden) befaßt und sich auf den KGB und die deutschen Dienste (U. Bauer: Die Nachrichtendi*enste der* Bundesrepublik) konzentriert, soll ein späterer Band über CIA und nahöstliche Geheimdienste folgen. Daß Geheimdienst und Intelligenz schon immer etwas miteinander *zu tun hatten*, geht schon aus dem Namen des ältesten *Geheimdienstes* hervor, dem 1330 gegründeten *Secret Intelligence Service*.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

Ein Siegfried auf dem Weg zu neuen Taten: WELT-Interview mit René Kollo vor seiner ersten Opernregie

In meinem Hals kenne nur ich mich aus!

Am 6. Oktober schließt sich in Berlin der „Ring" Richard Wagners mit Götz Friedrichs Neuinszenierung der „Götterdämmerung". Zum ersten Mal in Europa läßt sich René Kollo darin als Siegfried hören. Eingedenk seiner Absage des „Tannhäuser" dieses Jahr in Bayreuth fragt sich Berlin derweil: „Wird er – oder wird er nicht?" Nämlich den Siegfried singen. Darüber sprach die WELT in Berlin mit dem Sänger.

WELT: Herr Kollo, wie geht es der Kehle?

Kollo: Danke, gut.

WELT: Und wie geht es der Seele?

Kollo: Danke, auch gut. Wie immer, wenn man als Sänger im Vollbesitz seiner Stimme ist.

WELT: Sie werden also in Berlin den Siegfried in der „Götterdämmerung" verläßlich singen?

Kollo: Natürlich. Dazu bin ich hier, probe dafür wochenlang und bin aufs Sorgfältigste vorbereitet.

WELT: Nun – das waren sie in Bayreuth auch. Ihre Absage des „Tannhäuser" in letzter Minute hat viel böses Blut dort gemacht – und noch viel mehr böse Tinte.

Kollo: Sie ist zu unrecht geflossen. Die Tatsache, daß ich buchstäblich vor aller Augen bis zum letzten Augenblick gekämpft habe, meine Krankheit zu überkommen, ist doch ein deutliches Zeichen, wie ernsthaft *ich mich mühte, die in mich gesetzten* Erwartungen zu erfüllen. In Bayreuth wollte man das allerdings nicht so sehen. Die Festspieldirektion hat mich nicht genügend verteidigt.

Der Oberbürgermeister hat, undementiert, alte Geschichten ausgekramt, ich hätte schon einmal in Bayreuth wegen Krankheit abgesagt, am gleichen Abend jedoch im Fernsehen gesungen; eine böse Geschichte, nur stimmte sie schon damals, zur Zeit ihrer Erfindung, nicht.

Man hat mich als „Callas der Tenöre" verteufelt (was in meinen Augen allerdings eher eine Auszeichnung ist). Man hat mir Starallüren untergejubelt, die ich, ein alter Berliner und Preuße mit beinahe leidig hochentwickeltem Pflichtgefühl, wirklich nicht habe. Man hat mir Angst vor der



Preuße mit Pflichtgefühl: René Kollo FOTO: DPA/KLAR

Partie nachgesagt (im Mai singe ich sie in Genf). Alles Mögliche und Unmögliche hat man mir zugetraut. Nur die einfache, traurige Wahrheit nicht: Ich war einfach krank. Aber ich habe bis zum letzten Augenblick um Stimme und Auftritt gekämpft.

WELT: *Warum geraten aber Sänger immer wieder in Verdacht?*

Kollo: Ganz einfach: Wenn Boris Becker eines Tages – was der Himmel verhüten möge – den Arm zeitweilig in Gips trägt aufgrund irgendeiner Verletzung, wird ihn jeder bedauern und keiner erwarten, daß er dennoch sein gewaltiges Tennis spielt. Wenn Nurejew dazu verurteilt ist (Gott schütze ihn!), zeitweilig an Krücken zu gehen, sieht jeder, daß er nicht tanzen kann. Ein Sänger dagegen *kann seine ausgetrocknete Schleimhaut* nicht vorzeigen. Auch seine geröteten Stimmbänder machen keinen Effekt. In seinem Hals wissen nun einmal nur er und seine Ärzte Bescheid, nicht einmal die Oberbürgermeister von Festspielstädten.

WELT: Werden Sie Ihr „Tannhäuser"-Debüt auf dem „Grünen Hügel" im kommenden Festspieljahr nachholen?

Kollo: Das ist noch nicht sicher, so gern ich es möchte. Man spricht von Schwierigkeiten, die zu überwinden wären. Ich denke, daß sie bei gutem *Willen Bayreuths und einiger* Anerkennung meiner langjährigen künstlerischen Leistung im Rahmen der Festspiele zu überkommen sind.

WELT: Inzwischen bereiten Sie sich auf neue Aufgaben vor. Sie werden im März in Darmstadt als Regisseur debütieren und „Parsifal" inszenieren.

Kollo: „Parsifal" – das war der Wunsch Darmstadts. Das Werk fehlt im Darmstädter Repertoire. Das ist der Hauptgrund dafür, daß ich als *Regisseur gleich mit* „Parsifal" beginne. Ich akzeptierte den Vorschlag Peter Brenners, des Intendanten, ohne längere Stückdiskussion, obwohl ich denke, auch für den „Tristan" inzwischen eine ausgereifte Konzeption zu besitzen.

WELT: Wer wird singen?

Kollo: Das weiß ich noch nicht. Auf jeden Fall wird es das Darmstädter Ensemble sein. Es soll keine Produktion für gastierende Stars werden. Im Grunde meines Sängerherzens bin ich Idealist genug zu hoffen, in einem atmosphärisch intakten Theaterklima könne man von Grund auf versuchen, den Menschen wieder zum Mittelpunkt der musikdramatischen Darstellung zu machen; Rollen gemeinsam *zu erarbeiten. Ich denke*, die Zeit für inszenatorische Revue-Erlebnisse auf der Opernbühne sind inzwischen vorbei. Nicht jeden Augenblick mehr muß ein inszenatorischer *Kopfstand geschehen.*

WELT: Heißt es mit der Heraufkunft des Regisseurs Kollo Abschied von Kollo, dem singenden Entertainer, zu nehmen?

Kollo: Aber nein. Zwar scheint mir das ZDF mehr und mehr Entertainment einzig für Zwölfjährige noch anzustreben, aber es gibt ja auch noch die ARD. Dort werde ich vom Herbst '87 an einmal jährlich unter großem gesellschaftlichen Aufwand Musiker der verschiedensten künstlerischen Couleur präsentieren: von Menuhin und Fischer-Dieskau bis Barbra Streisand, um nur ein paar Namen *aus der Luft zu greifen. Außerdem* aber ist eine Klassik-Prominenz-Präsentation à la Dünser im Gespräch.

WELT: Und Sie werden dazwischen Lohengrins Gralserzählung und „O sole mio" singen?

Kollo: Die Gralserzählung vielleicht. Aber das Unglück mit den Canzonen wie allem anderen unterhaltenden Tenor-Material liegt darin, daß das Genre inzwischen beinahe ebenso „klassisch" geworden ist wie die pure Klassik. Die meisten dieser populären *Stücke sind inzwischen auch* schon sechzig Jahre alt oder sogar älter. Richard Tauber war eigentlich der letzte, der noch aus dem Vollen schöpfen konnte mit seinen populären Liedern. Kein Tenor mag von Stücken wie diesen lassen, auch meine verehrten Kollegen nicht. Sie gehören nun einmal zum Image der Tenöre. Wer aber schreibt sie uns? Erst dann ist der Weg auch für uns „Klassiker" frei zum Video-Clip.

KLAUS GEITEL

JOURNAL

Hamburg will Ruzicka als Staatsoperndirektor

Gtl. **Hamburg**

Der Dirigent Gerd Albrecht und Peter Ruzicka, Intendant des Radio-Symphonieorchesters Berlin, sind Favoriten für die Nachfolge Rolf Liebermanns an der Spitze der Hamburgischen Staatsoper. Von 1989 an sollen sie, nach den Wünschen der Kultursenatorin Helga Schuchardt, gemeinsam die Leitung des Hauses übernehmen, sowohl mit künstlerischer wie auch mit finanzieller Verantwortung. Der Vertrag mit dem jetzigen Verwaltungschef, Staatsoperndirektor Rolf Mares, läuft bis 1989, die Verträge mit *Rolf Liebermann* und Hans Zender bis 1987 resp. 1988. Albrecht war unter Seefehlner Chefdirigent der Deutschen Oper Berlin. Ruzicka hat in den letzten Jahren gemeinsam mit Riccardo Chailly das RSO zu einem Publikumsmagneten Berlins gemacht.

Letzter Aufruf der Simone Signoret

dpa, **Paris**

Der letzte politische Aufruf der am Montag gestorbenen französischen Filmschauspielerin Simone Signoret galt dem Frankreich-Besuch von Kreml-Chef Michail Gorbatschow. Der zusammen mit Künstlern und Intellektuellen wie ihrem Mann Yves Montand, Patrice Chereau und André Glucksmann unterzeichnete Text wurde von „Le Monde" veröffentlicht: „Wir erklären *diesem Pflicht-Gast, daß die* notwendige Höflichkeit beim Empfang uns nicht vergessen läßt: die täglich fünfhundert Toten in Afghanistan, die Bomben auf Erithrea, das teilweise im Käfig gehaltene Europa, das verzweifelte Polen, die an der Ausreise gehinderten sowje*tischen Juden und die Opfer der* neuen Asyle und GULags, die unter anderem deshalb schuldig wurden, weil sie sich auf die Vereinbarungen von Helsinki beriefen."

Polens Kultur unter König Stanislas

MvZ. **Venedig**

Die Ausstellung „Warschau 1764–1830 / Von Belotto bis Chopin" in der Ca Rezzonico von Venedig dokumentiert mit Gemälden, Zeichnungen, Stichen und Architekturprojekten die Kulturgeschichte Polens von der Thronbesteigung Stanislas Poniatovskis bis zum Novemberaufstand 1830 (bis 20. November).

E. B. White gestorben

dpa, **North Brooklyn**

Der amerikanische Schriftsteller und Essayist Elwyn Brooks White, der Kinderbücher, Gedichte und ein Standardwerk über den Gebrauch der englischen Sprache verfaßt hat, ist im Alter von 86 Jahren in seinem Haus in North Brooklyn (US-Bundesstaat Maine) gestorben. Der Pulitzer-Preisträger schrieb auch 25 Jahre lang Artikel für die Zeitschrift „The New Yorker".

Herbert Bayer tot

dpa, **Santa Barbara**

Der Maler, Architekt und Designer Herbert Bayer, *einer der letzten* Künstler der deutschen Bauhaus-Schule, ist in Santa Barbara (Kalifornien) nach langer Krankheit gestorben. Er war 85 Jahre alt. Bayer hatte erheblichen Einfluß auf die amerikanische Werbegrafik und gilt als Pionier für die Einbeziehung *der Kunst in die Industrieform.* Der in Österreich geborene Künstler hatte am Bauhaus grafisches Design gelehrt, bevor er 1928 in Berlin ein eigenes Studio aufmachte. Zehn Jahre später verließ er Deutschland und ging in die USA.

Berlin zeigt die Holzstöcke Schmidt-Rottluffs

Ausleihe streng verboten

Selbst in der Darreichung von Sensationen bewahrt Professor Leopold Reidemeister die noble Zurückhaltung des Gentleman. Denn was er jetzt in zwei unmittelbar aufeinanderfolgenden Sonderausstellungen in „seinem" Brücke-Museum in Berlin hinbreitet, hat wirklich den Rang einer *Sensation. Zumal* wenn man bedenkt, daß sie sich im Werk eines Klassikers der Moderne findet, der, wie die Freunde des „Brücke"-Kreises, auf dem Kunstmarkt explodierende Preise erzielt.

Daß Karl Schmidt-Rottluff gerade mit seinen Holzschnitten dem Gesamtwerk mehr als nur eine Note, sondern überhaupt erst ein ganz und gar unverwechselbares Gesicht gegeben hat, ist eine Allerweltsweisheit. Die Tatsache wiegt um so gravierender, *als Schmidt-Rottluff nur einen* Teil seines überaus langen Lebens diese grafische Technik handhabte, exakt bis ins Jahr 1930.

Aber was wußten wir über die Holzstöcke? Wenig oder gar nichts. Und sogar die „Kenner" waren, stellt sich jetzt heraus, manchmal kräftig auf dem – *Holzweg*. Das ändert sich mit einem Schlage.

Die Drucke, die sich noch im Besitz des Künstlers befanden, wurden größtenteils bei einem Bombarde*ment, das sein Atelier in* der Bamberger Straße in Berlin traf, vernichtet. Aber wunderbarerweise blieben die Holzstöcke verschont. Sie *lagerten* wohl im Keller. Der Künstler nahm sie zunächst mit nach Rottluff und brachte sie 1947, nach der Berufung an die Hochschule für bildende Künste, wieder nach Berlin. Da lagen sie auf dem Balkon der Zehlendorfer Wohnung. 1975 hat der Künstler sie schließlich mit einer weiteren großherzigen Geste dem Brücke-Museum geschenkt: die Holzstöcke für 207 Holzschnitte, wohl die Hälfte des gesamten xylographischen Werkes, ein repräsentativer Querschnitt des Schaffens von 1905 bis 1930. Reidemeister zeigt jetzt, nachdem er alle Stöcke wissenschaftlich inventari*siert hat, zunächst die* Arbeiten der Jahre bis 1914. An Schmidt-Rottluffs Geburtstag, am 1. Dezember, folgen die übrigen.

Reidemeisters Arbeit ergab, daß *sich Rosa Schapire* bei ihrem Werkkatalog bei Maß, Technik und Besitzverhältnissen gründlich manchmal verhauen hat. Obendrein hielt sie manche Stöcke für zerstört, die wir jetzt leibhaftig vor uns sehen.

Der Berliner Künstler Ernst Leonhardt hat, soweit keine Originalabzüge vorhanden waren, von den Schwarz-Weiß-Stöcken im Auftrage des Museums jeweils einen Abzug angefertigt. Und nun kann man Stock und Druck in unmittelbarer Nachbar*schaft* betrachten. Siehe da: Die Stöcke haben ihr höchst intensives Leben, ja man möchte sie oft als das eigentliche Werk betrachten. *Zumal* jene Platten, von denen nur wenige Abzüge gemacht wurden, und die sich den Hell-Dunkel-Kontrast bewahrt haben, weil die Drucker*schwärze* nicht einsinken konnte, zeitigen gegenüber dem Druck eine äußerst expressive, geradezu skulpturale Wirkung. Hier wird Schmidt-*Rott*luffs späterer Schritt zum Relief und zur Holzplastik beinahe als Notwendigkeit verständlich. Das Museum ist glücklicherweise im Besitz bildhaue*rischer* Arbeiten des Künstlers und kann auch das kleine Relief mit zwei weiblichen Akten zeigen, das Schmidt-Rottluff Weihnachten *1911* Rosa Schapire geschenkt hat.

Eine besondere *Überraschung* sind Holzstöcke, von denen ein Druck bisher gar nicht bekannt war. Oder jene Platte mit „Bäumen in der Marsch" von 1909, auf deren Rückseite sich ein bis dato nicht aktenkundiger *Schnitt* „Häuser über Dünen" fand.

Das Zartgefühl erlaubte es nicht, auch Abzüge von den Farbstöcken anzufertigen – sie spielen ohnehin eine eher sekundäre Rolle. Die Stöcke werden nur in Berlin ausgestellt. Eine Ausleihe verbietet sich allein schon aus konservatorischen Gründen – nicht zuletzt aber auch, um unkontrolliertem Mißbrauch vorzubeugen.

Ein „schönes Abfallprodukt" seiner wissenschaftlichen Arbeit nennt der immerjunge Reidemeister die *Ausstellungen*. Sie sind *natürlich* weit mehr: Ein gehobener Schatz. (Teil 1: bis 24.11., Teil 2: 1.12.85 bis 19.1.86, Katalog 35 Mark)

PETER HANS GÖPFERT



Wissenslücken geschlossen: Stehender Rückenakt (1908) von Karl Schmidt-Rottluff aus der Ausstellung der Holzstöcke im Berliner Brücke-Museum FOTO: BINDER/THIELE

„Drei gegen drei": Kino-Debüt der Pop-Gruppe Trio

Jagd auf Doppelgänger

Vor drei Jahren hielten sie dem weichgespülten Liebesschmerz des deutschen Schlagers ihr lakonisches „Da Da Da" entgegen. Und während andere Pop-Musiker mit ihren Instrumenten Veitstänze aufführten, zeigte „Trio" den raffinierten Reiz der Monotonie. Inzwischen aber ist der *Hitparaden-Lorbeer* verwelkt und soll im Kino wieder aufgefrischt werden. „Drei gegen drei" nennt sich dieses neueste Opus deutscher Kino-Komik.

Von der stoischen Ruhe der Pop-Drillinge ist allerdings in diesem aufgeregten Lustspiel wenig übriggeblieben. *Übten sie sich als Musiker* eher in aufreizender Minimal-Mimik, so fuchteln und grimassieren sie sich nun verzweifelt durch ihre Doppelrollen. Zum einen spielen sie drei südamerikanische Generäle, die vor dem aufgebrachten Volk ihres Zwergstaats zunächst nach Berlin fliehen, um ihre ergaunerten *Millionen* später in der Schweiz abzuholen.

Zum andern verkörpern sie deren deutsche Doppelgänger, drei harmlose Bürger, die bei einem Attentat anstelle der *Generäle sterben sollen*. Zwar garantiert der simple Drehbuchkniff etliche Verwechslungen und Verwicklungen, jedoch keine gelungene Komödie. Denn die Autoren und der Regisseur Dominik Graf, der mit „Neonstadt" und „Das zweite Gesicht" zwei imponierende Visitenkarten abgab, schätzen Kalauer offenbar höher als Pointen.

Das wäre kaum weiter schlimm, wenn wenigstens die Slapstick-Hiebe aufs Zwerchfell zielten. Da trifft man *den nervös zuckenden Psychiater* ebenso wie ein naives Blondchen, das die bedauernswerte Sunnyi Melles als kichernde Mischung aus Marylin Monroe und Ingrid Steeger spielt. Immer wenn die immerhin technisch sauber inszenierte Geschichte durchhängt, greift Regisseur Graf zum *Holzhammer und läßt deftige Herren*witze aufsagen.

Und die drei Hauptdarsteller? Nun, sie dürfen immerhin in weniger hektischen Momenten ihr Talent andeuten. Insbesondere „Trio"-Trommler Peter Behrens, der in Hans-Christoph Blumenbergs Debütfilm „Tausend Augen" einen Seidenschalwürger mimte und hier die spärlichen Gags mit köstlich-glupschäugiger Harmlosigkeit serviert. Stephan Remmler und „Kralle" Krahwinkel bleiben *zwar hinter ihrem pfiffigen Kollegen* zurück.

Doch wenn die drei wirklich einmal an der langen Leine blödeln dürfen, wenn sie schlaksig und lässig die Klamottenkomik unterlaufen, dann ahnt man die wahren „Trio"-Qualitäten. Zum anarchischen Biß oder zur absurden Ironie reicht's freilich fast nie.

HARTMUT WILMES

Venedigs Biennale erinnert an den San-Marco-Organisten Andrea Gabrieli

Madrigale zu Füßen der Tintorettos

Während die musikalische Welt nördlich der Alpen dieses Jahr ihr Augenmerk ganz auf die Feier des 300. Geburtstages des Thomaskantors Johann Sebastian Bach legt, zelebriert Venedig den 400. Todestag des *San-Marco-Organisten* Andrea Gabrieli. Das musikalische Venedig des Cinquecento ersteht dank der Schirmherrschaft der Biennale wieder in seinem erhabenen Glanz. Die *Musik des Venezianers* Andrea Gabrieli, der bei Orlando di Lasso in München die entscheidenden Impulse für seinen polyphonen Stil erhielt, ging jenen Konzerten voran, die der *Musik zeitgenössischer Komponisten* im Rahmen der venezianischen Musik-Biennale gewidmet waren.

Eine Woche lang regierten die Madrigale des Andrea Gabrieli und die seines Neffen Giovanni die Lagunenstadt und ihre schönsten Kirchen und Paläste. *Die Stiftung Giorgio Cini* beteiligte sich an der Hommage für den Organisten von San Marco mit der Ausrichtung eines dreitägigen Expertentreffens. Musikwissenschaftler und Kunsthistoriker aus aller Welt diskutierten Fakten zum Leben und Werk des Andrea Gabrieli. Richtungsweisendes förderten sie nicht zutage, eher Unsicheres und Zweifelhaftes in Leben und Werk des Komponisten. Immerhin ist man sich inzwischen einig, daß Andrea Gabrieli im Jahre 1533 geboren wurde. Dieses Datum sollte nun auch endlich Eingang in die gängigen Musiklexika finden, *die in puncto Gabrieli dem* Stand der heutigen Forschung zum Teil gewaltig hinterherhinken.

Die italienische Presse machte sich über den venezianischen Blick zurück *etwas lustig,* indem sie dieser Musik die Attraktivität für die heutige Jugend absprach. Sicher gibt es ein Publikum, das lieber die rundgeformte und hüftenschwingende Madonna auf einem goldenen Plastik-Bucentoro made by Kabuki den Canal Grande *hinabtreiben sehen* würde als die strengen Formen italienischer Renaissancemusik zu ergründen. Aber die vielen jungen Zuhörer in den Kirchenkonzerten Venedigs zei*gen das Interesse der jungen* Generation gerade an der Musik der Urahnen.

Zugegeben: Es verirrten sich viele in die Kirchen und Paläste, die Musik als venezianischen *Aperitif* oder als Dessert empfanden. Gabrieli und seine Musik wurden eben genossen wie die Lagune, die Luxushotels und die feinen Restaurants. Und das alles war vorzüglich zubereitet: Gabrielis Orgelmusik für zwei Orgeln erklangen in der Kirche der Frari im Angesicht der Gemälde Tizians, im Teatro la Fenice die Chöre zu „Ödipus" in den Originalkulissen aus dem Teatro *Olimpico zu Vicenza, die vielstimmi*gen Madrigale unter den goldschimmernden Fresken der Basilika San Marco und die heiteren festlichen Madrigale in der Scuola di San Rocco *inmitten der Gemälde Tintorettos.*

Die Qualität der Aufführung konnte sich hören lassen: The Consort of Musicke, die Accademia vocale „La Fontegara", die Ensembles Pro canzione antiqua und Bruce Dickey sowie das Edward Tarr Brass Ensemble *sangen und bliesen* die Heiterkeit der venezianischen Renaissance herbei. Andrea Gabrieli war ein musikalisches Kind des italienischen Rinascimento. Er brach in der Zeit des Konzils von Trient *zu* neuer vielschichtiger Polyphonie in der sakralen und weltlichen Musik auf. Die Befreiung des menschlichen Geistes vollzog sich in den Formen idealer antiker Harmonie, die Andrea Palladio in Stein haute und die Andrea Gabrieli in seinen Madrigalen zu musikalischer Schönheit verewigte.

FERRY KEMPER

Frohe Botschaft für den deutschen Wald

KURT POLLAK/DW. Bonn/Wien

Nach düsteren Prognosen für den deutschen Wald endlich eine frohe Botschaft: Die regenreichen Sommer dieses und des vergangenen Jahres sowie die kontinuierliche Abnahme der Luftverschmutzung haben zu einem Rückgang der Waldschäden um 5,6 Prozent geführt. Dies erklärte gestern der nordrhein-westfälische Umweltminister Klaus Matthiesen in Düsseldorf. Lediglich der Eiche, die bisher als widerstandsfähig gegolten hat, „geht es schlecht", sagte der Minister und mußte einräumen, daß „wir für diese Entwicklung noch keine stichhaltige Erklärung haben".

Gesteinsmehl mit hohem Anteil an Kalium

Eine andere Nachricht, die Waldschützer aufhorchen ließ, kommt aus Niederösterreich. Ein Waldbesitzer aus der Wachauer Gemeinde Gansbach/Kicking bannte das Baumsterben in seinem Forst – ohne es zu wollen – mit einem ungewöhnlichen wie einfachen Mittel – mit Steinen, genauer gesagt mit Gesteinsmehl aus einem Steinbruch der Wachau, das einen hohen Anteil von Kalium und Magnesium aufweist.

Waldbesitzer Robert Schindele hatte vor vier Jahren einen durch seine Wälder führenden Wirtschaftsweg mit Schotter bestreuen lassen, um seine Holzfahrzeuge auch bei Schlechtwetter einsetzen zu können. Zu seinem Erstaunen erholten sich die neben der Forststraße stehenden und im Absterben befindlichen Tannen, Fichten und Laubbäume innerhalb von drei Monaten, setzten neue Triebe an und können nunmehr als endgültig gerettet angesehen werden.

Das mineralhaltige Geröll hatte offensichtlich für die Regenerierung der Bäume gesorgt. Wind und Regenfälle hatten dazu beigetragen, daß das Gesteinsmehl von der Schotterstraße in den Wald gelangte und dort als Dünger wirkte. Der Waldbesitzer informierte die zuständige Forstbehörde, und bald nach Bekanntwerden dieser Nachricht kamen auch aus anderen europäischen Ländern Wissenschaftler in den geretteten Wald am Jauerling oberhalb der Donau.

Ein „Dünger" für fünf Millionen Hektar Wald?

Jetzt wurde beschlossen, den Steinbruch, in dem sich das wirksame Mineralgestein befindet, auszubeuten. Schindele verweist auf ein geologisches Gutachten, in dem es heißt, daß die Gesteinsvorräte als Dünger für fünf Millionen Hektar geschädigter Waldfläche reichen. Zum Vergleich: Der gesamte Waldbestand der Bundesrepublik Deutschland umfaßt etwa sieben Millionen Hektar.

In Österreich gelten 800 000 Hektar Wald als geschädigt. Pro Hektar Waldfläche wäre eine Tonne Gestein als „Medizin" notwendig, zum Kilopreis von 33 Pfennig. Jede Tonne dieses Gesteins enthält 128 Kilogramm Magnesium und 140 Kilogramm Kalium. Die wirtschaftlichste Methode, das Mittel in den Wald zu bringen, ist der Einsatz von Hubschraubern. Diese Methode sorgt auch dafür, daß die Blätter oder Nadeln der kranken Bäume intensiv bestäubt werden, was nicht nur einen doppelt so raschen Erholungsprozeß bewirkt, sondern auch zur Vernichtung blattfressender Insekten führt.

Mit dem Export des Gesteinstaubes wird in Kürze begonnen. Forstexperten sagten gegenüber der WELT: „Dieses Mineralgestein aus der Wachau könnte tatsächlich zur Rettung gefährdeter Wälder beitragen." Und Robert Schindele: „Ich will nicht nur mein Gestein dazu verwendet sehen. Überall in Europa muß es ähnliche Gesteinsformationen geben wie in diesem Steinbruch hier in Niederösterreich."

Das gewisse Etwas der zehn attraktivsten Männer über 40 – die Liste der Hollywood-Autorin Arlene Dahl



Cary Grant (81): Das Wunder. Seit Jahrzehnten nichts von seiner Anziehungskraft verloren. FOTO: DPA



John Forsythe (67): Traumhaftes Aussehen, blendende Figur, Typ Übervater. FOTO: DPA



Johnny Carson (59), Talkmaster: Der „ewige" Junge. Frauen wollen ihn bemuttern. FOTO: CAMERA PRESS



Paul Newman: Mit 60 noch „sexier" als in jüngeren Jahren. Diese blauen Augen . . . FOTO: KEYSTONE



Robert Redford (48): Erweckt den Eindruck, als könne er überall Meisterliches leisten. FOTO: D. ANGELI

Warren Beatty (48): Fröhlich-frech. Die Herausforderung für Frauen schlechthin. FOTO: DPA

Julio Iglesias (43): Himmlisch anzuschauender Spanier – fast schon zu perfekt. FOTO: CAMERA PRESS



Billy Dee Williams (48), Filmstar: „Matinee-Idol" mit dem Gang eines Panthers. FOTO: DPA



Tom Selleck (41): Der Mann mit den Grübchen, die seinen Humor verraten. FOTO: CAMERA PRESS



Placido Domingo (44): Wirkt wie eine romantische Figur der Vergangenheit. FOTO: CAMERA PRESS

Hormonskandal: Schlächterei zieht Konsequenzen

mj. Hannover/Oldenburg

Die Entwicklung im nordwestdeutschen „Hormonkälber-Skandal", der Anfang September aufgedeckt wurde, hat nun selbst jenen großzügigen Haftrichter beim Amtsgericht Nordhorn beeindruckt, der den als „Spritzenverteiler" dringend verdächtigen „Futtermittelberater" aus der Grafschaft Bentheim zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt hatte (WELT v. 4. 9.).

In den drei Wochen, die seit seiner ersten Festnahme verstrichen sind, war der 52jährige Vertriebsmitarbeiter eines holländischen Viehfutter-Herstellers nicht untätig geblieben: Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Oldenburg war er bemüht, Spuren zu verwischen. Jetzt sitzt er in Untersuchungshaft und sieht einem Strafverfahren wegen „gemeingefährlicher Vergiftung in Tateinheit mit Vergehen gegen das Lebensmittelgesetz" entgegen.

Die unverzüglich veranlaßten Schlachtfleisch-Untersuchungen durch Tierphysiologen der Technischen Universität München/Freising haben die Anwendung verbotener synthetischer Schnellwachstumshormone nachgewiesen. Danach enthielt der den Kälbern verabreichte „Hormoncocktail" neben den Sexualhormonen „19-Nortestosteron" und „Östradiolbenzoat" als drittes Hormon „Medroxyprogesteron" sowie das Antibiotikum Chloramphenicol.

Das niedersächsische Landwirtschaftsministerium spricht von „hoher krimineller Energie": Findige Chemiker hätten Stoffe kombiniert, die natürlichen Hormonen „stark angenähert" und daher nur schwer nachweisbar seien. Das Landeskriminalamt ergänzte, für den eigenen Verzehr hielten wissende Mäster sich „saubere" Tiere nebenher . . .

Angesichts des gestörten Vertrauens der Verbraucher hat eine der größten Kälber-Versandschlachtereien der Bundesrepublik Deutschland Konsequenzen gezogen. Die in Lindern (Kreis Cloppenburg) ansässige Firma Hubert Bahlmann läßt sich nach eigenen Angaben jetzt von jedem Erzeuger die „Hormonfreiheit" der aufgekauften Tiere schriftlich bescheinigen.

Der zähe Abschied vom Chauvi

Soziologische Studie zeigt den Wandel im Selbstverständnis des deutschen Mannes

GISELA REINERS, Hamburg

Der deutsche Mann macht keine Hausarbeit, überläßt die Entscheidung über Verhütung und Schwangerschaftsabbruch seiner Partnerin, kümmert sich nicht um die Kindererziehung und ist nicht bereit, seine Interessen denen seiner Lebensgefährtin unterzuordnen. Und dennoch: Er ändert sich. Das zumindest haben die Soziologinnen Professor Sigrid Metz-Göckel und Ursula Müller aus Dortmund in einer Untersuchung im Auftrag der Frauenzeitschrift „Brigitte" festgestellt. Danach sind die deutschen Männer keine Paschas mehr, verglichen mit einer ähnlichen Erhebung der Soziologin Helge Pross von 1976, ebenfalls für „Brigitte".

„Das alte Bild der patriarchalischen Männergesellschaft verwischt sich", haben die Wissenschaftlerinnen herausgefunden. „Die Männer nehmen Veränderungen bei den Frauen wahr und sehen sich gezwungen, sich neuen Ansprüchen zu stellen – aber nur kleckerweise. Sie fühlen sich zunehmend verunsichert, auch durch sexuelle Verweigerung – aber einen Leidensdruck empfinden die Männer nicht." Die Veränderungen in den Einstellungen der Männer sind am ehesten dort abzulesen, wo alles theoretisch bleibt: Man hat nichts gegen berufstätige Frauen, man wünscht sich partnerschaftliche Interessen-Verteilung, man sei auch nach wie vor sexuell glücklich in der Beziehung zu seiner Frau. Doch wenn Nachfragen kommen, zeigt sich sehr schnell der Mangel an Engagement für die Sache der Frau, wenngleich man über frauenspezifische Probleme wie Gewalt gegen Frauen oder Abtreibung, ganz gut informiert ist.

Die Studie „Der Mann" stützt sich auf eine repräsentative Umfrage bei mehr als 1000 Männern zwischen 20 und 50 Jahren. Ergänzt wurden die Ergebnisse durch Gruppengespräche und Einzelinterviews. Dabei wurde deutlich, daß sich kaum noch ein Mann offen zu sagen traut, daß die Frau an den Herd gehöre mit allen Konsequenzen. Aber das macht die Wissenschaftlerinnen mißtrauisch.

Sie fürchten, daß Diskriminierungen „diskreter" und schwieriger zu bekämpfen geworden sind. So wird der Wunsch nach Berufstätigkeit akzeptiert – eine wachsende Zahl von Männern hat inzwischen Erfahrungen mit weiblichen Vorgesetzten – aber nur solange, wie die Frau nicht als Konkurrentin auftritt.

Die letzte Bastion, an der sich massiver Männer-Widerstand zeigt, ist die Frage nach der Kinderbetreuung. 80 Prozent der Männer meinen, Frauen sollten zuhause bleiben, wenn Kinder da sind. Nur 23 Prozent beklagen, daß es noch keinen Elternurlaub gibt. Hier scheinen Männer einen Grund gefunden zu haben, Frauen vom Erreichten wieder auszuschließen. „Die Kinderfrage wird zur Frauenfrage", meinen die Soziologinnen dazu. In der Pross-Untersuchung hatten Männer Frauen im Beruf mit Mehrheit abgelehnt, wegen fehlender Qualifikation. Heute meinen 29 Prozent, sie solle sich nicht dem Streß aussetzen, aber doppelt soviele (61 Prozent) sehen in der Belastung durch Kinder und Familie einen Hinderungsgrund für die Berufstätigkeit.

In der Studie wurden die Männer in fünf Typen eingeordnet: Die „Egalitären", eine verschwindende Minderheit, die „Liberalen", die „Schwankenden", die „Konservativen" und die „Chauvinisten" – allerdings auf dem Rückzug – die die Rechte der Frauen am liebsten wieder einschränken würden.

Der deutsche Mann der 80er Jahre schätzt zwar die selbstständige, tüchtige Frau, die weiß, was sie will, und darin unterscheidet er sich von den früher Befragten. Fördern will er die Entwicklung aber offenbar nicht, und sei es nur durch Zupacken bei der Versorgung von Kindern und Haushalt. Man(n) läßt weiter waschen, wischen und windeln. Nur höchstens jeder zehnte Mann ist nach Ansicht der Wissenschaftlerinnen bereit, eine Frau als wirklich gleichberechtigt anzuerkennen. „Der neue Mann ist noch ein seltenes Exemplar", lautet der Stoßseufzer der Soziologinnen.

Sinkloch verschlingt Autowerkstatt

Zwei Lastwagen und zwei Pkw verschwanden samt Autowerkstatt gestern früh in Jacksonville in Florida in einem neun Meter tiefen und 40 Meter breiten Sinkloch. Eine Kalksteinschicht 50 Meter unter der Oberfläche war in sich zusammengefallen (Foto: AP). Besitzer Steve Hull war fassungslos.

Kann Geldnot Scholl zur Tat getrieben haben?

flo, Baden-Baden

Die undurchsichtige Finanzlage des früheren FDP-Landesvorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Hans-Otto Scholl, beschäftigt das Landgericht in Baden-Baden. Der Jurist wird des Juwelenraubs und der schweren Körperverletzung angeklagt.

Der Staatsanwalt glaubt, daß Scholl den Überfall vom 28. Dezember 1984 beging, weil er keinen anderen Ausweg aus seiner Verschuldung sah. Seit Oktober des vergangenen Jahres müsse er, so der Staatsanwalt, bei einem monatlichen Einkommen von 15 000 Mark ganze 28 000 Mark Zinsen abführen. Bei dem Überfall erbeutete der Täter Schmuck im Wert von 2,6 Millionen Mark.

Tatsächlich hatte Scholl Ende des vergangenen Jahres Schulden von mindestens 1,8 Millionen Mark. Verpflichtungen, die Scholl bei seinem Ausscheiden als Bundesgeschäftsführer des Pharma-Verbandes übernommen hatte.

Vor dem Arbeitsgericht war festgelegt worden, daß Scholl das in Juwelen und Gemälden investierte Verbandsvermögen der Pharma-Industrie bar zurückzahlen müsse, womit die Wertsachen in seinen Besitz übergingen. Die dafür gewährten Kredite wurden zwar zurückgezahlt, aber auch neue aufgenommen.

Bereits vor drei Wochen hatte Scholl in einem Exklusiv-Gespräch mit der WELT in seiner Zelle erbost das vermutete Motiv, wie nun auch vor Gericht, zurückgewiesen. Scholl: „Leute, die aus meinen Finanzen ein Motiv drehen wollen, können nicht klar denken. Wäre ich wirklich pleite, hätte der Vollstreckungsbeamte meine beiden Häuser verkauft und alles andere wäre mir geblieben. Und das ist nicht gerade wenig."

Hans-Otto Scholl hatte vor Gericht für alle aufgeführten Kredite eine Erklärung: Jeder Schuld stünden entsprechende Sachwerte gegenüber. Eher hätte er sich von seinen Gemälden getrennt, als einen törichten Überfall zu begehen.

Vielleicht bringt der für den 11. Oktober erwartete ballistische Vergleich der am Tatort und in Scholls Haus gefundenen Geschosse mehr Licht in das Verfahren.

Beamtenwillkür: Minister zahlte Entschädigung

AP, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat einem Ehepaar, das Opfer von Behördenwillkür wurde, die Kosten erstattet. Der Petitionsausschuß des Bundestages berichtete gestern über den Fall des Duisburger Ehepaares M. Bei einem Sonntagsausflug mit dem Bus in die Niederlande stellte der Ehemann plötzlich fest, daß er seine Papiere vergessen hatte. Der Busfahrer beruhigte ihn: Er könne sich am Übergang Elten für sechs Mark ein Tagesvisum ausstellen lassen. Der deutsche Grenzbeamte in Elten aber entschied anders. Das Ehepaar mußte aussteigen. Auf die Frage, wie sie nach Duisburg kommen sollten, habe der Beamte gesagt: „Sie können ja per Anhalter fahren."

Haftverschonung

dpa, Hamburg

Die unter dem Verdacht mehrerer Straftaten verhaftete Hamburger Staatsanwältin Angelika S. ist von weiterer Haft verschont. Das bestätigte gestern ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. Der Haftbefehl gegen die weitgehend geständige Staatsanwältin bleibe aber bestehen. Ihr 21jähriger Freund und Komplize bei Einbrüchen bleibt wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr weiter in Haft.

Versuchung widerstanden

Ke- Bonn

Bonns ehemalige Familienministerin Antje Huber (SPD) hat mit einem Seitenhieb auf die Spionageaffären am Rhein die Ehre ihrer Kolleginnen im Bundestag verteidigt. In der Parlamentarischen Gesellschaft erklärte sie gestern, seit 1949 seien niemals weibliche Abgeordnete in einen Skandal verwickelt gewesen, „auch wenn die Versuchung sicherlich da war".

Durchs Autofenster

dpa, Mailand

Die Unvorsichtigkeit, 300 Millionen Lire (umgerechnet 450 000 Mark) auf dem Sitz seines Autos liegenzulassen, kam einen italienischen Industriellen bei Mailand teuer zu stehen. Zwei junge Männer auf einem Motorrad griffen im Vorüberfahren durch das offene Fenster nach dem Geld und rissen es an sich, obwohl ein Angestellter auf dem Beifahrersitz saß.

Keine Strafe Gottes

dpa, München

Die unheilbare Immunschwächekrankheit Aids ist nach den Worten des Kardinals Joseph Höffner keine Strafe Gottes. „Nach christlicher Auffassung ist die Krankheit eine Heimsuchung Gottes", sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz in einem Interview mit der neuesten Ausgabe der Illustrierten „Bunte".

Täter gefaßt

AP, Bad Kreuznach

Der 40jährige Mann aus Sponheim, der am Dienstag unmittelbar nach seinem Scheidungstermin in Bad Kreuznach seine Frau und deren neuen Lebensgefährten erschossen hatte, ist gefaßt. Er wurde gestern dem Haftrichter vorgeführt. Der Leitende Oberstaatsanwalt Hermann Hillebrand erklärte gestern, das Ehepaar sei bei dem Termin nicht geschieden worden.

WETTER: Wolkig und dabei warm

Wetterlage: Zwischen einem umfangreichen Tiefdruckgebiet über dem Atlantik und einem Hochdruck über Südosteuropa wird weiterhin warme Luft nach Mitteleuropa geführt.



Vorhersage für Donnerstag:

Im gesamten Bundesgebiet in den Frühstunden gebietsweise Dunst oder Nebel. Nach dessen Auflösung wolkig bis heiter und trocken. Tageshöchsttemperaturen zwischen 20 und 25 Grad, nächtliche Tiefstwerte auf 14 bis 10 Grad zurückgehend. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Keine durchgreifende Wetteränderung

Temperaturen am 2. 10., 13 Uhr:

Berlin	21°	Kairo	29°
Bonn	22°	Kopenh.	19°
Dresden	24°	Las Palmas	27°
Essen	21°	London	21°
Frankfurt	20°	Madrid	23°
Hamburg	19°	Mailand	22°
List/Sylt	16°	Mallorca	29°
München	23°	Moskau	12°
Stuttgart	21°	Nizza	24°
Algier	28°	Oslo	13°
Amsterdam	19°	Paris	22°
Athen	24°	Prag	22°
Barcelona	28°	Rom	26°
Brüssel	21°	Stockholm	11°
Budapest	22°	Tel Aviv	26°
Bukarest	20°	Tunis	28°
Helsinki	16°	Wien	20°
Istanbul	21°	Zürich	23°

Sonnenaufgang am Freitag: 6.27 Uhr, Untergang: 17.54 Uhr; **Mondaufgang:** 19.53 Uhr, Untergang 12.25 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Rekorde vom Dauerwitzeln bis zum Badewannensitzen

F. DIEDERICHS, Berlin

Das Buch der Superlative strebt zu neuen Höhenflügen: War das „Guinness-Buch der Rekorde" 1955 bei seinem ersten Erscheinen in der Londoner Fleet Street noch als Handbuch der Brauerei Guinness für wettfreudige Pub-Besucher gedacht, so gilt das mittlerweile in 25 Sprachen verlegte und rund 50 Millionen mal verkaufte Buch heute als Bestseller.

In diesen Tagen geht das neue Guinness-Buch der Rekorde 1986 an den Buchhandel – wieder ein Kaleidoskop von Höchstleistungen, Kuriositäten, Fakten und den Verrücktheiten dieser Welt.

So dürfte den Leser wohl am stärksten fesseln, zu welchen Rekorden die Schöpfung Mensch in all ihren Ausmaßen fähig ist. War man bei der Größe des biblischen Riesen Goliath auf Vermutungen angewiesen, sind hingegen die Maße der gegenwärtigen Nummer genauestens vermessen: Seit dem Juli 1940 übertraf niemand mehr den menschlichen Wolkenkratzer Robert Wadlow aus dem US-Bundesstaat Illinois. Als der 22jährige im Juli 1940 an den Folgen einer Zellgewebsentzündung starb, maß er 2,72 Meter.

Der längste Deutsche würde neben ihm beinahe klein anmuten. Sein Name (zusätzliche Pikanterie): Konstantin Klein aus dem hessischen Hainburg. Er bringt es auf 2,23 Meter. Für den Weltrekord reicht es nicht, wohl aber für die Freistellung von der Bundeswehr, die nicht einmal in der Lage war, Schuhgröße 55 zu stellen.

Doch auch Frauen wachsen manchmal schier grenzenlos: Als größte lebende Dame der Welt gilt die 30jährige Kanadierin Sandy Allen, die bis zum 14. Juli 1977 2,31 Meter erreichte. Dann unterzog sie sich einer wachstumshemmenden Operation – sicherlich keine zu frühe Entscheidung.

Bei der Suche nach den kleinsten Menschen stoßen die Autoren des Guinness-Buches immer wieder auf Probleme: Bei den meisten bekannten Fällen stellten sich im nachhinein die Größenangaben als falsch heraus. Nur der kleinste deutsche Zwerg Walter Boehming aus Niedersachsen (1907–1955) glänzte durch Ehrlichkeit und den Rekordwuchs von 57 Zentimetern.

Ungewiß sind auch die Jahre der Methusaleme dieser Erde. Während die Sowjetunion immer wieder Bataillone von Aserbeidschanern aufbietet, die 160 Jahre und älter geworden sein sollen, gilt für die Guinness-Experten der 120 Jahre alte Japaner Shigechiyo Izumi als rekordgültiger Senior. Als Geheimnis seines Alters nannte er nicht das obligate Glaserl Wein pro Lebenstag, sondern das japanische TV-Programm, das er jeden Tag mehrere Stunden verfolgt – nach der Devise: „Wer sich keine Sorgen macht, lebt länger."

Gewichtsprobleme hatte der Amerikaner Jon Minnoch, als ihn im März 1978 ein Notarztteam erstmals in die Universitätsklinik von Seattle schaffte. 13 Pfleger waren nötig, um den rund 635 Kilo schweren Mann ins Krankenhaus zu hieven und ihn dann auch in seinem Bett umzudrehen. Die Ärzte setzten den schwersten Mann in der Geschichte der Medizin auf eine Diät von 1200 Tageskalorien, und das zwei Jahre lang. Danach war er seinen Rekord, aber auch 419 Kilo Gewicht los und wurde mit 216 Kilogramm entlassen.

Deutschlands Dickster, der Vertreter Will Roßmannek aus Hannover, bringt es heute auf stattliche 224 Kilo. Bei einem Bauchumfang von 170 Zentimetern verzehrt „Big Will", wie ihn Freunde nennen, dann und wann in seiner Stammkneipe 87 Lammkoteletts, sieben Salatköpfe als Appetitanreger und zwei Liter Rotwein – damit alles besser rutscht.

Menschliche Höchstleistungen wie diese finden sich im neuen „Guinness-Buch" in Hülle und Fülle. Die kuriosesten Rekorde schildert traditionsgemäß das letzte Kapitel des Werkes.

Haut- und Nierenärzte dürften wenig Freude an der Aktion des 26jährigen Mechanikers Hartmut Rösinger empfunden haben, der mit über 210 Stunden einen neuen Weltrekord im ununterbrochenen Dauer-Badewannensitzen aufstellte. Weniger gefährlich, aber ebenso ermüdend war der Weltrekord im Wassertreten, der in Colombo (Sri Lanka) von einem 24jährigen Studenten nach 72 Stunden erreicht wurde.

Wer über solche Superlative nicht lachen kann, dem sei ein Besuch beim Iren Steve Emerald empfohlen: Er erzählte vom 23. bis 25. August 1984 in London über 52 Stunden lang mehr oder weniger erheiternde Witze und sicherte sich so den begehrten Eintrag ins Rekordbuch.

ZU GUTER LETZT

„Gottesdienste 1985 mit Johann Sebastian Bach." Aus der Vorschau des Konvents der Kreiskirchenmusikwarte der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, West.

